

Udo Gerheim, Victoria Storozenko,
Thorsten Teubl, Corinna Trogisch (Hrsg.)

Widersprüche, Bewegungen, Konflikte

Zwölftes und dreizehntes DoktorandInnen-
Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Manuskripte 83

Rosa-Luxemburg-Stiftung

UDO GERHEIM, VICTORIA STOROZENKO,
THORSTEN TEUBL, CORINNA TROGISCHE (HRSG.)

Widersprüche, Bewegungen, Konflikte

Zwölftes und dreizehntes DoktorandInnen-Seminar
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 83

ISBN 978-3-320-02187-0

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2009

Satz: Marion Schüttrumpf

Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Bären Druck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	7
ALBERT MANKE	
Wir verteidigen die kubanische Revolution: Die Revolutionären Nationalmilizen Kubas, 1959-1961	11
DANIEL STOSIEK	
Entwicklungsvorstellungen indigener Bevölkerung in Lateinamerika	34
ZELJKO CRNIC	
Die Indigenen Lateinamerikas. Zwischen Ausgrenzung und sozialer Aktion	45
CORINNA TROGISCH	
Frau Nachbars rote Blüten: Sozialistischer Feminismus in der Türkei	75
STEFAN MÜLLER	
Ideologie – eine dialektische Argumentationsfigur T. W. Adornos	105
ULRIKE FREIKAMP	
Die Entwicklung meines Kommunikationsmodells als methodisches Instrument zur Analyse von Prozess und Wirkungen des Erstgespräches im Berliner Krisendienst	115

SKADI JENNICKE	
Sterne über Ostdeutschland. Theater als Konstruktionsmedium ost-deutscher Kultur	134
HEINZI VOß	
Facetten von Biologie, Geschlecht und deren gesellschaftlicher Herstellung – drei Aufsätze	153
UFUK TOPRAK	
Diskussionen um das Strafmündigkeitsalter in Deutschland	165
AutorInnen-Verzeichnis	182

Vorwort

Der vorliegende Sammelband fasst die aus unterschiedlichen Fachdisziplinen stammenden Beiträge des 12. und 13. DoktorandInnen-Kolloquiums der Rosa Luxemburg-Stiftung zusammen und leistet damit einen Beitrag zur kritischen und interdisziplinären Debattenkultur der Rosa Luxemburg-Stiftung und, so hoffen wir, darüber hinaus.

Das zentrale Anliegen der Manuskripte-Reihe ist es, dem kritischen wissenschaftlichen Nachwuchs eine Plattform zu bieten, um aktuelle Forschungsprojekte vorzustellen. Aufgrund des großen Interesses an den vorangegangenen Publikationen der Reihe sowie der Aktualität der Beiträge erfolgt zeitgleich eine Veröffentlichung der Beiträge als Online-Ressource, so dass die Diskussion im Geiste der open source-Bewegung auch für ein Nicht-Fachpublikum zugänglich wird.

Die Beiträge der Manuskripte-Reihe stehen in der Tradition kritischer Wissenschaft als kritischen Theorie der Gesellschaft, die der Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse keine simplifizierende Antworten entgegen wirft, sondern die Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu einer zentralen theoretischen und methodischen Analysekatgorie erhebt.

Dies spiegelt sich in den Beiträgen dieses Bandes wider, welche vier Bereiche kritischer Wissenschaft ansprechen. Perspektiven auf globale gesellschaftliche Konflikte, Krisen, Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse bilden einen essentiellen Bestandteil der Analysen. Zu Beginn liegt der Schwerpunkt auf globalen, historischen und aktuellen Fragestellungen rund um Revolutionsgeschichte und soziale Bewegungen in den Gesellschaften Lateinamerikas und der Türkei.

Der erste Beitrag unter diesem Schwerpunkt stammt von *Albert Manke*: *Wir verteidigen die kubanische Revolution: Die revolutionären Nationalmilizen Kubas 1959-1961*, welcher die soziale Situation zu Beginn der kubanischen Revolution thematisiert. Im Schwerpunkt beschäftigt sich dieser Beitrag mit der sozialhistorischen Aufarbeitung der Bildung revolutionärer Nationalmilizen innerhalb dieser gesellschaftlichen Umbruchsphase. Jenseits romantisierender und mythologischer linker Kubaverklärung oder neo-imperialer Verdammung des kubanischen Experiments analysiert Manke, wie die Bildung der Nationalmilizen als emanzipatorischer Ausdruck einer von breiten Bevölkerungsgruppen geteilten Identifikation und der Bereitschaft zur Verteidigung der Ideale der kubanischen Revolution als Kampf um soziale Gerechtigkeit gewertet werden kann.

Daniel Stosieks Beitrag *Entwicklungsvorstellungen indigener Bevölkerung in Lateinamerika* beschäftigt sich mit der Frage nach den Entwicklungsvorstellungen indigener Völker wird eingebettet in die umfassendere Fragestellung: wie müsste die Beziehung zwischen dominierenden metropolitenen und Gesellschaf-

ten des globalen Südens gestaltet werden, damit der Kulturkontakt nicht mehr Verarmung und Menschenrechtsverletzungen verursacht? Es geht in der vorliegenden Arbeit um Perspektiven “von unten” und Kritik am Handeln “von oben”. Stosiek befragte für diese Untersuchung Mapuche (Indigenas im Süden Chiles und Argentinien) sowie Beduinen und PalästinenserInnen in Israel und Palästina.

Die Bewegungen der Indigenen in Lateinamerika unter den Schwerpunkten Wandel ethnischer Identität und Mobilierungsformen sind Gegenstand von Zeljko Crnic's Text. Aufbauend auf eine Gesamtschau der Geschichte indigener Kämpfe auf dem Kontinent und gestützt auf eine Auseinandersetzung mit sozialwissenschaftlichen Zugängen legt Crnic eine detaillierte Analyse der Entwicklung der Indigenenorganisation CONAIE in Ecuador vor.

Corinna Trogisch zeichnet in ihrem Beitrag die Entwicklung des sozialistischen Feminismus in der Türkei als kollektive Identität, mit der sich eine politische Praxis verknüpfte, wie auch die historischen Entstehungszusammenhänge dieses Ansatzes nach. Aus dem konflikthaften Verhältnis der lokalen sozialistischen und der feministischen Bewegung wie auch einer offensiven Bezugnahme auf namensgleiche Strömungen in mitteleuropäischen Ländern bezog der sozialistische Feminismus in der Türkei seine diskursive Wirksamkeit und entfaltete, wie Trogisch zeigt, in jüngster Zeit erneute Aktivität.

Methodische und theoretische Reflexionen bilden als wichtige Beiträge zur Schärfung wissenschaftlicher Analyseinstrumente den zweiten Teil dieses Bandes.

Stefan Müller arbeitet in seinem Beitrag Ideologie – eine dialektische Argumentationsfigur T. W. Adornos die Probleme der Dialektik in den Sozialwissenschaften heraus. Am Begriff der Ideologie wird gezeigt, dass eine dialektische Theorie heute in erster Linie den zu Grunde liegenden Widerspruchsbegriff näher fassen und erläutern muss. In einem besonderen Verhältnis zur formalen aristotelischen Logik verweist die dialektische Herangehensweise auf eine Gleichzeitigkeit, die dem herkömmlichen Denken zunächst fremd anmutet. Ideologiekritik, stets bemüht, Wahres vom Falschen zu trennen, agiert seit jeher mit dieser Widersprüchlichkeit. Adornos Begriff der Ideologie recurriert auf diese Motive und ordnet sie hegelmарxistisch neu ein.

Ulrike Freikamp unternimmt in Ihrem Beitrag Die Entwicklung meines Kommunikationsmodells als methodisches Instrument zur Analyse von Prozess und Wirkungen des Erstgesprächs im Berliner Krisendienst einen Blick in die ambulante Krisenintervention und untersucht die Prozesse und Wirkungen des Erstgesprächs im Berliner Krisendienst. Aus der Analyse des allgemeinen Vorgehens der BeraterInnen im Erstgespräch konstruiert Freikamp ein Kommunikationsmodell. Im Modell bildet sie die von den BeraterInnen formulierte Abhängigkeit der Inhalts- und Beziehungsaspekte der Kommunikation ab, was sich, wie von Freikamp aufgezeigt, als grundlegend für die Analyse der Narrationen konkreter Erstgespräche erweist. Der Rekonstruktionsprozess der Klientengruppen, spezifischer

Prozesse und Wirkungen im Erstgespräch, erlaubt letztlich, über die Beschreibung des Vorgehens der BeraterInnen hinaus, differenzierte Ziele für das Erstgespräch wie auch Kriterien für ein diesen Zielen dienendes Vorgehen zu formulieren.

Abgeschlossen wird der Sammelband mit drei aktuellen empirischen Analysen gesellschaftlicher Krisen- und Konfliktfelder und deren künstlerischer Repräsentation in der BRD.

In ihrem Beitrag *Sterne über Ostdeutschland. Theater als Konstruktionsmedium ostdeutscher Kultur* vergleicht *Skadi Jennicke* ausgewählte ost- und westdeutsche Theaterstücke vor dem Hintergrund des Systemumbruchs von 1989/90. Am Beispiel von Familienstücken weist sie verschiedene Perspektiven auf gesellschaftliche Realität nach, die mit der in Ost und West differenten Sicht auf den Systemumbruch in Beziehung stehen. Besondere Beachtung verdient die These, dass sich in den ostdeutschen Theatertexten eine Loslösung von kulturellen Prägungen der DDR zeigen lässt. In den von Jennicke untersuchten Theaterstücken verliert die Figur des 'arbeiterlichen Menschen' sukzessive an Bedeutung. So wird auf der fiktional-ästhetischen Ebene mit den Mitteln des Theaters ein gesellschaftlicher Wertewandel vollzogen. Die Autorin plädiert in der Analyse dieser Entwicklung für einen sozialen Theaterbegriff, der die Dominanz ästhetischer Eigengesetzlichkeit überwindet.

Mit 'Beitrag *Facetten von Biologie, Geschlecht und deren gesellschaftliche Herstellung* wird der Blick auf die sozialwissenschaftliche, juristische und politische Dimensionen der gesellschaftlichen Kämpfe um die Bestimmung der Kategorie *Geschlecht* gelenkt. Voß beleuchtet zum einen die medizinischen und juristischen Diskurse um Trans- sowie Intersexualität. Zum anderen entwirft er in kritischer Auseinandersetzung mit dem geschlechterhistorischen Klassiker von Thomas Laquer ('Auf den Leib geschrieben. Die Inszenierung der Geschlechter von der Antike bis Freud') eine neue Lesart antiker Geschlechterbilder und Konstruktionsprozesse der Kategorie *Geschlecht*. Nachdrücklich kritisiert Voß das binäre Denken als gesellschaftliches Macht- und Herrschaftsverhältnis. Die Dominanz der konventionellen biologischen Logik, die uns kategorisch zwei Geschlechter mit lebenslanger körperlich-identitärer Relevanz 'vorgaukelt', wird in diesem Sinne als hegemoniales Machtinstrument zur Etablierung und Aufrechterhaltung einer hierarchisierten Geschlechterdifferenz dekonstruiert.

Der Beitrag von *Ulas Toprak*, *Diskussionen um das Strafmündigkeitsalter in Deutschland*, umfasst die kritische Diskursanalyse der juristischen Debatte um die Absenkung des Strafmündigkeitsalters von 14 auf 12 Jahre. Die Logik und Argumentationsfiguren der beiden kontroversen Standpunkte – Strafmündigkeitssenkung bzw. Beibehaltung der aktuellen Altersgrenze – werden ausführlich rekonstruiert. Darüber hinaus rekonstruiert Toprak die medialen Diskurse, die den Gegenstand durchdringen und konstruieren. Untersucht werden dabei die machtheoretischen Implikationen der jeweiligen Diskurse in Bezug auf die Generierung juristischer Subjektkonstitutionen. Der Beitrag erfasst zudem zentrale Fra-

gen der Entstehung von Moral bei Kindern und Jugendlichen, der Funktionslogik und der Folgen von Strafe als Kernbestandteil des bürgerlichen Rechts sowie die philosophischen wie auch juristischen Dimensionen der Frage nach Schuld und Verantwortung von Menschen für ihr Handeln.

Die Vielfalt der Beiträge aus den unterschiedlichsten Fachbereichen ist die Stärke dieser Publikation. Sie alle werden durch den Anspruch der kritischen Wissenschaft vereint und sind von dem Wunsch geleitet, linkes Denken dem neoliberalen Zeitgeist entgegenzusetzen.

In diesem Sinne gehen wir davon aus, dass die vorliegenden Publikation zu einem konstruktiven Diskussionsprozess beitragen kann, welcher die Grenzen der Wissenschaftsdisziplinen überwindet. Den AutorInnen danken wir für Ihre Beiträge und wünschen ihnen, dass sie ihre Forschungen in Auseinandersetzung mit anderen Interessierten fortführen können.

Die HerausgeberInnen

*Udo Gerheim, Victoria Storozenko, Thorsten Teubl, Corinna Trogisch,
November 2008*

Wir verteidigen die kubanische Revolution: Die Revolutionären Nationalmilizen Kubas, 1959-1961

Der Guerrillakampf Fidel Castros und Che Guevaras bis zum Triumph der kubanischen Revolution ist weltweit in höchstem Maße bekannt und erfreut sich auch in der europäischen Linken großer Bewunderung. Die Anfangszeit der revolutionären Transformation ab 1959 ist zwar gleichfalls bekannt, jedoch steht deren geschichtliche Aufarbeitung aufgrund fehlender oder nicht publizierter sozialgeschichtlicher Studien bis auf wenige Ausnahmen noch immer in der Polemik des kalten Krieges, der u.a. wegen der Aufrechterhaltung der absurden Blockadepolitik der USA gegenüber Kuba dort weiterhin andauert. Dies macht es der überwiegend revolutionsfeindlichen und nach Zusammenbruch der Sowjetunion auch in Europa dominierenden Geschichtsschreibung aus den USA leicht, den Beginn dieser radikalsten und sozialsten bis heute existierenden Revolution Lateinamerikas zu diskreditieren.

Auf der historiographischen Grundlage empirischer Archiv- und Presserecherchen sowie der Befragung von ZeitzeugInnen lässt sich zeigen, dass die Revolution in jenen Jahren keineswegs eine dem Volk aufgezwungene ungewollte Machtübernahme war, wie es häufig verbreitet wird. Im Gegenteil handelte es sich um das Ergebnis eines lang ersehnten und nötigen Kampfes für die nationale Unabhängigkeit und Souveränität Kubas, für eine ehrliche und verantwortungsbewusste Regierung und vor allen Dingen für soziale Gerechtigkeit. Als Folge davon fand erstmals die Inklusion der großen Mehrheit der unteren Schichten der Bevölkerung in den Aufbau eines neuen Kuba mit deren maßgeblicher Mitbestimmung darin statt. Der vorliegende Aufsatz will einige Aspekte dieser Partizipation am Beispiel der Verteidigung der kubanischen Revolution aufzeigen, die in den Jahren 1959 bis 1961 fast ausschließlich in den Händen der Frauen und Männer lag, die den Revolutionären Nationalmilizen beitraten.

Vorgeschichte von 1898 bis 1959

Im Jahr 1898 endeten die Unabhängigkeitskriege Kubas gegen Spanien mit dem Eingreifen der USA kurz vor Kriegsende. Die USA gaben der spanischen Kolonialmacht den letzten Todesstoß, raubten den Kubanern damit ihre Unabhängigkeit und besetzten Kuba bis 1902 mit einem massiven Truppenkontingent. Vor Ende des Protektorats sicherten sie sich durch das *Platt-Amendment* ein ständiges Interventionsrecht im Falle der Gefährdung von US-Interessen sowie den Marinestützpunkt Guantánamo Bay mittels des *Tratado Permanente de Relaciones*, der in

diesem Punkt bis heute besteht und nur in beiderseitigem Einvernehmen aufgekündigt werden kann. 1902 begann die Zeit der von den USA abhängigen „Pseudorepublik“, in der die spanischen Kolonialstrukturen weitgehend beibehalten und sowohl eine vollständige Emanzipation der Farbigen als auch die von José Martí angestrebte soziale Revolution verhindert wurden. Auf der Grundlage ihrer militärischen und politischen Hegemonie bauten die USA ihre Machtstellung auf Kuba in Wirtschaft und Gesellschaft massiv aus. Anfang der 1950er Jahre kontrollierte ein Konglomerat aus korrupten und skrupellosen Politikern, einer US-beherrschten und -hörigen Zuckeroligarchie und der Mafia die Kernbereiche von Wirtschaft, Infrastruktur und gesellschaftlichem Leben der Ober- und Mittelschicht. Diese profitierte von einer der modernsten Kommunikations- und Infrastrukturen Lateinamerikas, die aber der breiten Masse der Bevölkerung nicht zugute kam.

Der Putsch Fulgencio Batistas im Jahr 1952 verbesserte diese Strukturen keineswegs, sondern förderte im Gegenteil den Ausverkauf des Landes und installierte eine blutige Diktatur, welche auf die militärische Unterstützung der USA zählte. Erst der Guerrillakrieg und der urbane Widerstand des durch Fidel Castro angeführten *Movimiento 26 de Julio* (M-26-7), des studentischen *Directorio Revolucionario 13 de Marzo* (DR 13-M), der Jugend der sozialistischen Partei (PSP) sowie einiger kleiner Organisationen des mittleren und rechten Spektrums brachten den Diktator zu Fall, der in der Neujahrsnacht zum 1. Januar 1959 per Flugzeug in die Dominikanische Republik floh.

Milizengründungen nach dem Triumph der Revolution

Mit dem Sieg der Guerrilleros begann die eigentliche soziale Revolution und damit eine bis dato ungekannte Transformation des Landes, an der die große Mehrheit der Bevölkerung mit unglaublichem Enthusiasmus teilnahm und von deren sozialen Errungenschaften sie profitierte. Die am 17. Mai 1959 ins Leben gerufene Agrarreform stellte dabei die bedeutendste Veränderung dar. Mit jedem weiteren revolutionären Gesetz zum Wohl der breiten Masse der Bevölkerung wurde die Kluft zur dadurch benachteiligten und bisher mit Batista verbandelten Oligarchie tiefer. Schon lange bevor deutlich wurde, dass die Revolution zum Sozialismus führen würde, begannen Teile der Oberschicht mit ehemaligen *Batistianos* und der CIA zu konspirieren; sie verübten Sabotageakte in den Städten, warfen Brandbomben auf Zuckerrohrfelder und versuchten im August 1959 gar, mit einer Invasion von der Dominikanischen Republik aus die Macht zurückzuerobern.

Als Antwort auf die ersten Angriffe forderten ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen sowie StudentInnen von der Revolutionsregierung Waffen und militärische Unterweisung zur Verteidigung des Landes und der Revolution. Viele gründeten eigenständig Milizen zur Bewachung der Fabriken, Felder und Bildungseinrich-

tungen, z.B. die ArbeiterInnen der Tabakfabrik H. Upmann in Havanna.¹ Kuba verfügte zu jenem Zeitpunkt über keine schlagkräftige Streitkraft, da das *Ejército Rebelde* (ehemals Guerrillaarmee, nun offizielles Heer) zahlenmäßig schwach war und die Armee Batistas aufgelöst wurde. Die US-Militärmission war im Frühjahr 1959 des Landes verwiesen worden; die Verteidigung des Landes lag erstmals seiner Geschichte allein in der Hand der Kubaner. Ähnlich anderer kleiner Länder wie z.B. der Schweiz, deren Souveränität und schiere Existenz in einem mächtigen Umfeld in Gefahr ist, griff Kuba schließlich zum Mittel der Verteidigung durch das Volk in Form einer Nationalmiliz.²

Deren Vorläufer war eine Gruppe von 12 Bauern aus Pinar del Río, die nach ihrem Anführer benannten *Malagones. Comandante en Jefe*³ Fidel Castro hatte sie damit beauftragt, einen kriminellen Ex-Soldaten Batistas zu fangen, was ihnen nach kurzer Zeit gelang. Er konnte den Kubanern damit zeigen, dass es möglich war, die Verteidigung des Landes mit den Menschen vor Ort zu garantieren. Diese waren keine professionellen Soldaten, sondern wurden nur kurz im Gebrauch von Waffen trainiert, kannten sich aber bestens mit ihrer Region aus und waren von den Zielen der Revolution überzeugt.

Gründung der Revolutionären Nationalmilizen

Ende Oktober 1959 hatten sich die Angriffe von Innen und Außen intensiviert: In Camagüey wurde die Verschwörung des Comandante Hubert Matos gegen die Regierung aufgedeckt, praktisch zeitgleich warf der zuvor in die USA desertierte Ex-Chef der Luftwaffe, Pedro Luis Díaz Lanz, Bomben auf Havanna ab. Bei der bis dato größten Protestkundgebung gegen diese und weitere Angriffe auf die Revolution rief Fidel Castro die Bevölkerung am 26. Oktober 1959 zur landesweiten Gründung der *Milicias Nacionales Revolucionarias* (MNR, Revolutionäre Nationalmilizen) auf. Die Menschenmenge bejubelte diesen Schritt und forderte zugleich vehement eine Wiedereinführung der Revolutionstribunale und damit ein-

1 Vgl. *Hoy*, 18.4.1959, S. 1.

2 Bereits Ende des 19. Jahrhunderts war das Milizprinzip auf dem Weg zum Sozialismus ein Anliegen, das sozialistischen VordenkerInnen in Deutschland am Herzen lag. Die präziseste Analyse stammt von Rosa Luxemburg, welche Anfang 1899 in der Leipziger Volkszeitung mit der Artikelserie „Miliz und Militarismus“ die Bedeutung des Milizsystems für die Arbeiterklasse betonte. Diese könne als Avantgarde bei der Befreiung des Volkes im Kampf für den Sozialismus die Schaffung und Verteidigung der sozial gerechten Nation erwirken. Im Gegensatz zu konventionellen Heeren, die den Interessen des Kapitals dienen, sah sie im Volksheer das souveräne Volk unter Waffen, das selbst über Krieg und Frieden entscheide: „Ohne unser zielbewusstes Eingreifen, ohne den politischen Kampf der Arbeiterklasse um die sozialistische Umwälzung oder um die Miliz wird diese aber niemals verwirklicht. Das bequeme ‚Hineinwachsen‘ ist also bloß eine Chimäre, eine opportunistische Ausflucht, um dem zielsicheren revolutionären Kampf aus dem Wege zu gehen.“ Aus: *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 43, 21. Februar 1899.

3 *Comandante en Jefe* (‘Chef-Major’), war während des Guerrillakriegs in der Sierra Maestra dem *Comandante* (‘Major’) als höchstem Dienstgrad der Guerrilleros noch übergeordnet und ist seitdem Fidel vorbehalten. Beide Dienstgrade werden im Folgenden im Original beibehalten, da sie nicht den deutschen Bezeichnungen entsprechen.

hergehend die Todesstrafe für konterrevolutionäre Schwerverbrecher. Während derselben Versammlung hielten weitere Comandantes wie Raúl Castro, Che Guevara, Juan Almeida und Camilo Cienfuegos flammende Reden, die begeistert aufgenommen wurden. Cienfuegos verschwand zwei Tage später spurlos bei einem Flugzeugabsturz. Er war wie Che Guevara stets ein Verfechter des Milizprinzips und Vordenker des „pueblo uniformado“ (in etwa „Bürger in Uniform“) gewesen. Er hielt an jenem 26. Oktober 1959 seine letzte Rede, die damit in die kubanischen Geschichtsbücher einging.

Während der darauf folgenden Wochen und Monate gründeten ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen, StudentInnen und Angestellte eigene Milizen in ihrem jeweiligen Sektor, also an ihrem Arbeits- oder Studienplatz. Die direkte Kontrolle der Regierung über diese sektorial organisierten Milizen war noch relativ gering, doch zugleich war ihr Einfluss auf sie (wie auf die Mehrheit der Bevölkerung) sehr groß. Um es zu verdeutlichen: Die Regierung und darunter insbesondere die Mitglieder der (noch immer so bezeichneten) Rebellenarmee (*Ejército Rebelde*) wurden wegen ihres erfolgreichen Guerrillakrieges als HeldInnen verehrt und bewundert. Darüber hinaus bewiesen sie, dass eine wirkliche soziale Revolution möglich war. Die Menschen konnten unmittelbare Resultate sehen, ihre persönliche Situation wurde entweder sofort verbessert oder es lag eine greifbar bessere Zukunft vor ihnen. Dieses Gefühl der Zuversicht machte sich u.a. an einem sprunghaften Anstieg der Geburtenrate bemerkbar. Zugleich wuchs das Gefühl der Empörung, der Wut über die Anschläge und Verschwörungen gegen die Revolution. Hunderttausende spendeten Geld oder einen Teil ihres Einkommens für Waffen und Flugzeuge zur Verteidigung des Landes, Zehntausende traten in die Milizen ein. Neben den bereits Aktiven wollten viele, die nicht am Guerrillakrieg teilgenommen hatten, jetzt Seite an Seite mit den RevolutionsheldInnen für die Revolution kämpfen.

Diese Milizen waren Bürgerwehren, d.h. Gruppen von Menschen, die sie sich bereit erklärten, mit der Waffe in der Hand alles für die Verteidigung ihres Landes und der Revolution zu geben, also in letzter Konsequenz auch das eigene Leben. Sie taten dies nicht wie BerufssoldatInnen um des Soldes willen, sondern freiwillig, denn es gab keine Entlohnung. Menschen allen Alters, Geschlechts und Hautfarbe traten den Milizen bei und begannen mit einem rudimentären Infanterietraining, das mehrmals wöchentlich sowohl abends nach der Arbeit als auch am Wochenende stattfand.

Weder die Uniformierung noch Abzeichen, Waffen oder Training waren einheitlich. Es war nicht bekannt, wieviele MilizionärInnen es landesweit gab, denn es existierte keine zentrale Organisationsstelle. Die soziale Zusammensetzung der Milizen entsprach derjenigen der jeweiligen Sektoren. Das Eintrittsalter variierte von 15 Jahren bis ins Greisenalter, konzentrierte sich aber auf die 16- bis 45-Jährigen. Einziges Eintrittskriterium war eine revolutionäre Einstellung und nicht der Armee Batistas angehört zu haben.

Die Organisation dieser Milizen oblag Menschen, die aufgrund ihrer Erfahrungen im Guerrillakrieg oder im urbanen Widerstand revolutionäre Führungsqualitäten aufwiesen. Im Arbeitersektor handelte es sich meist um lokale GewerkschaftsführerInnen, im Bauernsektor um AnführerInnen der im Entstehen begriffenen Kleinbauernorganisationen, im Studentensektor um VertreterInnen der Studentenvereinigung FEU. Frauen waren vor allem im Studentensektor stark vertreten; unabhängig davon bildeten revolutionäre Frauenorganisationen eigene Milizen, allen voran die *Unidad Femenina Revolucionaria*, aus der im August 1960 die große *Federación de Mujeres Cubanas* (FMC) hervorging. Dazu kam die Organisationsstruktur der *Casas del 26 de Julio*, d.h. der Büros des M-26-7 in den Stadtvierteln.

Mitte November 1959 fand der 10. Kongress des nationalen Gewerkschaftsverbands CTC statt. Einer der getroffenen Beschlüsse beinhaltete die Gründung von Milizen in den Gewerkschaften und die Bitte um militärische Unterweisung seitens der Regierung bzw. Rebellenarmee. Dem kam auch die größte Gewerkschaft des Landes nach – die der ZuckerarbeiterInnen (FNTA) – und kurz darauf waren bereits an die 400.000 ZuckerarbeiterInnen in Milizen organisiert. Die StudentInnen der Universität Havanna organisierten am 27. November 1959 eine große Demonstration zum Gedenken an die 1871 von der spanischen Kolonialbesatzung hingerichteten Medizinstudenten und an alle MärtyrerInnen der kämpferischen Studentenschaft seit den 1920er Jahren von Mella bis Echeverría, die für den Kampf für Kubas wahre Unabhängigkeit und für die Revolution ihr Leben gelassen hatten. Diese Demonstration stellte das erste öffentliche Auftreten von revolutionären Nationalmilizen seit deren Gründung dar. Es marschierten mehrere Kompanien der *Brigadas Estudiantiles José Antonio Echeverría* (StudentInnenbrigaden) auf. Sie alle trugen die eigene Uniform der Brigaden und ihr eigenes Abzeichen. Anfang Januar 1960 bestiegen diese MilizionärInnen mit Fidel Castro den Pico Turquino, den höchsten Berg Kubas, auf dem Fidel Castro im Guerrillakrieg sein Hauptquartier hatte.⁴

Vereinheitlichung der Milizen

Anfang Januar 1960 wurde die Nationaldirektion der MNR unter der Leitung des jungen *Capitán*⁵ Rogelio Acevedo González gegründet, der in der Kolonne des Che Guevara gekämpft hatte. Acevedo unterstand direkten Anweisungen des Che, der zu jenem Zeitpunkt die Informationsabteilung der Revolutionären Streitkräfte (FAR) leitete. Dabei stützte man sich auf Strukturen der FAR, der Polizei sowie der Gewerkschaften und auf die neue Struktur des Instituts für die Agrarreform

4 Vgl. Lafita de Juan, María L.: *Brigada Universitaria José A. Echeverría y BON 154*, La Habana, 1983.

5 *Capitán* ('Hauptmann'), war während des Guerrillakriegs in der Sierra Maestra der zweithöchste Dienstgrad nach dem *Comandante* und wird daher im Folgenden im Original beibehalten.

(INRA) sowie der *Casas del 26 de Julio*. In jeder Provinz wurde eine Befehlsstruktur der Milizen geschaffen, die derjenigen der FAR untergeordnet war.

In Havanna z.B. war Capitán Miguel Galán Blanco Milizenchef der Provinz. Er koordinierte in enger Absprache mit der Nationaldirektion der MNR, den Polizeichefs, den Gewerkschaften und anderen Institutionen das Training und die Bewaffnung der MilizionärInnen. Die Rekrutierung war meist den jeweiligen Sektoren überlassen, und Galán organisierte unter der Leitung Acevedos die Zuteilung von AusbilderInnen der FAR an die jeweilige lokale Miliz. Das einfache, eigenständig organisierte Infanterietraining bestand weiterhin, doch kam es nach und nach zu einer gewissen Professionalisierung, indem neue Trainingsstätten eröffnet wurden, wo eine intensivere Ausbildung stattfand. Im Großraum Havanna gab es derer im Juni 1960 bereits neun, von denen das bedeutendste der Quinto Distrito Militar im Stadtteil La Víbora war. Zu jener Zeit gab es landesweit über 500.000 und in Havanna allein 70.000 MilizionärInnen. Das Training umfasste ein intensiveres und einheitlicheres Infanterietraining als zuvor mit taktischen Elementen, die auf Erfahrungen aus dem Guerrillakrieg beruhten.⁶ Neben dem sicheren Umgang mit Waffen und Schießtraining wurde Wert auf die körperliche Fitness gelegt. Dazu ersann Fidel nach einer Strecke um Havanna herum den „Marsch der 62 Kilometer“, der als Maß für zukünftige Märsche genommen wurde. Alle, die den MNR angehören wollten, sollten diese Probe bestehen. Vor allem für MilizionärInnen aus den Städten war es keine leichte Aufgabe, wovon vielfach Zeugnis abgelegt wurde.⁷ Da zum einen die neu gegründete *Policía Nacional Revolucionaria* (PNR, Revolutionäre Nationalpolizei) noch nicht sehr stark war und zum anderen die konterrevolutionären Anschläge täglich zunahmen, fungierten einige dieser Milizen als Hilfspolizei. Im Laufe des Jahres 1960 wurde in einigen Polizeistationen ein Büro für MilizkoordinatorInnen geschaffen, die ihre MilizionärInnen dem Polizeichef unterstellte. Sie hatten vor allem Wachdienste an öffentlichen Gebäuden und strategischen Punkten (Fernseh- und Rundfunkmasten, Öldepots, etc.) zu versehen.⁸

Neben der einheitlicheren Ausbildung der bestehenden Milizen galt der Nationaldirektion als erstes Ziel, bestehende wie die neu zu gründende Milizen unter eine gemeinsame Führung zu bringen.⁹ Die neue Uniform bestand aus einer oliv-

6 Vgl. die Reportage über den Quinto Distrito von Zamora, C.: „Las Milicias de un Pueblo Libre. 500.000 Criollos Sobre las Armas Garantizan la Soberanía de Cuba“, in: *Trabajo* 2 (Juni 1960), S. 76-83, hier S. 78.

7 Vgl. Leante, César: *Con las Milicias*, La Habana, 21962, und Rodríguez Alvarez, Angel: „De Frente... March!“, Premio Testimonio en el Concurso 26 de Julio en el año 1996, unveröffentlichtes Manuskript, [La Habana, 1996].

8 Interview mit Ramiro Sánchez Naranjo am 8.12.2006 in Havanna.

9 Hierbei schwangen die negativen Erfahrungen aus der Revolution von 1933 und dem spanischen Bürgerkrieg mit. In beiden Fällen kann die innere Fragmentierung der linken Kräfte als eine Hauptursache für deren Niederlage angesehen werden; im Fall Spaniens bewirkte dies eine Zersplitterung der linken Milizen und eine Schwächung der militärischen Befehlsstruktur der Republik. Vgl. zur Revolution von 1933 das Standardwerk von Lionel Soto: *La Revolución del 33*, 3 Bde., La Habana, 1977, und zum spanischen Bürgerkrieg Cardona, Gabriel: „Milicias y Ejércitos“, in: *Historia* 16 (Hg.): *La Guerra Civil*, Madrid, 1986, S. 6-59 sowie Losada Málvarez, Juan Carlos: „La improvisación de oficiales“, in: ebd., S. 74-83. Zur Beteiligung Kubas im spani-

grünen Hose, einem blauen Hemd und einer schwarzen Baskenmütze. Dem olivgrünen Abzeichen in Wappenform waren zwei gekreuzte Gewehre in schwarz aufgestickt, dazu die Majuskeln MNR. Realiter brauchte es eine Zeit, bis sich die neue Organisationsform im ganzen Land durchsetzte. Die Befehlsstruktur der MNR war trotz alledem noch sehr dezentralisiert, was durch deren sektoriale Organisation bedingt war. Die Mitglieder der bisher gegründeten einfachen Wachdienst-Milizen unterstanden der Befehlsgewalt der Polizei oder des/der MilizenchefIn der Gewerkschaft am Arbeitsplatz bzw. des INRA-Chefs auf dem Land, welche wiederum vom Militär abhingen.

Auch wenn nicht jedeR einer Miliz beitrug, so waren doch praktisch alle KubanerInnen bereit, das Land und die Revolution zu verteidigen, sei es mit der Waffe in der Hand oder auf eine andere Weise, z.B. durch Geldkollekten für Waffen und Flugzeuge oder das Spenden eines Tagesgehalts von 4% des Einkommens.¹⁰ Der Beitritt zur Miliz war also nur eine von vielen Möglichkeiten, sich für das Gelingen der Revolution zu engagieren. Doch war eben dieser Schritt zum Handeln mit der Waffe in der Hand in jener unsicheren Anfangszeit von entscheidender Bedeutung für das schiere Überleben der Revolution und für die Verteidigung von Kubas Unabhängigkeit und Souveränität.

Besondere Ereignisse und Rolle der MNR bei den Verstaatlichungen

Ein trauriger Höhepunkt in der Bedrohung des Landes und der Revolution wurde am 4. März 1960 erreicht, als der mit Granaten und Munition aus Belgien beladene Frachter La Coubre durch Sabotage zur Explosion gebracht wurde, wobei etwa 100 Menschen starben und über 200 verletzt wurden. Viele davon waren MilizionärInnen, die zur Unglücksstelle geeilt waren und von einer zweiten Detonation erfasst wurden. Am Tag darauf nahmen unzählige MilizionärInnen in Uniform an dem Beerdigungszug teil und Castro klagte in einer Rede die USA der Urhebererschaft an. Die Schuld der USA bzw. der CIA konnte zwar nie nachgewiesen werden, gilt aber als sehr wahrscheinlich, da sie zuletzt nicht nur vermehrt Angriffe auf Kuba unterstützt hatten, sondern darüber hinaus Belgiens Waffenlieferungen an Kuba vehement kritisiert hatten. Während seiner Rede hob Castro mehrfach lobend die schnelle Reaktion und den Mut der MilizionärInnen während des Unglücks hervor, und unterstrich das Prinzip der Einheit.¹¹ Noch massiver war

schen Bürgerkrieg vgl. Bello, Alberto Alfonso/Pérez Díaz, Juan: Cuba en España. Una Gloriosa Página de Internacionalismo, La Habana, 1990. Viele, die in Spanien für die Republik gekämpft hatten, traten ab 1959 in die MNR ein, einige wurden Ausbilder.

10 Vgl. hunderte von entsprechenden Spendenmeldungen in den Tageszeitungen, z.B. in Revolución ab Oktober 1959.

11 „[...] und wer hätte sich vor einigen Jahren jemals erträumt, die Arbeitermilizen Seite an Seite mit den Studentenbrigaden marschieren zu sehen, Seite an Seite mit den Soldaten des Rebellenheeres, Seite an Seite mit den Mitgliedern der Marine und der Polizei, Seite an Seite mit einer Kolonne Bauern mit ihren *Mambí*-Hüten [...]“ Aus: <http://www.cuba.cu/gobierno/discursos/1960/esp/f050360e.html> abgerufen am 8.8.2008 um 16:42 Uhr MESZ, Übersetzung A.M. Während dieser Beerdigung schoss Alberto Korda das Porträtfoto Che Guevaras, was als Vorlage für das seit 1967 berühmte Poster diente, auf welchem bis heute die Ikonisierung des Che basiert.

kurz darauf die Präsenz bei der Parade am 1. Mai, die zur Demonstration der Stärke der MNR diente.

Im Sommer und Herbst 1960 wirkten die MNR aktiv bei den Interventionen¹² und der Verstaatlichung von Fabriken und Betrieben mit. Viele ArbeiterInnen forderten eine Intervention ihres Betriebes, um dem konterrevolutionären Treiben der ArbeitgeberInnen ein Ende zu setzen und ihre eigene Arbeitssituation zu verbessern. Sie gründeten eine Miliz in ihrem Betrieb, doch häufig stellte sich der/die ArbeitgeberIn dagegen, da er/sie eine Enteignung fürchtete. Diese Milizen unterstützten die Behörden bei der Intervention der Betriebe, die anschließend nur dann verstaatlicht wurden, wenn der/die EigentümerIn sie aufgab. Viele UnternehmerInnen planten diesen Schritt lange im Voraus: sie zogen das Kapital ab, verkauften Ländereien und Maschinen und ließen auf diese Weise ihren Betrieb „ausbluten“, um ihn nicht der Regierung zu überlassen. Massenentlassungen und Aussperrungen gegen Streiks waren an der Tagesordnung. Nach den Intervention kam den Milizen ebenfalls eine gewichtige Rolle zu, da sie die Fabrik gegen Angriffe schützen mussten, was in der Presse als weiterer Schritt hin zur nationalen Souveränität dargestellt wurde, vor allen Dingen, wenn es um die Enteignung US-amerikanischen Eigentums ging.¹³

Nachdem Fidel im September 1960 von der UNO-Vollversammlung aus New York zurückkehrte, hielt er eine Rede, welche als die berühmte 1. Deklaration von Havanna in die Geschichte einging. Die Zustimmung der kubanischen Bevölkerung zu dieser Deklaration in Form der direkten Demokratie war enorm, und der Platz der Revolution war von Menschen in Milizuniform übersät. Die Bilder davon wurden unzählige Male vervielfacht, und sie sprechen eine deutliche Sprache: Das Volk Kubas ist bereit, diese Revolution bis aufs Blut zu verteidigen, und es steht massiv hinter Fidel und seiner Politik.¹⁴

Professionalisierung der MNR

Der internationale Rahmen

Die Verstaatlichungen von Kernzweigen der kubanischen Erdölindustrie, welche eine Kontrolle nationaler Ressourcen und damit die nationale Sicherheit betrafen, wurden durch die Drohung der großen Erdölraffinerien provoziert, sowjetisches Rohöl nicht zu verarbeiten. Die großen US-Konzerne versuchten als Betreiber und Besitzer dieser Anlagen, in Absprache mit der US-Regierung den Druck auf

12 In etwa ‘provisorische Beschlagnahme’ oder ‘Verstaatlichung’; mit einer *intervención* übernahm die Regierung vorübergehend die Leitung eines Betriebes, wenn dieser den wirtschaftlichen Interessen eines Landes zuwiderhandelte, was insbesondere bei Aussperrungen, Massenentlassungen und absichtlicher Misswirtschaft der Fall war.

13 Sehr hohe Verbreitung erfuhren die Bilder von bewaffneten und uniformierten Milizionären vor den verstaatlichten Raffinerien der ESSO, Shell und Texaco, vgl. die Fotos in *Bohemia* 28, 10. Juli 1960, S. 48 u. 50.

14 Vgl. z.B. den Bildband von Corrales, Raúl u.a.: Cuba. La Fotografía de los Años 60, La Habana, 1988.

die Revolutionsregierung zu erhöhen, damit diese sich wie Batista auch auf wirtschaftlicher Ebene westblockkonform verhalte. Als sie sich weigerten, Erdöl sowjetischer Provenienz zu verarbeiten, intervenierte Kuba diese Unternehmen und übernahm deren Leitung. Die Regierung der USA ließ daraufhin die Zuckerquote streichen, womit de facto ein Handelskrieg (und die bis heute andauernde Wirtschaftsblockade) begann. Die Zuckerexporte wurden (zu anderen Konditionen) von der Sowjetunion und von China übernommen. Das Verhältnis zu den USA war schwer beschädigt, und Kuba erwies sich der übermächtigen Weltmacht des Nordens als unbeugsam, was das Land in eine gefährliche Lage brachte. Wie u.a. am Sturz der Regierung von Jacobo Arbenz 1954 in Guatemala abzulesen war, zögerten die USA nicht, direkt oder mittels verdeckter Operationen der CIA eine ihnen nicht genehme lateinamerikanische Regierung zu stürzen. Umgekehrt unterstützten die USA selbst die blutigsten Diktaturen gegen interne und internationale Widerstände, wenn deren Politik den Interessen der Weltmacht zu Pass kam. Bis zur kubanischen Revolution konnten sie in „ihrem Hinterhof“ praktisch ungehindert und ungestraft diese imperialistische Machtpolitik durchsetzen.

Auch im Falle Kubas planten die USA den Sturz der Regierung und die Ermordung ihrer führenden Köpfe. Doch Kuba war (und ist) anders als andere lateinamerikanische Länder. Fidel sah sehr früh die Gefahr kommen, und er war den USA immer einen Schritt voraus. Die Konfrontation im Sommer 1960 war kein Zufall. Während seiner Reisen in die Sowjetunion hatte sich Raúl die militärische Unterstützung der UdSSR gesichert und vermutlich die ersten Waffenlieferungen vereinbart.¹⁵ Ab Anfang März waren inkognito bereits mehrere republikanische Exilspanier aus der Sowjetunion nach Kuba gekommen, wo sie der Regierung als Militärberater zur Seite standen. Ihr bekanntester Vertreter war Francisco Ciutat, der fortan unter dem Decknamen Angel Martínez Riosola oder kurz *Comandante Angelito* zum engsten Kreis um Fidel und Raúl gehörte.¹⁶ Mithilfe dieser Berater gewann die Reform der FAR eine neue Qualität und die Ausbildung der MNR wurde von Grund auf neu strukturiert.

Die Ausbildung von MilizenoffizierInnen und Kampfбатайllonen

Den Massen an MilizionärInnen stand eine viel zu geringe Zahl an AusbilderInnen gegenüber, die darüber hinaus keine einheitliche Ausbildung genossen hatten. Um dem Abhilfe zu schaffen wurde beschlossen, eine Akademie für MilizenoffizierInnen in Matanzas zu eröffnen, die „*Escuela de Responsables de Milicias*“. Die BewerberInnen hatten in der Regel bereits eine leitende Funktion in einer

¹⁵ Es ist möglich, dass andere Personen die Verträge unterzeichneten; Details hierzu sind dem Autor nicht bekannt. Spätestens ab September 1960 trafen die ersten Waffenlieferungen per Schiff auf Kuba ein.

¹⁶ Vgl. De Paz-Sánchez, Manuel: *Zona de Guerra. España y la Revolución Cubana (1960-1962)*, (Taller de Historia, 27), Santa Cruz de Tenerife, 2001, S. 189 ff. und Rodríguez García, Mercedes: „Un hombre que tuvo tres nombres“, in: *La Tecla con Café* (OnlineBlog), <http://lateclaconcafe.blogia.com/2006/120501-un-hombre-que-tuvo-tres-nombres.php>, publiziert am 5. Dezember 2006, abgerufen am 31. Januar 2008 um 2:36 Uhr MESZ.

größeren Miliz eines Betriebes oder einer Bildungsinstitution inne, sich durch besondere Führungsqualitäten ausgezeichnet und wurden von den dortigen MilizionärInnen für den Kurs vorgeschlagen und gewählt. Wer die harte Vorauswahl bestand, wurde im September 1960 zum Kurs zugelassen, an dem Frauen und Männer teilnahmen.¹⁷ In der Provinz Oriente wurde etwas zeitversetzt ebenfalls erstmals ein Kurs für Milizenoffiziere durchgeführt. Dort durchliefen etwa 800 Männer (keine Frauen) die harte Ausbildung.¹⁸ Mit der Graduierung des ersten Kurses für MilizenoffizierInnen in Matanzas hatte man eine neue Phase der Professionalisierung der MNR erreicht. Die frisch trainierten *Responsables de Milicias* wurden als Ausbilder für die neu zu schaffenden Milizenbataillone verwendet.

In verschiedenen Ausbildungszentren des ganzen Landes wurde ein intensives Training durchgeführt. Bei jedem dieser zweiwöchigen Kurse wurde ein Bataillon trainiert, was in der Regel knapp über 500 Mann waren. Dazu kamen Spezialkompanien der MNR, die in längeren Kursen den Umgang mit leichter und schwerer Artillerie erlernten. Die Teilnehmer waren in allen Fällen ausschließlich Männer, und nach Beendigung der Ausbildung für die Kampfataillone erhielten sie in einer feierlichen Zeremonie die grüne Baskenmütze und ein neues Gewehr.¹⁹ Zugleich kamen die neuen Waffenlieferungen aus der Tschechoslowakei und der Sowjetunion an. Insgesamt war die Ausbildung auf einem hohen Standard, und die Moral war noch höher, da die Begeisterung zur Verteidigung der Revolution weiterhin im ganzen Land anhielt.

Die Kurse wurden vor allen Dingen von Milizionären aus dem Arbeiter- und Studentensektor besucht. Die Bauern wurden – wenn sie nicht über Gewerkschaften in eine Miliz integriert waren – über die *Asociaciones Campesinas* (Bauernorganisationen) organisiert, aus denen im Laufe des Jahres 1961 die Kleinbauernorganisation ANAP erwuchs.²⁰ Ein bedeutender Schritt hin zu ihrer Professionalisierung war schon im August 1960 erfolgt, als 1050 Bauern nach 45 Tage Training im Luftwaffenstützpunkt San Julián die Milizausbildung bestanden. Die Milizionäre gehörten beinahe alle der Bauernvereinigung „Frank País“ aus Oriente an, die zu diesem Zeitpunkt bereits beinahe 200.000 Mitglieder hatte, und waren zwischen 15 und 25 Jahre alt. Die Graduierung war die erste dieses Ausmaßes und mit diesem Grad an professioneller Ausbildung, weshalb mehrere der höchsten Mitglieder der Revolutionsregierung anwesend waren: Premiermini-

17 Vgl. Pérez Caso, Hermes: *Labradores de Sueños*, La Habana, 2005.

18 Interview mit Jorge Risquet, der mit Raúl Castro das *Ejército de Oriente* aufbaute, am 12.12.2007 in Havanna.

19 Viele bewahren diese Kopfbedeckung bis heute mit Stolz auf; ab 1960 wurden diese Milizionäre zur Bekämpfung der Konterrevolutionäre vor allem im Escambray-Gebirge eingesetzt. Die USA bildeten in den folgenden Jahren Konterguerrillas aus, die nach dem kubanischen Vorbild Green Berets genannt wurden, wobei die natürlich ein genau entgegengesetztes Ziel verfolgten: den Sturz von Revolutionen.

20 Vgl. Interviews mit Ovidio Díaz Rodríguez am 5. und 7.4.2007 sowie am 5.6.2008 in Santa Clara und mit „Pepe“ Ramírez, dem damaligen Präsidenten der Bauernvereinigung „Frank País“ und späteren ersten ANAP-Präsidenten, am 17.6.2008 in Havanna, sowie die Zeitschrift *ANAP* ab der 1. Ausgabe (August 1961).

ster Fidel Castro war persönlich vor Ort, dazu Che Guevara und andere. Der Kurs umfasste Moderne Kriegsführung, Guerrillataktiken, Ballistik, Waffentraining, zivile Bildung und Alphabetisierung.²¹

Zu der militärischen Ausbildung kam in allen Ausbildungszentren die politische Bildung der Milizionäre, mit der eine souveränere Darstellung der eigenen Geschichte unter besonderer Hervorhebung der Errungenschaften der Revolution und der glorreichen Geschichte des Guerrillakrieges gegen Batista erfolgte. Darüber hinaus wurde auf die Tradition der lateinamerikanischen und kubanischen Unabhängigkeitskriege und auf den spanischen Bürgerkrieg eingegangen, und eine immer deutlicher werdende Bewunderung für die Sowjetunion und China und im Gegenzug dazu eine immer schärfere Verurteilung des US-Imperialismus und der Rassendiskriminierung in den USA.²² Dennoch wurde der Weg zum Sozialismus noch nicht offiziell beschritten, und die meisten Menschen im Land empfanden die Sowjetunion und den Kommunismus als Bedrohung, wenn auch nicht als solch eine große wie die der USA. Zwar waren die USA bezüglich der Alltagskultur immer noch stark in Kuba verankert, politisch und wirtschaftlich entfernten sie sich aber immer weiter und kündigten der Revolutionsregierung immer offener den Kampf an.

Mit der Ausbildung von MilizenoffizierInnen, Kampfataillonen und Spezialkompanien erlangte die Organisation der MNR eine neue Qualität. Zu den weiterhin existierenden, sektorial organisierten und immer besser trainierten Wachmilizen und polizeilichen Hilfstrupps kamen schlagkräftige, professionellere Miliztruppen hinzu. Sie waren nicht nur besser trainiert und ausgerüstet, sondern konnten dank ihrer territorialen Organisation auch schneller mobilisiert werden. In den folgenden Monaten lag die Verantwortung für die Landesverteidigung auf den Schultern all dieser Milizen, die man Anfang 1961 in Anbetracht ihrer Gesamtstärke von etwa 800.000 Männern und Frauen in der Tat als „*pueblo armado*“ (‘Volk in Waffen’) bezeichnen kann.²³

Frauen in den Milizen

Schon kurz nach dem Triumph der Revolution begannen viele Frauen, sich in Milizen zu organisieren. Die Haupttriebkraft oblag hierbei der *Unidad Femenina Revolucionaria* (UFR), aus der im August 1960 die FMC erwuchs. In allen Landesteilen organisierte die UFR Komitees zur Stärkung der Frauenrechte und zur

21 Vgl. den Artikel „Este es un puelo atrincherado en su patria“, in: *INRA* 8 (September 1960), S. 94-97.

22 Vgl. die Inhalte der ab April 1960 regelmäßig erscheinenden Militärzeitschrift *Verde Olivo*, die ab April 1960 als zentrales Informationsmedium für FAR und MNR fungierte, dazu das Manual de Capacitación Cívica, CUBA, MINFAR (Hg.), La Habana 1960, und die Studie von Fred C. Judson: *Cuba and the Revolutionary Myth. The Political Education of the Cuban Rebel Army, 1953-1963*, Boulder/London, 1984.

23 Vgl. den Film „CUBA: PUEBLO ARMADO“, von Joris Ivens, [La Habana: ICAIC, 1960] über Milizen auf Kuba im Jahr 1960. Die mögliche Zahl von 800.000 in Milizen organisierten Frauen und Männern nennt Jorge Zalamea (*Cuba oprimida y liberada*, (Biblioteca del Pueblo) La Habana, 1962, S. 9), was in Relation zur Bevölkerungszahl (ca. 6,5 Mio.) zwar enorm aber realistisch ist, da im März 1960 bereits 500.000 MilizionärInnen organisiert waren.

aktiveren Partizipation und Selbstverwirklichung. Dabei klärten sie auch Frauen in ländlichen Gebieten über ihre Rechte in Familie und Gesellschaft auf und boten ihnen Hilfe zu deren Durchsetzung und Kurse zur persönlichen Erst- und Fortbildung an. Zugleich mobilisierten sie enthusiastische, aber bisher nicht für die Revolution aktive Frauen, indem sie diese für die Alphabetisierung, Kollekten für die Agrarreform und den Kauf von Waffen und Flugzeugen und weitere Projekte von nationaler oder lokaler Bedeutung gewannen. Im Rahmen dieser sozialen und emanzipatorischen Aufgaben unterstützten sie Frauen bei der Organisation von Milizen oder beim Beitritt zu von Männern organisierten Milizen, wobei sie ihnen halfen, gegen dort herrschende Vorurteile und Widerstände aus der eigenen Familie anzugehen.

Mit dem Triumph der Revolution verbesserte sich die Situation der Frau im machistischen Kuba signifikant, aber es war kein geradliniger und einfacher Weg, sondern entsprach geradezu einer „Revolution in der Revolution“.²⁴ Nach den bis dahin (und darüber hinaus) herrschenden patriarchalen Vorstellungen gewährte man Frauen keinerlei Anspruch auf jegliche Art des Dienstes an der Waffe, der als absolute Männerdomäne galt. Allerdings ist dies für den Fall des Agierens gegen die herrschende Ordnung differenzierter zu betrachten. Es lassen sich hier immer wieder Beispiele von Frauen finden, die schon in der Kolonialzeit bewaffneten Widerstand leisteten.²⁵ Mit Beginn der Studentenbewegung ab den 1920er Jahren um Julio Antonio Mella und deren Unterdrückung durch den Diktator Gerardo Machado beteiligten sich auch immer mehr Studentinnen an militanten Aktionen.²⁶ Diese Tradition flammte im Kampf gegen Batista wieder auf, und zusätzlich zum urbanen Widerstand schlossen sich einige Frauen den Guerrilleros in den Bergen an. Das bekannteste Beispiel hierfür ist das Peloton der *Marianas*, das mit Fidel in der Sierra Maestra kämpfte.²⁷ Auch im Escambray gab es Guerrilleras, die an vorderster Front standen und ab 1959 sehr aktiv am Aufbau von Frauenmilizen beteiligt waren.²⁸

Viele Frauen sahen den Eintritt in eine Miliz als emanzipatorischen Befreiungsschlag an, der sich ihnen durch die Revolution neben den bereits genannten Möglichkeiten zur Emanzipation und Selbstverwirklichung bot. In progressiv denkenden Familien war dieser Schritt weniger problematisch und wurde häufiger unterstützt als in konservativ orientierten Milieus. In vielen Fällen stießen junge Frauen jedoch auf den Widerstand der Familie oder des (Ehe-)Partners. Der Dienst an der Waffe wurde meist als unweiblich angesehen, und diesen Frauen wurde dementsprechend häufig nachgesagt, lesbisch und/oder „Mannsweiber“ zu

24 Vgl. Federación de Mujeres Cubanas (Hg.): Una Revolución dentro de la Revolución, La Habana, 1982.

25 Vgl. Núñez Jiménez, Antonio: El Pueblo Cubano, (Cuba: La Naturaleza y el Hombre, 31) La Habana, 2002 und COR del CP del PCC (Hg.): La Mujer Cubana en los Cien Años de Lucha 1868-1968, La Habana, 1968.

26 Vgl. Stoner, K. Lynn: From the House to the Streets. The Cuban Woman's Movement for Legal Reform, 1898-1940, Durham/London, 1991.

27 Eine von ihnen, Delsa Esther „Teté“ Puebla Viltre, ist heute die einzige Generälin Kubas.

28 Interview mit Gardenia Patiño, die im Escambray kämpfte, am 7.6.2008 in Cienfuegos.

sein, was in Öffentlichkeit und Familie generell negativ konnotiert war.²⁹ Oft verspürten die Familie oder Partner gegenüber ihren Töchtern ein stärkeres Beschützungsbedürfnis als gegenüber ihren Söhnen, was im Fall von Einzelkindern noch stärker ausgeprägt war. Wurden sie von anderen Verwandten großgezogen (z.B. von den Großeltern), konnten sich junge Mädchen meist einfach von der familiären Kontrolle lossagen und der Miliz beitreten. Vielfach trainierten sie auch heimlich mit, was im Fall der Entdeckung den Zwang zum Austritt durch die Eltern bedeuten konnte.³⁰ Andererseits half manchen Frauen gerade die Bindung zu ihrem ebenfalls in der Miliz aktiven Partner, ihren Eintritt in die Miliz zu verteidigen.

Die Ausbildung von Frauen zu Offizieren und das Bataillon „Lidia Doce“

Im Laufe der Jahre 1959 und 1960 traten vor allem Frauen im Studentensektor und in kleineren Betrieben den Milizen bei oder gründeten eigene. Im ländlichen Bereich waren die Familien- und Arbeitsverhältnisse in der Regel wesentlich patriarchaler strukturiert als in der Stadt, was eine Beteiligung der Frauen in den Milizen des Bauernsektors verzögerte und auf einem niedrigen Niveau hielt. Im Herbst 1960 nahmen 17 Frauen am ersten MilizenoffizierInnenkurs in Matanzas teil, und 15 bestanden ihn. Beinahe hätten sie nicht daran teilnehmen können, denn als die Männer zum Kurs gerufen wurden, benachrichtigte man die Frauen nicht. Daraufhin beschwerten sich einige vehement bei Fidel, der dem Leiter des Kurses ihre sofortige Aufnahme befahl. Als sie in Matanzas vorstellig wurden, sprach dieser zu ihnen, er wolle sie zwar nicht dort haben, aber da sie nun einmal dort seien, sollten sie das härteste Programm durchlaufen, ohne Abstriche.³¹ Insgesamt bestanden 534 MilizionärInnen im November 1960 den Kurs.³² Diese Frauen und Männer stellten nach dieser Spitzenausbildung die absolute Elite aller Milizen dar. Unmittelbar nach ihrer Graduierung wurden diese *Tenientes de Milicias* (Oberleutnantinnen der Milizen) zur Bildung eines Frauenbataillons abkommandiert. Die Idee stammte von Fidels engster Vertrauten, Celia Sánchez.³³

Das Bataillon wurde im Zentrum Havannas organisiert und trainiert, später an anderen, etwas ausserhalb gelegenen Orten. Zu Ehren einer bedeutenden Märtyrerin im Kampf gegen Batista aus Havannas Stadtteil Regla erhielt es den Namen „Lidia Doce“. Der Ansturm der Freiwilligen war enorm: Insgesamt wurden bei-

29 Vgl. eine ähnliche Problematik in Hampf, Michaela: „‘Dykes’ or ‘whores’: Sexuality and the Women’s Army Corps in the United States during World War II“, in: *Women’s Studies International Forum* 27 (2004), S. 13-30.

30 Vgl. Interview mit Angelina Rojas Blaquier am 13.12.2008 in Havanna, der dies widerfuhr.

31 Interview mit Blanca Melchor am 20.04.2007 in Havanna. Sie war eine der Frauen, die den Kurs bestanden hatten.

32 Vgl. den Artikel „La Patria tiene fe y confianza en ustedes“, in: *INRA* 11 (Dezember 1960), S. 4-9.

33 Celia, die in der Bevölkerung sehr beliebt war, wickelte Fidel seit dem Guerrillakampf in der Sierra Maestra bis zu ihrem Tod nicht von der Seite und leitete neben der von Männern dominierten Revolutionsregierung als graue Eminenz im Hintergrund die Amtsgeschäfte.; vgl. auch Tabío, Pedro Alvarez: CELIA. Ensayo para una biografía, La Habana, 2003.

nahe 3.000 Milizionärinnen allen Alters aufgenommen, teils Mütter mit ihren Töchtern. Zur großen Mobilisierung im Januar 1961 erhielten sie eigene, von Celia gestaltete Uniformen und Maschinenpistolen. Umgehend wurden sie zur Bewachung öffentlicher Gebäude, Botschaften und strategischer Einrichtungen eingeteilt, ebenso wie drei Monate später während der Invasion der Schweinebucht. Nach dem Sieg bewachten einige von ihnen die dabei gefangengesetzten Söldner.³⁴ Zum direkten Kampfeinsatz im Escambray oder der Schweinebucht wurden sie nicht zugelassen, wogegen sie protestierten. Als 1981 die *Milicias de Tropas Territoriales* (MTT, Territorialmilizen) gegründet wurden, spielten sie eine wichtige Rolle bei deren Aufbau und Ausbildung. Bis auf die berühmte Ausnahme „Lidia Doce“ ist wenig über die Organisation von Frauen in Bataillonen bekannt. Thelma Bornot, die mit Vilma Espín in Santiago de Cuba und Guantánamo im Kampf gegen Batista aktiv war, berichtet von einem Frauenbataillon, das sie in Holguín trainierte. Ihr Mann, „Tony“ Pérez, war dort für den Aufbau der männlichen Kampfataillone der MNR zuständig.³⁵ In anderen Provinzen gab es überall Frauenkompanien, die Wachdienst leisteten oder z.B. in Manicaragua (damalige Provinz Las Villas) eine aktive Rolle beim Kampf gegen konterrevolutionäre Aufständische spielten.³⁶

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Frauen und Männer in Milizen mit steigendem Professionalisierungsgrad der Ausbildung nicht mehr gemeinsam trainiert wurden (wie noch in den ArbeiterInnen- und AngestelltInnenmilizen). Auf höchstem militärischem Niveau ließ das Ministerium der Revolutionären Streitkräfte (MINFAR) Frauen immer weniger ausbilden, weshalb sich in den folgenden Kursen für Milizenoffiziere in Matanzas keine Frauen mehr befanden. Auch das Kommando einer Frau über männliche Milizionäre stellte eine absolute Ausnahme dar. Trotz dieser Widerstände erkämpften sich Frauen immer wieder das Recht auf die Verteidigung des Landes mit der Waffe in der Hand. Wenn ihnen dies an der Frontlinie auch versagt wurde, so waren sie dennoch im logistischen Bereich (Sanitäterinnen, Radiokommunikation, etc.) der MNR, an der Basis, d.h. in den Wachmilizen, sowie zur Aufrechterhaltung der industriellen Produktion im Kriegsfall unentbehrlich.

34 Vgl. Interview mit Alicia Gómez, einer der *Tenientes de Milicias*, 30.11.2008 und am 11.12.2008, sowie Comisión de Historia Batallón Lidia Doce (Hg.): *Síntesis Histórica del Batallón de Milicias Femenino „Lidia Doce“*, [La Habana, 1980].

35 Interview mit beiden am 14.12.2007 in Havanna.

36 Dort trainierte Elda García Puertas Frauen und Männer, vgl. auch ihre Biografie und ihren MNR-Ausweis, Dok. 3-530, Archivo del Museo Municipal de Manicaragua. Zur Rolle der Frauen im Escambray vgl. Vera Morera, Cira Odalys: *Mujeres de la Lucha contra Bandidos*, unveröffentlichtes Manuskript, Archivo del Museo Municipal de Manicaragua (Villa Clara), 2003.

Bedrohung durch die USA und Konterrevolution

Während die Professionalisierung der MNR voranschritt, wurde (ebenfalls im Herbst 1960) immer deutlicher, dass die US-Regierung anstrebte, die Revolution mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die Bedrohung war in der Tat real: Der kubanische Militärgeheimdienst hatte die geheimen Trainingscamps der CIA-trainierten und -ausgerüsteten Exilkubaner in Nicaragua geortet (die ein halbes Jahr später in der Schweinebucht landen sollten), und die Nachricht erschien mehrfach in der kubanischen Presse. Dazu kamen die vermehrten Angriffe auf Zuckerrohrfelder und Bombenanschläge in den Städten, was durch das terroristische Netzwerk in Miami organisiert und von der US-Regierung unterstützt wurde. Schon ab September 1960 wurde darüber hinaus im Escambray-Gebirge ein konterrevolutionärer *Foco* aufgebaut. Die untereinander zerstrittenen Banden verfolgten keine sozialen Ziele, sondern den Sturz der Regierung und die Ermordung Castros und der kubanischen Führungsriege. Da sie allesamt gegen eine linke Politik kämpften, wurden sie massiv von den USA unterstützt, die ihnen über die CIA großzügige Geldzahlungen, Waffen, Sprengstoff und logistisches Gerät (Feldkommunikation etc.) zukommen ließen.

Die Verbandelung zwischen reichen kubanischen ExilantenInnen, US-Großindustriellen und der US-Regierung war sehr eng, und man scheute bis auf eine direkte Invasion kein Mittel zur Durchsetzung derer gemeinsamen Interessen. Ihre HandlangerInnen waren häufig von der Revolution enttäuschte Mitglieder der kleinen Bourgeoisie, die um ihre Besitztümer fürchteten und dachten, die Revolution ließe sich mit Gewalt aufhalten. Im Escambray-Gebirge waren dies vor allem lokale Landbesitzer, die über seit Jahrzehnten existente Klientelstrukturen LandarbeiterInnen, Kleinbauern und -bäuerinnen und PächterInnen ihrer Ländereien gegen die Regierung aufstachelten. Dazu kam, dass im Krieg gegen Batista die Guerrillafront im Escambray sehr inhomogen war. M-26-7 und PSP waren dort vielerorts monatelang nicht die erste Kraft, sondern das DR 13-M. Innerhalb des DR 13-M war es aber zu einem Schisma gekommen. Eloy Gutiérrez Menoyo, der dort mit dem Aufbau der sogenannten Zweiten Front (neben der von Fidel in der Sierra Maestra) betraut worden war, verriet die Organisation. Er spaltete sich mit vielen Guerrilleros des DR 13-M und dessen Waffen ab und führte fortan unter dem Namen *Segundo Frente Nacional del Escambray* eine eigene Truppe an. Deren Ziele standen aber denen der *Organización Auténtica* näher, einer kleinen terroristischen Kampftruppe der Auténtico-Partei, die bis 1952 mit Carlos Prío den Präsidenten gestellt hatte, der durch Batistas Putsch gestürzt wurde. Beide verfolgten im Kampf gegen Batista keine soziale Revolution, sondern eine Rückkehr zum Status Quo, d.h. eine Wiedereinsetzung Príos, der sie von Miami aus finanziell und mit Waffen unterstützte. Prío hatte zeitweilig auch Castro unterstützt und versucht, ihn für seine Ziele zu benutzen, was jener aber nicht zuließ. Im Oktober 1958 war es Che Guevara gelungen, eine fragile Allianz zwischen M-26-7, PSP

und DR 13-M auf der einen und Menoyos *Segundo Frente* auf der anderen Seite zu schmieden.³⁷

Nach dem Sieg Castros und des M-26-7 gelang es Menoyo mit seinen MitstreiterInnen, ihren lokalen Einfluss auszubauen, Ämter zu erringen und die Politik der Regierung oftmals falsch anzuwenden oder anzuwenden, sodass z.B. die Agrarreform auch einigen weniger begüterten Bauern und Bäuerinnen im Escambray nichts Gutes verhiess. Menoyos Leute erkannten bald, dass diese Regierung nicht die bisher in Kuba übliche *Politiquería* (in etwa 'Schweinepolitik' wie spätestens seit den 1940er Jahren die Vermischung von Ämtervergabe, Korruption, schmutzigen Geschäften und der Mafia genannt wurde) praktizierte, sondern erstmals wirklich diese Übel der Gesellschaft bekämpfte. Noch bevor der sozialistische Kurs der Regierung deutlich wurde, arbeiteten sie ihr entgegen und verwirrten mit ihrem konterrevolutionären Handeln, das sie selbst als revolutionär und regierungskonform bezeichneten, die lokale Mittel- und Oberschicht. Der Escambray wurde zum Sammelbecken für BanditInnen und selbsternannte „RevolutionärInnen“, die sich den Kampf gegen den (noch nicht existenten) Kommunismus auf die Fahnen geschrieben hatten. Ohne einheitliche Führung, Organisation und untereinander häufig zerstritten wären sie sehr bald aufgerieben worden, doch der entscheidende Faktor in ihrem Fortleben war die massive Unterstützung durch die USA.

Bald wurden die von dort aus entsandten Waffen- und Materialabwürfe mittels Fallschirmen zu einem gefährlichen Faktor für die kubanische Regierung. Anfang November 1960 wurde einer der *Comandantes* der Revolution, 'Piti' Fajardo, im Escambray erschossen. Die Konterrevolution war in dieser Region mit den bisherigen Mitteln nicht mehr zu kontrollieren. Fidel war klar, dass dieser *Foco* allein nicht überlebensfähig war. Es fehlte den KonterrevolutionärInnen nicht nur an Koordination, sondern die Regierung stützte sich nicht (wie noch Batista) auf ein korruptes, demoralisiertes Heer, das widerwillig und von Desertierungen geschwächt eine Diktatur verteidigte. Im Gegenteil: Es gab zwar noch keine schlagkräftige Armee, da sich die FAR noch im Aufbau befanden, aber es gab eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung, die mit Herz und Seele für die Revolution war, und aus dieser Bevölkerung heraus meldeten sich freiwillig die MilizionärInnen der MNR zur Verteidigung der Revolution mit der Waffe in der Hand. Die interne Opposition und die ExilantInnen in Miami waren nicht das eigentliche Problem, da sie dieser geballten Kraft der Revolution nicht standhalten würden.

Doch Fidel war sich ebenfalls bewusst, dass ein langsames Vorgehen einem wesentlich mächtigeren Feind in die Hände spielte: der Supermacht USA. Die Konterrevolutionäre im Escambray verfolgten zu keinem Zeitpunkt ernsthaft einen nationalen Guerrillakrieg aus eigenen Kräften wie Castro ihn geführt hatte, um die Revolutionsregierung zu stürzen. In jedem Fall wurde entweder auf eine schnelle Ermordung Fidels, Raúl's und des Che gesetzt bzw. andernfalls auf eine

37 Vgl. zur Abspaltung des *Segundo Frente* und ihren Folgen Hurtado Tandrón, Aremis: Directorio Revolucionario 13 de Marzo. Las Villas, La Habana, 2005.

direkte Invasion der USA gesetzt oder auf eine Invasion von Exilkubanern mit dem Ziel, mit Unterstützung der Aufständischen im Escambray ein Gebiet oder einen Brückenkopf zu sichern. Dorthin sollte eine provisorische Regierung aus dem Exil gebracht werden, zu deren „Verteidigung“ die USA nach Aufforderung der US-dominierten OAS (Vereinigung Amerikanischer Staaten) direkt militärisch eingreifen würden. Da sich die Escambray-Region geographisch wie strukturell gut für eine solche Unternehmung eignete, kam ihr eine entscheidende strategische Bedeutung zu. Die Tatsachen sprachen eine deutliche Sprache: In Nicaragua trainierten bereits die Invasionstruppen, und im Januar sollte John F. Kennedy als neuer US-Präsident ins Amt eingeführt werden. Der Zeitraum zwischen der Abwahl Eisenhowers und dem Amtsantritt Kennedys war für eine Invasion äußerst günstig; Eisenhower hatte politisch nichts mehr zu verlieren und Kennedy musste sich mit dieser Schaffung von militärischen Tatsachen nicht die Hände schmutzig machen.

Die Revolution weiß sich zu verteidigen

Der Einsatz der MNR im Escambray-Gebirge

Aus diesen Gründen war es für die kubanische Regierung von höchster Priorität, die Aufständischen im Escambray-Gebirge auszuschalten, bevor es zu einer Invasion kam. Die soeben trainierten Kampfbataillone wurden umgehend zur *Lucha Contra Bandidos* (LCB, 'Kampf gegen Banditen') geschickt. Ende Dezember 1960 begann mit der *Operación Jaula* ('Operation Käfig') die erste „*Limpia del Escambray*“ ('Säuberung des Escambray'), die bis März 1961 andauerte.³⁸ Das gesamte Gebirge wurde mit dem enormen Einsatz von insgesamt 60.000 Milizionären aus dem ganzen Land durchkämmt. Zu Beginn der Operation hatten die Banden den Terror gegen die lokale Bevölkerung intensiviert, um sich deren Unterstützung durch Hilfe beim Verstecken und Verpflegung mit Lebensmitteln zu sichern. Besonders tragisch war die kaltblütige Ermordung zweier junger Alphabetisierer – Conrado Benítez und Manuel Ascunce – Anfang 1961. Zugleich führte die CIA mehrere Operationen zur Unterstützung der Banditen durch.³⁹ Diesem ersten Einsatz der MNR in der LCB folgten noch viele weitere im ganzen Land, bis die Banditen 1965 endgültig besiegt waren.

Dieser „wenig bekannte Bürgerkrieg“⁴⁰ war die Folge des nie offen erklärten Krieges der USA gegen Kuba zum Sturz der Revolution. Die vollständige Nieder-

38 Vgl. Herrera Medina, José Ramón: *Operación Jaula. Contragolpe en el Escambray*, La Habana, 2006.

39 Vgl. ebd. und Diez Acosta, Tomás: *La Guerra Encubierta contra Cuba*, La Habana, 2006, und ders.: *Confrontación Estados Unidos-Cuba*, La Habana, 2003.

40 Vgl. Hernández Garaboto, Jorge/Belén Pacheco, Edelio: „Lucha Contra Bandidos: Guerra Civil Poco Conocida“, in: Centro de Estudios de Historia Militar de las FAR (Hg.): *Compilación de Artículos de Historia Militar*, La Habana, 1986, S. 363-379.

lage der Banditen im Landesinneren ist daher für die Etablierung der Revolution gegen den Willen dieses mächtigen „Nachbarn des Nordens“ und damit für das Erreichen einer bis dahin nie ganz durchsetzbaren inneren Einheit nicht hoch genug zu bewerten. Bis heute halten zwar die konterrevolutionären Aggressionen der USA und die Anschläge der ExilkubanerInnen an, aber die lange Tradition des internen Insurrektionalismus auf Kuba fand 1965 ihr Ende, was für die innere Stabilität Kubas bis heute von entscheidender Bedeutung ist.

Die erste große Mobilisierung

Am 2. Januar 1961 wurde in Havanna anlässlich des zweiten Jahrestages des Triumphes der Revolution eine große Militärparade veranstaltet, auf der neben allen Arten von Milizen auch erstmals die sowjetischen Waffen einschließlich Artillerie und Panzern der nationalen und internationalen Öffentlichkeit präsentiert wurden. Direkt im Anschluss daran begann die erste landesweite Mobilisierung, um einer möglichen Invasion vor dem Amtsantritt Kennedys Einhalt zu gebieten. Überall im Land wurden von den Milizen Schützengräben ausgehoben, strategische Punkte besetzt und befestigt, öffentliche Gebäude und die Infrastruktur bewacht. Gleichzeitig wurde die industrielle Produktion so weit wie möglich aufrecht erhalten; vielerorts ersetzen Frauen in Kampfbataillonen mobilisierte Männer an deren Arbeitsplatz. In den Fabriken, den Universitäten und auf den Feldern wurde teils in kompletter Uniform weitergearbeitet, während (wie bereits zum Teil davor) das Gewehr bereit stand.

Am 4. Januar brachen die USA ihre diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab und schlossen ihre Botschaft in Havanna, die bis heute nicht wieder eröffnet wurde. Zuvor waren dort Hunderte von MitarbeiterInnen tätig; ein nicht unerheblicher Teil davon für die CIA und andere Geheimdienste. Die US-Botschaft galt seit der Gründung der kubanischen Republik im Jahr 1902 als das politische Gravitations- und Orientierungszentrum für die politischen Oligarchien Kubas. Die USA konnten dieses Mal nicht einfach – wie so oft vor 1959 – mit ihren *Marines* landen und eine neue Regierung einsetzen. Dafür standen die Milizen, die in der konterrevolutionären Presse Miamis hasserfüllt als VerteidigerInnen eines entstehenden Kommunismus dargestellt wurden.⁴²

41 Vgl. u.a. Cuba, Dirección Política del Ministerio del Interior (Hg.): *Las Reglas del Juego. 30 Años de la Seguridad del Estado*, 2 Bde., La Habana, 1992. Die letzten großen Anschläge wurden 1997 auf mehrere Hotels in Havanna verübt, wobei der junge Italiener Fabio di Celmo auf tragische Weise ums Leben kam. Heutzutage sind neben der andauernden absurden wirtschaftlichen und politischen Blockade Kubas zwei eklatante Fälle der Verletzung nationalen und internationalen Rechts von aktuellem Interesse: Einerseits die ungerechtfertigten Festnahmen und ungesetzlichen Verurteilungen der „Cuban Five“ durch US-Gerichte in Florida und andererseits die Unterlassung der Verurteilung des berüchtigten Terroristen Luis Posada Carriles, der u.a. für den Bombenanschlag auf ein kubanisches Passagierflugzeug im Jahr 1976 verantwortlich ist und bis heute in den USA lebend nicht dafür zur Rechenschaft gezogen wird – in einem Land, das sich angeblich die Bekämpfung des Terrorismus auf die Fahnen geschrieben hat.

42 Vgl. u.a. das die in Miami Beach herausgegebene Wochenzeitung *7 Días del DIARIO DE LA MARINA - EN EL EXILIO*, 31.12.1960, S. 2.

Die Mobilisierung war trotz der hohen Kosten und einiger Unfälle ein großer Erfolg: Sie verhinderte eine militärische Intervention der USA und bereitete Kubas Bevölkerung auf den Ernstfall vor. Auch die Kommando- und Kommunikationsstrukturen von MNR und FAR hatten maßgebliche Verbesserungen erfahren, wie Rogelio Acevedo sich erinnerte.⁴³

Playa Girón – Erste Niederlage des Nordamerikanischen Imperialismus in Amerika⁴⁴

Nach der Demobilisierung am 20. Januar 1961 begaben sich die meisten MilizionärInnen wieder an ihren Arbeitsplatz. Viele Kampfбатаillone der MNR wurde jedoch beinahe umgehend in das Escambray-Gebirge geschickt, um dort weiter gegen die Banditen zu kämpfen. Anfang April wurde die Operation erfolgreich beendet, und die Milizionäre kehrten umjubelt nach Hause zurück. Die jungen Männer waren häufig erstmals in ihrem Leben über eine so lange Zeit von ihren Familien getrennt; viele von ihnen kannten zuvor nur ihre eigene Provinz.

Doch es blieb nur wenig Zeit zur Erholung von den dreimonatigen Strapazen. Am 15. April 1961 bombardierten US-Flugzeuge ohne vorherige Kriegserklärung alle kubanischen Militärflughäfen und zerstörten dabei Teile der zahlenmäßig ohnehin kleinen kubanischen Luftwaffe, wobei 15 Menschen getötet wurde. Diese feigen Angriffe bewegten die Menschen sehr. Als am 16. April Fidel bei der Beerdigung der Opfer an der Kreuzung der Straßen 23 und 12 nahe des Kolumbus-Friedhof Havannas den sozialistischen Charakter der Revolution verkündete und zu ihrer Verteidigung aufrief, war die Zustimmung überwältigend. Tausende von MilizionärInnen in Uniform reckten ihre Gewehre in die Luft und schrien ihm „Patria o Muerte, Venceremos!“ (‘Vaterland oder Tod, wir werden siegen!’) entgegen. Sie waren bereit, diese „Revolución de los humildes, por los humildes y para los humildes“⁴⁵ mit ihrem Leben zu verteidigen. Noch heute heißt der 16. April „*Día del Miliciano*“ (‘Tag des Milizionärs’). Die meisten Menschen wussten zwar nicht genau, was Sozialismus und Kommunismus bedeuteten, aber angesichts der sozialen Errungenschaften der Revolution herrschte Meinung, dass man eben

43 Vgl. Interview von Luis Báez mit Rogelio Acevedo in Báez, Luis: *Secretos de Generales*, La Habana, 1996.

44 Die Invasion der Schweinebucht wird auf Kuba immer als Schlacht von Playa Girón bezeichnet. Die Literatur dazu ist sehr umfangreich. Einen guten Überblick mit Berücksichtigung der MNR bieten Pino Machado, Quintín: *La Batalla de Girón: Razones de una Victoria*, La Habana, 1983, Rodríguez, Juan Carlos: *La batalla inevitable: La más colosal operación de la CIA contra Fidel Castro*, La Habana, 1996, die Multimedia-DVD „Playa Girón. Primera Derrota del Imperialismo en América“, La Habana, 2006, die zeitnahe Zusammenstellung Playa Girón. *Primera Derrota del Imperialismo en América*, 4 Bde., La Habana, 1961, sowie Chávez, Clara E./Medina, Dulce M./Almohalla, Saúl V.: *GIRON. Biografía de la Victoria*, La Habana, 1986, Mayo, José: *Niños Héroes de Playa Girón*, La Habana, 1983, Molina, Gabriel: *Diario de Girón*, La Habana, 1984, und zu den Biografien der gefallenen Milizionäre: Alvarez, Justina: *Héroes Eternos de la Patria*, La Habana, 2006.

45 Diese Inschrift trägt bis heute die Gedenktafel an dieser Kreuzung Havannas. *Humilde* bedeutet in ‘einfach’ oder ‘arm’, und bezeichnet die große Mehrheit der Bevölkerung, die bis 1959 immer unterdrückt wurde und durch diese Revolution und ihre sozialen Errungenschaften erstmals ein würdiges Leben führen kann. Diese ‘Revolution der Armen, durch die Armen und für die Armen’ bedeutet zugleich, dass die einfachen Bevölkerungsschichten erstmals in ihrem Land zu Akteuren werden, indem sie durch ihr Handeln selbst den Lauf der Geschichte bestimmen.

KommunistIn sei, wenn das Kommunismus ist. Oder um es mit einem damals geläufigen Sprichwort zu sagen: „*Si Fidel es comunista que me pongan en la lista*“ (‘Wenn Fidel Kommunist ist, setzt mich auf die Liste’).

In den frühen Morgenstunden des 17. Aprils begannen die in den USA und Nicaragua trainierten exilkubanischen Söldnertruppen mit der Invasion der Schweinebucht, die vor allem in Playa Girón und Playa Larga stattfand. Der Plan, bei Trinidad zu landen, war u.a. wegen der von MNR und FAR errichteten massiven Küstenbefestigungen mit schwerer Artillerie verworfen worden. Die etwa 1.500 Invasoren waren schwer bewaffnet und landeten von US-Transportschiffen aus mit Artillerie und Panzern. Ziel war es, einen Brückenkopf zu sichern, wohin man eine Exilregierung unter José Miró Cardona einfliegen konnte, die bereits in Miami von der Außenwelt abgeschnitten bereit saß. Die USA wollten diese umgehend anerkennen und sollte daraufhin von der OAS zum direkten militärischen Eingreifen autorisiert werden, um Kuba zu besetzen und der Revolution ein Ende zu machen. Die Invasion wurde von einer Welle an Falschmeldungen in der US-Presse und den internationalen Nachrichtenagenturen begleitet, die mal den schnellen Vormarsch der „Befreiungstruppen“ auf Havanna, mal den Sturz der kubanischen Regierung verkündeten.

Doch trotz der Unterstützung von Bombern und Kampfflugzeugen konnte der niederträchtige Plan nicht in die Realität umgesetzt werden, denn Kubas Regierung und die Bevölkerung reagierten sehr schnell. Die Söldner wurden nicht jubelnd und mit offenen Armen aufgenommen, wie man es ihnen zuvor versprochen hatte. Die Bevölkerung vor Ort und die Milizen leisteten erbitterten Widerstand, obwohl viele von ihnen, darunter Frauen und Kinder, mit Granaten, Napalm und Phosphor hingemetzelt wurden. Als erstes kam das Bataillon 339 der MNR aus dem nahe gelegenen Cienfuegos in die Kampfzone und gebot dem Feind Einhalt. Kurz darauf gelangten die (mitten aus der Ausbildung gerissenen) Mitglieder des zweiten Kurses für Milizenoffiziere aus Matanzas unter José Ramón Fernández dorthin. Fidel ließ neben den MNR praktisch alle taktischen Kräfte der FAR der Provinzen Havanna, Matanzas und Las Villas nach Playa Girón schicken. Dazu wurde das ganze Land mobilisiert, und wie im Januar bezogen die Milizen ihre Stellungen. Im Rahmen der Mobilisierung wurde von der Polizei mit Hilfe des Geheimdienstes, der MNR und der Ende September 1960 gegründeten Comités de Defensa de la Revolución (CDR, ‘Komitees zur Verteidigung der Revolution’) eine große Zahl an potentiellen und realen KonterrevolutionärInnen festgenommen, die man meist nach wenigen Tagen wieder auf freien Fuß setzte.

Die Schlacht von Playa Girón dauerte drei Tage. Am 19. April 1961 hatten Milizen, Streitkräfte und Polizei (die PNR entsandte ebenfalls ein Kampfbataillon) die Söldner besiegt, ihre Schiffe versenkt, ihre Flugzeuge abgeschossen und die meisten der Invasoren gefangengenommen. Der Sieg war überwältigend, und kurze Zeit darauf wurden auch der Weltöffentlichkeit die USA als wahre Urheber der Invasion bekannt, was Kennedy stets vehement abgestritten hatte. Während

und nach der Invasion stiegen die Eintritte in die Milizen stark an. Die Notwendigkeit einer starken Landesverteidigung war evident, und die KubanerInnen waren bereit, sie trotz Arbeit, Studium und anderen Aufgaben zu garantieren, wie sich erneut während der Raketen- oder Kubakrise im Oktober 1962 zeigen sollte, als die Milizen erneut eine wichtige Rolle spielten.

Schlussbetrachtungen

Die Schlacht von Playa Girón war Kubas Ayacucho, also die endgültige Schlacht zur Erlangung der wahren Unabhängigkeit, die 1898 aufgrund der Besetzung durch die USA verhindert worden war. Zugleich wurden die kubanische Revolution und ihre erfolgreiche Verteidigung immer mehr zum Zeichen für ganz Lateinamerika: ein Zeichen dafür, dass die in ganz Lateinamerika bitter nötigen sozialen Verbesserungen auch gegen den Willen des US-Imperialismus und gegen den Widerstand der eigenen Oligarchien und deren Armeen durch eine soziale Revolution herbeigeführt und verteidigt werden konnten. Damit wurde Kuba zum Impulsgeber und leuchtenden Vorbild linker sozialer Bewegungen in ganz Lateinamerika; eine Rolle, die jetzt zunehmend Hugo Chávez erfüllt, dessen großes Vorbild und Idol Fidel Castro ist.

Ohne die Revolutionären Nationalmilizen wäre die Verteidigung Kubas, der Revolution und des Sozialismus nicht möglich gewesen. Jede Milizionärin und jeder Milizionär im ganzen Land trugen dazu bei, egal ob sie trainierten und Wachdienst leisteten, ob sie alphabetisierten oder Feuer löschten, ob sie mobilisiert waren oder im direkten Kampfeinsatz gegen innere Aufständische (LCB) und in Playa Girón ihr Leben aufs Spiel setzten. Der Wille, diese Revolution und ihre sozialen Errungenschaften mitzutragen, wurde von über 90% der Bevölkerung geteilt.⁴⁶ Ein bedeutsamer Teil der KubanerInnen setzte dies neben vielen anderen Formen der Partizipation mittels des Engagements in den Milizen um und entschied sich damit bewusst für die Verteidigung der Revolution und der Zukunft Kubas unter Einsatz des eigenen Lebens.

Will man die ungeheure Dynamik der kubanischen Revolution verstehen, so darf man sich nicht nur auf die internationale Konstellation des kalten Krieges versteifen. Die Verteidigung der Revolution war zwar definitiv auch eine Entscheidung für ein politisches System im Rahmen der Unmöglichkeit eines dritten Weges, aber die Hauptursachen und die Haupttriebkkräfte im Verlauf der Revolution liegen im kubanischen Volk und seiner Geschichte. Das Verhältnis zwischen der Steuerung des revolutionären Prozesses „von oben“ durch die Revolutionsregierung und zwischen dem enormen Druck „von unten“ (was sich keineswegs

46 Vgl. Free, Lloyd A.: Attitudes of the Cuban People Towards the Castro Regime. In the late Spring of 1960, Princeton, 1960.

klar trennen lässt) zeigt, dass die Regierung in diesen Jahren ohne einen derart starken Rückhalt in der Bevölkerung die soziale Revolution nicht hätte durchführen können. Ohne die massiven freiwilligen Beitritte in die Revolutionären Nationalmilizen, der ersten Massenorganisationen Kubas, wäre die Verteidigung des Landes und der Revolution nicht möglich gewesen. 1959 nahm das kubanische Volk erstmals seit den Unabhängigkeitskriegen sein Schicksal wieder selbst in die Hand. Auch dank der MNR ist Kuba bis heute frei und unabhängig.

Literatur

- Alvarez, Justina: *Héroes Eternos de la Patria*, La Habana, 2. Aufl. 2006.
- Báez, Luis: *Secretos de Generales*, La Habana, 1996.
- Bello, Alberto Alfonso/Pérez Díaz, Juan: *Cuba en España. Una Gloriosa Página de Internacionalismo*, La Habana, 1990.
- Cardona, Gabriel: „Milicias y Ejércitos“, in: *Historia 16* (Hg.): *La Guerra Civil*, Madrid, 1986, S. 6-59.
- Chávez, Clara E./Medina, Dulce M./Almohalla, Saúl V.: *GIRON. Biografía de la Victoria*, La Habana, 1986.
- Comisión de Historia Batallón Lidia Doce (Hg.): *Síntesis Histórica del Batallón de Milicias Femenino „Lidia Doce“*, [La Habana, 1980].
- COR del CP del PCC (Hg.): *La Mujer Cubana en los Cien Años de Lucha 1868-1968*, La Habana, 1968.
- Corrales, Raúl/Fernández, Ernesto/García Joya, Mario/Korda, Alberto/Salas, Osvaldo: *Cuba. La Fotografía de los Años 60*, La Habana, 1988.
- Cuba. Dirección Política del Ministerio del Interior (Hg.): *Las Reglas del Juego. 30 Años de la Seguridad del Estado*, 2 Bde., La Habana, 1992.
- Cuba. MINFAR: *Manual de Capacitación Cívica*, La Habana, 1960.
- De Paz-Sánchez, Manuel: *Zona de Guerra. España y la Revolución Cubana (1960-1962)*, (Taller de Historia, 27), Santa Cruz de Tenerife, 2001.
- Diez Acosta, Tomás: *Confrontación Estados Unidos-Cuba*, La Habana, 2003.
- Diez Acosta, Tomás: *La Guerra Encubierta contra Cuba*, La Habana, 2006.
- Federación de Mujeres Cubanas (Hg.): *Una Revolución dentro de la Revolución*, La Habana, 1982.
- Free, Lloyd A.: *Attitudes of the Cuban People Towards the Castro Regime. In the late Spring of 1960*, Princeton, 1960.
- Hampf, Michaela: „‘Dykes’ or ‘whores’: Sexuality and the Women’s Army Corps in the United States during World War II“, in: *Women’s Studies International Forum 27* (2004), S. 13-30.
- Hernández Garaboto, Jorge/Belén Pacheco, Edelio: „Lucha Contra Bandidos: Guerra Civil POCO Conocida“, in: *Centro de Estudios de Historia Militar de las FAR* (Hg.): *Compilación de Artículos de Historia Militar*, La Habana, 1986, S. 363-379.
- Herrera Medina, José Ramón: *Operación Jaula. Contragolpe en el Escambray*, La Habana, 2006.
- Hurtado Tandrán, Aramis: *Directorio Revolucionario 13 de Marzo. Las Villas*, La Habana, 2005.
- Judson, Fred C.: *Cuba and the Revolutionary Myth. The Political Education of the Cuban Rebel Army, 1953-1963*, Boulder/London, 1984.
- Lafita de Juan, María L.: *Brigada Universitaria José A. Echeverría y BON 154*, La Habana, 1983.
- Leante, César: *Con las Milicias*, La Habana, 2. Aufl. 1962.
- Losada Málvarez, Juan Carlos: „La improvisación de oficiales“, in: *Historia 16* (Hg.): *La Guerra Civil*, Madrid, 1986, S. 74-83.
- Luxemburg, Rosa: „Miliz und Militarismus“, in: *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 42-44 u. 47, 20.-22. u. 25. Februar 1899; kurz darauf veröffentlicht als Anhang zu: *Sozialreform oder Revolution?*, Leipzig, 1899.
- Mayo, José: *Niños Héroes de Playa Girón*, La Habana, 1983.
- Molina, Gabriel: *Diario de Girón*, La Habana, 1984.
- Núñez Jiménez, Antonio: *El Pueblo Cubano*, (Cuba: *La Naturaleza y el Hombre*, 31), La Habana, 2002.
- Pérez Caso, Hermes: *Labradores de Sueños*, La Habana, 2005.
- Pino Machado, Quintín: *La Batalla de Girón. Razones de una Victoria*, La Habana, 1983.
- [O. A.]: *Playa Girón. Primera Derrota del Imperialismo en América*, 4 Bde., La Habana, 1961.
- Rodríguez, Juan Carlos: *La batalla inevitable. La más colosal operación de la CIA contra Fidel Castro*, La Habana, 1996.

- Rodríguez Álvarez, Angel: ¡De Frente... March!, Premio Testimonio en el Concurso 26 de Julio en el año 1996, unveröffentlichtes Manuskript, [La Habana, 1996].
- Rodríguez García, Mercedes: „Un hombre que tuvo tres nombres“, in: La Tecla con Café (OnlineBlog), <http://lateclaconcafe.blogia.com/2006/120501-un-hombre-que-tuvo-tres-nombres.php>, publiziert am 5. Dezember 2006, abgerufen am 31. Januar 2008 um 2:36 Uhr MESZ.
- Soto, Lionel: La Revolución del 33, 3 Bde., La Habana, 1977.
- Stoner, K. Lynn: From the House to the Streets. The Cuban Woman's Movement for Legal Reform, 1898-1940, Durham/London 1991.
- Tabío, Pedro Álvarez: CELIA. Ensayo para una biografía, La Habana, 2003.
- Vera Morera, Cira Odalys: Mujeres de la Lucha contra Bandidos, unveröffentlichtes Manuskript, Archivo del Museo Municipal de Manicaragua (Villa Clara), 2003.
- Zalamea, Jorge: Cuba oprimida y liberada, (Biblioteca del Pueblo), La Habana, 1962.
- Zamora, C.: „Las Milicias de un Pueblo Libre. 500,000 Criollos Sobre las Armas Garantizan la Soberanía de Cuba“, in: Trabajo 2 (Juni 1960), S. 76-83.

Audiovisuelle Publikationen

- Ivens, Joris: CUBA. PUEBLO ARMADO, ICAIC, [La Habana, 1960].
- „Playa Girón. Primera Derrota del Imperialismo en América“, Multimedia-DVD, La Habana, 2006.

Entwicklungsvorstellungen indigener Bevölkerung in Lateinamerika

Einleitung

Warum gibt es überhaupt arme und reiche, dominante und unterdrückte, herrschende und beherrschte Gesellschaften? In der Menschheitsgeschichte liegt der Ursprung der Ungleichheit der Kulturen vermutlich zunächst in einer einfachen Kausalkette von Ursachen und Wirkungen, die erst in einem zweiten Schritt von menschlichen Handlungen gefolgt wird, welche nach „gut“ und „böse“ sowie nach „richtig“ und „unrichtig“ beurteilt werden können.¹

Der Übergang vom Nomadentum zu Sesshaftigkeit und Landwirtschaft vollzog sich mit seinem Beginn (von vor über 10000 Jahren) an verschiedenen Stellen des Planeten unterschiedlich schnell und unterschiedlich erfolgreich, hauptsächlich in Folge unterschiedlicher Umweltbedingungen.² Im Nahen Osten und in China gab es eine viel größere Anzahl von Pflanzen- und Tierarten, die günstig zu domestizieren waren, als auf den anderen Kontinenten. Zudem erleichterte die große Landmasse und die lange Ost-West-Achse Eurasiens die Ausbreitung einmal domestizierter Arten bei relativ gleich bleibendem Klima – anders als bspw. in Afrika und Amerika.

Überall, wo sich die Landwirtschaft entwickelte, folgte darauf eine Reihe weiterer Entwicklungen: Die Bevölkerungszahl pro Fläche stieg an, es kam zu straffen und meist hierarchischen Organisationsformen und zur Arbeitsteilung. Zunehmend wurden viele technische Erfindungen gemacht, die Schrift wurde erfunden; und schließlich waren die wirtschaftlich erfolgreicherer Kulturen auch militärisch viel stärker als die hinsichtlich solcher technischer Aspekte weniger entwickelten Gesellschaften.

Solange voneinander isolierte Gesellschaften sich unterschiedlich entwickeln, ist dies noch kein politisches oder ethisches Problem. Dieses begann erst mit dem Aufeinanderprallen der verschiedenen Gesellschaften, wobei meistens oder immer die jeweils wirtschaftlich und technisch stärkere Seite ihre militärische Überlegenheit für ihre eigenen Vorteile und zur eigenen Expansion verwendete und durch die darauf folgende Vorherrschaft und Ausbeutung die Ungleichheit noch extrem verstärkte. So ereigneten sich seit frühester Geschichte Expansionsbewe-

1 Während die Naturwissenschaft in Kausalbeziehungen denkt, gibt es bei den Geisteswissenschaften auch andere Bezüge wie intentionale Zusammenhänge. Jürgen Habermas spricht in seiner Freud-Interpretation von intentionalen Zusammenhängen, welche erst durch Verdrängung zu Kausalbeziehungen, d.h. Zwängen, entstellt werden. Habermas, in: Pöggeler (Hg.) 1972, 236-251.

2 Hier folge ich im wesentlichen der Theorie von Jared Diamond: Diamond 1998.

gungen, Großreichbildungen, später der Kolonialismus und in der heutigen Zeit, neue globale Formen der Herrschaft. Friedliche, nicht nach Expansion strebende Gesellschaften – wie möglicherweise die Kultur auf Kreta vor der mykenischen Zeit – wurden mit der Zeit ausgelöscht, da sie sich nicht gegen die Mittel der Gewalt behaupten konnten. Meistens setzten sich auch die kulturellen, religiösen, sprachlichen und künstlerischen Formen der jeweils dominanten Kultur in den unterworfenen Gebieten durch. Die entsprechenden lokalen Kulturelemente verschwanden zum großen Teil.

Eine häufige Begleiterscheinung des Kolonialismus ist der Rassismus, welcher meistens auf eine Verachtung der Menschen der technisch und wirtschaftlich weniger entwickelten Gesellschaft hinausläuft und auf psychologisch-sozialer Ebene als Rechtfertigung der Unterdrückung dient (ähnlich verhält es sich auch bei anderen Dominanzverhältnissen zwischen je ungleichen Gesellschaften). In den unterworfenen Gesellschaften wiederum kann sich Hass ersatzweise gegen einzelne Menschen oder Menschengruppen richten, welche mit der dominanten Kultur assoziiert werden und zu einer anderen Form von Rassismus im Sinne einer Sündenbockfunktion führen kann, wie es sich möglicherweise mit dem Antisemitismus in arabischen Ländern verhält.

In den letzten Jahrhunderten hat Europa einen großen Teil der Erde unterworfen und kolonisiert. Seit dem 20. Jahrhundert „überholten“ die Vereinigten Staaten von Amerika Europa in der Rolle der Vorherrschaft; und in der heutigen Globalisierung kann man die Dominanz einer Kultur über die andere kaum mehr klar einer bestimmten Nation zuordnen.

Seit Jahrtausenden hat die Herrschaft von jeweils wenigen Gesellschaften über andere zum Verschwinden vieler lokaler und kultureller Lebens- und Ausdrucksformen geführt. Während in den Nationalstaaten der letzten Jahrhunderte oft die Minderheiten (kultureller, religiöser, und ethnischer Art) integriert und zur Anpassung gedrängt wurden, tendiert die derzeitige Globalisierung zu einer sich immer mehr vereinheitlichenden Gesellschaft, wobei abweichende Minderheiten aber nicht mehr politisch integriert, sondern ökonomisch ausgeschlossen werden (Ben-Goa 2000: 45ff). Die wirtschaftliche und kulturelle Gleichbehandlung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in der Globalisierung verschärft – bei ungleichen Ausgangsbedingungen, besonders was die armen und die kulturell differenten Gruppen anbelangt – die Unterschiedlichkeit. Das Anderssein wird nicht mehr verboten, sondern an den Rand gedrängt. Die gesellschaftliche Homogenität der Nationalstaaten war „integrativ“, diejenige der Globalisierung ist „exklusiv“.

Entwicklung – aus wessen Perspektive?

Was Entwicklung ist und welche Werte das gesellschaftliche Leben leiten sollen, bestimmt die jeweils dominante Kultur. Deshalb ist es von Interesse zu fragen,

was indigene Völker, welche bis zur Gegenwart kulturell eine Form von Resistenz gegenüber dominanten Kulturen aufweisen, bzw. aufgrund verschiedener Zufälle in ihrer jeweiligen Eigenart überlebt haben, unter dem Begriff Entwicklung verstehen.

Ich gehe im Rahmen meine Dissertation von folgenden Annahmen aus, welche im Anschluss an die Auswertung meiner empirischen Untersuchung (Interviews und teilnehmende Beobachtung) zu diskutieren sind:

1. Die indigenen Gesellschaften haben eigene Vorstellungen von Entwicklung, welche von der “westlichen” Gesellschaft abweichen (können).

2. Aus indigenen Entwicklungs- und Menschenrechtsvorstellungen resultieren Konflikte, sowohl aufgrund des Andersseins ihrer Konzepte, als auch dort, wo sie sich von Bereichen der “westlichen” Entwicklung ausgeschlossen sehen.

3. Die Entwicklungs- und Menschenrechtsproblematik indigener, wie auch anderer armer Gesellschaften, ist insgesamt Folge der Art und Weise, wie die unterschiedlichen Gesellschaften – seit den Erstkontakten bis heute – aufeinander gestoßen sind.

4. Eine Lösung dieser Problematik, die unter Ausblendung der gesellschaftlichen Zusammenhänge als “Unterentwicklung” erscheint, kommt dann in Betracht, wenn die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gesellschaften dahingehend korrigiert und versöhnt werden, dass sie nicht mehr auf Dominanz und Ausbeutung bzw. Marginalisierung, sondern auf gegenseitiger Unterstützung und Respektierung der Rechte der Anderen beruhen. Letzteres setzt voraus, dass sich gesellschaftliches Handeln nicht mehr zwanghaft wie nach Naturgesetzen vollzieht (wie offenbar in den letzten Jahrtausenden), sondern dass Menschen anfangen, politisch bewusst, nach Einsichten handeln.³

Die Forschungsfrage, aus der sich alle Hypothesen ableiten, lautet: wie müsste die Beziehung zwischen den Gesellschaften umgestaltet werden, damit der Kulturkontakt nicht mehr zu Verarmung und Menschenrechtsverletzungen führt? Allgemeiner formuliert geht es mir darum, einen Beitrag zu “Diagnose” und “Therapie” zu leisten.

Von November 2006 bis Oktober 2007 führte ich Interviews mit Indigenen in Lateinamerika und zum Vergleich mit einigen Beduinen und Palästinensern in Israel und Palästina durch. Außerdem lebte ich während mehrerer Wochen mit Familien der Mapuche, eines indigenen Volkes im Süden Chiles und Argentinens, zusammen.

Im Folgenden werde ich einige der Ergebnisse der Interviews und des teilnehmenden Beobachtens – bezogen auf die Hypothesen – zusammenfassen.

3 Das hieße auch, dass wie beim Bewusstwerden des Unbewussten in der Psychoanalyse, die zwangförmigen Kausalzusammenhänge des Handelns in intentionale Zusammenhänge zurückgeführt werden, wo wieder Kategorien wie Recht und Unrecht, gut und böse, eine Rolle spielen.

Ergebnisse der Befragungen und Konsequenzen für die Hypothesen

1. *“Die indigenen Gesellschaften haben eigene Vorstellungen von Entwicklung, welche von der “westlichen” Gesellschaft abweichen (können).”*

Bei der an Indigene gestellten Frage, was aus ihrer Sicht am wichtigsten sei, um gut zu leben, zeichneten viele, von den Mapuche in Chile und Argentinien bis zu den Zapatisten in Mexiko – besonders die politisierten Gruppen – einen Komplex verschiedener – sowohl überlieferter als auch neuer – religiöser, sozialer, naturverbundener und alltagspraktischer Werte und Gebräuche, der unbedingt erhalten, wiederbelebt und weitergegeben werden sollte. Dazu gehören das Land und seine Bedeutung, eine lebendige und tiefe Naturverbundenheit, die eigene Sprache sowie eigene Formen sozialer und naturverträglicher Wirtschaft, und Werte der Solidarität und des gemeinsamen Arbeitens. Diese Praxisbereiche und Werte werden oft in einem Gegensatz zur kapitalistischen Lebens- und Produktionsweise gesehen, welche die Erde und die Natur in Ressourcen verwandele, ihnen das Lebendige nehme, die Menschen zu abhängiger Arbeit zwingt, bzw. zu einer Arbeitsweise dränge, in der sie nicht mehr mit ihren Mitmenschen kooperieren. Dabei handelt es sich nach ihren Vorstellungen keineswegs um etwas nur an der Vergangenheit Orientiertem, sondern um Traditionen, die aus der Vergangenheit kommend, durch die Gegenwart hindurch an die zukünftigen Generationen weitergegeben werden sollen.

Der Gedanke der Reziprozität wird sowohl auf die Natur, als auch auf die Gesellschaft bezogen. Mit “Land” ist alles gemeint, was auf dem Lande wächst und lebt, die Pflanzen, Tiere und der Mensch, welcher seinerseits sich als ein verantwortliches aber nicht höherwertiges Wesen begreifen sollte (Quidel, L., Jineo A. 1999: 150). Im Umgang mit der Natur wird solchen Idealen zufolge ein Zustand des Gleichgewichts angestrebt. Entwicklung bezieht sich letztlich nicht nur auf die Menschen, sondern auf diesen Gesamtkomplex “Land”. In Bezug auf die Gesellschaft bedeutet Reziprozität Gleichheit und Solidarität. In beiden Anwendungen ist diese bei indigenen Gesellschaften verbreitete Ethik, ein extremer Gegensatz zur der aus Europa stammenden kapitalistischen Wirtschaftsweise, welche zu wachsendem Naturverbrauch, zum Ungleichgewicht und zur Konkurrenz tendiert, welche sich nicht gut mit der Kooperation verträgt. Eine solche Orientierung indigener Gruppen hat es schwer angesichts der neoliberalen Politik, wo sich die Akteure von Sachzwängen wirtschaftlicher Art zwingen lassen, aber nicht nach Einsicht und der Überlegung, was gut sei handeln und schon gar nicht von Utopien oder “sozial”- bzw. “ökoromantischen”⁴ Motiven geleitet sind.⁵

4 Mit Begriffen wie “Ökoromantik” und vergleichbar “Sozialromantik” wird die Verklärung indigener Gesellschaften als “Ökoheilige” u.ä. kritisiert (El Berr, Sandy, in: Jilek, Grit u.a. (Hg.)/RLS 2006?: 97), aber es handelt sich meines Erachtens eher um Utopien bzw. ethische Orientierungen, an denen sich sowohl viele indigene (besonders solche, die das, wovon sie träumen, schon fast verloren haben), als auch manche nichtindigene Gruppen orientieren.

Mit dieser Beschreibung kann die Ethik besonders politisierter oder auch “romantischer” indigener Gruppen nur angedeutet werden. In der Praxis verbinden sich solche Vorstellungen mit vielen anderen Orientierungen im Kontext der jeweiligen konkreten Lebensbedingungen, von denen einige im Folgenden genannt werden.

Viele der geäußerten Vorstellungen und Bedürfnisse hinsichtlich eines guten Lebens laufen auf *Unabhängigkeit* hinaus. Das betrifft sowohl das Streben nach politischer, wirtschaftlicher und kultureller Autonomie und Selbstverwaltung vieler Gruppen von den Mapuche Südamerikas bis zu indigenen Gesellschaften in Mexiko, als auch viele Äußerungen im Detail. So wurde verschiedentlich darum gebeten, bitte keine Geschenke oder Almosen im Sinne von “Entwicklungshilfe” zu geben, sondern die Rechte zu respektieren und Arbeit zu ermöglichen; notwendig seien Arbeitsplätze. Eine dagegen willkommene Hilfeleistung wären Weiterbildungen im Menschenrechtsbereich und im ökologischen Landbau. Ein weiteres oft geäußertes Bedürfnis betrifft den Zugang zur Bildung, zu Schule und Studium.

Ein leicht missverständliches Beispiel für die Ablehnung von Hilfeleistungen sind einige Mapuche, die keinen Stromanschluss wollen. Nur mit dieser Information allein könnte man die Vorstellung entwickeln, dass sie rückwärtsgewandt seien und sich abschotten wollen, oder es sich um eine Form kultureller Resistenz handelte. Aber die Antwort auf die Frage nach den Motiven zeigt etwas anderes: sie wollen meistens primär über genügend *Land* verfügen, und wenn jenes nicht zu bekommen ist, dann wenigstens über einen *Arbeitsplatz*. Wenn sie aber weder Land noch Arbeit haben, bedeutet der Stromanschluss einen zusätzlichen Kostenfaktor, der sie abhängig macht und somit eher Schaden als Nutzen zufügt. Es ist ihnen wichtig, unabhängig und in Würde ihr Leben bestreiten zu können.

2. *“Aus indigenen Entwicklungs- und Menschenrechtsvorstellungen resultieren Konflikte, sowohl aufgrund des Andersseins ihrer Konzepte, als auch dort wo sie sich von Bereichen der “westlichen” Entwicklung ausgeschlossen sehen.”*

Diese zweite Hypothese erweist sich im Wesentlichen als Irrtum. Die Konflikte resultieren nicht aus dem Anderssein indigener Völker gegenüber der westlichen Gesellschaft hinsichtlich ihrer Lebensweise und Entwicklungsvorstellungen, sondern aus der Erfahrung von Gewalt und Diskriminierung. Allerdings kann der zweite Teil der Hypothese als stimmig angesehen werden: ein Teil der Unzufriedenheit und Konfliktivität rührt daher, dass den Indigenen im Laufe der Geschichte nicht nur ein großer Teil der Lebensgrundlage in Form eigenständiger

5 Ekkehart Krippendorff beklagt, dass schon seit Jahrhunderten das politische Handeln nicht von Einsichten und der Überlegung, was gut sei, wie im Sinne der Philosophie Platons, geleitet sei, sondern allein dem Paradigma des Thukydides, einem Denken, das die Realität ausschließlich nach Kategorien der Macht beurteilt, folge. Ein solches Paradigma liegt zugrunde, ob es sich um Expansionsstreben handelt oder vom anzustrebenden Gleichgewicht der Kräfte die Rede ist. Krippendorff, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.) 2007: 583-604.

Entwicklung genommen worden ist, sondern sie von der “westlichen” Welt ausgeschlossen wurden.

So brachte ein Beduine in einer Ansiedlung in der Westbank, wo die Bevölkerung seit einigen Jahrzehnten zum sesshaften Leben unter unwürdigen und armen Verhältnissen gezwungen ist, zum Ausdruck, dass er, wenn er denn die Wahl hätte, noch immer trotz der Unbequemlichkeit das nomadische Leben vorziehen würde. Dieses sei um ein Vielfaches schöner und freier, als in Steinhäusern zu wohnen. Aber wenn er schon zur Sesshaftigkeit gezwungen sei, dann brauche er auch die Annehmlichkeiten, die zur Sesshaftigkeit gehören, wie z. B. fließendes Wasser, elektrischer Strom, angemessene Bildungsmöglichkeiten und Telefon. Sowohl der Verlust der früheren typisch beduinischen nomadischen Lebensweise, als auch das Ausgeschlossenensein von einem würdigen Leben im Sinne der westlichen Gesellschaft, machen ihn unzufrieden. Insgesamt leitet die Fragestellung nach Konflikten zur 3. Hypothese über und damit zur Thematik der Verarmung und Verletzung der Menschenrechte als Folge des Kulturkontaktes.

3. Die Entwicklungs- und Menschenrechtsproblematik indigener wie anderer armer Gesellschaften ist insgesamt Folge der Art und Weise, wie die unterschiedlichen Gesellschaften – seit den Erstkontakten bis heute – aufeinander gestoßen sind.

Die meisten Konflikte und konfliktreiche Spannungen indigener Bevölkerung in Lateinamerika beziehen sich auf Staat und Wirtschaft. So gewährt die Mehrheit der Nationalstaaten den Indigenen nicht genügend Rechte auf Selbstbestimmung und auf Land. In vielen Fällen werden in den Konflikten die Indigenen durch die staatliche Rechtsprechung überdimensional bestraft, während von außen kommende Täter eher straflos ausgehen.

Eine unmittelbare Bedrohung für viele Indigene geht von großen Unternehmen aus, die auf indigenem oder von Indigenen beanspruchtem Land investieren, Bodenschätze gewinnen, Staudämme errichten und andere wirtschaftliche Projekte durchführen, wobei sie entweder den jeweiligen Bewohnern das Land direkt wegnehmen oder auch die Umwelt verschmutzen, wie Luft und Wasser, von welcher diese einfachen Bauern oft unmittelbar leben. In den Anden befindet sich ein Urlaubszentrum oberhalb eines Dorfes der Mapuche, nahe einem beliebten Touristenzentrum und verschmutzt das Wasser, welches die Indigenen aus dem Bach als Trinkwasser verwenden. Es gibt zahlreiche Beispiele, wo das, was aus der Perspektive der westlichen Gesellschaft “Entwicklung” heißt, für Indigene eine Katastrophe ist. Dabei sind keine Kompromisse möglich, solange es am Dialog fehlt.

Bei den meisten Indigenen, die ich kennen gelernt habe, existiert ein Bewusstsein dafür, dass ihnen Unrecht angetan wurde. Bis in die Gegenwart hinein sind sie meistens technisch und wirtschaftlich schwächer im Vergleich zur “kapitalistisch” entwickelten Wirtschaft. Solange sie einen eigenen Entwicklungsweg ge-

hen, sind sie – von Ausnahmen und Nischen (wie Fairer Handel) abgesehen – nicht wettbewerbsfähig. Und wenn sie sich zudem nicht einmal schützen dürfen, da die Länder, wo mehrheitlich Indigene leben, durch den Druck zur Handels(neo)liberalisierung, z.B. bzgl. Grenzöffnung für Importe, zur Konkurrenz gezwungen werden, dann wiederholt sich auf neue Weise die Kulturzerstörung der technisch und wirtschaftlich jeweils Schwächeren, die in Grundzügen Jahrtausende alt ist.

4. Eine Lösung der Problematik, die unter Ausblendung der gesellschaftlichen Zusammenhänge als “Unterentwicklung” erscheint, kommt dann in Sicht, wenn die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gesellschaften dahingehend korrigiert und versöhnt werden, dass sie nicht mehr auf Dominanz und Ausbeutung bzw. Marginalisierung, sondern auf gegenseitiger Unterstützung und Respektierung der Rechte der Anderen beruhen.

Diese Annahme erweist sich als unvollständig und daher nur bedingt als richtig. Viele besonders selbstbewusste indigene Gruppen, z.B. in Bolivien, sind nicht durch eine bessere oder gerechtere Beziehung zur westlichen Welt, sondern durch Selbstorganisierung erfolgreich geworden. Es gibt sogar Gemeinden, die sich bewusst abgrenzen, selber entscheiden, wer sie besuchen darf und wer nicht, um nicht alle kulturellen Einflüsse eindringen zu lassen. Dadurch konnten jene Völker einen großen Teil ihrer Kultur erhalten. Die Selbstorganisierung ist offenbar wichtiger als die Rolle westlicher Akteure.

Trotzdem ist eine Korrektur der Ungerechtigkeit im interkulturellen Kontakt wichtig. Dazu gehört – so schlussfolgere ich aus den Zeugnissen der Interviews und aus der geschichtlichen und strukturellen Situation –, dass indigenen Gesellschaften das Recht gelassen werden muss, sich selber zu schützen, durch Regelungen wie Begrenzungen der Importe und Investitionen. Auf diese Weise könnten sie trotz mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, welche eine Folge *eigener* Entwicklung ist, eigenständig bleiben. Während der Kapitalismus nach Expansion strebt und immer wieder in bislang nichtkapitalistische Bereiche der Gesellschaft vordringen will, tendieren die Indigenen, soweit ich das von ihnen erfuhr, nicht nach Expansion, sondern nach einer bedürfnisorientierten⁶ Wirtschaft und nach einem ausgewogenen Verhältnis zu Natur und Mitmenschen. Solange also indigene gesellschaftliche Einheiten eigene Entwicklungswege gehen, werden sie vermutlich nie wettbewerbsfähig mit kapitalistischen Wachstumswirtschaften werden. Deshalb ist ein Schutz vor Konkurrenz unerlässlich, um die Eigenständigkeit nicht weiterhin zu zerstören.

Ein interessanter Vorschlag zur Neubestimmung des interkulturellen Kontaktes ist daher folgender: einige Indigene, die ich fragte, ob und welche Art von “Ent-

6 Menschliche Bedürfnisse wachsen in der Regel nicht, sondern folgen Rhythmen. Es gibt eine Ausnahme: die Sucht.

wicklungshilfe” oder Unterstützung ihnen tatsächlich nützen könnte, antworteten: Kulturaustausch! Jede Seite solle der anderen etwas von dem vermitteln, wo sie der andern voraus sei. So sei die westliche Welt in technischer Hinsicht vielfach überlegen, und die indigenen Gesellschaften haben andere Erfahrungen im sozialen Bereich und zukunftsweisende Formen des Umganges mit der Natur. Ein Kulturaustausch, welcher “Entwicklungshilfe” und Kritik vom Süden in den Norden impliziert, wäre auch der Würde indigener Völker angemessen. Wenn zugelassen wird, dass Entwicklungshilfe in beiden Richtungen stattfindet, dann wäre die Bezeichnung “Entwicklungszusammenarbeit” tatsächlich mehr als eine beschönigende Floskel.

Es bedarf also sowohl des Rechtes zur schützenden Abgrenzung eigener Lebensseinheiten indigener Völker bzw. Gruppen, als auch neuer Formen des interkulturellen Kontaktes. Solange die Eigenständigkeit zerstört wird, werden auch keine Beziehung existieren können.

Rehistorisierung

Wolfgang Jantzen, Professor für Behindertenpädagogik in Bremen, hat eine Reihe von Ansätzen zur *Diagnostik als Rehistorisierung* für eine humane und humanisierende Begegnungsweise mit Behinderten zusammengestellt und systematisiert (Jantzen, Wolfgang 2005), die auch für die Gestaltung des Verhältnisses zu indigenen Völkern fruchtbar werden können. Dabei geht es um einen notwendigen Übergang vom Erklären zum Verstehen, von der Ebene abstrakter Modelle zum konkreten Menschen und seiner Geschichte. Bei der Behinderung ist die naturwissenschaftliche Analyse des körperlichen Syndroms Ausgangspunkt zum Verständnis der sozialen Situation, welche oft von Isolation und Ächtung bestimmt ist. Dies geschieht nicht durch Absicht, sondern durch strukturelle Gewalt, “unsichtbar und ohne aktives Wollen der Beteiligten” (40). Das “Syndrom als radikale Veränderung seiner sozialen Entwicklungssituation” (30) zu verstehen, heißt erkennen, dass der jeweilige Behinderte, dessen Behinderung unter Ausblendung der sozialen Situation auf Natur reduziert wird, sich gesellschaftlich am Pol der Ohnmacht befindet und sich Helfern und Institutionen gegenüber sieht, welche am Pol der Macht sind. Die Behinderung, als welche die Situation des betreffenden Menschen schließlich erscheint, ist Ergebnis der *sozialen Geschichte*, wie sie sich unter der Bedingung eines körperlichen Defektes zugetragen hat. Diese Geschichte ist wegen der Reduzierung auf Natur, wegen der Verdinglichung des Menschen als “Körper ohne Geschichte” von menschlicher Ausgrenzung geprägt.

Der Übergang vom Erklären zum Verstehen vollzieht sich dort, wo ich die Geschichte des konkreten Menschen unter den Bedingungen des Syndroms und der sozialen Situation rekonstruiere und mich von dieser Geschichte empathisch anrühren lasse. Den Weg des “Aufsteigen[s] vom Abstrakten zum Konkreten” (27)

“können wir [...] nicht aus der Distanz des Technikers beschreiten, da sich die Prozesse der psychischen Verletzungen dessen, der in eine solche Situation gestellt ist, nicht dem neutralen Beobachter erschließen. Unsere affektive Beteiligung wird damit zur notwendigen Voraussetzung unserer Forschung.” (30) Der Rehistorisierungsprozess ist eine Einheit aus wissenschaftlicher und ästhetischer Erkenntnis, im Sinne von Martin Buber eine Dialektik zwischen Ich-Es- und Ich-Du-Beziehung.

Im diagnostischen Prozess der Rehistorisierung wird der jeweils andere *rehumanisiert*. Angesichts der Erkenntnis, dass Behinderung Folge einer sozialen Beziehung ist, müssen sich auch die Helfer verändern, denn es kommt auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse an, welche die Behinderung hervorbringen und somit auf das “Ziel einer anderen gesellschaftlichen Zukunft, die Helfer wie Helfende einschließt und ihrer beider Veränderung verlangt” (11). Der Ort, wo Selbstveränderung mit einer Veränderung der Verhältnisse zusammenfällt, wäre revolutionäre Praxis. (12)

Diese Gedanken und Analysen lassen sich gut auf die Armut und die Menschenrechtsverletzungen bei indigenen Völkern anwenden. Der historische Ausgangspunkt ist eine wirtschaftlich, technisch und kulturell extrem unterschiedliche Entwicklung zwischen den “indigenen” Gesellschaften und den europäischstämmigen sozialen Systemen. Vom Augenblick des Aufeinanderstoßens dieser unterschiedlichen Kulturen vollzieht sich bis zum heutigen Tag die soziale Geschichte der indigenen Völker unter Bedingungen wirtschaftlicher, technischer und militärischer Unterlegenheit gegenüber dem europäischen Gesellschaftsgefüge. Dies führt zu permanenter Entrechtung, Benachteiligung, Beraubung der früheren Lebensgrundlagen und zugleich Ausgrenzung von der dominanten Gesellschaft und zu einem Rassismus, welcher die jeweilige Situation des sozialen und menschlichen Elends, welches aus dieser Geschichte resultiert, auf Natur reduziert. Indigene werden also so angesehen, als seien sie von Natur aus arm und unterentwickelt.

Erst durch Rehistorisierung und Rehumanisierung, durch ein Verstehen der Geschichte der konkreten Menschen unter Bedingungen technischer und wirtschaftlicher Nachteile, durch “Anerkennung des Anderen als Meinesgleichen” (158), und das Berühren durch “die Geschichte des Anderen, die auch meine hätte sein können” (158), wird das Feld der Macht gesprengt, welches bis dahin die je Ärmern an den Pol der Ohnmacht drängte. “Was vorher als Natur oder mir fremdes Schicksal erschien, erscheint nun als Ausdruck eines Dramas des Lebens.” (108) Der “Schlüssel zu jeder Form von Rehistorisierung [ist] der Verzicht auf Gewalt” (112).

Auch hier gilt: es kommt auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse an. Und das kann nicht geschehen, ohne dass die Entwicklungshelfer, welche ein Teil davon sind, sich selber verändern.

Meistens findet Entwicklungszusammenarbeit ohne historische Diagnose statt. D.h. es wird nicht danach gefragt, warum und wie die betreffenden Gesellschaften verarmt (worden) sind. Eine historische Diagnose, die aufzeigt, wie der Kulturkontakt zur Zerstörung der Lebensgrundlagen der bisherigen Kultur indigener Völker und zugleich zu deren Ausschluss von der westlichen Kultur geführt hat, lässt auch andere Schlüsse für eine mögliche oder teilweise Korrektur der Schäden zu. Eine historische Diagnose der Situation der Gegenwart wird v.a. deshalb vermieden, weil sie auch "uns" betrifft, d.h. Europa und die "westliche" Kultur, bzw. den Norden. Die Problematik indigener Völker wird vermutlich erst dann gelöst werden können, wenn die westliche Welt auf die Wachstumsideologie verzichtet. Erst wenn der Expansionsdrang der Wirtschaft aufhört, können die Indigenen ihrer Grenzen sicher sein. Doch das setzt letztlich den Verzicht auf den Kapitalismus voraus.

Utopischer Ausblick

Levinás bezeichnete Rosenzweig als Vertreter eines kurz zuvor (zu Anfang des 20. Jahrhunderts) begonnenen neuen Denkens. Im Stern der Erlösung (Rosenzweig 1988 / 1921) wendet sich Rosenzweig gegen Hegels Neigung, alles, die ganze Wirklichkeit, innerhalb eines allumfassenden Systems zu begreifen. Er will zunächst die einzelnen Elemente in ihrer nicht-integrierten und in ihrer vereinzelter Weise sehen, so den Menschen als *meta-ethisch* (nicht in einem System der Ethik aufgehend, nicht darauf zu reduzieren), die Welt als *meta-logisch* (im gleichen Sinne) und Gott als *meta-physisch*. Obwohl Rosenzweig sich gegen das "von Ionien bis Jena", d.h. von Parmenides bis Hegel konsequent gedachte Schema wandte, alles Besondere auf das Allgemeine zu reduzieren, die gesamte Wirklichkeit als ein unterschiedsloses Ganzes (und die geschichtlichen Details als Illusion bzw. als unwesentlich) zu ansehen, und obwohl er durch solche Kritik den einzelnen Menschen, das Detail, das Geschichtliche und Subjektive, zu ihrem Recht brachte, kam er bei seiner Vorstellung von Erlösung doch wieder auf das ewige all-eine Seiende zurück, in dem alle Unterschiede verschwinden. Dennoch ist der Ausgangspunkt von Rosenzweigs Denken interessant. Wenn die Dinge, die Subjektivität, das Geschichtliche, aus dem Korsett des vereinheitlichenden Systems befreit sind – und dieses System des Denkens steht immer zugleich für das System kolonialer, alles integrierender Herrschaft (so Adorno [Zamora, José A. 1995: 423]) – dann fällt das vom System Befreite und auf seine „Ipseität“ rein Zurückgebrachte zunächst in einen Zustand der Isolation und Vereinsamung. Es ist eine absolute Vereinsamung, die Nietzsche in den Wahnsinn trieb. Lokale Gesellschaften, die sich ihres Eigenen bewusst werden, neigen dann zu Fanatismen wie dem Ideal der Rassenreinheit. Wie kann eine Beziehung zu den Anderen aussehen, welche die Isolation und die Selbstaufbauschung überwindet, ohne in ein

Einheitsdenken oder in ein Kolonialsystem zurückzufallen? Eine solche Beziehung könnte sich im Sinne einer "Offenbarung" als: sich dem, was außerhalb des je eigenen Selbst liegt, öffnen, einer Öffnung, wie sie jeder religiösen Offenbarung vorausgeht (Bensussan, in: ARCIS (Hg.) 2005: 85), gestalten. Ein Mitglied der *Anderen Kampagne*, eines vom Zapatismus inspirierten Bündnisses sozialer Bewegungen in Mexiko, den ich zu diesem Thema befragte, sagte, dass eine solche nicht-koloniale Beziehung, welche nicht mehr das Einzelne und Subjektive auslöscht, im Zuhören bestehen könne. Einer müsse dem Anderen zuhören, anstatt ihm das Eigene aufzuzwingen.

Nachdem der Begriff der "einen Menschheit" unter dem Zeichen der nicht zu vereinnahmenden Vielheit und Vielfältigkeit abhanden gekommen zu sein schien, könnte so im Sinne des Hörens, des Fragens und des verbindenden Weges im Sinne des zapatistischen Wortes "preguntando caminamos" – *fragend gehen wir voran*, die Praxis eines neuen Humanismus erstehen.

Literatur:

- Bengoa, José: La emergencia indígena en América Latina, Mexiko Stadt / Santiago de Chile 2000
- Bensussan, Gerard: La política y el tiempo. En torno a Derrida y el mesianismo, in: Universidad ARCIS (Santiago de Chile) (Hg.): La deconstrucción y el retorno de lo político, Santiago de Chile 2005, 77-87
- El Berr, Sandy: Vom Ökoheiligen zum Umweltzerstörer und zurück. Indigenes Wissen in der Entwicklungszusammenarbeit, in: Jilek, Grit; Kalmring, Stefan; Müller, Stefan (Hg.): Von Honig und Hochschulen. Dreizehn gesellschaftskritische Interventionen. Zehntes DoktorandInnenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 2006? (Jahresangabe nicht vorhanden) Berlin, 94-121
- Diamond, Jared: Arm und Reich. Die Schicksale menschlicher Gesellschaften, Frankfurt am Main 1998 (Originalausgabe "Guns, Germs, and Steel. The Fate of Human Societies", New York 1997)
- Habermas, Jürgen: Zur Logik allgemeiner Interpretation, in: Pöggeler, Otto (Hg.): Hermeneutische Philosophie, München 1972, 236-251
- Jantzen, Wolfgang: „Es kommt darauf an, sich zu verändern...“. Zur Methodologie und Praxis rehistorisierter Diagnostik und Intervention, Gießen 2005.
- Krippendorff, Ekkehart: Die Wiedergeburt Europas – aber aus welchem Geiste? In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): UTOPIEKreativ 201/202, Berlin 2007, 583-604
- Quidel L., José (ein Mapuche) und Jineo A., Fernando: "Las Raíces para nuestro Cultivo", in: Puentes, Aracely Caro; Duran Perez, Teresa und Angulo, Julio Tereucan (Hg.): Estilos de Desarrollo en América Latina. Identidad – Cultura – Territorio – Medio Ambiente. Un Aporte para la Discusión, Temuco (Chile) 1999
- Rosenzweig, Franz: Der Stern der Erlösung, Frankfurt am Main 1988, Erstausgabe 1921
- Zamora, José A.: Krise – Kritik – Erinnerung. Ein politisch-theologischer Versuch über das Denken Adomos im Horizont der Krise der Moderne, Münster/Hamburg 1995.

Die Indigenen Lateinamerikas. Zwischen Ausgrenzung und sozialer Aktion

„Früher besaßen wir nichts, noch nicht einmal Wasser. Wir litten, weil unsere Eltern kein Land besaßen. Wir lebten auf der Hazienda, wo wir arbeiteten, um zu essen. Wir arbeiteten voller Schmerz und Angst und wo wir auch hingingen, überall war die Hazienda.“ (Lentz 2000).

Diese Erinnerungen stammen von Bewohnern der Gemeinde Shamanga im ecuadorianischen Hochland. Sie beziehen sich auf die 30er Jahre des letzten Jahrhunderts, in denen sich die indigenen Landarbeiter und ihre Familien auf den Latifundien reicher Landbesitzer verdingten und in absoluter Abhängigkeit und großer Armut lebten. Ihre Situation änderte sich nur langsam, bis heute gehören die Indigenen auf dem ganzen Kontinent zu den ärmsten Bevölkerungsschichten. Ihre lang anhaltende Marginalisierung hielt die Indigenen jedoch nicht davon ab, sich zu organisieren und um ihre Rechte zu kämpfen. Besonders während der letzten 20 Jahre ist eine verstärkte Aktivität indigener Organisationen von Kanada bis Chile zu beobachten. Es scheint, dass die soziale Isolation und ökonomische Abhängigkeit es nicht vermocht haben, den Widerstandswillen zu brechen und die Indigenen nach Jahrhunderten der Ausgrenzung beginnen, ihren Platz in Politik und Gesellschaft einzufordern.

Im Folgenden soll die Situation der Indigenen Lateinamerikas skizziert werden. Dabei wird zunächst ihre Geschichte und gegenwärtige Lage auf dem ganzen Subkontinent unter sozioökonomischen und kulturellen Merkmalen dargestellt, um danach auf den Aufstieg und die politische Bedeutung der ecuadorianischen CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas Del Ecuador) einzugehen. Dieser Aufstieg einer indigenen Bewegung war nur möglich, weil es den Indigenen gelang, eine eigene Identität zu konstruieren, die ihnen als Quelle der Einheit und Stärke in ihrem Kampf diente. Des Weiteren kamen weltweit günstigere Bedingungen hinzu, die einen indigenen Organisationsprozess beförderten. Zu guter Letzt spielte die Schwäche der Regierungen Ecuadors eine Rolle bei der erstmaligen Etablierung einer Indigenenorganisation auf der politischen Bühne. Diese Faktoren sollen im folgenden Text nachgezeichnet werden, da sich in der Region mit der Mobilisierung des indigenen Sektors ein bedeutender Wandel zu vollziehen scheint. Diejenigen, die sich seit Jahrhunderten am untersten Ende der sozialen Pyramide befinden, artikulieren sich erstmals selbständig und können dabei auf erste Erfolge verweisen. Einen der eindrucklichsten Fälle stellte lange Zeit die ecuadorianische CONAIE dar. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, die Triebfedern dieser Entwicklung in den Blick zu nehmen.

Lateinamerika machte in den letzten Jahrzehnten einen Wandlungsprozess durch. Verschiedene Faktoren spielten hierbei eine Rolle, dazu gehören die Ver-

städterung, die steigende Alphabetisierung und die größere soziale Mobilität, die vor allem auch ländliche Regionen erfasste. Viele Indigene sahen sich in den letzten 30 Jahren gezwungen, ihr angestammtes Land und ihre Lebensweise aufzugeben und, auf der Suche nach Arbeit, in die großen Städte zu ziehen. Diese Umwandlung der traditionellen Lebensformen implizierte auch Folgen auf der politischen Ebene. Besonders unter dem Aspekt der sozialen Mobilisierung haben sich in den letzten Jahren bedeutende Umbrüche vollzogen, die nicht nur die lokale Wirklichkeit der indigenen Gemeinschaften veränderten, sondern auch auf nationaler Ebene für eine stärkere Wahrnehmung indigener Belange sorgten. Auch in der Interpretation der indigenen Mobilisierung durch die Forschung hat eine Art Paradigmenwechsel stattgefunden. Wurde die Protestaktivität indigener Gruppen in den 60er und 70er Jahren immer unter dem Aspekt der Klasse gefasst und die Belange der Indigenen den jeweiligen sozialen Sektoren - sprich den Arbeitern oder Bauern - zugeschlagen, kam es in der nachfolgenden Periode zu einer Umorientierung.

Die Indigenen entdeckten ihr kulturelles Erbe neu, die Ethnizität wurde als Interpretationsschema entdeckt und löste das Klassenbewusstsein als Motor der Mobilisierung ab. Diese neue Lesart fand mit einiger Verzögerung auch Eingang in die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Komplex. Der Fall der indigenen Bewegung Ecuadors erscheint besonders exemplarisch. Die Republik am Äquator diente der Konföderation der Indigenen Nationalitäten Ecuadors (CONAIE) seit 1990 immer wieder als Bühne für massive Proteste. Zwei Präsidenten stürzten u.a auf Druck des indigenen Unmuts, im Jahre 2003 war die Pachakutik, der politische Arm der CONAIE, als erste indigene Partei an einer nationalen Regierung beteiligt. Das Land verdeutlicht beispielhaft, wie weit indigene Mobilisierung unter Umständen führen kann und wie weit der Prozess der Selbstfindung und politischen Organisation der Indigenen gediehen ist.

Jahrhunderte der Marginalisierung

Im Jahre 1492 erreichten die ersten spanischen Eroberer die Inseln, die dem amerikanischen Kontinent vorgelagert sind. Hier fanden sie fruchtbares Land vor und gingen davon aus, dass das Land, das sie für Indien hielten, reich an Bodenschätzen war. In den Folgejahren wurden mehrere Expeditionen ausgerüstet, die in kurzer Zeit den Südtel Amerikas eroberten und der spanischen Krone unterwarfen. Die Reiche der Azteken und Inkas wurden zerstört, die Conquistadoren machten sich daran, die an Gold und Silber reichen Länder auszuplündern. Die Bevölkerung, die die neuen Herren vorgefunden hatten, diente ihnen als billige Arbeitskraft bei der Förderung der natürlichen Ressourcen. Die Indigenen wurden militärisch besiegt und an den Rand der neu entstandenen Ordnung gedrängt. Ihre Zahl wurde dezimiert, ihre politische und soziale Organisation zerschlagen. Ihre Mythen, Geschichte und ihr kultisches Wissen, das oral überliefert worden war,

verschwand mit der Auslöschung der Adels- und Priesterkasten (Janik/Lustig 1992:132). Die Ureinwohner Amerikas dienten allenfalls als zu bekehrende Seelen am untersten Rand der sozialen Pyramide.

Das indigene Erbe wurde fast vollständig zerstört. Nur wenige schriftliche Quellen beschreiben das Leben der Indigenen in präkolumbischer Zeit. Zu ihnen gehören die *Comentarios Reales* des Inka Garcilaso de la Vega (1539 – 1616), der in ihnen die Größe des untergegangenen Inkareiches heraufbeschwor.

Ein anderer Chronist aus dem heutigen Peru, Felipe huamán Poma de Ayala (1534 – 1619?), artikuliert in seiner *Nueva Corónica y Buen Gobierno*, die an den spanischen König Philipp III gerichtet war, seinen Protest gegen die Übergriffe der Kolonisatoren (ebd.: 153). Diese wenigen Stimmen verhallen jedoch ungehört, die spanische und später die mestizische Kultur und Lebensweise verdrängten die indigene und brachten ihren Widerspruch zum Schweigen.

Es kam zwar immer wieder zu punktuellen Aufständen gegen die neue Ordnung, sie blieben jedoch erfolglos. So organisierte der Inkanachfahre Túpac Amaru im Jahre 1781 im heutigen Perú einen Aufstand gegen die spanische Herrschaft (Galeano 1971:29). Er kämpfte für eine Wiedererrichtung des Reiches seiner Vorfahren. Amaru scheiterte letztlich und wurde hingerichtet. In Mexiko erhoben sich die Indigenen Anfang des 19. Jahrhunderts unter der Führung des Priesters Miguel Hidalgo. Diese Rebellion war der Vorläufer des Aufstandes, der zur mexikanischen Unabhängigkeit von Spanien führte.

Nach der Unabhängigkeit der Vizekönigreiche, veränderte sich die Lage der Indigenen nicht. An die Stelle der spanischen und portugiesischen Kolonialherren waren nun einheimische Machthaber getreten, die die Politik ihrer Vorgänger weitgehend fortsetzten. Sie verhielten sich z.T. den indigenen Gemeinschaften gegenüber noch ablehnender, beschnitten sie doch die begrenzten Rechte auf Selbstbestimmung, die ihnen die spanische Krone zugestanden hatte (Olguín Martínez 1998:96). Der Nationalismus der neuen Republiken war kreolischer Natur. Die Indigenen spielten in ihm keine prominente Rolle, es sei denn als Akteure einer heroischen Vergangenheit.

Bis weit ins 20. Jahrhundert waren die Indigenen eine zu assimilierende Gruppe. Ihre Kultur und partikuläre Identität standen der Schaffung eines einheitlichen Nationalstaates im Wege, aus diesem Grunde hatten sie sich einzugliedern. Ihre indigene Identität hatte zu verschwinden (Boris 1998:60).

In Mexiko konstruierte José Vasconcelos die Idee der „Kosmischen Rasse“, deren Hauptpfeiler der Katholizismus, die spanische Sprache und die hispanische Kultur waren. Die mestizische Kultur wurde zur dominanten Lebensform erklärt, die „Kosmische Rasse“ sollte die europäischen Elemente absorbieren und die Indigenen zum Verschwinden bringen. Die mestizische Kultur wurde fortan zum Leitbild der Identitätskonstruktion. Dabei bedienten sich die Ideologen dieser Politik des indigenen Erbes, ohne die zeitgenössischen Indigenen in die Gesellschaft zu integrieren (Olguín Martínez 1998:96).

Auf soziopolitischer Ebene sollte sich nichts verändern, die mestizische und weiße Oberschicht reklamierte für sich den Führungsanspruch. Die Politik des Indigenismus war das Instrument, um die Frage der Indigenen zu lösen, und um den Nationalstaat zu konsolidieren. Führende Vertreter des Indigenismus waren Alfonso Caso und Gonzalo Aguirre Beltrán, ihre Auffassung von den indigenen Gemeinschaften als zu säkularisierende und zu modernisierende Einheiten wurde vielerorts zur Staatsdoktrin (Zuñiga Navarro 1998). So verkündete der damalige mexikanische Präsident Lázaro Cárdenas auf dem ersten interamerikanischen Kongress, dass die Indigenen mexikanisiert werden müssten, ihre Kultur müsste sich also der dominanten mestizischen Kultur anpassen (Olguín Martínez 1998). Praktisch bedeutete dies, dass sich die indigenen Gruppen in Urwald und Hochland im Namen des Fortschritts und der Modernisierung in die Gesellschaft einzugliedern und ihr traditionelles Leben aufzugeben hatten (Ströbele-Gregor 2004:165).

In den meisten Staaten der Region wird diese Politik bis heute fortgesetzt. Indigene werden von ihrem Land vertrieben und gezwungen, sich in eine ihnen fremde Gesellschaft einzugliedern. Die Deklarationen zum Schutz der indigenen Völker haben an dieser Situation wenig geändert (Peña 1998:130).

In einem Bericht der CEPAL (Comisión Económica para América Latina) konstatieren die Autoren, dass physische und biologische Merkmale wie die Hautfarbe oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur der Grund für Ungleichheit, Diskriminierung und die Dominanz einer Gruppe sind, die sich als überlegen definiert (Hopenhayn/ Bello/Miranda 2006).

In den meisten Ländern sind auf diese Weise Systeme entstanden, die bestimmte Gruppen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit konsequent vom Zugang zu den ökonomischen Ressourcen ausschließen. Die anhaltende Diskriminierung bestimmter Gruppen ist dem Umstand geschuldet, dass es innerhalb bestimmter Räume über lange Zeit zu rassistischen Verhaltensweisen kam, die sich hier autonom entwickeln konnten. Typische Bereiche, in denen sich der Rassismus ausgebreitet hat, sind das Erziehungswesen und der Arbeitsmarkt. Neue Formen des Rassismus beziehen sich nicht mehr so stark auf die Ethnie an sich, sondern betonen mehr kulturelle Komponenten. Angehörige einer Gruppe werden ausgegrenzt, weil sie bestimmte Dinge anders tun als die dominante Gruppe. Kulturelle Aspekte verbinden sich dann mit der Position der diskriminierten Gruppe. Den Indigenen wird z.B. unterstellt, dass ihre Armut mit charakterlichen Schwächen oder fehlender Disziplin zusammenhänge.

Für Martín Hopenhayn und seine Koautoren sind diese Formen der Diskriminierung nicht zu verstehen, ohne die strukturellen und historischen Faktoren zu berücksichtigen. Auch müssen die ökonomischen und politischen Verbindungen beachtet werden (ebd.). Die historischen Parameter für die andauernde Diskriminierung sind demnach die Sklaverei und die koloniale Dominierung durch die Erbauer. Zur kulturellen Überlagerung, die bereits angesprochen wurde, kam in der

Kolonialzeit die Einbindung der Indigenen und Afroamerikaner als billige Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt. Im Charakter der Agrarwirtschaft und dem Minenwesen, in Bereichen also, in dem die Indigenen zur Zwangsarbeit – *Encomienda* – gezwungen waren, liegt der Ursprung der Unterdrückung und ethnischen Segregation (ebd.). Diese konnte von den Indigenen nur durch Vermischung mit den Mestizen bis zu einem gewissen Grad überwunden werden. Ihre soziale Mobilität war auf diejenigen Schichten beschränkt, die sie mit den Mestizen teilten. Während der spanischen Herrschaft waren viele indigene Gemeinschaften der Zersplitterung, Umsiedlung, Vertreibung und physischen Auslöschung ausgesetzt, was zu einer Auflösung bestehender sozialer Zusammenhänge führte.

Das gleiche Szenario setzte sich nach der Unabhängigkeit von Spanien fort. Trotz der Tatsache, dass die Indigenen an den Unabhängigkeitsbewegungen vieler Länder beteiligt waren, wurden sie hernach als Hindernis auf dem Wege der Entwicklung, der Bildung eines Nationalstaates und des kulturellen Fortschritts angesehen (ebd.). Die neu entstandenen Staaten beabsichtigten, die alten Strukturen mittels einer einheitlichen Kultur zu überwinden. Die einheitliche Nation entstand, indem die unterschiedlichen Kulturen ausgelöscht wurden. Die Indigenen wurden entweder akkulturiert oder physisch vernichtet. Der Antagonismus zwischen Zivilisation und Barbarei diente zur gewaltsamen Unterordnung der indigenen Kulturen unter die neuen Strukturen. In den Augen der neu entstandenen nationalstaatlichen Eliten waren Indigene und Afroamerikaner nicht in der Lage, eigene Normen zu entwickeln, sich ökonomisch zu betätigen oder eigene politische Organisationen zu bilden.

Die Akkulturationsbemühungen umfassten allerdings nicht alle nichteuropäischen Gruppen, so dass einige Indigene, Mestizen, Afroamerikaner und andere weniger behelligt weiter existierten. Viele Gruppen blieben auf der Hälfte des Weges zwischen zwei Kulturen stecken (ebd.). Für die These einer nur teilweise erfolgten Assimilation spricht die Beobachtung, dass sich im Zuge der juristischen Reformen von Seiten des Staates bestimmte Gruppen im Amazonasgebiet, die sich vormals als Mestizen definierten, nun als Indigene bezeichnen (Gros 2000:90). Der Begriff der Ethnie, so lässt sich aus dieser Beobachtung schlussfolgern, ist ein konstruierter. Er besitzt einen flexiblen Charakter und ist keine primordiale Kategorie.

Heutzutage manifestiert sich die Diskriminierung der Indigenen in der ungleichen Einkommensverteilung, die in Lateinamerika weltweit am höchsten ist (Hopenhayn/Bello/Miranda 2006). Außerdem ist der Zugang zur politischen Macht den Eliten vorbehalten.

In vielen Bereichen schlägt sich die Ungleichheit in Zahlen nieder. Jedoch ist es schwierig, diese genau zu erfassen. Das Problem beginnt bereits mit der Einschätzung der Anzahl der Angehörigen der indigenen Völker auf dem Subkontinent. Sie wird auf etwa 40 bis 50 Mio Personen geschätzt, was 8 – 10% der Ge-

samtbevölkerung entspricht (ebd.). Die Indigenen werden in 400 linguistische Untergruppen eingeteilt. Die Staaten mit der höchsten Konzentration von indigener Bevölkerung sind Mexiko, Guatemala und Bolivien. Diese Zahlen beruhen jedoch auf fragmentarisch erhobenen Volkszählungen und Schätzungen, so dass die tatsächliche Zahl der Indigenen nicht bekannt ist.

Deborah Yashar (2005) bemerkt dazu, dass die simple Tatsache, dass die genaue Zahl der Indigenen nicht bekannt ist, ein Indikator für ihre Marginalität sei (ebd. 19). Martín Hopenhayn und seine Mitarbeiter konstatieren, dass das Fehlen von Daten über die Diskriminierung des indigenen Sektors zur Diskriminierung selbst zu zählen ist. Die Nichtexistenz von genauen Zahlen minimiert und relativiert die Probleme. Sie macht Reformen unwahrscheinlicher (ebd.). Erst mit der Fünfhundertjahrfeier der Ankunft der Europäer stieg das Interesse an der Zahl der Indigenen. Bei ihrer Ermittlung stellt sich ein lange bekanntes Problem, nämlich die Frage, wer zur Gruppe der Indigenen zu zählen ist. Einige Demographen stützen sich dabei auf Selbstdefinitionen, also subjektive Identifikationen, andere hingegen legen Fremddefinitionen zugrunde (ebd.). Hierbei zählen nachweisbare und quantifizierbare Tatsachen wie die Zugehörigkeit zu einer indigenen Sprachgruppe. Aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsmethoden ergibt sich ein differierendes Bild der Anzahl der Indigenen.

In den letzten Jahren wurde die Erhebung über die Situation der indigenen Gemeinschaften durch Fragen über die Sprache, die Zugehörigkeit und Selbstdefinition der Befragten erweitert, was einen Fortschritt im Kampf gegen die Diskriminierung darstellt (ebd.). Nur verlässliche Zahlen ermöglichen die Einleitung von Schritten gegen die Diskriminierung, die von vielen Regierungen negiert wird.

Die bekannten Fakten lassen darauf schließen, dass in denjenigen Ländern, in denen die Indigenen mehr als 25% der Bevölkerung ausmachen, ihre Lage prekär ist. In Mexiko, Perú, Ecuador, Bolivien und Guatemala leben die Indigenen in extremer Armut. Ein Grund dafür ist der Verlust des Gemeinschaftslandes, eine Entwicklung, die im 19. Jahrhundert mit der Aneignung des Landes durch Privatpersonen begonnen hat. Weitere Gründe sind die Abwanderung vom Land in die Städte und die damit einhergehende Art der ausgeübten Tätigkeit. Indigene arbeiten in Kleinunternehmen oder im informellen Sektor. Sie werden für die gleiche Tätigkeit oft schlechter entlohnt als ihre mestizischen Kollegen und haben einen schlechteren Zugang zu neuen Techniken oder Krediten, die ihre Arbeit erleichtern würden (ebd.). In Kolumbien sind Indigene 1,6mal öfter von extremer Armut betroffen als ihre mestizischen Landsleute, in Paraguay gar 7,9-mal (ebd.).

In Bolivien betrug die Zahl der in extremer Armut lebenden Indigenen im Jahre 2001 80%, während diese Gruppe innerhalb der mestizischen Bevölkerung 40% ausmachte. Die Armut in ländlichen Gebieten betrug 90%, während sie in den urbanen Zentren 39% der Bevölkerung betraf. Die Armut auf dem Lande betraf in

erster Linie den indigenen Sektor, stellte er doch in den ländlichen Regionen die Mehrheit der Bevölkerung (ebd.). Sechs von zehn Indigenen mussten im gleichen Zeitraum mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen.

In Guatemala betrug die Zahl der Armen im Indigenen Sektor zwischen 2000 und 2002 70%, das Doppelte der Armen im mestizischen Sektor. Der Bevölkerungsanteil, der sich in extremer Armut befindetet, lag bei 26% für den indigenen Sektor, eine Ziffer dreimal so hoch wie im nichtindigenen Sektor (Ebd.). Ein ähnlich negatives Bild ergibt sich bei Fragen nach der Gesundheitsversorgung oder der Integration auf dem Arbeitsmarkt.

Aus diesen beispielhaft angeführten Fakten, die sich auf nationale Erhebungen stützen, lässt sich die schwierige soziale Lage der Indigenen ablesen.

Hinzu kommt die Diskriminierung auf der politischen Ebene, die eine lange Tradition besitzt. Über lange Jahre hinweg waren die Indigenen praktisch von der politischen Artikulation ausgeschlossen. Nur über Mittelsmänner in bestehenden Parteien konnten sie ihre Anliegen äußern. Diese Praxis führte zu Verzerrungen der so durch Dritte formulierten Anliegen. Auch wurden indigene Kandidaten auf den Listenplätzen der traditionellen Parteien oft zurückgesetzt. Die Zusammenarbeit mit den zumeist linken Parteien, die indigene Themen aufgriffen und indigene Kandidaten nominierten, gestaltete sich aus diesen Gründen ambivalent.

Allerdings gibt es über das Thema der Indigenen nicht nur Schreckensnachrichten zu vermehren. In den letzten Jahren stößt die Diskriminierung und Marginalisierung in den betreffenden Staaten selbst und im Ausland zunehmend auf Kritik. Indigene Gemeinschaften verschwinden nicht mehr sang- und klanglos aus ihren angestammten Lebensräumen, zunehmend artikulieren sie ihren Protest gegen geplante Staudämme oder die Aneignung ihres Landes für Agrarprojekte. Sie machen sich stark für die Anerkennung ihrer Sprachen oder politische Partizipation.

Die Globalisierung, die neoliberale Öffnung der Märkte und die Reduktion der Welt zu einem „Globalen Dorf“ also, forderte die Formulierung entgegengesetzter Paradigmen heraus. Als Reaktion wurden Dimensionen wie die Verschiedenheit, die Pluralität und die Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung unterstrichen (Olguín Martínez: 93). Das alt hergebrachte Modell des Nationalstaates und seine Beziehung zu einzelnen Sektoren wurde neu diskutiert.

Auch ist die Politik der Assimilation der Indigenen keine Selbstverständlichkeit mehr. Viele Staaten haben indigene Rechte in ihren Verfassungen verankert. In Ländern wie Ecuador oder Bolivien haben sich die Indigenen einen Platz im politischen System erobert. In Ecuador war die Pachakutik 2003 kurzzeitig an der Regierung Gutierrez beteiligt und in Bolivien regiert mit Evo Morales seit 2005 der erste indigene Präsident.

Die Staaten der Region sind mit den Jahren dazu übergegangen, den Indigenen bestimmte Territorien zur Verfügung zu stellen, in denen sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Dies taten sie u.a auf Druck der internationalen Gemeinschaft im Zuge der Konferenz von Río im Jahre 1992. Mit diesem Schritt hoffte die Re-

gierung Collor de Melo, ihre Legitimität den ausländischen Geldgebern gegenüber zu erhöhen (Zuñiga Navarro: 1998). Auch staatliche Stellen, Kirchen und multinationale Konzerne zeigen aktuell ein verstärktes Interesse an den Indigenen und ihrer Position. Cristian Gros (2000) spricht in diesem Zusammenhang von einer Art Neoindigenismus (ebd.: 92).

Trotz dieser augenscheinlichen Erfolge gehört der indigene Sektor in den Staaten der Region zu den benachteiligtesten Bevölkerungsschichten. In vielen Bereichen, wie der Alphabetisierung, der Gesundheitsversorgung oder dem Zugang zu Strom und Wasser ist die Situation der Indigenen nach wie vor prekär.

Es ist auch darauf hinzuweisen, dass die Konzessionen, die von staatlicher Seite gemacht worden sind, auf den Druck indigener Organisationen zurückgehen. Ihrer Mobilisierung von Protest haben die Indigenen diejenigen Zugeständnisse zu verdanken, die in den Verfassungen festgeschrieben worden sind. So kämpften die Yanomami und andere Völker im brasilianischen Amazonasgebiet um ein klar definiertes Territorium, das ihnen 1992 zugewiesen wurde. Die Indigenen der bolivianischen Amazonas-Region trotzten der Zentralregierung bereits 1990 demarkierte Territorien ab (Zuñiga Navarro: 1998). Anders verhielt es sich in den Gebieten, die nicht vom Urwald bedeckt sind. Hier waren die indigenen Gemeinden seit langem mit der mestizischen Gesellschaft in Kontakt und ihre Territorien waren einer konstanten Fragmentierung unterworfen. Nach der Doktrin „Terra Nullis“ eigneten sich die Regierungen indigene Territorien zuerst militärisch, später juristisch an (ebd.).

Die indigene Mobilisierung

Wie bereits erwähnt, gab es während der spanischen Herrschaft immer wieder Aufstände einzelner indigener Gruppen. Ihnen war jedoch kein Erfolg beschieden. Erst im 20. Jahrhundert, mit dem Zusammenwirken verschiedener Faktoren, kam es zu einer größeren Mobilisierung der Indigenen. Diese vollzog sich in den 60er und 70er Jahren unter Merkmalen, die ihre Zugehörigkeit zum Agrarsektor oder ihre Identität als Arbeiter betonten. Die Indigenen wurden als soziale Klasse, als Bauern also, verstanden. Sie waren Teil einer gewerkschaftlichen Organisationsstruktur oder wurden von marxistisch inspirierten Parteien mobilisiert. Ihre indigene Identität spielte in dieser Epoche keine spezifische Rolle. Sie waren das Fußvolk derjenigen Organisationen, denen sie angehörten. Die Führungspositionen wurden weiterhin von den Mestizen bekleidet.

Die Rückkehr des Ethnischen

Am ersten Januar 1994 ging die Nachricht um die Welt, dass im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas eine Gruppe mit dem Namen EZLN (Zapatistisches Heer der Nationalen Befreiung) vier Ortschaften besetzt hatte. Der maskierte An-

führer der Gruppe forderte kulturelle und materielle Verbesserungen für die Indigenen des ärmsten Bundesstaates der mexikanischen Föderation.

Mit den Jahren mehrten sich die Nachrichten von ethnisch motivierten Aufständen in der Region, in der bis dato die Ethnie als kollektives Identifikationsmerkmal keine Rolle gespielt hatte. So kam es 2000 zum Sturz der ecuadorianischen Regierung, an dem die Indigenendachorganisation CONAIE maßgeblich beteiligt war und in Bolivien musste die Regierung Sanchez de Lozada 2003 ebenfalls auf Druck der Koka-Gewerkschaft, die mehrheitlich von Indigenen dominiert wurde, ihren Posten räumen.

Die Philosophen des 19. Jahrhunderts hatten den ethnischen Minderheiten den Untergang prophezeit. So ging Spencer davon aus, dass die Evolution letztlich zu einer ethnischen Homogenisierung und kulturellen Uniformität führen würde. Marx sah sie als Spuren und ethnographische Monumente, als wären sie dem unumgänglichen Untergang geweiht (Olguín Martínez 1998:94). Die an den stetigen Fortschritt der Menschheit glaubenden Denker dieser Epoche hätten sich die Renaissance des Ethnischen wohl kaum vorstellen können (ebd.). Die erfolgten ethnischen Mobilisierungen widerlegen diese Autoren des 19. Jahrhunderts. Es ist deshalb von Interesse, sich eingehender mit theoretischen Erklärungsversuchen der ethnischen Bewegungen zu befassen.

Die Theorien zu auf ethnischen Merkmalen beruhenden organisierten Bewegungen umfassen drei Dimensionen: soziale Bewegungen, ethnische, kollektive Aktionen und den Nationalismus (Olzak 2005:666). Die Identitätsbildung ethnischer Bewegungen basiert auf einer gemeinsamen Hautfarbe, gemeinsamen Vorfahren, einer geteilten Sprache, einer Geschichte der Eroberung oder erlebter Diskriminierung (ebd. 667). Die Aktionsformen sind vielfältig, sie reichen von sporadischen Demonstrationen bis zum ethnisch motivierten Bürgerkrieg.

Konfliktgegenstand zwischen ethnischen Bewegungen und einem Zentralstaat ist häufig die von den Bewegungen beanspruchte Souveränität über ein bestimmtes Territorium, das der Zentralstaat für sich beansprucht (ebd.). Dabei ist zwischen nationalistischen Bewegungen zu unterscheiden, die selbst zur staatlichen Autorität werden möchten, und ethnisch-regionalen Bewegungen, die in einem bestimmten Gebiet eine Autonomie anstreben, ohne eine territoriale Abspaltung vom bestehenden Staat zu forcieren.

Ein weiterer Konfliktgegenstand, der von ethnischen Bewegungen thematisiert wird, ist die der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Oft ist hier eine Arbeitsteilung zwischen den unterschiedlichen Ethnien zu beobachten (ebd. 675). So werden prestigeträchtige Tätigkeiten von der dominierenden Gruppe ausgeführt, während randständige Ethnien weniger anerkannte Tätigkeiten ausüben (ebd.). Mit der Zeit kann diese Konfliktlinie eine ethnische Mobilisierung generieren. Weiterhin kann es zu Konflikten um knapper werdende Ressourcen und Arbeitsplätze kommen, die zu einer Solidarisierung und Homogenisierung ethnischer Gruppen führen.

Um die Aktivität ethnischer Bewegungen verstehen zu können, ist es nötig, ihre Identitätsbildung zu untersuchen. Diese wurde mit verschiedenen Konzepten erklärt. Zunächst ging man von der Primordialität ethnischer Merkmale aus, das heißt, zwischen den einzelnen Mitgliedern einer Ethnie bestehen starke emotionale Bindungen. Die Affinitäten und Loyalitäten einer bestimmten Gruppe gegenüber werden durch diese Affekte geprägt (Yashar 2005:9). Die Akteure besitzen ein starkes ethnisches Bewusstsein und ihr Handeln ist durch dieses Bewusstsein gesteuert.

Diese Denkrichtung ist jedoch weitgehend verworfen worden, da sie nicht erklären kann, warum es in bestimmten Regionen zu ethnischer Mobilisierung kommt, während in anderen Gebieten, bei ähnlich gelagerten ethnischen Voraussetzungen, keine Mobilisierung stattfindet. Auch wird zu Recht eingewandt, dass die Kategorie „Indígena“ eine von den Eroberern konstruierte ist, sie wurde erst mit der Zeit von den präkolumbischen Ethnien übernommen. Diese Tatsache spricht dafür, dass Identität eine veränderbare Größe ist (ebd.: 10).

Ein Ansatz, der dem primordialen grundlegend entgegensteht, ist der instrumentalistische. Ein Individuum entscheidet sich demnach bewusst, eine Identität anzunehmen. Es verspricht sich durch diesen Schritt, kollektive Ressourcen wie Macht oder Sicherheit zu erlangen. Von der Mikro-Ebene aus versucht der Ansatz, kollektives Verhalten zu erklären. Die Dimension der Ethnie ist nach dieser Lesart nur ein Aspekt von vielen. Das Konzept kann jedoch nicht erklären, warum sich Individuen, ohne einen persönlichen Nutzen zu erzielen, an ethnisch motivierten Bewegungen beteiligen. Es bleibt offen, warum sich Individuen an ethnisch motivierten kollektiven Aktionen beteiligen und Einbußen wie persönliche Verfolgung auf sich nehmen (ebd.: 12).

Der poststrukturelle Ansatz thematisiert die Frage der Ethnie, ohne sie als gegeben vorauszusetzen. Er geht davon aus, dass die Kategorie der Ethnie eine konstruierte Größe darstellt, sie wird vom Individuum aus unterschiedlichen Dimensionen zusammengesetzt. Das Individuum besitzt demnach eine vielschichtige Identität, die sozial konstruiert wird, aber auch strukturellen Bedingungen unterworfen ist (ebd.: 13).

Die Kritik an diesem Ansatz bezieht sich auf die Unmöglichkeit, von einer individuellen und lokalen Ebene auf die Makro-Ebene übertragbar zu sein. Ein räumlich und zeitlich größer angelegter Vergleich von Mobilisierungen ist mit ihm nicht möglich. Außerdem wird bemängelt, dass die ethnische Mobilisierung nicht allein durch strukturelle Faktoren erklärt werden kann. Zwar stellen die Indigenen auf dem Subkontinent, wie oben beschrieben, die ärmste und benachteiligteste Gruppe dar, es kam jedoch nicht in allen Staaten, wo eine signifikante indigene Bevölkerung zu verzeichnen ist, zu einer gleich großen Mobilisierungsaktivität (ebd.: 15).

Ein weiterer Ansatz, der die ethnische Mobilisierung zu erklären versucht, stellt die Globalisierung in den Vordergrund seiner Argumentation. Sie bildet die

Variable für die ethnische Mobilisierung, denn durch den ökonomischen Druck wurden vieler Orts traditionelle Lebensformen bedroht. Als defensive Antwort auf diese Entwicklungen entstand der ethnisch inspirierte Widerstand. Auch ist es, so der Ansatz, zu einer verstärkten Netzbildung gekommen, die schwache Akteure mit Informationen, Ressourcen und Unterstützung versorgt habe.

Durch die allgemeine Verbreitung der Menschenrechte wurde ein juristischer Rahmen geschaffen, der es ethnischen Gruppen ermöglichte, ihre Forderungen zu artikulieren. In diesem Unterfangen werden sie oft von Nichtregierungsorganisationen unterstützt, die sich für die Verteidigung traditioneller Lebensräume einsetzen (ebd.: 16).

Dem Konzept wird entgegengehalten, dass der Begriff ein schwer zu fassender sei: die Anfänge der Globalisierung und ihre Grenzen seien nicht klar auszumachen. Außerdem stellt sich erneut die Frage, warum es in bestimmten Ländern zu ethnischer Mobilisierung gekommen ist und in anderen nicht. Ein letzter Einwand betrifft die Tatsache, dass die ethnische Mobilisierung vielfach begonnen hat, bevor die Effekte der Globalisierung für die lokalen Gruppen spürbar wurden (ebd.: 17).

Im Folgenden soll versucht werden, die theoretischen Überlegungen zur Mobilisierung ethnischer Bewegungen mit den Ereignissen in Lateinamerika und vor allem in Ecuador zusammen zu bringen. Dazu ist es nötig, zunächst die Dynamiken des sozialen Wandels und danach die indigene Mobilisierung in Ecuador darzustellen.

Die Wurzeln der Ereignisse, die die indigene Identität in den Fokus der Öffentlichkeit rückten, lagen in sich langsam vollziehenden Veränderungen sowohl in der Sozialstruktur der einzelnen Staaten als auch in der Organisationsform sowie in den Prozessen der Identitätsbildung innerhalb der indigenen Bewegungen.

Die Abwanderung in die Städte, die Veränderung der Arbeitsmöglichkeiten und die Zersplitterung der früher homogenen Gemeinschaften brachte tief greifende soziale Umwälzungen mit sich. Die wirtschaftliche Krise der 80er Jahre verschärfte den Konkurrenzdruck um die vorhandenen Arbeitsplätze und erhöhte den Grad der Diskriminierung, dem sich viele Indigene in den städtischen Zentren ausgesetzt sahen. Dazu kamen Erfahrungen der Ausgrenzung in denjenigen Gruppen, in denen sich Indigene organisiert hatten. Die in den Städten arbeitenden Indigenen verstanden sich zunehmend als Teil einer größeren indigenen Gemeinschaft, die die Grenzen der Dorfgemeinschaft überschritt (Lentz: 2000).

In einigen Ländern war mit den Jahren zudem eine Schicht von relativ gebildeten Indigenen entstanden, die in den Städten eine Ausbildung zum Lehrer oder Agraringenieur absolviert hatte. Diese Schicht beherrschte die Sprache ihrer Vorfahren genauso wie das Spanische, sie begann, als Führungspersonal bei der Organisation und Artikulation indigener Belange zu fungieren und unabhängig von außen stehenden Gruppen zu agieren.

So hatte sich mit der Zeit eine Hinwendung zu genuin indigenen Themen entwickelt. Nach dem Zusammenbruch der meisten sozialistischen Länder und der

Delegitimierung vieler linker Parteien kam es zu einer Ethnisierung des Politischen (Wimmer, nach Ströbele-Gregor 2004:171). Die ethnische Dimension bei der sozialen Organisierung, die aus europäischer Sicht überwunden schien, erlebte Ende des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika eine Wiederkehr. Die Moderne verhinderte diese Entwicklung keineswegs: „La identidad étnica -o la identidad genérica- no tiene vocación de disolverse naturalmente en la modernidad, ella es su producto.” (Gros 2000: 92)

Die indigenen Bewegungen formulierten einen Diskurs, der drei Dimensionen umfasste: das Volk, das Territorium und eine Autonomie vom Staat (Zuñiga Navarro 1998). Diese drei Dimensionen entsprachen der Geschichte, Kultur und Tradition der indigenen Völker. Mit den formulierten Dimensionen wurde ein moderner politischer Diskurs geschaffen, der alle indigenen Völker repräsentieren sollte. Die kulturelle Diversität der verschiedenen Ethnien wurde dabei außer Acht gelassen (ebd.). So waren die betonten Dimensionen, die allen Völkern gemeinsam waren, für einige Gruppen zu erreichende Ziele, während sie für andere, die ihr Territorium verloren hatten und Opfer einer stärkeren Akkulturation geworden waren, wünschenswerte Vorstellungen blieben.

Die Organisationen proklamierten, dass die indigenen zur Kategorie der Völker zu rechnen seien, was ihnen nach internationalem Recht eine größere Selbstbestimmung garantierte. So bestanden sie auf dem Recht auf eine selbstbestimmte ökonomische, soziale, kulturelle und politische Entwicklung.

Aus dem Status als Volk leitete sich auch das Recht auf ein Territorium ab. Das Land bildete den Mittelpunkt des indigenen Diskurses. Die Indigenen hätten ein besonderes Verhältnis zum Land, so hieß es. Nach ihrer Vorstellung sind sie aus ihm hervorgegangen und deshalb verpflichtet, eine enge Bindung zu ihm aufrechtzuerhalten.

Das dritte Merkmal des indigenen Diskurses war die Autonomie, die auf dem von den Indigenen beanspruchten Land praktiziert werden sollte. Hier sollten diejenigen Lebensformen ihren Ausdruck finden, die das besondere Verhältnis der Indigenen zum Land ausdrückten. Die indigene Autonomie stellt darüber hinaus sicher, dass die Indigenen die internen Beziehungen in ihren Gemeinschaften selbst regeln.

Der Verlust des Landes hatte massive Auswirkungen auf das alt hergebrachte Leben der indigenen Gemeinschaften gehabt. Sie büßten die Kontrolle über die mit dem Territorium eng verbundenen Ressourcen wie Wasser, Holz und Minerale ein. Ihre Gemeinschaften wurden fragmentiert, denn das von ihnen bewohnte Territorium bildete nun keine zusammenhängende Einheit mehr. Seminomadische und nomadische Gemeinschaften sahen sich gezwungen, aufgrund der Abgrenzung des Territoriums sesshaft zu werden. Auf ihren Territorien wurden Staudämme, Bohrtürme oder Schulen gebaut. Der Staat errichtete dort ein Monopol seiner politischen, ökonomischen und juristischen Strukturen. Schließlich brachte die Einführung der Geldwirtschaft und des Privateigentums die traditionellen

Wertesysteme der Gemeinschaften ins Ungleichgewicht (Zuñiga Navarro 1998).

Für viele indigene Gemeinschaften ist das Territorium daher von eminenter Wichtigkeit. Sie begreifen es als Raum, in dem die Gemeinschaft die Macht über sich selbst ausübt (Gros 2000:87). Hier führt das indigene Kollektiv sein Leben, das sich von anderen Gruppen innerhalb des Staates unterscheidet. Auf dem Territorium, das durch die Gemeinschaft kontrolliert wird, kann auch der Grundsatz des Gemeinschaftseigentums verwirklicht werden (ebd.). Die Gemeinschaft entwickelt einen Wertekatalog, der auf ihrem Territorium respektiert werden muss, und die Kontrolle über ein bestimmtes Stück Land schafft zusätzlich eine Trennung zwischen den Einwohnern dieses Raumes und anderen Gruppen, die sich außerhalb befinden.

Die Sozialstruktur des Subkontinents ist so beschaffen, dass die Indigenen meist schlecht bezahlten und wenig angesehenen Tätigkeiten nachgehen. Waren sie Jahrhunderte lang Landarbeiter auf den Latifundien der Spanier und Mestizen, erhielten sie im Zuge der durchgeführten Agrarreformen Land zugewiesen. Mit der Ausbreitung der ökonomischen Krisen des 20. Jahrhunderts, warfen diese Minifundyen immer weniger Gewinne ab, so dass viele Indigene ihr angestammtes Land verließen und sich in den Städten neu ansiedelten. Hier wurden sie in ihrer Mehrheit Teil einer Schicht von Tagelöhnern oder Hausangestellten. Dazu kamen Erfahrungen der Diskriminierung und Konkurrenz mit den bereits in den Städten lebenden mestizischen Unterschichten.

Die indigene Mobilisierung muss vor dem Hintergrund dieser profunden sozialen Umwälzungen verstanden werden. Indigene Gruppen verloren sie zwar ihre traditionelle Lebensart, sie waren aber auch in geringerem Maße der Willkür der Großgrundbesitzer ausgesetzt. Hier bekamen sie die Möglichkeit, sich zumindest rudimentär zu bilden und in Kontakt mit Angehörigen anderer ethnischer Gruppen zu treten. In den Städten entwickelte sich nach und nach eine Schicht von ausgebildeten indigenen Führungskadern.

Diese Veränderungen strahlten auf das Land zurück. Auch hier fanden in den letzten Jahrzehnten graduelle Wandlungsprozesse wie beschränkte Landreformen statt. Nichtregierungsorganisationen oder progressive Vertreter der Kirche beförderten die soziale Mobilisierung der indigenen Bevölkerung. Die auf dem ganzen Kontinent zu beobachtende Mobilisierung der Indigenen ist unter diesem Aspekt sozioökonomischer Wandlungsprozesse zu verstehen.

Vom Regenwald in die Regierung

Besonders exemplarisch zeigt sich die Veränderung der Position der Indigenen am Beispiel Ecuadors. Hier erreichte die Stufe der Organisierung der Indigenen einen Grad, der vieler Orts Beachtung gefunden hat. In Jahrzehnte andauernden Prozessen bildete sich eine eigene Führungsschicht aus, die sich in den mestizischen Zentren Respekt zu verschaffen wusste und in ihren Gemeinden Entwicklungen der Selbstorganisation anstoßen konnte. Die Gruppen des Hochlandes und des Ur-

waldes erlangten mit Gründung der CONAIE, die 1986 vollzogen wurde, eine bisher nicht dagewesene Einheit. Zaghafte begann die Herausbildung einer alle Indigenen umfassenden ethnischen Identität.

Diese langwierigen Prozesse der Selbstfindung und Einigung schlugen sich auf politischer Ebene nieder. Die Indigenen, die seit 1986 in der CONAIE vereint waren, begannen an den Staat adressierte Forderungen zu stellen. Zunächst ging es dabei um lokale Belange, in erster Linie eine Bodenreform. Auch forderte die CONAIE zweisprachigen Unterricht in den mehrheitlich indigenen Gemeinden.

In einem zweiten Schritt betrat die Organisation die nationalstaatliche Bühne. Die Indigenen der CONAIE forderten einen pluriethnischen Staat und mischten sich in aktuelle Fragestellungen, wie Preiserhöhungen oder den Beitritt des Landes zum Freihandelsabkommen mit den USA ein. Konkret verließen sie ihren Forderungen durch Streiks und landesweite Blockaden Ausdruck. Sie waren 1997 und 2000 aktiv am Sturz zweier Regierungen beteiligt. Die CONAIE stellte von 1990 bis 2001 immer wieder ihre Schlagkraft unter Beweis. So gelang es ihr, über einen langen Zeitraum hindurch, Massenmobilisierungen zu organisieren und sich auf nationaler Ebene Gehör zu verschaffen.

Der historische Kontext

Ecuador erlangte seine endgültige Unabhängigkeit im Jahre 1830. Wie in den anderen Ländern der Region übernahmen weiße und mestizische Eliten die Macht. Die Antagonismen zwischen dem Hochland und der Küste, so wie zwischen den Konservativen und Liberalen destabilisierten das Land bis weit ins 20. Jahrhundert.

Für den indigenen Sektor brachte die Unabhängigkeit keine größere Veränderung. Im Jahre 1857 wurde die Tutela, die staatliche Bevormundung der Indigenen, die seit der Zeit der spanischen Kolonialherrschaft bestanden hatte, aufgehoben, im Jahre 1937 wurde das Gesetz über die Kommunen erlassen, das einen gewissen Grad politischer Organisation erlaubte (Schierstaedt 2006:72). Diese juristischen Reformen brachten einer Bevölkerung, die in ökonomischer und politischer Abhängigkeit lebte, jedoch keine Veränderung ihrer prekären Lebensumstände.

Im Hochland begannen sich in den 30er und 40er Jahren erste Individuen und später auch Organisationen für eine Landumverteilung zu Gunsten der indigenen Bauern einzusetzen. Es ging ihnen um die Abschaffung des Huasipungo, der nicht bezahlten Landarbeit, die die Indigenen verrichten mussten, um in den Genuss bestimmter Leistungen zu kommen, wie die Nutzung von Wegen oder die Versorgung mit Wasser (Chiriboga 1982:98).

Unter dem Einfluss der kommunistischen Partei gründete sich 1944 die FEI, die Föderation der Indigenen Ecuadors. Sie definierte sich als Vertreterin der Bauernschaft, die kulturelle Dimension wurde von ihr vernachlässigt (Ströbele-Gregor 2004:165). Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die Indigenen des Hochlandes unterschiedlich von denen des Amazonasbeckens entwickelten. Waren die Erste-

ren Landarbeiter, die ihre Situation mit Hilfe der genannten Organisationen zu verbessern suchten, vollzog sich die Entwicklung der Ethnien des Amazonas autonom. Sie genossen, aufgrund der schweren Zugänglichkeit ihrer Siedlungsgebiete einen höheren Grad von Unabhängigkeit, die dominante mestizische Kultur hatte ihre Lebensformen weniger durchdrungen (Yashar 2005: 87).

Der Staat förderte seinerseits die Entstehung von Repräsentationsorganen, die er korporativistisch einbinden wollte (ebd. 88). Die Institutionen der Indigenen dienten staatlichen Stellen als Ansprechpartner, mit ihrer Hilfe konnten die ländlichen Regionen kontrolliert werden. Diese Vorgehensweise fügte sich in das System, das vom in dieser Zeit dominierenden Caudillo José Ibarra geprägt war und eine Konzentration der Macht im Zentrum bedeutete.

Die katholische Kirche sah den Einfluss marxistischer Kräfte auf die indigene Landbevölkerung mit Sorge. Aus diesem Grund förderte sie eine Konkurrenzorganisation zur FEI, die FENOC. Die nationale Föderation der Arbeiter und Bauern orientierte sich in der Folgezeit an christdemokratischen Prinzipien, radikalisierte sich jedoch in den 70er Jahren. Jetzt wurden auch Maßnahmen wie Landbesetzungen von der FENOC als legitim angesehen (ebd.: 102).

In den 60er und 70er Jahren hatten sowohl eine zivile, später dann eine militärische Regierung Versuche einer Landreform angestrengt. Allerdings scheiterte dieses Unterfangen, die Situation der Landbevölkerung, die durch Nahrungsmittelknappheit, die ländliche Arbeitslosigkeit und die verbreitete Armut gekennzeichnet war, änderte sich kaum (Botero 1998:61).

Unter diesen Bedingungen entwickelten sich weitere Organisationen der Landbevölkerung, zunehmend unter ethnischen Vorzeichen. Eine explizit indigene Organisation wurde 1964 im Amazonasbecken gegründet, es war dies die Federación de los Centros Shuar, die mit ihren Aktionen zum Vorbild für die anderen Bewegungen werden sollte. Ihre Nutzung lokaler Kommunikationsmedien, vor allem des Radios, erleichterte ihre Aktivität erheblich (Yashar 2005: 121).

Im Hochland entstand das Pendant zur Organisation der Shuar 1972. Mit Unterstützung von Teilen der Kirche wurde hier Ecuarunari (Ecuador Runacumapac Riccharimui), was aus dem Quishwa übersetzt „das Erwachen der Indigenen Ecuadors“ bedeutet, gegründet. Die Organisation schrieb sich zunächst die Wiederbelebung des indigenen Erbes auf die Fahnen. Mit der Zeit begann sie, darüber hinaus auch soziopolitische Themen in den Blick zu nehmen.

Viele der in dieser Zeit entstandenen Organisationen erhielten von Teilen der Kirche, von Anthropologen oder Nichtregierungsorganisationen Unterstützung (ebd.: 75). Der prominenteste Unterstützer der indigenen Sache war der Bischof von Ríobamba, Leonidas Proano. Er leitete die Forderungen nach sozialer Gleichstellung und kultureller Anerkennung der Indigenen aus dem Evangelium ab (ders. 1991:165). Es ist bemerkenswert, dass in den 70er Jahren viele indigene Gruppen besser mit Nichtregierungsorganisationen oder kirchlichen Vertretern verbunden waren als unter einander.

Dies sollte sich erst nach und nach ändern. Im Jahre 1980 vereinigten sich die Organisationen des Tieflandes zur CONFENIAE, der Föderation der Indigenen des ecuadorianischen Amazonasgebietes. Die Bündelung organisatorischer Ressourcen fand unter günstigeren Bedingungen statt als dies in den vorhergehenden Jahrzehnten der Fall war. Im Jahre 1979 gab das Militär die Macht, die es 1972 in einem Putsch ergriffen hatte, an eine gewählte, zivile Regierung ab. Neben der größeren Sympathie, die die neue Regierung der Sache der Indigenen entgegenbrachte, verbesserte sich die Position der Indigenen dahingehend, dass in der neuen Verfassung, die 1979 in Kraft trat, auch den Analphabeten das Wahlrecht zugesprochen wurde. Von dieser gesetzlichen Änderung profitierte in erster Linie der indigene Sektor, waren doch viele Indigene des Lesens und Schreibens nicht kundig (Schierstaedt 2006:81). Die Möglichkeit der Partizipation an nationalen Wahlen sollte sich später als wichtiger Baustein in der indigenen Mobilisierung erweisen.

Die 80er Jahre waren in Ecuador, wie in vielen anderen Staaten der Region, von wirtschaftlichen Krisen geprägt. Von den ökonomischen Pressionen und den angestregten Reformen waren die Indigenen stark betroffen. Mehrere Regierungen in Folge versuchten, die Wirtschaft durch Sparmaßnahmen anzukurbeln, eine Politik, die vor allem den populären Sektor in Mitleidenschaft zog. Bis Mitte der 80er Jahre kam es daher immer wieder zu sozialen Protesten, die vor allem unter Leon Febres Cordero (1984 – 1988) gewaltsam unterdrückt wurden. Mord, Willkür und Folter gehörten zu seinem Instrumentarium, das er gegen Gewerkschaftler und soziale Gruppen zum Einsatz brachte (Minkner-Bünjer 2004:236).

Unter diesen wenig vorteilhaften Bedingungen schlossen sich im Jahre 1986 die Ecuarrunari und die CONFENIAE zu einer landesweiten indigenen Vertretung, der CONAIE (Konföderation der Indigenen Nationalitäten Ecuadors) zusammen. Die Vereinigung der Indigenen aus Sierra und Amazonas-Region, der sich kurz danach auch die Afroecuadorianer und Indigenen der Küste anschlossen, stellte einen qualitativen Sprung in der sozialen Mobilisierung dieses Gesellschaftssektors dar.

Dem Schritt waren langwierige Prozesse vorausgegangen. Zum einen erlangten viele Indigene durch die forcierte Abwanderung in die Städte und die Annahme von Lohnarbeit eine höhere soziale Mobilität (Boris 1998:66). Auch trugen die besseren Bildungschancen dazu bei, dass in den indigenen Organisationen die externen Führungskader durch Indigene ersetzt wurden. Die verschiedenen Gruppen gelangten auf diese Weise in die Lage, einen eigenen Diskurs zu formulieren, sie entledigten sich so der Bevormundung durch nichtindigene Gruppen.

Bekannte Vertreter der CONAIE wie Luis Macas hatten Anfang der 80er Jahre an Alphabetisierungskursen der Regierung teilgenommen. Hier kamen sie mit anderen indigenen Aktivisten zusammen, konnten sich austauschen und erlernten wichtige Fähigkeiten für ihre Arbeit (Yashar 2005:142).

Die Situation Mitte der 80er Jahre unterschied sich aus diesem Grund wesentlich von der vorherigen. Indigene wurden in den urbanen Zentren zu Agraringe-

nieuren und Lehrern ausgebildet, sie beherrschten das Spanische und die urbanen Codes (Ströbele-Gregor 2004:173). Das Problem der Entstehung einer zweiten Führungsschicht, die sich neben den traditionellen Dorfoberen etablierte, lösten die indigenen Organisationen in einigen Fällen, indem sie die in den Städten ausgebildeten Kräfte als Repräsentanten der Gesellschaft gegenüber auftreten ließen, die traditionellen Dorfältesten als Autorität innerhalb der Gemeinschaften beließen (Yashar 2005:90).

So ließ sich nicht mehr leugnen, auch nicht seitens der mestizischen Nachbarn, dass die jungen Gemeindemitglieder nicht mehr dem Bild des schmutzigen, unterwürfigen und ignoranten Indio entsprachen (Lentz 2000). Die indigenen Kulturen waren einem bedeutenden Transformationsprozess unterworfen, der die sozioökonomischen Parameter ebenso veränderte wie die kulturellen. Mit der Abwanderung in die Städte bildete sich z.T eine indigene Identität heraus, die die traditionellen Grenzen der eigenen Gemeinschaft überwand und auch Indigene anderer Ethnien zu umfassen begann. Diese Prozesse trugen maßgeblich zur Entwicklung einer einheitlichen Indigenenbewegung bei, die ab 1986 im Namen der Mehrheit der Indigenen Forderungen formulierte.

Gemeinsamer Nenner der CONAIE war die Selbstdefinition der Indigenen als Nationalitäten, was eine Ablehnung der Vermischung innerhalb eines mestizischen Staates implizierte (Ströbele-Gregor 2004:167). Auf diesen Aspekt konnten sich die verschiedenen Ethnien aus Sierra und Tiefland einigen, diese Diversität der Nationen bildete das Fundament ihrer Identität als Bewegung und sollte ihren Charakter in Zukunft prägen. Die Einigung auf eine Bewegung, die die verschiedenen Nationalitäten umfasste, stellt eine wichtige Entwicklung dar, denn sie bedeutet einen Schritt auf dem Weg heraus aus der ethnischen Fragmentierung und der Existenz zersplitterter und konkurrierender Indigenengruppen.

Der erste Erfolg der indigenen Bewegung bestand in der Bestimmung derjenigen Personen, die in den mehrheitlich von Indigenen bewohnten Gemeinden bilingualen Unterricht abhalten sollten. So brach die CONAIE das Monopol lokaler Abgeordneter, die bis dato gegen Wählerstimmen oder Bestechungsgelder Lehrer für die indigenen Gemeinschaften nominiert hatten.

Hernach machte sich die CONAIE daran, an den Staat gerichtete Forderungen zu artikulieren. Das wichtigste dieser Anliegen war die Anerkennung der Sonderstellung der indigenen Völker. Ein anderer Punkt umfasste die Forderung nach Territorien, auf denen sich die indigene Autonomie entfalten konnte. Wie oben beschrieben, ist die territoriale Frage eine Schlüsselforderung der Indigenen Lateinamerikas, so auch der CONAIE.

Der dritte Aspekt indigenen Interesses war die Bewahrung und Förderung des Erbes und der Kultur der verschiedenen Nationen. In den Schulen sollte, neben dem Spanischen, auch die Sprache der dominierenden lokalen Ethnie vermittelt werden. Auf dem Feld der Erziehung erzeugte die CONAIE einen gewissen Druck auf den Staat und erreichte eine Verschiebung von der auf Rationalität ge-

gründeten Perspektive hin zu einer mehr von multikulturellen Fragestellungen beherrschten Sicht (Gros 2000:87).

Die CONAIE setzte sich des Weiteren für die Anerkennung indigener Gewohnheitsrechte und Praktiken ein. Außerdem sollten lokale Konfliktlösungsmechanismen innerhalb der Gemeinschaften juristisch anerkannt werden. Schließlich forderte die Bewegung die Partizipation auf den unterschiedlichen politischen Ebenen. Dabei ließ sich ein Unterschied zwischen zahlenmäßig größeren und kleineren Ethnien beobachten, während größere Gruppen beispielsweise einen Platz in den höchsten Gerichtshöfen beanspruchten, setzten sich kleinere Nationalitäten mehr für ihre Autonomie und Selbstverwaltung ein (Boris 1998:71).

Die CONAIE als politischer Faktor

Hatten die Indigenen Ecuadors 1986 bewiesen, dass sie über die Grenzen der eigenen Gemeinschaft hinaus denken, planen und agieren konnten, hatten sie gezeigt, dass sie willens und fähig waren, einen eigenen Diskurs zu formulieren und zu vertreten, der jenseits der all zu bekannten Muster von Bevormundung durch andere politische Akteure lag, so zeigten sie im Juni 1990 ihre organisatorische Schlagkraft und die Fähigkeit, den theoretisch artikulierten Forderungen mit kollektiven Aktionen Nachdruck zu verleihen. Die Bewegung organisierte einen landesweiten Streik, um ihre Forderungen nach einer Landumverteilung zu unterstreichen. Ihrer Auffassung nach tat die Regierung Borja zu wenig, um den Konflikt zwischen den Indigenen und den Großgrundbesitzern zu lösen. So besetzten tausende von CONAIE-Aktivistinnen und Mitglieder anderer indigener Gruppen die Kathedrale von Santo Domingo in der Hauptstadt Quito (Schierstedt 2006:81). Sie unterbrachen die Versorgung mit Trinkwasser und Nahrungsmitteln und paralyisierten das Land während einer Woche *de facto*.

Die Regierung Borja sah sich gezwungen, mit der Bewegung Verhandlungen aufzunehmen. Die CONAIE schaffte sich mit dem Aufstand vom Juni 1990 politischen Raum, ein Erfolg, der sie zu weiteren Protestaktionen ermutigte. Die Demonstrationen dieses Jahres dienten gewissermaßen als Auftakt für ihr weiteres Agieren auf der politischen Bühne (Ströbele-Gregor 2004:163). Der Bewegung kam zu Gute, dass die Regierung Borja, angesichts der von ihr vorgenommenen ökonomischen Anpassungsmaßnahmen, in der Bevölkerung wenig Ansehen genoss. Ein weiterer Faktor des Erfolgs war die Abwesenheit anderer politischer Akteure, die den sozialen Protest hätten kanalisieren können (Barrera 2002).

Auf interner Ebene beflügelte die Tatsache, dass die CONAIE von der Regierung als Verhandlungspartner anerkannt worden war, das Selbstbewusstsein der Aktivistinnen. Tendenzen der Selbstverleugnung, wie sie ehemals in einigen der Gemeinden zu beobachten waren, ließen sich nach dem Aufstand nicht mehr beobachten (Yashar 2005:146).

Die Politisierung des Ethnischen brach sich mit dem Aufstand von 1990 in Ecuador endgültig Bahn (Ströbele-Gregor 2004:171). In den Folgejahren war eine verstärkte Aktivität der CONAIE zu beobachten. Im Jahre 1991 besetzte die CONAIE den ecuadorianischen Kongress, um eine Landumverteilung zu erzwingen (Schierstaedt 2004:82). 1992, nach der Wahl des konservativen Sixto Durán Ballen zum Präsidenten, verschärften sich die Auseinandersetzungen noch. Die Landfrage blieb ganz oben auf der Agenda der Indigenen, dazu kamen die Reformen, die Durán Ballen anstrebte. Sie sahen unter anderem die Streichung des zweisprachigen Unterrichts vor, gegen die die CONAIE ihre Basis mobilisierte.

Im Jahre 1994 verabschiedete die konservative Regierung ein neues Agrargesetz. Darauf hin organisierte die CONAIE erneut einen landesweiten Protest, ähnlich dem von 1990. Sie hatte in der Zwischenzeit ihr Profil geschärft und mit anderen sozialen Bewegungen ein oppositorisches Bündnis gegen die neoliberale Politik der Regierung gebildet (Barrera 2002).

Das Repertoire ihrer Aktionen bestand in der Blockade von Verkehrswegen, was im Hochland zu massiven Versorgungsengpässen führte (Guerrero 2000: 3). Die indigene Bewegung bekämpfte die Privatisierung der Wasserversorgung und das Ende der Landumverteilung (Yashar 2005:147). Ihr Forderungskatalog umfasste die Benennung eines Vertreters für die bilinguale Beschulung, die Anerkennung der CONAIE als Repräsentantin der Indigenen des Landes, die Aufwendung von 1% der Gewinne aus dem Erdölgeschäft für die Entwicklung indigener Gemeinden, in denen das Erdöl mehrheitlich gefördert wurde und die Gewährung von Finanzmitteln, um Landkonflikte führen zu können (ebd.).

Unter Vermittlung der katholischen Kirche begannen Verhandlungen mit der Regierung. Der CONAIE gelang es in ihnen, die wichtigsten Ressourcen ihrer Mitglieder, die Wasserversorgung, das Land und die Vergabe von Krediten zu verteidigen (Yashar 2005:149). Das politische Gewicht der CONAIE ermöglichte den Schulterschluss mit linken Organisationen, die der Bewegung nahe standen und es förderte die Entwicklung autonomer Repräsentationsorgane. So lässt sich konstatieren, dass, wenn der Aufstand von 1990 das Mobilisierungspotential der CONAIE verdeutlicht hat, der Protest von 1994 das Verhandlungsgeschick der Organisation unter Beweis gestellt hat (ebd. 147).

Die Mobilisierungserfolge und die ersten Erfahrungen im Verhandeln mit den höchsten Autoritäten sollten seitens der Bewegung in politisches Kapital umgemünzt werden. Zur punktuellen Mobilisierung der Landgemeinden, die auf konjunkturelle Ereignisse reagierten, kam die Schaffung politischer Strukturen. Zu diesem Zwecke ging die CONAIE ein Bündnis mit links stehenden politischen Parteien ein. Sie stellte zusammen mit der Izquierda Democrática (ID) und der PSE, der sozialistischen Partei Ecuadors, zu den Wahlen von 1996 einen Präsidentschaftskandidaten auf. Freddy Ehlers, ein Fernsehmoderator, erlangte 18% der Wählerstimmen und erreichte somit den dritten Platz. Die CONAIE rief gleichsam eine politische Partei, das Movimiento Plurinacional Pachakutik Nu-

evo Paíz ins Leben, das ebenfalls bei den Wahlen von 1996 10% der Stimmen erlang. Somit wurden die Indigenen drittstärkste Kraft im Parlament.

Die indigene Bewegung hatte mit der Gründung der Pachakutik einen Strategiewechsel vollzogen. War sie lange Zeit eine typische Massenbewegung, die ihren Protest auf der Straße artikulierte und die parlamentarischen Mechanismen ablehnte, ging sie Mitte der 90er Jahre ein politisches Bündnis mit anderen sozialen Bewegungen ein (Ströbele-Gregor 2004:128). In den Jahren zuvor hatte sie sich stets als Interessenvertretung der Indigenen verstanden, die traditionellen politischen Strukturen verwarf sie, denn sie repräsentierten nicht die Anliegen der Indigenen, so die offizielle Lesart.

Mitte der 90er Jahre dominierte eine schwere politische Krise das Land. Aus den Wahlen von 1996 war Abdalá Bucaram, ein populistisch orientierter Politiker der Küste, siegreich hervorgegangen. Seine Wahl spiegelte vor allem die Unzufriedenheit des Wahlvolkes mit den traditionellen Parteien wider. Die verarmten Städte und die marginalisierten Landbewohner wählten den Populisten, in welchem sie eine volksnahe Alternative zu den alt hergebrachten Protagonisten der Politik sahen (Minkner-Bünjer 2004:239).

Trotz seiner emotionalen Rhetorik behielt Bucaram die Sparpolitik seines Vorgängers bei und verabschiedete neue Austeritätsmaßnahmen. So stiegen die Preise im Gas- und Stromsektor, das Telefonieren wurde ebenso teurer wie die Preise des öffentlichen Transportes. Diese Maßnahmen betrafen vor allem den populären Sektor, der mit Protesten reagierte. Im Januar 1997 mobilisierten Gewerkschaften, Basisorganisationen und die CONAIE ihre Anhänger und forderten den Rücktritt Bucarams sowie die Rücknahme der Preiserhöhungen. Da Bucaram auch das Vertrauen des Militärs und der US-Administration verloren hatte, wurde er, nach nur sechs Monaten im Amt, im Februar 1997 vom Parlament entmachtet (ebd.: 240). Die offizielle Begründung lautete, der Präsident sei geistig nicht in der Lage, weiter seines Amtes zu walten. Nachfolger Bucarams wurde Fabian Alarcón, damaliger Kongresspräsident, der bis zu neuerlichen Wahlen das Präsidentenamt bekleiden sollte.

Im Mai 1997 wurde die Bevölkerung aufgerufen, sich über die Einsetzung einer Verfassung gebenden Versammlung zu äußern. Das Referendum ergab, dass die Mehrheit für eine solche Versammlung war, die den Stillstand in Politik und Wirtschaft überwinden sollte. Somit hatten sich die CONAIE und die anderen sozialen Bewegungen durchgesetzt. Bei den Protesten gegen Bucaram hatten sie eine solche Verfassung gebende Versammlung gefordert. Für die Indigenen bedeutete die neue Verfassung eine teilweise Anerkennung ihrer Forderungen, für die sie über Jahre auf der Straße gefochten hatten. Sie schrieb die Garantie des bilingualen Unterrichts fest, erkannte den Indigenen in ihren Gemeinden kollektive Landtitel zu und sicherte die Partizipation auf allen Ebenen (Schieferstaedt 2006:74).

In der Verfassung von 1998 setzte die CONAIE darüber hinaus die Definition Ecuadors als pluriethnischen Staat durch. Auf diese Weise erhielten die verschie-

denen Ethnien ihren verfassungsrechtlichen Platz im Nationalstaat. Durch den Druck, einen Staat als multiethnische Einheit zu definieren, wurde die webersche These widerlegt, wonach jedem Staat eine Nation zugrunde liegt. Die Auffassung von der Einheit von Staat und Nation hält der Realität nicht stand, existiert doch kaum ein Staat, dessen Bevölkerung derselben Nation angehört. Dies gilt auch für Lateinamerika (Olguín Martínez 1998:95). Der Nationalstaat als freiwillige Assoziation gleichberechtigter Bürger ist ein Mythos. Die ethnische Diversität innerhalb der Nationalstaaten hingegen ist ein universales Merkmal der meisten Staaten weltweit. In Lateinamerika entstanden die Nationalstaaten durch die Hegemonie einiger Gruppen. Sie dominierten seine Herausbildung und drängten die anderen Gruppen an den Rand. Die formelle Anerkennung des pluriethnischen Charakters des Landes bedeutet einen wichtigen Schritt in der Umkehrung des durch die Kolonisatoren und ihre Nachfolger geschaffenen Systems.

Diese historischen Teilerfolge der CONAIE waren bemerkenswert. In den Niederungen der parteipolitischen Realität sah sich die Pachakutik jedoch Tendenzen gegenüber, die ähnlich auch die traditionellen Parteien heimsuchten.

Nach dem ersten Erfolg von 1996 musste die neue Partei Einbrüche in der Wählergunst und Spaltungen hinnehmen. In den nachfolgenden Wahlen von 1998 verlor sie Stimmen, es kam zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Pragmatikern und Radikalen innerhalb des indigenen Lagers.

Als die Pachakutik 1996 zum ersten Mal angetreten war, verhiß sie ihren Wählern, mit den korrupten Praktiken der traditionellen Politiker zu brechen. In der Folge zeigte sich jedoch, dass auch Vertreter der indigenen Partei in ähnliche Verhaltensweisen wie ihre Widersacher verfielen. So gründete Freddy Ehlers eine Bewegung, die eigens auf seine Person zugeschnitten war (Ströbele-Gregor 2004:130). Er bekräftigte damit die Tradition des Caudillismo, der von den Indigenen so stark kritisiert worden war.

Dazu kamen strukturelle Probleme der Präsenz der Partei. Während sie im Hochland über eine beachtliche Wählerbasis verfügte, war sie an der Küste kaum vertreten. Dies ist von Bedeutung, denn an der Küste konzentriert sich fast die Hälfte der ecuadorianischen Bevölkerung. Auch trat bei den Wahlen 1998 Rodrigo Borja, der Kandidat der Izquierda Democrática erneut an. Er verfügte in der Andenregion, dem Stammland der Pachakutik also, ebenfalls über ein nicht zu vernachlässigendes Wählerpotential. Diese Konkurrenzsituation kostete die Pachakutik viele Wählerstimmen in ihren Hochburgen.

Die sozioökonomische Lage hatte sich zu diesem Zeitpunkt kaum gebessert. Ecuador war politisch gespalten und machte eine Wirtschaftskrise durch. Jamil Mahuad, ehemaliger Bürgermeister von Quito und Sieger in der Stichwahl gegen Álvaro Noboa, übernahm im Juli 1998 das Präsidentenamt. Zunächst konzentrierte er sich auf die Außenpolitik, ein Feld, auf dem er durchaus erfolgreich agierte. So wurde ein Friedensabkommen mit Perú, einem ewigen Rivalen Ecuadors in der Amazonasregion, abgeschlossen.

Allerdings blieben die ökonomischen Probleme ungelöst. Durch die Krisen in Asien und Russland wurden sie noch verstärkt. Mahuad versuchte mit Sparmaßnahmen, das Land aus der ökonomischen Talsohle zu führen. Dies brachte die sozialen Bewegungen, allen voran die CONAIE, gegen ihn auf.

Im Juli 1999 befand sich Mahuad zwischen Hammer und Ambos. Der IWF und die Weltbank forderten einschneidende Reformen im Wirtschaftssektor, die Sparmaßnahmen der Regierung beinhalteten. Die sozialen Bewegungen drohten mit Mobilisierungen gegen die genannten Schritte.

Die CONAIE mobilisierte ihre Anhänger gegen die im Juli durchgeführte Erhöhung der Gas- und Strompreise. Mahuad antwortete mit der Verhängung des Ausnahmezustandes und dem Einsatz des Militärs gegen die Protestierenden. Die Indigenen radikalisierten sich ihrerseits und sprachen sich gegen Privatisierungen und die Rückzahlung der Staatsschulden an die internationalen Gläubiger aus.

Die Regierung schmiedete eine Koalition mit der PRE, der Partei des geachteten Abdalá Bucaram. Mit ihrer Hilfe wurden im November Wirtschaftsreformen in abgeschwächter Form durch das Parlament gebracht. Die PRE erhoffte sich im Gegenzug für ihre Hilfe, mehr Einfluss auf den obersten Gerichtshof und in letzter Konsequenz, die Rückkehr ihres in Panama lebenden Parteiführers.

Die sozialen Bewegungen schlossen sich ihrerseits im Frente Patriótico zusammen, dessen Hauptziel der „Jamilazo“, der Sturz von Jamil Mahuad war.

Am 21. Januar 2000 wurde der „Jamilazo“ in Zusammenarbeit zwischen der CONAIE und Teilen des Militärs tatsächlich vollzogen. Für einige Stunden übernahmen die Indigenen in Person des damaligen Vorsitzenden der CONAIE, Antonio Vargas, die Macht im Staat. Die Militärs wurden durch Lucio Gutierrez vertreten, der zwei Jahre später zum Präsidenten des Landes gewählt werden sollte. Vargas und Gutierrez und mit ihnen die involvierten Organisationen, übergaben die Macht nach einigen Stunden an den Vizepräsidenten Gustavo Noboa. Dieser führte die Politik seines Vorgängers im Wesentlichen fort.

Generell lässt sich aus diesem Grunde konstatieren, dass der Putsch vom Januar 2000 einen symbolischen Wert hatte. Die Indigenen stellten unter Beweis wie stark ihr Einfluss gewachsen war. Die machtpolitischen Strukturen änderten sich jedoch nicht. Die Macht ging nach einem zeitlich unbedeutenden Zwischenspiel an den Vizepräsidenten über. Alberto Acosta, ein Vordenker der CONAIE, stellt fest, dass die Indigenen mit der Erstürmung des Parlamentes die Macht überfallen hätten. Die Macht könne man jedoch nicht überfallen, sondern sie werde nach und nach aufgebaut (ders. 2001).

Die politischen Konflikte zwischen der CONAIE und den anderen sozialen Bewegungen waren mit der Machtübergabe an Gustavo Noboa keineswegs beendet. Der Vizepräsident Mahuads schnürte Sparpakete und versuchte, den Wünschen der ausländischen Geldgeber nachzukommen.

Aus diesem Grund wurde im Januar 2001 von der CONAIE und anderen sozialen Bewegungen erneut eine Massenmobilisierung organisiert, die sich gegen die

Wirtschaftspolitik und die Dollarisierung der ecuadorianischen Ökonomie wandte. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Hauptstadt Quito, wo die Polizei etwa 8.000 Demonstranten in der polytechnischen Universität der Salesianer abriegelte. Auch in den ländlichen Gebieten des Hochlandes und der Amazonas-Region organisierte die CONAIE Straßenblockaden und Streiks. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand und verhaftete den damaligen Vorsitzenden der CONAIE, Antonio Vargas. In der Öffentlichkeit stießen die Maßnahmen der Regierung auf wenig Sympathie. Vielfach solidarisierte sich die Bevölkerung mit den Demonstrierenden (Barrera 2001:49 – 150).

Das Resultat dieses neuerlichen Aufstandes waren einige Tote unter den Demonstranten und erneute Verhandlungen zwischen der Regierung Noboa und der CONAIE. Am 17. Februar einigten sich beide Seiten auf die Einfrierung des Benzinpreises und auf die Senkung des Gaspreises von 2\$ auf 1,60\$. Die Vertreter der Indigenenorganisationen priesen das Ergebnis der Demonstrationen vom Januar 2001. So äußerte Ricardo Ulcuanco, zu der Zeit stellvertretender Vorsitzender der indigenen Bewegung, dass die Einheit der Indigenen durch den Aufstand gestärkt worden sei, und dass die Regierung zu Verhandlungen gezwungen worden war (Cucurella 2001: 14). Alberto Acosta meinte, dass die Organisation der Indigenen aus dem Aufstand gestärkt hervorgegangen sei (ders. 2001).

Diese Stärke schlug sich ein Jahr später in einem weiteren politischen Erfolg nieder. Aus den Wahlen von 2002 war der Ex-Putschist Lucio Gutierrez siegreich hervorgegangen. Er schmiedete mit der Pachakutik eine Koalition. Gutierrez galt nach Jahren des politischen Chaos als Hoffnungsträger. Er mobilisierte, neben der Basis der sozialen Bewegungen, die verarmten Mittelschichten. Die Indigenen erhielten vier Ministerposten, u.a den der Außenministerin, der mit Nina Pacari, einer prominenten Vertreterin der CONAIE, besetzt wurde.

Am 15. Januar 2003 übernahm Gutierrez die Amtsgeschäfte vom scheidenden Präsidenten Noboa. Ein Mangel der neuen Koalition bestand darin, dass sich Gutierrez und seine Mitstreiter auf kein gemeinsames Regierungsprogramm geeinigt hatten. Konflikte innerhalb der neuen Regierung schienen vorgezeichnet.

Zudem begann bald das alt bekannte Muster aus Austeritätsmaßnahmen und Protesten gegen diese. Gutierrez vereinbarte mit IWF und Weltbank die Anhebung der Diesel- und Benzinpreise, Staatsangestellte und die Indigenen liefen Sturm gegen diese Politik. Ambivalent an der Konfliktkonstellation war die Position der Pachakutik, die nun im Regierungslager stand, also eine Politik vertreten musste, die sich gegen ihre eigene Basis richtete.

Mehrmals drohte die Pachakutik mit dem Austritt aus der Regierung. Ende April 2003 traten die Vertreter der Ecuarunari aus der Regierung aus, nach sechs Monaten im Amt zerbrach die Koalition zwischen Gutierrez und den Indigenen völlig. Lucio Gutierrez vollzog nun eine politische Wende. Er bildete mit der konservativen PSC, den Christdemokraten, eine Koalition, die auch als Faustscher Pakt bezeichnet worden ist (Faust 2005).

Mit den neuen Alliierten im Rücken, marginalisierte Gutierrez die Pachakutik und wandte sich der evangelikalen FEINE zu, einer Indigenenorganisation, die nicht Mitglied der CONAIE ist und konservative Positionen vertritt (Schierstaedt 2006:89). Die Beziehungen zwischen Gutierrez und der CONAIE verschlechterten sich zusehends.

Aber Gutierrez sollte nicht über die Indigenen stolpern, sondern über sein Machtkalkül und die Ablehnung, die seine politischen Winkelzüge bei der Bevölkerung auslösten. Ecuador befand sich nach wie vor in einer prekären wirtschaftlichen Situation. Gutierrez hatte eine wirtschaftsliberale Politik implementiert, die die Situation kaum verbesserte. Die Hinwendung zu neoliberalen Maßnahmen brachte zusätzlich seine ehemalige Basis gegen ihn auf.

Um diese Situation abzumildern, näherte sich Gutierrez der populistischen PRE des exilierten Ex-Präsidenten Bucaram. Ende 2004 hatte Gutierrez mit Abtrünnigen anderer Parteien im Kongress eine neue Mehrheit hinter sich vereinigt, mit deren Hilfe er die Schlüsselinstitutionen des Staates nach seinem Gusto besetzen wollte. Gutierrez verschaffte seinen Gefolgsleuten die Führung des Verfassungsgerichts, der Wahlbehörde und des obersten Gerichtshofs.

Im Frühjahr 2005 ermöglichte der ausgewechselte oberste Gerichtshof die Rückkehr des Ex-Präsidenten Bucaram aus seinem Exil, gegen den in Ecuador ein Verfahren wegen Korruption anhängig war. Gutierrez hatte also der PRE, seiner neuen Mehrheitsbeschafferin, die Rückkehr ihres Parteiführers ermöglicht. Das Korruptionsverfahren gegen den Politiker wurde für nichtig erklärt (Rothfritz 2005).

Auf diese offensichtliche politische Korruption reagierte die Bevölkerung mit Empörung und mit einem neuen Aufstand. Bemerkenswert ist dabei, dass dieser letzte Aufstand nicht von der CONAIE, sondern von einer Bewegung der Mittelschichten, die sich „Forrajidos“ nannte, ausging. Diese Bewegung, ein Zusammenschluss informeller Netzwerke, hatte sich vereinigt, um den ungeliebten Präsidenten aus dem Amt zu jagen. Gutierrez bezeichnete sie als „Forrajidos“ (Straßenräuber), eine Abqualifizierung, die die Protestierenden in ihrem Unmut bestärkte und ihnen den Namen gab (Faust: 2005). Ähnlich den Protesten der Mittelschichten in Argentinien des Jahres 2001, forderten die „Forrajidos“: „Que se vayan todos“, sie sollen alle gehen.

Am 20. April 2005 gingen zwar nicht alle, aber Lucio Gutierrez trat zurück und Alfredo Palacio, sein Stellvertreter, übernahm die Amtsgeschäfte bis zur Wahl eines neuen Präsidenten. Diese Wahl stand im Oktober 2006 an und wurde überraschend vom links gerichteten Rafael Correa gewonnen.

Bis zur Wahl Correas bemühte sich Palacio, einen Freihandelsvertrag mit den USA auszuhandeln. Diese Pläne stießen auf den Widerstand der CONAIE. Im März und April 2006 organisierte sie Massenproteste, die jedoch von der Polizei unterdrückt wurden. Darüber hinaus gelang es der indigenen Bewegung nicht, wie in den Vorjahren, eine signifikante Unterstützung des populären Sektors zu erreichen.

Mit der Amtsübernahme Correas und seinem Projekt einer neuen Verfassung, verkomplizierte sich die Position der CONAIE. Sie sah sich einem populären Präsidenten gegenüber, der ihren Diskurs der größeren sozialen Gerechtigkeit übernahm und über eine eigene populäre Basis verfügte, sie also als Machtfaktor nicht brauchte. Die Entfremdung zwischen Correa und der CONAIE verstärkte sich zusehends, ihre Vertreterinnen und Vertreter beklagten immer wieder fehlendes Verständnis für ihre Anliegen seitens des Präsidenten (Crncic 2008). Es bleibt abzuwarten, ob die CONAIE in Zukunft, vor dem Hintergrund einer links ausgerichteten Regierung, zu alter Stärke zurückfindet oder sich in der Isolation selbst marginalisiert.

Erfolge der ethnischen Mobilisierung

Die vorhergehenden Zeilen sollten die Entstehung und Entwicklung einer ethnisch orientierten Bewegung in einem prekären soziopolitischen Umfeld nachvollziehen. Von einer kulturellen, politischen und sozialen Marginalisierung und Zersplitterung auf dem ganzen Kontinent, haben die Indigenen einen weiten Weg hin zu eigenen politischen Strukturen, Organisationsformen und der Ausbildung eigener Führungskader zurückgelegt. Erstmals nach 500 Jahren der Ausgrenzung ist es einzelnen indigenen Bewegungen gelungen, ihren Anliegen, der sozialen Anerkennung ihrer kulturellen Diversität, der ökonomischen Besserstellung und der politischen Partizipation erfolgreich Gehör zu verschaffen. Länder wie Mexiko oder Bolivien stehen exemplarisch für diese Entwicklungen. Der Fall Ecuador verdeutlicht in aller Klarheit die Dynamiken, die mit einem solchen Prozess der Selbstfindung und autonomen Organisation einhergehen. Er zeigt jedoch auch die Gefahren und Schwierigkeiten der indigenen Mobilisierungsbemühungen, die vor allem in Ecuador in den letzten fünf Jahren zu beobachten sind.

Offensichtlich wurden die sozialen Bewegungen mit dem Rückgriff auf ethnische Besonderheiten erfolgreich mobilisiert. Ruft man sich die theoretischen Überlegungen zu ethnisch motivierten sozialen Bewegungen ins Bewusstsein, wird deutlich, dass viele der formulierten Thesen auf die soziale Bewegung in Ecuador anwendbar sind.

Nach Susan Olzak berühren ethnische Mobilisierungen Fragen der gemeinsamen Hautfarbe, einer gemeinsamen Sprache und der Erfahrung einer kollektiven Eroberung und Diskriminierung (ebd. 667). Die Indigenen Ecuadors verfügen zwar nicht über eine allen Nationalitäten gemeinsame Sprache, ihr Forderungskatalog umfasst jedoch den bilingualen Unterricht, eine Wiederbelebung und Bewahrung ihrer Sprachtraditionen also. Allen indigenen Nationalitäten des Landes ist die Geschichte der Eroberung durch die spanischen Kolonisatoren gemeinsam, was über einen langen Zeitraum hinweg eine indigene Identität geschaffen hat.

Eine weitere Dimension ethnisch motivierter Bewegungen ist die Forderung nach territorialer Autonomie. Die Indigenen, die in der CONAIE organisiert sind, haben diese Forderung seit ihrer Gründung vertreten. Im Mittelpunkt steht die Zurbilligung kollektiver Besitztitel, das Land, das den Gemeinden zugesprochen wird, bildet den Unterbau einer eigenständigen Lebensform mit eigener Gesetzgebung, traditionellen Besitzverhältnissen und politischen Mechanismen der Teilhabe. Die CONAIE konnte diese Punkte in der Verfassung von 1998 für ihre Basis erstreiten.

Susan Olzak geht davon aus, dass ethnisch motivierte Bewegungen im Zusammenhang mit der ökonomischen Verschlechterung von Lebenssituationen und der schwindenden Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen an Stärke gewinnen können. Es entsteht eine Konkurrenzsituation, die zu einer Diskriminierung der Minderheit durch die Mehrheit führt, zum anderen kommt es zu einer internen Solidarisierung der Diskriminierten (ebd. 675). Diese Entwicklungen ließen sich im Ecuador der 80er Jahre exemplarisch beobachten. Die Wirtschaftskrise machte die Arbeitsplätze knapper. Mestizen und Indigene konkurrierten um die wenigen Quellen des Gelderwerbs. Mit der Zeit entwickelten sich Gefühle der Verdrängung und Diskriminierung, die zu einer teilweisen Solidarisierung von Angehörigen indigener Gruppen führten, wie sie vormals nicht zu beobachten war. In den urbanen Zentren entstand ein begrenztes indigenes Bewusstsein, das auf die Erfahrung von Ausgrenzung zurückzuführen war (Lentz 2000). Die Verschränkung der Aktionen von Bewegungen des Hoch- und Tieflandes und die genannte Entwicklung beförderten die Schaffung eines indigenen Dachverbandes, wie er 1986 mit Gründung der CONAIE entstand.

Im Bezug auf die Ausbildung einer kollektiven Identität, die schließlich der Kitt einer Bewegung ist, sind die Erklärungsansätze vielfältig (Roth 1998:52). Ethnische Identitäten wurden unter Rückgriff auf die Idee der Primordialität definiert, die einzelnen Mitglieder einer Gruppe besitzen qua Geburt starke, affektive Beziehungen zu allen anderen Mitgliedern ihres Kollektivs. Diese Überlegung ist seit Längerem verworfen worden, im Bezug auf die Ausbildung einer kollektiven Identität der Indigenen kann sie keinen Erklärungsbeitrag leisten, handelt es sich doch um unterschiedliche Ethnien. Der Begriff der Indigenen ist eine Kategorie, die von den Kolonisatoren eingeführt wurde. Im Falle der CONAIE ist die Ausbildung einer kollektiven indigenen Identität, die auf primordialen Merkmalen basiert, nicht zu bewerkstelligen, besteht doch jede Gruppe auf ihrer partikulären ethnischen Identität. Die CONAIE versteht sich lediglich als Sammelbecken der verschiedenen Nationalitäten.

Der instrumentalistische Ansatz hingegen erklärt besser die Mobilisierungsleistung der ecuadorianischen Indigenen. Der Rückgriff auf die ethnische Dimension hat sich als besonders wirksames Mittel erwiesen, eigene Forderungen durchzusetzen (Boris 1998:64). Für ihn spricht auch die Tatsache, dass viele Indigene, bevor sie sich in genuin indigenen Organisationen engagierten, Teil von Bauern- oder Arbeiterorganisationen waren.

Auch der poststrukturelle Ansatz kann einen Beitrag zum Verständnis der Mobilisierung der Nationalitäten Ecuadors leisten. Er postuliert, dass die Ethnie ein soziales Konstrukt sei, ohne sie *a priori* vorauszusetzen. Hinzu kommen spezifische strukturelle Merkmale, die eine ethnische Identität ermöglichen. Die schrittweise Herausbildung indigener Identitäten und die Abkehr von anderen identitätsstiftenden Merkmalen, wie sie in Ecuador zu beobachten ist, untermauert diese These. Die Veränderungen in der sozialstrukturellen Konfiguration des Landes, die Beendigung der Zwangsarbeit auf den Latifundien, die Erhöhung der sozialen Mobilität und der Zugang zu Bildungseinrichtungen ergänzen das Bild.

Die Frage, warum es in Ecuador zu einer ethnischen Mobilisierung gekommen ist, kann zusätzlich mit Theorien beantwortet werden, die die Globalisierung in den Mittelpunkt ihrer Interpretation stellen. Durch die Diffusion von Wissen, Ressourcen und die Bildung von Unterstützernetzwerken, wird die Aktivität einer ethnischen Bewegung gefördert. Daneben spielt die Verbreitung universeller Menschenrechte eine Rolle bei der Artikulation kollektiver Forderungen. In Ecuador waren es in besonderem Maße Nichtregierungsorganisationen, progressive Kirchenvertreter und Anthropologen, die einen Beitrag zur Organisierung der verschiedenen Ethnien leisteten. Ihre Arbeit begann zwar schon, bevor die Effekte der Globalisierung zu spüren waren, die CONAIE wendet sich in ihrem Diskurs aber explizit gegen die Auswirkungen der Globalisierung, sie vernetzt sich mit anderen Gruppen und nutzt die neuen Medien als Informationsplattform. Die einsetzende Globalisierung hat der Bewegung sowohl neue Ziele des Protests als auch neue Möglichkeiten seiner Artikulierung eröffnet.

Abschließend lässt sich sagen, dass die kollektive Mobilisierung der Indigenen Ecuadors unterschiedliche Ergebnisse gezeitigt hat. Zunächst muss einmal mehr die immense Mobilisierungsleistung der CONAIE und ihrer Vorläufer unterstrichen werden. In einem Zeitraum von gut fünfzehn Jahren gelang es dem Dachverband, von einer regionalen Interessenvertretung verschiedener Ethnien mit unterschiedlichen Agenden, zu einer veritablen politischen Kraft zu avancieren. Sie vermochte die meisten Indigenen des Landes unter ihrem Banner der Pluriethnizität zu vereinigen, genuin indigene Führungsstrukturen auszubilden und nur vier Jahre nach ihrer Gründung Forderungen auf nationaler Ebene zu stellen.

Der CONAIE gelang es, als Verhandlungspartner auf Regierungsebene ernst genommen zu werden, keine Kleinigkeit angesichts der langen Tradition der strukturellen Nichtbeachtung der indigenen Frage und der Bevormundung durch Mestizen und Weiße. Sie erreichte die zweisprachige Beschulung in den von Indigenen bewohnten Regionen und setzte ihre Forderung nach einer konstitutionellen Anerkennung der Pluriethnizität des Landes durch. Schließlich rief sie der Öffentlichkeit die schwierige Lage der Indigenen ins Bewusstsein, vor allem durch politisch wirksame Proteste und Blockaden. Im politischen System kam die CONAIE 1996 durch die Gründung einer politischen Partei an. Nun war sie in der Position, Koalitionen zu schmieden und aktiv an der Politik teilzunehmen.

Der Putsch von 2000 verdeutlicht die Ambivalenz der politischen Aktivitäten der CONAIE. Einerseits bemühten sich die Indigenen um einen Platz in der politischen Landschaft, andererseits bedienten sie sich einer Koalition mit putschenden Militärs, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Ereignisse des 21. Januars 2000 könnten am treffendsten mit dem Begriff „Moments of Madness“, wie ihn Ari Zolberg geprägt hat, beschrieben werden (Koopmans 2005:23). In einer Umbruchphase - Ecuador befand sich in einer tiefen wirtschaftlichen Krise, Präsident Mahuad war sehr unpopulär - ist alles möglich, von der revolutionären Umwälzung bis zur blutigen Repression. In einem solchen „moment of madness“ ist es daher auch möglich, die Macht an sich zu bringen und sie wenige Stunden später an einen traditionellen Vertreter des bestehenden Regimes zurückzugeben, wie dies die CONAIE getan hat. Die Indigenen waren auf die Übernahme der Macht nicht vorbereitet gewesen und mussten diese daher wieder abgeben.

Im Jahre 2002 bot sich eine weitere Gelegenheit, diesmal auf demokratischem Wege, an der politischen Macht zu partizipieren. Das Rendezvous mit der Macht war jedoch ziemlich kurz. Nach sechs Monaten verließ die Pachakutik die Regierung Gutierrez, der die Basis der Indigenen mit seiner Politik verprellt hatte. Es bahnte sich ein Konflikt an, der schon beim Putsch 2000 offensichtlich geworden war, nämlich derjenige zwischen Pragmatikern innerhalb der CONAIE, die sich an Regierungen beteiligten und der Basis, die Maximalforderungen stellte, ohne ihre Durchführung bewerkstelligen zu müssen.

Die häufigen Mobilisierungen der CONAIE offenbaren ein Dilemma. Auf der einen Seite bestehen berechnete Forderungen nach einer Verbesserung der sozioökonomischen Lage, auf der anderen Seite können diese Forderungen nicht ohne weiteres gegen den Widerstand der traditionellen Strukturen und der internationalen Geldgeber durchgesetzt werden. Es lässt sich, zumindest über einen langen Zeitraum in den 90er Jahren, ein Kreislauf von Sparmaßnahmen und massiven Protesten gegen diese Politik, der in politischem Chaos und letztlich erneuten Sparmaßnahmen endete, beobachten.

Bei aller berechtigten Kritik gegen die immer wieder massive Mobilisierung der CONAIE gegen angestrebte Sparpakete, die nicht immer die Regeln der „real existierenden Demokratie“ (Wolff 2004) befolgten, muss bedacht werden, dass der indigene Sektor von den implementierten Sparmaßnahmen am stärksten betroffen war. So bedeutete eine Preisanhebung für Gas um 40 Cent, wie sie im Jahre 2001 von der Regierung Noboa beschlossen wurde, dass der indigene Käufer für eine Gasflasche anstatt zwei, nunmehr vier Tage arbeiten musste (Acosta 2001:85–86). Ähnliches gilt für die Erhöhung im Transportsektor. Die Preisanhebungen treffen am härtesten die verarmten Sektoren der Gesellschaft. Ein weiterer Aspekt betrifft die Undurchlässigkeit des politischen Systems für Forderungen und substantielle Veränderungen, wie sie der Indigenenbewegung vorschweben. Aufgrund der Machtspiele und der verhärteten Strukturen im Parlament werden

indigene Belange obstruiert und in letzter Konsequenz verhindert. Die geringen Aussichten, strukturelle Veränderungen auf parlamentarischem Wege durchzusetzen, erklären die häufigen und radikalen Mobilisierungen. Die verkrusteten Strukturen können auch als Grund für die Skepsis gegenüber der traditionellen Demokratie und die Suche nach alternativen Formen der politischen Partizipation verstanden werden.

Es wird sich zeigen, ob der neue Präsident, der der Sache der Indigenen aufgrund seiner linken Orientierung gewissermaßen von Amts wegen positiv gegenüberstehen sollte, ihre Sache voranbringt. Neben den vielen Erfolgen der Indigenen Ecuadors bleibt noch viel Veränderungsbedarf. So bleibt abzuwarten, ob die CONAIE es vermag, ihre Protagonistenrolle im Sektor der sozialen Bewegungen, die sie in den 90er Jahren innehatte, wieder zu erlangen. Die Zukunft wird zeigen, ob die Bewegung sich den Veränderungen im politischen System gewachsen sieht und Antworten auf die Herausforderungen zu formulieren weiß, die das linke Projekt Correas darstellt. Eine gewisse Schwächung ihrer Position leugnen selbst ihre Anführer nicht. Die CONAIE wird jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit ein wichtiger Impulsgeber auf der politischen Bühne Ecuadors und darüber hinaus bleiben.

Die nächsten Monate werden Klarheit darüber bringen, ob die Bewegung im Stande ist, auf die durch die neue Verfassung geschaffenen Veränderungen angemessen zu reagieren.

Literatur

- Acosta, Alberto (2001): Nada para los Indios, in: Acosta, Alberto et al., "Nada sólo para los Indios". El levantamiento indígena del 2001; Quito, S. 85 – 87
- Acosta, Alberto (2001): Die Hand mit vier Fingern. Ecuador ein Jahr nach seinem Souveränitätsverlust, Interview mit dem Ökonom Alberto Acosta, in: ila 243
- Acosta, Alberto/Barrera, Augusto/Davalos, Pablo/Hernández, Virgilio/Hidalgo, Francisco (2001): "Nada sólo para los Indios". El levantamiento indígena del 2001; Quito
- Acosta Alberto/Boceo, Arnaldo/Chiriboga, Manuel/Fernández, Iván/Moncayo, Patricio/Rosales, Mario (1982): Ecuador: El Mito Del Desarrollo; Quito
- Barrera, Augusto G. (2002): El movimiento indígena ecuatoriano: entre los actores sociales y el sistema político, in: Nueva Sociedad Nr. 182, S. 90 – 105
- (2001): El significado de la Democracia. Retos y lecciones que dejó el levantamiento, in: Acosta, Alberto et al., "Nada sólo para los Indios". El levantamiento indígena del 2001; Quito, S. 41 - 57
- Boris, Dieter (1998): Soziale Bewegungen in Lateinamerika; Hamburg
- Botero Villegas Luis Fernando (1998): Estado, cuestión agraria y movilización india en Ecuador. Los desafíos de la democracia in: Nueva Sociedad 153 S. 57 – 63
- Chiriboga, Manuel (1982): La pobreza rural y la producción agropecuaria, in: Acosta Alberto et al., Ecuador: El Mito Del Desarrollo; Quito, S. 93 – 131
- Crcnic, Zeljko (2008): Correa und die CONAIE, in: ILA 316, Juni 2008
- Cucurella, Leonela (2001): " Cuando los Gobiernos no entienden Entrevista a Ricardo Ulcanqo, in: Acosta, Alberto et al., "Nada sólo para los Indios". El levantamiento indígena del 2001; Quito, S. 13 – 27
- Faust, Jörg, Harbers, Imke, Illerhues, Judith, Arneith, Florian, Goltz, Nikolaus von der, Schloms, Michael (2005): Staatskrise in Ecuador, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 9 15.05.2005
- Galeano, Eduardo (1971): Las venas abiertas de Latinoamérica; Monte Video
- Gros, Christian (2000): Políticas de la etnicidad: identidad, Estado y modernidad; Bogotá
- Guerrero, Andrés (ed.) (2000): Etnicidades; Quito

- Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans Ruud (hrsg.), (1998): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus; Opladen/ Wiesbaden
- Hopenhayn, Martin/ Bello, Alvaro/ Miranda Franziska (2006) : Los pueblos indígenas y afrodescendientes ante el nuevo milenio, CEPAL, Serie: Políticas Sociales, No. 118, in: <http://www.eclac.org/cgi-bin/getProd.asp?xml=/publicaciones/xml/2/24452/P24452.xml&xsl=/dds/tpl/p9f.xsl&base=/tpl/imprimir.xsl> (10.11.06)
- Koopmans, Ruud (2005): Protest in Time and Space: The Evolution of Waves of Contention, in: Snow, David et al., *The Blackwell Companion to Social Movements*; Oxford, S. 19 – 47
- Kurtenbach, Sabine/Minkner-Bünjer, Mechthild/Steinhauf, Andreas (Hg) (2004): Die Andenregion – Neuer Krisenbogen in Lateinamerika; Frankfurt
- Lentz, Karola (2000): La construcción de alteridad cultural como respuesta a la discriminación étnica. Caso de estudio en la Sierra ecuatoriana, in: Guerrero, Andrés, (ed.), *Etnicidades*; Quito
- Minkner-Bünjer, Mechthild (2004): Gratwanderung: Krisen, Anpassungspolitik und sozio-politische Ausgrenzung in Ecuador; in: Kurtenbach, Sabine et al. *Die Andenregion – Neuer Krisenbogen in Lateinamerika*; Frankfurt, S. 225 - 269
- Olgüen Martínez, Gabriela (1998): Estado nacional y pueblos indígenas. El caso de Mexico, in: *Nueva Sociedad* Nr. 153 S. 93 – 103
- Olzak, Susan (2005): Ethnic and Nationalist Social Movements, in: Snow, David et al., *The Blackwell Companion to Social Movements*; Oxford, S. 666 – 694
- Peña Guzmán, Mireya Maritza (1998): Algunos aspectos de la cuestión indígena desde una perspectiva internacional, in: *Nueva Sociedad* Nr. 153 S. 130 – 140
- Proano, Leonidas (1991): *Revolution des Poncho*; Frankfurt
- Roth, Roland (1998): „Patch-Work“. Kollektive Identitäten neuer sozialer Bewegungen, in: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans Ruud (Hrsg.), a.a.O., Wiesbaden; S. 51 – 69
- Rothfritz, Helga (2005): Ecuadors Präsident ruft Ausnahmezustand für die Hauptstadt Quito aus und löst den Obersten Gerichtshof auf, in: Konrad-Adenauer-Stiftung / Länderberichte vom 18. Apr. 2005
- Schierstaedt, Nina (2006): Indigene in Ecuador. Zwischen institutioneller Einflussnahme und Straßenkampf, in: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_8556_1.pdf.(10.07.2006)
- Snow, David/Soule, Sara A./Kriesi, Hanspeter (2005): *The Blackwell Companion to Social Movements*; Oxford
- Ströbele-Gregor, Juliana (2004): Kritische Partizipation oder Konfrontation. Indigena-Organisationen in den Andenländern, in: Kurtenbach Sabine et al., a.a.O., S. 163 – 189
- Wolff, Jonas (2004): Demokratisierung als Risiko der Demokratie? Die Krise der Politik in Bolivien und Ecuador und die Rolle der indigenen Bewegungen; Frankfurt, a.M.
- Yashar, Deborah (2005): *Contesting Citizenship in Latin America*; Cambridge
- Zuñiga Navarro, Gerardo (1998): Los procesos de constitución de territorios Indígenas en América Latina, in *Nueva Sociedad* Nr. 153 S. 141 – 155

Frau Nachbars rote Blüten: Sozialistischer Feminismus in der Türkei*

Der vorliegende Text behandelt Fragen und erste Ergebnisse eines laufenden Forschungsprozesses, in welchem ich mich mit einer Strömung der Neuen Frauenbewegung in der Türkei befasste, dem sozialistischen Feminismus. In zeitgenössischen politischen und wissenschaftlichen Diskursen wird die Bezeichnung „sozialistischer Feminismus“ auf eine kollektive Identität und politische Analysen bezogen, die erst im Zuge der sog. Neuen/Zweiten Frauenbewegungen in Westeuropa und den USA nach 1960 aufkamen. Die Forschungsliteratur berichtet über sozialistisch-feministische Strömungen z.B. in Großbritannien, den USA, den Niederlanden, Dänemark und Westdeutschland. Eine Vorstellung dessen, für was dieses „Label“ (Maynard 1995) im internationalen Maßstab stehe, hat sich so anhand der Erfahrungen in diesen hoch industrialisierten, westlichen kapitalistischen Gesellschaften gebildet¹; insbesondere die ersten beiden wurden auch zu Referenzpunkten der gleichnamigen Strömung in der Türkei, die sich mehr als zehn Jahre später entwickelte.

- 1 Überblicksarbeiten zur Entwicklung der jeweiligen sozialistisch-feministischen Strömungen in verschiedenen Ländern fehlen meines Wissens. In Westdeutschland existierten in den 1970er Jahren noch mehrere Gruppen, die sich so definierten, wie z.B. die Gruppe Sozialistisch-Feministische Aktion (S.O.F.A.), welche die Zeitschrift *efa* herausgab (Doormann 1979, 52, vgl. auch Fn. 4). In Frankreich existierte in den 1970er Jahren eine „sozialistisch-feministische“ Strömung, die zunächst viel stärker an einem orthodoxen, leninistisch geprägten Marxismus ausgerichtet war als die oben genannten, sich später aber der unabhängigen feministischen Bewegung annäherte (Beauvoir 1984: France: Feminism – Alive, Well, and in Constant Danger, in Morgan (Hg.) 1996 [1984]: Sisterhood is Global. The international Women's movement Anthology, 229-235. Im postfranquistischen Spanien gab es die Selbstbezeichnung ebenfalls: hier übernahmen sie Frauen der Sozialistischen Partei Spaniens (PSOE), um sich von „bürgerlichen Feministinnen“ abzugrenzen. Sie waren gleichwohl moderater als andere linke Gruppen und „radikale“ bzw. „autonome“ Feministinnen, die ebenfalls eine distinkte Strömung bildeten. Für das Einholen dieser Informationen aus für mich unzugänglichen spanischen Quellen danke ich Y. Marcela Garcia. Vgl. exemplarisch Carmen Domingo 2008: Histoire politique des femmes espagnoles. De la Ile République à la fin du franquisme, sowie Marta Bizcarrondo Albea, 1990: Los orígenes del feminismo socialista en España, in Universidad Autónoma de Madrid: La mujer en la historia de España, 137-158. In Italien wurden die Auseinandersetzungen zwischen Neuer Linker und feministischer Bewegung, die stets den Nährboden für die Propagierung eines sozialistischen Feminismus bildeten, besonders lebhaft geführt. Italienische Feministinnen prägten den Ausdruck „doppelte Militanz“ für die festgestellte Notwendigkeit, sich als Feministinnen sowohl in der Linken wie in der Frauenbewegung zu organisieren und von beiden Standorten aus zu kämpfen (Lettow/ Brensell 2003). Die von Mariarosa Dalla Costa gemeinsam mit Selma James veröffentlichte Schrift „Die Frauen und der gesellschaftliche Umsturz“ bildete den Auftakt der international geführten „Hausarbeitsdebatte“. Wiewohl historisch eng mit der Linken verflochten, prägte den italienischen Feminismus trotz gleichheitsorientierter Forderungen eine besondere Konzentration auf die Kritik und Überwindung männlicher Normen und die Betonung der Geschlechterdifferenz. Dies mag erklären, warum sich in Italien keine als sozialistisch-feministisch benannte Strömung entwickelte (Beccalli 1994). Eine solche, deren Entstehungsgeschichte und Selbstverständnis der Darstellung Stamiris' zufolge manches mit der von mir untersuchten in der Türkei gemeinsam zu haben scheint, entstand hingegen in Griechenland in den 1980er Jahren (dies. 1989).

Deutsch- und englischsprachiger Literatur, die sich mit Frauen- und sozialistischer Bewegung in der Türkei beschäftigt, ist wenn überhaupt, wenig mehr als das Vorhandensein eines „sozialistischen Feminismus“ zu entnehmen. Die linke Bewegung in der Türkei betreffend, resultiert dies aus einer vorherrschenden *Geschichtsschreibung ohne Frauen* – verfügbare Beiträge sind im allgemeinen aus der Perspektive von Beteiligten geschrieben, die dem Geschlechterverhältnis wenig Relevanz zubilligen (vgl. exemplarisch Samim 1984; Çulhaoğlu 2002). Darstellungen der Neuen Frauenbewegung in der Türkei hingegen sind oft Überblicke, in denen, hinter deren beachtlichen Erfolgen², interne Differenzierungen nur verkürzt zur Sprache kommen. Diese Forschungslage bildet ein Beispiel für den ungleichen Dokumentationsgrad von Bewegungsaktivitäten im globalen Norden gegenüber dem Süden und die daraus folgende Privilegierung v.a. angloamerikanischer Ansätze (vgl. Sirman 1989:1f), der ich mit meiner Untersuchung entgegenwirken möchte.

Gleichwohl bildet dieser *Western Bias* einen Ausgangspunkt meiner Forschung. Dabei geht es nicht darum, die o.g. Strömungen als beispielhaft zu setzen. Gegen die Dominanz von Ereignissen und Entwicklungen in den kapitalistischen Kernländern im politischen und wissenschaftlichen Diskurs zu arbeiten, ist jedoch nur durch detaillierte empirische und theoretisch informierte Forschung möglich, nicht durch Ignorieren dieser Dominanz auf analytischer Ebene. Eine kurz gehaltene Charakterisierung der angesprochenen Strömungen soll zeigen, auf welche Erfahrungen sich der sozialistische Feminismus in der Türkei beziehen konnte und einzelne Aspekte fokussieren helfen. Darauf folgt eine knappe Darstellung lokaler historischer Hintergründe. Anschließend gehe ich exemplarisch auf Formen und Problemhorizonte sozialistisch-feministischer Politik in der Türkei seit den 1980er Jahren ein. Hiernach wende ich mich der Relevanz von sozialistischem Feminismus als Teil heutiger sozialer Bewegungen zu und skizziere einige erste Schlussfolgerungen.

Sozialistischer Feminismus – eine historische Annäherung

Im Gegensatz zur Unterscheidung von „sozialistischem/ proletarischem“ und „bürgerlichem“ Flügel der Ersten Frauenbewegung, womit der gesellschaftliche Standort der Trägerinnen aus einer klassenanalytischen Perspektive angesprochen ist, steht „sozialistisch-feministisch“ für eine Selbstbezeichnung entlang der politischen Visionen – die Trägerinnen der feministischen Bewegungen nach 1960 entstammten im allgemeinen der Mittel- und Oberschicht. Klassisch ist die

2 Hier ist neben der Novellierung des Zivilgesetzbuches 2001 v.a. die Reform des Strafrechts 2004 zu nennen: ohne feministische Mobilisierung und hartnäckiges Lobbying wären diese keinesfalls so umfangreich ausgefallen. Gestrichen wurde beispielsweise die Regelung, dass ein Vergewaltiger straffrei ausgeht, wenn er sein Opfer heiratet. Vergewaltigung in der Ehe ist erstmals strafbar. Jenseits des feministischen Drucks waren die Reformen auch Bedingung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der EU. Eine weitergehende Auseinandersetzung würde jedoch den Rahmen des vorliegenden Beitrags sprengen. Vgl. weiterführend WWHR 2006: *The New Legal Status of Women in Turkey*.

Unterscheidung dreier feministischer „Denkschulen“ geworden: sozialistischer, Radikal- und Liberalfeminismus.³

Mit der Bezeichnung „sozialistischer Feminismus“ verbindet sich eine theoretisch-analytische Vermittlungsabsicht: Die Verbindung von marxistischer Theorie und neu gewonnenen feministischen Erkenntnissen, die zu einem bedeutenden Teil im Zuge dieser Auseinandersetzung mit dem Marxismus ein eigenständiger Theoriekorpus zu werden begannen, war ein Kernanliegen sozialistischer Feministinnen. Sie prägten die sog. „Hausarbeitsdebatten“ wesentlich mit, waren jedoch keineswegs die einzigen, die sich von den 1960ern bis heute für diese Thematik interessierten. Viele waren und sind im akademischen Bereich beschäftigt und stritten für die Etablierung der *y qo gpa'i'uwf kgu*.⁴ Mit dem Rückgang sozialer Bewegungen verlagerten sich ihre Aktivitäten zusehends an die Universitäten. Als politisches Erbe des sozialistischen Feminismus treten heute eher die oben erwähnte – wenn auch in sich heterogene – „Denkschule“ und innovative Forschungsansätze hervor als praktische Politikformen, die als „sozialistisch-feministische“ eine Verankerung in sozialen Bewegungen hätten.⁵

- 3 Diese ermöglicht zwar das Festhalten von theoretisch-analytischen Unterschieden, ist aber in Hinsicht auf die Bewegungsentwicklung irreführend: Liberalfeminismus hat sich nie als Selbstbezeichnung eingebürgert, sondern wird zumeist kritisch für eine zu starke Beschränkung auf Gleichheitsforderungen verwendet. Vgl. für eine kritische Diskussion der verschiedenen feministischen „Labels“ unter besonderer Berücksichtigung theoretischer und politischer Entwicklungen in den 1990er Jahren Mary Maynard (1995, insb. 260ff), die u.a. hervorhebt, dass hinter der Betrachtung dieser „Großen Drei“ Entwicklungen in Frankreich und Italien aus dem Blick gerieten. Vgl. Fn. 1.
- 4 Beispielsweise auch der Kreis um die Soziologin Frigga Haug, der, politisch gebunden an die Zeitschrift *Das Argument*, ab den 1980ern die westdeutsche Version des sozialistischen Feminismus prägen sollte, wirkte wissenschaftlich *und* politisch: die Frauen entwickelten in den 1980er Jahren die Methode der „Erinnerungsarbeit“, die sich gleichwohl auch als politische Strategie in Reaktion auf die Erfahrungen mit den „bewußtseinsbildenden“ Kleingruppen der Neuen Frauenbewegung verstehen lässt (Haug 2004:51) und organisierten sich ab 1982 in einer „autonome Frauenredaktion“ der Zeitschrift. Ab Mitte der 1980er waren sie Mitinitiatorinnen der „Europäischen Sozialistisch Feministischen Konferenzen“, aus denen u.a. Kooperationen im wissenschaftlichen Bereich.
- 5 Namen, die teils nicht mehr ohne weiteres mit sozialistischem Feminismus in Verbindung gebracht werden, sind etwa Donna Haraway, deren weithin rezipierter Text „A Manifesto for Cyborgs“ (1990, dt. 1995) bereits im Untertitel auch eine Erneuerung sozialistisch-feministischen Denkens intendierte, die Historikerin Sheila Rowbotham mit ihren Aufarbeitungen der Partizipation von Frauen an sozialen Bewegungen, Nancy Fraser, die mit ihren Arbeiten zur Demokratietheorie bekannt wurde, Maxine Molyneux mit ihren Analysen zu Frauenbewegungen und Entwicklungspolitik, Nancy Hartsock, die eine zentrale Rolle in der Entwicklung der Standpunkttheorien einnahm. Kapitalismuskritik und die Anknüpfung an marxistische Theorie durch Feministinnen hat jenseits der hier behandelten Richtung jedoch noch vielfältige weitere bedeutsame Ansätze hervorgebracht: Auch Chandra T.Mohanty, die v.a. durch ihren zuerst 1984 in der Zeitschrift *Boundary 2* veröffentlichten Aufsatz *Under Western Eyes* bekannt und fortan v.a. mit „postkolonialen“ Ansätzen assoziiert wurde, betonte in einem neueren Aufsatz wieder ihre politische Bindung an antikapitalistische Kämpfe (dies. 2003). Im deutschsprachigen Raum sind zudem die als „Bielefelder Ansatz“ bekannten Arbeiten der Autorinnengruppe Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof zu erwähnen, die mit der These, die ursprüngliche Akkumulation des Kapitalismus vollziehe sich auf Kosten von Frauen und der Dritten Welt weiter (Haug 2004:52), auf eine vom westdeutschen sozialistischen Feminismus zwar sehr unterschiedliche, aber offensive Weise Marx für sich reklamierten und politisch nachhaltigen Einfluss entfalteten. Vgl. Mies/von Werlhof/Thomsen (1983): Frauen, die letzte Kolonie. Ab den späten 1980ern, auch unter dem Einfluss poststrukturalistischer Theorien, wandten sich einige ehemalige sozialistische Feministinnen zunehmend vom marxistischen Vokabular ab und vertraten radikaldemokratische Positionen (vgl. Maynard 1995:266; Ferguson 1998:522).

Dieses Ungleichgewicht ergibt sich auch daraus, dass sich stets nur wenige, dafür aber zumeist in intellektueller und publizistischer Hinsicht hochproduktive Frauen mit diesem Label identifizierten. Gleichwohl erlangte das Wirken sozialistischer Feministinnen z.B. auch im anhaltenden Diskussionsprozesses linker Parteien und Organisationen um das Thema Demokratie Bedeutung⁶: sich Fragen der politischen Organisation zuzuwenden, was schon allein deswegen unausweichlich, weil sozialistische Feministinnen, wie zunächst auch viele andere, gleichzeitig in den feministischen und linken Bewegungen aktiv waren. Aus der „doppelten Militanz“ (vgl. Fn. 1 dieses Textes) resultierte jedoch oft „eine gespaltene Persönlichkeit, gespaltene Loyalität, gespaltener Zeitaufwand für Veranstaltungen, gespaltene politische Analyse“ (Sargent 1983:18). Eine unübersehbare Anzahl von Veröffentlichungen zeugt davon (ohne dass dies unbedingt deren Schwerpunkt wäre), wie aufreibend, existentiell und oft verbitternd für Frauen, die in der Neuen Linken nach 1968 politisch sozialisiert waren und dann zu Feministinnen wurden, die Konflikte mit ihren männlichen Genossen waren.⁷ Abstrakt oder oberflächlich wurde die Gleichheit von Frauen und Männern befürwortet, im politischen Alltag wirkte aber der männliche Lebenszusammenhang als Maßstab. So stellten die Zeiten der Gruppentreffen eine Hürde für Frauen dar, die für Kinder verantwortlich waren, die politische Sprache bot für die meisten Formen der Unterdrückung, denen Frauen sich ausgesetzt sahen, keinen Platz, und in den gängigen Vorstellungen einer befreiten Gesellschaft schien zumeist über gemeinsame Waschküchen keine wirkliche Erlösung von Heim und Herd in Sicht. Beim Anspruch auf Teilhabe an linker Politik ging es den Frauen nicht um schieres Mitmachen, sondern im starken Sinne des Wortes „Teilhabe“ darum, diese mit der eigenen Existenz als Frauen (so umstritten auch ist, was dies heißen kann) mitzuprägen, ohne durch Geschlechtszugehörigkeit zwangsläufig schon als Abweichung zu gelten. Die hartnäckige Weigerung sozialistischer Organisationen, sich für feministische Kritik zu öffnen und der in persönlichen Beziehungen erlebte Sexismus ließen zahlreiche der beteiligten Frauen den linken Bewegungen teilweise oder ganz den

6 Vgl. das 2007 veröffentlichte „Feministische Manifest“ der Frauen der Feministischen Bundesfrauenarbeitsgemeinschaft der *Linken* (LISA): http://die-linke.de/fileadmin/download/zusammenschlusse/ag_lisa/080401_feministisches_manifest_diskussionspapier.pdf – vgl. zur Diskussion über linke Parteien „neuen Typs“, die sich u.a. durch ihr konstruktives Verhältnis zu feministischen Denkansätzen und politischen Initiativen definieren: Christoph Spehr (2005): Wem gehört die Partei? Moderne Linkspartei, Offene Organisation, Offener Sozialismus: http://www.rosaluxemburgstiftung.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Spehr-Partei.pdf. Vgl. für eine neuere Diskussion zum Verbleib der angelsächsischen sozialistisch-feministischen Tradition und Fragen der Anknüpfung an diese Fischer (2008).

7 Vgl. auf Deutsch: Liebe Genossen, wir verlassen euch. Ein Brief von zwölf Genossinnen an die PdUP, in denen die Gründe ihres Austritts erklärt werden, in: Wunderle, Michaela, 1979: Politik der Subjektivität. Texte der italienischen Frauenbewegung, 230-235; Rossana Rossanda 1983 [1979]: Auskunft, in dies.: Einmischung. Gespräche mit Frauen über ihr Verhältnis zu Politik, Freiheit, Gleichheit..., 9-54; Christel Neusüss 1985: „Über was schreibst du denn?“, in dies.: Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung, 8-19, die Aufsätze in Jelpke (Hg.) 1981, Anja Meulenbelt: Die Scham ist vorbei. Eine persönliche Geschichte, Sheila Rowbotham 1993 [1979]: Nach dem Scherbengericht. Über das Verhältnis von Feminismus und Sozialismus. Für eine bündige Darstellung der Entwicklung der autonomen Frauenbewegung unter Einbeziehung der Konflikte mit der Linken in Westdeutschland vgl. Notz 2006.

Rücken kehren. Unabhängige Organisation war notwendig, um etwas verändern zu können. Gleichwohl galt vielen aktiven Frauen immer noch die sozialistische Bewegung als „Zuhause“ oder als „Hafen“ – die feministische hingegen bot „Exil“ oder „Inseln“ des Separatismus (Diederich 1981:103/109; Meulenbelt 1982:215).

„Sozialistischer Feminismus“ kann auch als Chiffre für diese Kämpfe verstanden werden – sofern nicht vergessen wird, dass diese auch von zahlreichen Frauen geführt wurden, die sich keineswegs für die Konstruktion einer solchen Identität erwärmen konnten. Im Verhältnis zu den theoretischen und akademischen Meriten, die sich der angelsächsisch geprägte sozialistische Feminismus verdient hat (vgl. exemplarisch Gottlieb 1989), erfährt diese Konfliktgeschichte heute wenig Aufmerksamkeit. Zusammenfassend bedeutet seine Reduktion auf eine klar umrissene Identität und Schule erstens eine Verengung auf die Erfahrungen in einzelnen westlichen Ländern, zweitens eine Marginalisierung der eher subjektiven, bewegungsgeschichtlichen Dimension.

Innerhalb der Neuen Frauenbewegungen in westlichen Ländern war die Frage, welches Verhältnis zur organisierten Linken einzunehmen sei, lange Zeit ein permanenter Streitpunkt. Entsprechend wurde das Dilemma von Autonomie versus Teilhabe zu einem Konstituens sozialistisch-feministischer Politik und spiegelt eine historische Entwicklung wider: die Suche nach Ausgangsbedingungen dafür, männlich geprägte Normen verschieben zu können, stand ganz oben auf der Agenda der Neuen Frauenbewegungen in jenen Ländern, in denen formale Gleichheit weitestgehend erstritten war.

In einem kurzen Aufsatz stellt Valerie Bryson (2000) die These auf, dieser Konfliktstelle stelle nichts Geringeres als den zweiten großen Schritt zur Veränderung des *common sense*⁸ von feministischer Seite seit dem um das 18. Jahrhundert begonnenen Kampf für die Gleichheit der Geschlechter dar. Letzterem an die Aufklärung gebundenen „klassischen feministischen Programm“ (Molyneux 2001: 158) war seitens seiner Verfechterinnen stets die Erkenntnis zur Seite getreten, dass der Maßstab für Vernunft⁹ und Rationalität, das Verständnis von Politik und Öffentlichkeit an der männlichen Subjektivität ausgerichtet war und dies für eine gleichrangige Teilhabe von Frauen an Politik und Gesellschaft überwunden werden musste. Im „Alltagsverstand“ der Mehrheit wirksam wurde jedoch bislang nur der Aspekt der Gleichstellung. Die andere Seite, nämlich die Forderung danach, auch das weibliche Menschsein, ausgehend von den Formen die es im bestehenden gesellschaftlichen Rahmen annimmt, innerhalb gesellschaftlicher Institutionen bzw. der Kämpfe um deren Veränderung repräsentiert zu finden

8 Bryson bescheidet sich an gleicher Stelle mit dessen Definition als „a common-sense definition of common sense“, as the kinds of values and beliefs which are expressed by the majority of people in a particular society at a particular time“. Vgl. dies. 2000:35. Um den Rahmen dieses Beitrags nicht zu sprengen, schließe ich mich dem hier an.

9 Im Kern geht es hier um die Erkenntnis, dass Vernunft im gegenwärtig verbreiteten Sinne „der Legitimierung patriarchaler Ordnungsvorstellungen dienlich“ ist (Nagl-Docekal 2000:124).

bzw. zum Ausgangspunkt von Politik zu machen, geriet politisch allzu oft ins „differenzfeministische“, esoterische Abseits.¹⁰ Die Gleichzeitigkeit beider Ansprüche in feministischer Politik erscheint mir jedoch grundlegend für deren Verständnis.

Auch die Geschichte der Türkischen Republik vollzog sich unter dem Paradigma der Modernität, das stets den Hintergrund für das Auftauchen von Frauenbewegungen und damit die Grundlage vergleichender Betrachtungen bildet (Molyneux 2001: 142) – wenn auch aus der Perspektive einer „Halbkolonie“, des Osmanischen Reiches (Pauli 1990:14), bzw. eines Landes der „Dritten Welt“, als das die Türkei auch in der Forschung noch bis in die 1990er galt (vgl. exemplarisch Tekeli/Öztürk 1989). Einen Unterschied zu den westlichen Gesellschaften bildet die religiöse Prägung der Gesellschaft durch den Islam und v.a. durch die sozio-strukturellen Bedingungen, unter denen sich Frauenbewegungen historisch entwickelten. Gleichzeitig hatte die Idee der Gleichheit der Geschlechter seit der Gründung der Republik durch eine Politik weitgehender juristischer Gleichstellung eine gewisse gesellschaftliche Verankerung erfahren (s.u.).

Die folgenden Abschnitte widmen sich zwei historischen Umbruchsituationen, die für die Entwicklung der feministischen Bewegung¹¹ in der Türkei¹² – und des sozialistischen Feminismus als deren Teil – besonders relevant sind: die Gründung der Türkischen Republik sowie Vorgeschichte und Folgen des letzten Militärputsches 1980.¹³

Historische Vorbedingungen

Die Republik

Die Türkische Republik wurde nach dem unter General Mustafa Kemal erfolgreich geführten „Türkischen Befreiungskrieg“ (vgl. kritisch Ender, zit.n. Pauli 1990:13) gegen die Siegermächte des Ersten Weltkriegs im Jahr 1923 gegründet. Die alten

- 10 Oft wird inzwischen der „Radikalfeminismus“ mit dieser Richtung identifiziert. Dies verfehlt jedoch zu einem großen Teil die zu Grunde liegende Problematik. Sozialistischer und radikaler Feminismus existierten gerade in der Frühphase der Neuen Frauenbewegungen in enger Abhängigkeit voneinander und stritten gegen biologische Ausdeutungen der Geschlechterrollen (Maynard 1995: 264).
- 11 Im folgenden verwende ich für die Neue Frauenbewegung in der Türkei ausschließlich die Bezeichnung „feministische Bewegung“, im Unterschied zur „breiteren Frauenbewegung“, die auch zahlreiche nichtfeministische Gruppen einschließt (vgl. Hellmann 1995). Für eine lokale Entsprechung vgl. Yaprak Zihniöglu (1996), die Frauenbewegung als „breite Gruppe“, die Gleichheitsfeministinnen, Atatürkistinnen, Laizistinnen, kurdische Frauen und „sogar“ Frauen der damaligen islamistischen *Refah*-Partei einschließt, Feminismus dagegen als „begrenzten Kreis“.
- 12 Die Bezeichnung „türkisch“ enthält gemäß der republikanischen Tradition der Türkei den Anspruch, alle dort Lebenden hätten sich mit dem vorherrschenden nationalen Selbstverständnis, das die Existenz von ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten ablehnet, zu identifizieren. Im Folgenden werde ich daher die Ortsangabe „in der Türkei“ verwenden, wo es nicht um den türkischen Nationalismus geht.
- 13 Diese stellen keineswegs ausgewogene Schilderungen der behandelten Themen und Zeitabschnitte dar, sondern sollen jeweils nur eine gezielte Hinführung auf die zentralen Fragen und Themen dieses Textes leisten, die damit hoffentlich auch für „Uneingeweihte“ nachvollziehbar werden.

islamisch legitimierten Eliten wurden entmachtet. An die Stelle der religiösen Institutionen traten die des neuen Nationalstaates, dem künftig die Loyalität der BürgerInnen gelten sollte. In einem jakobinistischen Gewaltakt setzte die politische Führung ab den 20er Jahren eine Reihe durchgreifender Reformen ins Werk, wie die Umstellung von Schriftsprache und Kalender nach europäischem Vorbild, Kleidungsvorschriften und Alphabetisierungskampagnen. Um gegenüber den europäischen Mächten bestehen zu können und die Zukunft der Türkei als Staat zu sichern, wurde von Kemal – später mit dem Zusatz „Atatürk“ (dt. Vater der Türken) geehrt – die Überwindung der „Rückständigkeit“ des Landes angesehen. Auch kulturelle Verwestlichung wurde in diesem Zuge zum unhinterfragbaren Maßstab. Ergänzend wurde ein gegenüber den im Land lebenden Minderheiten (z.B. ArmenierInnen, GriechInnen, KurdInnen) exklusiver, das „Türkentum“ heroisierender Nationalismus propagiert. In Bezug auf die größte in der heutigen Türkei lebende Minderheit, die kurdische, zog das eine brutale Assimilierungspolitik nach sich, die der Auslöser für zahlreiche Aufstände und einen seit 1984 bestehenden Kriegszustand wurde, durch den bisher mehr als 30000 Menschen zu Tode kamen (Flach 2007, 23f).

Frauen standen in besonderer Weise im Visier dieser – nach dem Staatsgründer so benannten – „kemalistischen“ Modernisierungspolitik: neben dem Aspekt, dass ihre Arbeitskraft so erschlossen wurde, oblag ihnen die Erziehung moderner, loyaler StaatsbürgerInnen. Um ihren Aufgaben gerecht werden zu können, erhielten sie das Recht auf Bildung, berufliche Aktivität und weitgehende Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum; 1934 per Dekret auch das aktive und passive Wahlrecht. Die symbolische Aufladung der Frauenrolle seit der frühen Zeit der Republik stand in Verbindung mit der populistischen Leugnung von Klassenunterschieden durch die Regierung und der Einbindung aller in eine korporatistische Logik. Eigenständige Organisationsversuche von Frauen, die es entgegen der offiziellen Geschichtsschreibung im gleichen Zeitraum durchaus gab, wurden im Keim erstickt bzw. kanalisiert (Ecevit 2007:189).

Von dieser Politik, die zusammenfassend eher durch eine modernistische Neukonzeption traditioneller Frauenrollen nach europäischem Vorbild charakterisiert war, statt durch deren grundsätzliche Infragestellung, konnten hauptsächlich Frauen der Mittel- und Oberklasse profitieren. Für sie bedeutete das „kemalistische“ Modernisierungsprojekt eine gezielte Förderung als Töchter der Republik, und sie zeigten sich dankbar.¹⁴ Viele andere wurden hingegen gar nicht erreicht bzw. kamen nur die repressiven Seiten dieser Politik zu spüren, was eine Identifikation damit wenig plausibel machte. Die so entstandenen Konstellationen eröffneten und zementierten politisch-kulturelle Fronten und Ungleichheitsverhältnisse zwischen Frauen.

14 Einen literarischen Eindruck von dieser politischen Prägung vermittelt die 2004 in deutscher Sprache veröffentlichte Autobiographie der Politikwissenschaftlerin Nermin Abadan-Unat. Vgl. dies.: Phönix aus der Asche, Frankfurt a.M.

Männlichkeit“¹⁷ (zit.n. Zihnioğlu 2007:1117) versklavt würde. Die Grundlage dieser Unterdrückung sah er in den Notwendigkeiten der „rückständigen“ ländlichen Produktionsformen. Noch der ärmste Mann habe zu Hause „eine weibliche Dienerin, die er ausbeutet und unterdrückt, seine Haussklavin und Konkubine“ (ebd.). Auch zur kurdischen Frage vertrat Kuvılcımlı disparate Positionen, indem er die kurdische Minderheit als Nation anerkannte und sogar für die Gründung einer eigenständigen kurdischen kommunistischen Partei plädierte (Yeğen 2007:1212f).

Der feministischen Aktivistin und Autorin Yaprak Zihnioğlu zufolge hinterfragte Kuvılcımlı Männlichkeit mit einem Elan, den die allermeisten linken Männer „bis heute nicht an den Tag gelegt“ hätten (dies. 2007:1117). Die von ihm mitbegründete *Vatan Partisi* (dt. Vaterlandspartei) machte sich in ihrem Programm seine Ansichten jedoch nicht zu Eigen, wobei etliche seiner Arbeiten wurden erst in den 1970ern wieder zugänglich gemacht. Diese haben heute zwar ihren festen Platz in der Geschichte sozialistischen Denkens in der Türkei, führen aber dennoch ein Schattendasein. Dennoch sollten sich später vereinzelt Vertreterinnen der sozialistisch-feministischen Richtung auch auf ihn berufen.¹⁸

Was die Geschichte der TKP betrifft, so verfolgt Zihnioğlu diese bis in die 1920er Jahre zurück und resümiert, trotz aller Mängel habe die TKP hinsichtlich der Frage der Frauenemanzipation kontinuierlich auf einem gewissen Niveau eine Linie verfolgt – „und die ersten Frauen in unserem Land, die für die Aneignung des 8. März durch Frauen gekämpft haben, waren Kommunistinnen.“ (ebd., 1116)

Während des Kalten Krieg schloß sich die Türkei dem westlichen Lager an. Die 60er Jahre waren von einer verhältnismäßig freien politischen Atmosphäre geprägt und eine produktive Phase linken Denkens (Çulhaoğlu 2002). Die 1961 gegründete Türkische Arbeiterpartei (TİP), die ein Bündnis von Gewerkschaftern, Intellektuellen und kurdischen Kräften repräsentierte, zog 1965 ins Parlament ein (Yeğen 2007:1217). Marxistische Klassiker, wie z.B. August Bebel's *Die Frau und der Sozialismus* (1879), und andere Schriften der europäischen Linken wurden erstmals in größerem Umfang ins Türkische übersetzt. Der Situation von Frauen wurden verstärkt Analysen gewidmet, wenn diese auch – aus späterer Sicht – als unzulänglich angesehen werden sollten.

Ab den späten 1960ern bildete sich eine linke Massenbewegung heraus, der auch viele Frauen angehörten. Eine bedeutende Inspirationsquelle dieser Bewegung waren die „68er“ in Europa. Einzig der Feminismus war nicht unter den damals von dort importierten Denkansätzen (Tekeli 1986). Das Klima in der damaligen Linken reflektierte Zihnioğlu zufolge die u.a. vom bekannten Schriftsteller Yaşar Kemal herausgegebene, inoffizielle TİP-Zeitschrift *Ant* (dt. Der Schwur): Als die 6. US-amerikanische Flotte im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit – die Türkei war seit 1952 Mitglied der NATO – 1968 die Türkei besuchte und es hieß,

17 Diese und alle folgenden Übersetzungen aus dem Türkischen: d.A.

18 Persönliche Mitteilung Hülya Eralp, Dezember 2007

die Soldaten frequentierten türkische Bars und ließen ihre sexuellen Bedürfnisse durch türkische Frauen befriedigen, kommentierte *Ant* dies als „entehrend“ und unter der – unverkennbar männlich gedachten – „nationalistischen türkischen Jugend berechtigten Tumult“ hervorruhend (zit.n. Zihnioğlu 2007:1118).

In den 1970er Jahren kam es mehr und mehr zu Zerwürfnissen innerhalb der linken Bewegung. Kurdische SozialistInnen hatten ab 1969 begonnen, sich innerhalb der *Doğu Devrimci Kültür Ocakları* (Revolutionäre östliche Kulturvereine, DDKO) zu organisieren. Ein Bündnis wie die TIP, die inzwischen von den sich radikalierenden StudentInnen als zu reformistisch empfunden wurde, gab es in dieser Zeit nicht mehr. Zunehmend dominierte das Thema des bewaffneten Kampfes die politische Agenda. Später lieferten sich maoistische auf der einen und moskautreue Gruppen auf der anderen Seite immer erbittertere Auseinandersetzungen. Zwischen diesen Polen befand sich ein ideologisch heterogener, ungebundener dritter Flügel, in dem die von Mahir Çayan angeführte THKP-C (*Türkiye Halk Kurtuluş Partisi – Cephesi*, dt. Volksbefreiungspartei-/Front der Türkei) dominant war und aus dem später die Organisationen *Devrimci Yol* (dt. Revolutionärer Weg) und *Kurtuluş* (Befreiung) hervorgingen (Samim 1984:171f). Während *Kurtuluş* aus einer beginnenden Kritik des türkischen Nationalismus eine Nähe zur aufkeimenden kurdischen Bewegung entwickelte, blieb *Devrimci Yol* stärker einer populistischen Linie verhaftet. Die Organisationen, die heute für Feminismus offen sind, stehen in der Tradition dieser dritten Strömung.

Was die Bewegung in dieser Zeit zusammenhielt und charakterisierte, war jedoch der antifaschistische Kampf. Eine Organisierung nach dem leninistischen Parteimodell war die Regel, d.h. es gab eine strikte Teilung zwischen Geführten und Führenden, die nahezu ausnahmslos männlich waren.¹⁹ Das Ideal des – selbstverständlich von allen familiären Verpflichtungen ledigen – Berufsrevolutionärs herrschte ungebrochen. Die durch staatliche Repression zunehmend erzwungene und verdeckte Organisierung verschärfte den hierarchischen Aufbau der Organisationen noch. Viele in der linken Bewegung aktive Studentinnen sahen ihre eigene politische Zukunft darin, selbst eine führende Rolle einzunehmen, wenn sie erst einmal erfahren genug wären. Diese Hoffnung und Erwartung, die jedoch nur für wenige in Erfüllung ging, ließ sie die faktischen Ungleichheiten in Status und Aufgabenverteilung zunächst übersehen. In etlichen sozialistischen Kreisen gehörte es überdies zum guten Ton, Rollenvorstellungen zu relativieren.²⁰

19 Unbestreitbar gab es vereinzelt auch weibliche Führungspersönlichkeiten. Ob sie Identifikationsmöglichkeiten boten, die beteiligte Frauen zu eigenständigen Agenden ermutigten, ist im Nachhinein schwer zu ermessen. Ihre Botschaften bestanden oft zeitgemäß in Beschwörungen der Einheit der Geschlechter im Klassenkampf. Behice Boran z.B., 1975 Vorsitzende der im gleichen Jahr neugegründeten Türkischen Arbeiterpartei (TIP), setzte programmatisch „die fortschrittliche Frauenbewegung gegen die feministische Bewegung“. Andererseits betonte sie die Wichtigkeit des Kampfes der Frauen für ihre Rechte und dass die Beschäftigung mit der Frauenfrage für jeden Sozialisten notwendig sei (Zihnioğlu 2007:1118).

20 Darunter war auch die Mitte der 1970er Jahre gegründete studentische Vorläufergruppe der PKK (Flach 2007: 26f; Fn. 30).

Ihr durch Bildung ermöglichter freierer Lebensstil trennte die Studentinnen von den Frauen der Arbeiterklasse, denen politische Partizipation zugunsten ihrer Ehemänner zumeist völlig verwehrt war. Politisch sein hieß somit, einem männlichen Lebensentwurf zu folgen. Viele Aktivistinnen stießen erst nach einer Familiengründung selbst auf die Grenzen, die ihnen die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung setzte.²¹

Andererseits wurden Übergriffe und offene Unterdrückung von Frauen mit Verweisen auf die feudalen Verhältnisse und die Rückständigkeit einzelner Männer bagatellisiert und gerechtfertigt. Islamisch legitimierte Vorstellungen von Scham und Ehre waren auch von einem Großteil der Linken verinnerlicht. Viele sozialistische Organisationen waren zudem im Namen der angestrebten Volksnähe bemüht, sich nicht zu sehr von den meist konservativen Lebensformen der Bevölkerung abzusetzen (Berktaş 1991:217). Diese Linie wurde oft zu einem dienlichen Argument gegen interne Kritik an herkömmlichen Rollenerwartungen.

Zunehmend kam es jedoch zu offen vorgebrachten Einwänden von Frauen. Eine Inspirationsquelle dafür brachte die in den 1970ern aufkommende Frauenliteratur: Die oft biographisch gefärbten Schriften deckten sich in vielem mit dem von Frauen im sozialistischen Bewegungsalltag Erlebten und brachten z.B. auch sexuelle Unterdrückung zur Sprache.²² Die heute am besten als „Vorläuferin“ der feministischen Bewegung der Türkei anerkannte Organisation war der *İlerici Kadınlar Derneği* (dt. Verein Fortschrittlicher Frauen, İKD), der 1975 als Ableger der erst kurz zuvor wieder legalisierten TKP gegründet wurde. In seinem Herangehen an Frauenbelange hatte der İKD zunächst viel mit kemalistischen Frauenorganisationen gemein. Die Nähe drückte sich auch darin aus, dass mit Beria Onger eine engagierte Verfechterin der kemalistischen Reformen und ihrer Bedeutung für Frauen zu seiner Vorsitzenden berufen wurde (Zihnioğlu 2007: 1142). Der İKD war bald in zahlreichen Städten bzw. Stadtteilen mit lokalen Gruppen präsent. Seine Zeitung *Kadınların Sesi* (dt. Stimme der Frauen) erreichte bis Ende der 1970er eine Auflage von 50.000 Stück (Akal 2003:145). Er wurde zum ersten größeren, ausschließlich Frauen vorbehaltenen Kommunikationsforum. Damit verselbständigte sich auch seine Tagesordnung: die Frauen begannen sich über ihren politischen Alltag auszutauschen und wurden aufmerksamer auf ihre Diskriminierung. Gleichzeitig zwang allein die Existenz der İKD die übrigen sozialistischen Organisationen, sich zum Thema „Frauen“ zu äußern (Zihnioğlu 2007:1119), oder auch die Gründung eigener Organisationen in Erwägung zu ziehen, wie z.B. die Gruppe *Kurtuluş*. In deren Ende der 1970er in Ankara gegründetem „Verein revolutionärer Frauen“ kam es zu Kontroversen, an denen sich erweisen läßt, dass einige der beteiligten Frauen auf der Suche nach einem politischen Rahmen jenseits des Klassenkampfes waren: wiewohl der Verein v.a.

21 Dieser Abschnitt faßt u.a. Erkenntnisse aus persönlichen Gesprächen mit Esra Koç, September 2008, und Hülya Eralp, Dezember 2007/März 2008, zusammen.

22 Vgl. exemplarisch in deutscher Sprache Leyla Erbil (2005 [1971]): Eine seltsame Frau, Zürich

gebundene Ideal der Gleichstellung mit Männern. Die Vision einer anderen Gesellschaft, wie sie die sozialistische Bewegung vertrat, verlieh diesem Ideal Legitimität und auch eine Vorstellung davon, dass mit der gesetzlichen Gleichstellung noch nicht alles erreicht sei. Kaum zu hinterfragen war jedoch die nach dem männlichen Modell determinierte Figur des revolutionären Subjekts und seiner politischen Vertretung. Es zeigt sich, dass oft Kritik am modernistischen kemalistisch-nationalistischen Projekt einherging mit einer Öffnung gegenüber Geschlechterfragen, wie etwa bei *Kurtuluş*. Der Eindruck einer geschlechterpolitischen Stunde Null vor dem Aufkommen des Feminismus nach 1980 hält sich hingegen auch deswegen, weil die Geschichte der sozialistischen Bewegung bislang weitgehend ohne Berücksichtigung der massenhaften Teilnahme von Frauen und der geschlechterpolitischen Konflikte geschrieben wird (vgl. exemplarisch Çulhaoglu 2002).

Politische „Eiszeit“, Morgenröte des Feminismus

Der Putsch von 1980, der dritte in der Geschichte der Türkischen Republik, wird in der Literatur mit weitgehender Übereinstimmung als diejenige Militärintervention mit der am meisten einschneidenden Wirkung auf das gesellschaftliche Leben, und darüber hinaus auch mit der reaktionärsten Ausrichtung beschrieben. Die Bedingungen für gesellschaftliche Opposition änderten sich grundlegend. Nachdem die Auseinandersetzungen zwischen linken und faschistischen Kräften sich zugespitzt und immer mehr bürgerkriegsähnliche Formen angenommen hatten, brachten die Generäle die Lage mit dem Putsch wieder unter eigene Kontrolle und schufen gleichzeitig die Bedingungen für die Durchsetzung einer vom IWF diktierten, exportorientierten Wirtschaftspolitik (Pauli 1990:49ff).

Dies bildet den zweiten historischen Bruch, der für das Aufkommen der feministischen Bewegung und einer sozialistisch-feministischen Strömung darin unmittelbar relevant ist. Alle Massenorganisationen der 1970er, auch der İKD, wurden verboten. Die Verfassung von 1982, unter offenen Drohungen des Militärs und Umgehung aller demokratischen wahlrechtlichen Standards mit 92% Zustimmung durch ein Referendum verabschiedet, belegte jegliche politische Betätigung mit Restriktionen (Pauli 1990:108). Um die Entwicklung von politischer Opposition an den Universitäten zu verhindern, wurde ein zentrales Kontrollgremium, der Hochschulrat (türk. *Yüksek Öğretim Kurulu*, YÖK), gegründet. Gegen die erstmals erstarkten kurdischen Organisationen wurde der Straftatbestand des „Separatismus“ in Stellung gebracht (ebd., 132). Die türkisch-nationalistische und religiöse Rechte hingegen wurde weitgehend ins politische System eingebunden: die „Türkisch-Islamische Synthese“, eine bereits in den 1960ern von rechten *think tanks* konzipierte Verbrämung nationalistischen und religiösen Gedankenguts, wurde staatstragend (Onur 1999, 260ff). Die sozialistische Bewegung wurde fast gänzlich zerschlagen und stand bis Ende der 80er unter hartem Repressionsdruck (1990:106ff).

Viele der Frauen, die zumeist weniger hoch in der Hierarchie der politischen Gruppen gestanden hatten, fanden sich auf sich allein gestellt, als ihre Ehemänner für Jahre im Gefängnis verschwanden. Den ersten feministischen Initiativen kam seitens des Militärregimes zugute, dass Frauen als politisch Handelnde kaum ernst genommen wurden und die Verfolgung der Linken vorrangiges Ziel war. Die aufkeimende feministische Bewegung, zunächst nur ein kleines Netzwerk von Akademikerinnen, blieb so eine Zeitlang unbehelligt. Unter der Parole „Das Private ist politisch“ trat sie gleichermaßen gegen prügelnde Ehemänner, frauenfeindliche Gesetzgebungen und sexistische soziokulturelle Normen auf, setzte Solidarität unter Frauen dagegen. Gleichzeitig rang sie v.a. mit der Linken um politische Eigenständigkeit. Wie bereits zuvor wurde Feminismus von links als bourgeoise Cdy glej wpi "xqo "Mwtu"cds wrck | lgt 0'F gt "Wö ucpf . "f cuu"flg "Hgo kpkukppgp" xqp" f gp" t cwo c vuketgpf gp" O kks@o cÉpcj o gp" kp" i gy kuugt" Y gkug" r tqf vgtv' j cvgp." wurde ihnen förmlich als Verrat ausgelegt und die Bewegung damit „verdammte“ (Tekeli/Öztürk 1989: 218). Gleichwohl nutzten Feministinnen für ihre ersten publizistischen Schritte an die Öffentlichkeit v.a. linke Medien. Dies führte jedoch oft zu aufreibenden Machtkämpfen und zum Rückzug der Feministinnen. Im Zuge mehrerer Kampagnen, darunter v.a. diejenigen gegen häusliche Gewalt, gewann die feministische Bewegung bis Ende der 1980er schnell an Stärke. Intern wurden persönliche Zeugnisse ehemals in linken Gruppen organisierter Frauen, die den „Hafen“ (s.o.) verlassen hatten, heiß diskutiert (vgl. exemplarisch Berktaş 1991). Die feministische Bewegung entstand also aus einer Abgrenzungsgeste ebenso wie aus dem Anspruch auf Anerkennung, Mitbestimmung und Teilhabe – dies macht ihr komplexes Verhältnis zur politischen Linken aus.

Sozialistischer Feminismus: die 80er und 90er Jahre

Sozialistische Feministinnen waren Teil der oben kurz beschriebenen Bewegung. Einen Anfangspunkt in der Formulierung eines eigenständigen sozialistisch-feministischen Ansatzes bildete der Aufsatz „Feminismen“ der Philosophin Gülnur Savran in der marxistischen Zeitschrift *Yapıt* (dt. das Werk) 1985. Savran, die bald zu einer der Protagonistinnen des sozialistischen Feminismus werden sollte, machte auf eloquente Weise mit den verschiedenen feministischen Schulen bekannt, wie sie auch am Beginn dieses Textes erwähnt sind.²⁴ Nach Erscheinen des Textes entstand ein gewisser Druck innerhalb der feministischen Subkultur, sich den darin genannten Kategorien zuzuordnen. Die Abgrenzung vom staatstreuen „Gleichheitsfeminismus“, mithin der Indienstnahme von Frauen

24 Vgl. auch Fn. 3. Die Absicht von Savrans Artikel war allerdings vorrangig gewesen, der verbreiteten Gleichsetzung aller Strömungen mit dem Liberalfeminismus entgegenzutreten. Im Verlauf der Jahre sollte der schreibgewandten Savran immer mehr die Rolle zufallen, in verschiedenen, meist linken Medien und angesichts verschiedener politischer Themen die Position des sozialistischen Feminismus der ersten Stunde zu repräsentieren.

für die staatliche Modernisierungspolitik, und ihre gegenkulturelle Ausrichtung, vereinte jedoch weiterhin die unterschiedlichen feministischen Orientierungen. Für breitere Kreise traten diese ohnehin hinter der von der gemeinsamen Praxis bestimmten „radikalen“ Ausstrahlung zurück, und für viele SozialistInnen waren die Feministinnen mit ihren unkonventionellen Themen und Protestformen einfach jene, die „öffentlich mit dem Hintern wackeln und fröhliche Lieder singen“ (zit.n. Erzeren 1990:14).

Ab Mai 1988 gaben die sozialistischen Feministinnen in Istanbul die Zeitschrift *Kaktüs* (dt. Kaktus) heraus. Mit dem metaphorischen Namen erinnerte das Redaktionskollektiv, wie in der ersten Nummer ausgeführt wurde, sowohl an die Dornen der Pflanze, wie auch an ihre Fähigkeit, lange ohne Wasser zu überleben und – dies freilich nur in besseren Zeiten – Blüten zu treiben (*Kaktüs* 1, 1988:6).

Einerseits waren die in *Kaktüs* präsentierten Analysen ganz von dem Willen getragen, zu einem Wir-Bewusstsein der Frauen beizutragen – einen zentralen Platz nahm der Begriff des „sexistischen Systems“ ein, welches alle Frauen unterdrücke und mit dem Kapitalismus eng verbunden sei – andererseits stand im Mittelpunkt der Strategie sozialistischer Feministinnen erklärtermaßen, Einfluss auf Frauen in der linken Bewegung auszuüben, um zu verhindern, dass diese sich von der erstarkenden feministischen Bewegung „entfremdeten“ (Osmanagaoğlu 2006:59).

Diese Prioritätensetzung löste bei manchen anderen unabhängigen Feministinnen Zweifel hinsichtlich ihrer Loyalität aus. Gegenüber der Linken erklärten sich die sozialistischen Feministinnen mit diesem Fokus gegen die vor dem Putsch kaum hinterfragbare „Pflicht“, Arbeiterinnen zu organisieren.²⁵ So machten sie sich zweifach unbeliebt.

Innerhalb der über *Kaktüs* und ihrem radikalfeministischen Pendant *Feminist* (dt. Die Feministin) ausgetragenen und teils hitzig geführten Debatte um Organisationsformen wurde die *Kaktüs*-Gruppe mit Spaltungsvorwürfen konfrontiert. Stella Ovadia, die die radikalfeministische Linie repräsentierte, schrieb dazu: „Über der Mühe, zwischen euch und den euch am nächsten Stehenden eine Grenze zu ziehen, vergesst ihr zu definieren, wer eure Gegner sind. (...) Ihr übertrag unverändert die Streitigkeiten in Europa von vor fünfzehn Jahren hierher. (...) Können wir denn keine Lehre daraus ziehen?“ (dies. 1988:38; vgl. auch dies. 2005:72).

Besonders provozierend wirkte es, dass sich die sozialistischen Feministinnen als nur organisatorisch, nicht „ideologisch unabhängig“ erachteten. Dies begründeten sie wie folgt: „Der Feminismus verfügt nicht über ein gesellschaftliches Projekt; er hinterfragt die in konkreten Institutionen gelebten Herrschaftsverhältnisse, aber

25 Sich darauf zu besinnen, wurde bezeichnenderweise auch den Unterstützerinnen der Rede Helke Sanders auf dem SDS-Kongress 1968 zu Beginn der westdeutschen Neuen Frauenbewegung entgegeng gehalten (vgl. Fichter/Lönnendonker, zit.n. Notz 2006:17). Es scheint, dass sie in Bewegungen, deren Beteiligte vorwiegend nicht der arbeitenden Klasse angehören, der nur wenig bemäntelte Ausdruck eines Kontrollanspruchs gegenüber Frauen sind, die von der vorgegebenen Agenda abweichen.

| kgn'plej v'cwh'f kg"©dgtpcj o g'f gt'r qrkuej gp"O cej v0I gpcwuaq."y kg'y k'wpu'f kg"
 Dght gwpi "f gt" Hcwgw" plej v' i gvtgppv' xqp" gkpg "i gugmej chwlej gp" Rtqlgm' wpf "
 xgt@f gt vgp"O cej wgtj @mkuug'wpcdj @pi ki "xqtungmnp'nřppgp."ugv' gp'y k'wpu'hÅ"
 gkpg"Uq| krkuo wu'gk."f gt' gk' uqrej gu'Rtqlgm'xgtvkw'wpf "qthgp'hÅ"Hgo kpkoo wu'
 kn0" *Kaktiis 3.3: : : <38+P lej v'qj pg'J @ g'j kgE'gu'ko "Vksn'gkpgt'uej chgp'Rqrgo kn'
 Qxcf kcu" i gi gp" f kgug" Qtkgpvgt wpi < "Yf kg" P cej dctlppgp" xqp" Kaktiis" vtdgdgp"
 tqv" DnÅvgpö" *f kgu0 3; : : <59+0' k'p" f gt" T Åemej cw' ku' j kgtcp" y qj n' f gt" Cwuf twen'
 YP cej dctlppgpö" co " r t@ pcpvugv." f gpp" f kg" Xgtvgtkppgp" dgkf gt" Hicmkppgp"
 vgpv' r tcmkuej "næwo 'o gj t'cni'gk' I ctvpl cwpo'

Qdy qj n' cwej " f kg" uq| krkuuej gp" Hgo kpkvppgp" xgtuej kgf gpvlej " f cu" uqi 0'
 YRtkxcvgo"j go cvkugt vgp" wpf "f kgu'cni'wpcdf kpi dctgp" r qrkuej gp" wpf "cpcn'k'uej gp"
 Cwui cpi ur wpm' ucj gp." o cej vgp" ukg" i nglej y qj n' gkpg" I ghcj t" f ctkp" cwu." ulej " | w'
 ugj t" f ctcw" | w' nqpl gpvktgtgp" wpf " | w' go " f gp" hgo kpkvuej gp" Ugr ctcvko wu" | wt"
 Ugrduvgtuej t@mwi " wpf " x³anki gp" \ wt Åenpcj o g' cwu" Yö @pprlej " dguko o vgpö"
 Rqrkndgtglej gp" | w' Ådgtvuki gtp< "Yy gpp" y k' f cu" J gttuej chwxtj @mku" | y kiej gp"
 Hcwgw" wpf "O @pgtp'lp'cmgp'uq| kcrp"Ur j @gp'dggpf gp'y qmnp."ku'gu'wpf gpndct."
 O @pgtp" cwej "pw" ki gpf gkpg" Tcwo " | w' Ådgtcuugp" wpf "wpu'cwh'f gp" r tkxcvgp"
 Dgtglej " | w' dguej t@npgö" *Kaktiis" 3<38+0' F kgug" Mtkkn' i gtvvg" Uvgn" Qxcf k'c"
 *uq0" ko " P cej j kpgk' cmgtf kpi u'cni' Ådgtur k' v' wpf "plej v'f wtej " r qrkuej g" Rtczku"
 dgi t Åpf gv' f c' f kg' hgo kpkvuej g" Dgy gi wpi " ulej " r gto cpgpv' o k' F kpi gp" cwEgtj cnd"
 f gu' YRtkxcvgo" dguej @nki v'j cdg' *f kgu04227-94+0'

F kg" Wpvtuej gkf wpi " xqp" Tcf knen" wpf " uq| krkuuej go " Hgo kpkoo wu" o k'
 kj tgp" dluy gkpg" Ådgtuej chgp" Cwugkpcpf gtugv' wpi gp" gthw' t" pw" k' Kivcpdw" y q"
 | wo klu' r qrkuej g" Vtgpf u' i gugv' v' y wtf gp." gkpg" uqrej g" \ wur k' wpi 0' Uej qp" ko "
 gdgphcu" i tqEun' wuej gp" Cpnetc' ucj gp" f kg" Xgtj @mkuug' cpf gtu' cwu" ö" cwej " y cu"
 f kg" Qti cplucvqp" cpi kpi 0' Y kgy qj n' ulej " cwej " f qtv' xgtuej kgf gpg" hgo kpkvuej g"
 I twr r gp" i gdfk gv' j cvgp." hni v' f kg' Vgkwi " cpf gtgp" O wuxtp0©dgti tghgp' y wtf g"
 f kumwgtv. " qd" Xgtgkpi t Åpf wpi gp" i gpgtgm' f gt" cpvj kgtctej kiej gp" hgo kpkvuej gp"
 Cwulej wpi " | wy kf gtrkghp0' i nglej | gkki " næo gp" cwu' Cpnetc' y lej vki g" Kó r wuug" wo "
 überregionalen Austausch (Timisi/Ağduk Gevrek 2002, s.u.).

F kg" Gs wkr g" wo " Kaktiis" j cvg. " xqp" cwEgp" dgvtcej vgv. \ Åi g" gkpgu' gzmwuk' gp"
 r qrkuej gp' Enædu' J kpkuej vlej 'kj tgt' r qrkuej gp' J gtmwph' wpf " Uej wmpi 'y ctgp' f kg"
 meisten Beteiligten mehr oder minder stark von trotzkistischen Zirkeln beeinflusst,
 y cu' dgkur kemy gkug' j kgE. " f cu' ukg' gu' i gy qj pv' y ctgp. " gkpg' O kpf gtj gkgr qukkqp" | w'
 xgtv' gvp0' F kgu' v' ch' cwej " ko " Heng' f gt' Rt@ wpi " f wtej " f gp" qdgp" gty @ pvg' J kno gv'
 Kivcilimli zu. Dieser und die trotzkistischen Kreise hatten früher als andere eine
 Qthgpj gk' i gi gp' Ådgt' Hgo kpkoo wu' cp' f gp' Vci " i gngi v0F kg' Hcwgw" wo " Kaktiis" j cvgp"
 o ctzkvuej g' Vj gqtkg' gj gt' cni' uwdlgmkx' Ådgt' gwi gpf " gthcj tgp' nřppgp0' Uq' y ct' kj t"
 k' vgtguug. " f kgug' Vj gqtkg' plej v' cwu' f gt' J cpf " | w' i gdgp' wpf " f gtgp' Y gkgtgpy kmmwi "
 o k' vdguko o gp." cwej " cwu" f kgugo " dkqi tcr' j kiej gp" Dreny kpngn' dgvtcej vgv."
 gtm@nlej 0' F kg' Mgtpi twr r g" xgt dcpf " f ct' Ådgt" j kpcwu' gk' j qj gt" Dkf wpi uucpf "
 wpf " gk' p' mwnk' kgtvgt " Ndgpuuk' 0' Cmi' f kgu' nřppvg' xqp" Hcwgw" cwu' cpf gtgp' r kpnngp"

Traditionen als trennend oder sogar einschüchternd erlebt werden. Welche dieser Aspekte besonders ins Gewicht fielen und welche Relevanz die erwähnten Spaltungsvorwürfe hatten, ist schwer rekonstruierbar. Im Ergebnis bekam die Gruppe ein wenig den Ruch eines verschworenen Kreises, und dies hielt andere Frauen davon ab, sich das „Label“ anzueignen. Sozialistischer Feminismus war und blieb im Wesentlichen: *Kaktüs*.²⁶

Bis zu den späten 1980ern war die Mehrzahl linker Gruppen dazu übergegangen, Feminismus nicht mehr offen abzulehnen – hinter den argumentativen Bemühungen stand allerdings oft auch der Versuch, dem Einfluss der Feministinnen und der sich mit jeder Generation wiederholenden Abwanderung von Frauen aus der sozialistischen in die feministische Bewegung Einhalt zu gebieten. Die Zeit ab etwa 1987 war zudem geprägt von Versuchen der Bündnisbildung sozialistischer Parteien und Organisationen. Die stark dezimierte und demoralisierte Linke verarbeitete ihre lokale Niederlage und einige Zeit später auch den schrittweisen Zerfall des „Ostblocks“. Einige Gruppen waren in Klausur gegangen, hatten ihre Strategien von vor 1980 überdacht und teils revidiert. Beispielsweise wandte sich *Kurtuluş* stärker den ArbeiterInnen zu, behielt aber die enge Bindung an die kurdische Bewegung bei. Autoritäre Organisationsformen und korporatistische Ideale wurden erstmals stärker problematisiert. Demokratie wurde ein Thema um ihrer selbst willen; in intellektuellen Kreisen setzte eine umfassende Rezeption von Gramscis Hegemonietheorie ein.²⁷ Feminismus gehörte zu den Themen, die in diesem Klima der Offenheit Aufwind bekamen. In Istanbul begann die Arbeit an einer *Enzyklopädie sozialer Kämpfe und des Sozialismus*, die auch einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung lokaler Geschichte darstellte. Feministinnen waren mit Beiträgen in der Enzyklopädie vertreten und hatten an den politischen Bündnisbildungen und Parteineugründungen teil – dennoch war ihr politischer Standpunkt oft nur oberflächlich anerkannt, und was organisatorische Konsequenzen anging, war die Auseinandersetzung noch zäher. Zum März 1990 brachte die Zeitschrift *Yeni Öncü*, das Theorieorgan der Gruppe *Kurtuluş*, eine Sondernummer heraus. Dort veröffentlichten drei Vertreterinnen der sozialistisch-feministischen Fraktion einen von 16 männlichen Aktivisten und Intellektuellen unterzeichneten Text, der zur Eigenständigkeit des feministischen Kampfes Stellung nahm. Das Pamphlet argumentierte in der Hauptsache, Männer und Frauen stünden auf verschiedenen Seiten eines Herrschaftsverhältnisses und diesem Faktum müsse endlich Rechnung getragen werden – was deutlich macht, dass dem nicht so war (Savran/ Tura/ Karakuş 1990).

Der „Frauenkongress“ 1989 in Istanbul mit ca. 2500 Teilnehmenden, verdeutlichte weitere Charakteristika der Auseinandersetzung um Sozialismus

26 Die in diesem Absatz formulierten Interpretationen stützen sich auf Literaturanalysen sowie Gespräche mit Filiz Karakuş, Gülnur Savran und verschiedenen anderen. Sie repräsentieren in geraffter und zugespitzter Form den Stand meiner Forschung und geben nicht die individuellen Sichtweisen der Genannten wieder.

27 Vgl. Çağlar 2000, sowie kritisch zur Entwicklung der „Zivilgesellschaft“ in den 1990ern Wedel 1995.

und Feminismus. An seiner Vorbereitung waren auch Frauen der *Kaktüs*-Gruppe beteiligt. Schon die Farbe des Mobilisierungsplakates wurde zum Konfliktpunkt: die Feministinnen votierten für Lila, die Sozialistinnen für Rot. Geeinigt wurde sich dann auf unverfängliches Blau. Auch die Frage nach Anwesenheit und Rederecht von Männern führte zu Streit. Schließlich kamen diese in zweiter Reihe zu sitzen und sollten eingeschränktes Rederecht erhalten. Als eine Teilnehmerin des Kongresses den ersten Redebeitrag an sich riß, um Atatürks in Samsun während des „Befreiungskrieges“ zu preisen, die sich am ersten Kongresstag jährte, kam es bereits zu Murren im Publikum. Die Feministinnen verließen schließlich vorzeitig die Veranstaltung: die Redeleitung hatte den zehnminütigen Redebeitrag eines männlichen Teilnehmers aus Loyalität zu dessen sozialistischer Gruppe nicht unterbrochen. In vielem erschien der Kongress so eher als Kräfteressen zwischen Feministinnen und Sozialistinnen, denn als Dialog (Paker 2005).

Dass das einige Monate zuvor von der „Donnerstagsgruppe“ in Ankara veranstaltete „Erste Feministische Wochenende“ nur 80 Teilnehmerinnen hatte, verdeutlicht die Zahlenverhältnisse zwischen feministischer und sozialistischer Bewegung. Das Wochenende richtete sich ausdrücklich nur an Frauen, die sich als „Feministinnen“ verstanden (*Kaktüs* 4, 1988:57). Im Verlauf des Treffens gab es Streit um die Organisation, die einigen Frauen (v.a. Frauen aus Istanbul) zu unstrukturiert erschien, anderen (v.a. in Ankara und anderen Städten ansässigen Frauen) hingegen als genuiner Ausdruck feministischer Politik. Deutlich trat so der Widerspruch zwischen den Feministinnen aus Istanbul und den in anderen Städten organisierten Gruppen hervor (Sirman/Demirdirek 2005:184).

Das abschließend formulierte Manifest begann mit den Zeilen „Wir Frauen werden als Geschlecht unterdrückt und ausgebeutet“ und spiegelte so eher die Begriffswahl radikaler Feministinnen wider.²⁸ Die sozialistischen Feministinnen monierten, dieser Begriff könne nicht der Ausgangspunkt einer universellen Theorie der Frauenunterdrückung sein. Gülnur Savran formulierte diese Position in einem Beitrag in der erwähnten Enzyklopädie aus: „Die in der Familie stattfindende Enteignung der Arbeit von Frauen reicht nicht aus, um zu dem Schluss zu kommen, zwischen Frauen und Männern bestehe lediglich ein übergeschichtliches, unveränderliches Ausbeutungsverhältnis. Die vom Mann angeeignete Feldarbeit der Frau, die der Ehefrau des Fabrikarbeiters und die Hausarbeit der nicht außer Haus arbeitenden Städterin, können nicht mit dem gleichen Begriff von Ausbeutung erfasst werden. Der von allen Frauen geteilten Unterdrückung mit einer einzigen Abstraktion entgegenzutreten, diese als die ‚Achillesferse‘ zur Veränderung der Situation von Frauen zu begreifen, führt zu nichts“ (Savran 1989:1566). Sozialistische Feministinnen bestanden auf einer Analyse der Formen,

28 Diese stützten sich auf die Theorie Christine Delphys. Delphy, die seit den 70er Jahren zu den Vordenkerinnen der Neuen Frauenbewegung Frankreichs gehört und für einen „materialistischen“ radikalen Feminismus steht, betrachtet Frauen als Klasse und geht von der Existenz einer „patriarchalen Produktionsweise“, getrennt von der kapitalistischen, aus. Vgl. weiterführend Jackson 1996.

in denen sich Unterdrückung und Ausbeutung vollzogen. Ferner wandten sie sich gegen ökonomistische Verkürzungen: „Was zur Befreiung von Frauen beseitigt werden muss, ist nicht nur ein ‚ökonomisches‘ Verhältnis: es gibt keinen zentralen ‚ökonomischen‘ Fokus. Wenn es irgendeinen Fokus gibt, ist es die Familie. (...) Als Form gesellschaftlicher Beziehung steht die männliche Vorherrschaft (...) nicht *neben* der Herrschaft des Kapitals, sondern ist mit dieser artikuliert.“ (ebd., Herv. i.O.)

Die damit angesprochene Diskussion um die unbezahlte Hausarbeit von Frauen hatte sich an der in westlichen Ländern geführten „Hausarbeitsdebatte“ (vgl. Vogel 2000) orientiert und war auf einen sehr kleinen, fremdsprachenkundigen Personenkreis beschränkt geblieben. Um sie nachholend für weitere Interessierte zu öffnen, veröffentlichten Nesrin Tura und Gülnur Savran 1992 eine Sammlung von Übersetzungen aus der westeuropäischen und US-amerikanischen Hausarbeitsdebatte unter dem Titel *Die unsichtbare Arbeit der Frau*. Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits einige institutionalisierte feministische Projekte und eine gewisse gesellschaftliche Anerkennung für feministische Positionen; gleichzeitig war die Bewegung mit Aktionen weniger präsent. Mit der Veröffentlichung verbanden Tura und Savran die Hoffnung, eine Neubelebung des „der Gefahr von Vereinnahmung ausgesetzten Feminismus“ zu unterstützen (dies. 1992:14).

„Die unsichtbare Arbeit der Frau“ avancierte zum Schlagwort, das in den folgenden Jahren v.a. mit dem sozialistischen Feminismus assoziiert wurde. Das Buch wurde über die einschlägigen Zirkel hinaus bis in Kreise rezipiert, die ansonsten wenig empfänglich für feministisches Gedankengut waren. Darüber hinaus wurde es zum politischen Wegweiser für eine nachrückende Generation sozialistischer Feministinnen. Begünstigt durch Entwicklungen in den letzten Jahren, die ein erneutes Interesse erwarten lassen und im folgenden Abschnitt Thema sein werden, wird derzeit eine zweite Auflage vorbereitet.

Angesichts der abstrakten Beschwörungen der Einheit der Frauen in der frühen feministischen Bewegung fällt deren konkrete Exklusivität gegenüber kurdischen Frauen auf: in *Kaktüs* waren die Belange kurdischer Frauen sowie das Thema des inländischen Krieges, der seit 1984 an Intensität zugenommen hatte, so gut wie unberührt geblieben – was damals allerdings für viele linke und auch feministische Medien zutraf. In der frühen feministischen Bewegung hatte es zwar ein Bewusstsein der staatlichen Unterdrückungspolitik gegenüber der kurdischen Minderheit gegeben. Jedoch hatte die zahlenmäßige Stärke und gute Organisierung der kurdischen (Frauen-)Bewegung Vorbehalte gegen eine stärkere politische Bezugnahme ausgelöst – die zahlenmäßig weit unterlegenen Feministinnen fürchteten, überrollt und vereinnahmt zu werden. In der feministischen Bewegung selbst habe es keine Frauen gegeben, die ihr Kurdischsein besonders betont hätten, und die Betonung der Mutterschaft durch die kurdische Bewegung habe erst recht politische Distanz geschaffen (Savran 2005:123, sowie pers. Mitteilung). Dennoch fragt sich, ob nicht manche Entwicklungen hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse

hätte Anlass für mehr bzw. offeneres (sozialistisch-)feministisches Interesse bieten können.²⁹ Im Gegensatz dazu hatten unter den Bedingungen des westeuropäischen Exils Frauen aus der Türkei bereits in den 1980er Jahren begonnen, das Verhältnis türkischer und kurdischer Frauen zu reflektieren und dies auch in organisatorische Praxis umzusetzen.

Als in den 1990er Jahren, ebenso wie in vielen anderen Ländern, auch innerhalb der feministischen Bewegung der Türkei Differenzen zwischen Frauen in den Vordergrund der politischen Diskussion rückten, brach diese Auseinandersetzung unter veränderten Bedingungen auf: „Kurdischer Feminismus“ hatte als eigenständige Strömung die politische Bühne betreten. Als 1995 in Istanbul Feministinnen unterschiedlicher Richtungen zusammenkamen, um mit Förderung der deutschen „Frauenanstiftung“³⁰ ein zwischen Subkultur und einer breiteren Öffentlichkeit angesiedeltes Medium für Frauen, die Zeitschrift *Pazartesi* (dt. Montag), zu schaffen, drückten sich die getrennten Entwicklungsverläufe teils in einem Streit um Ressourcen aus. Während sich kurdische Feministinnen eigene Foren schufen, kritisierten sie den Alleinvertretungsanspruch des „kolonialistischen türkischen Feminismus“ (*Pazartesi* 1998, zit.n. Bodur/Franscheset 2003:125). Auch in anderen feministischen Initiativen führte die Frage nach der Bezugnahme auf die kurdische Bewegung bzw. kurdische Frauen als politische Kraft zu Konflikten (vgl. Arat 1998:304f).

Eine weitere Dimension der Differenz bildeten vereinzelte positive Bezugnahmen auf den Feminismus aus der islamistischen Bewegung heraus. In *Pazartesi* erschienen auch dazu Artikel sowie Interviews mit beteiligten Frauen.

Nach internen Streitigkeiten verließen die sozialistischen Feministinnen das Projekt um das Jahr 2000. *Pazartesi* durchlebte Finanzierungsschwierigkeiten, wechselte mehrfach Format und Herausgeberinnenschaft, erscheint aber heute wieder regelmäßig. Neben der stärker akademisch geprägten *Amargi Dergisi* ist sie weiterhin die bedeutendste unabhängige feministische Zeitschrift.³¹

29 Zur Frage, wie die politische Distanz bzw. der Umstand, dass die Geschlechterverhältnisse in der kurdischen Nationalbewegung nicht auf die feministische Tagesordnung kamen, zu erklären ist, läßt der Stand meiner Forschung noch keine genaueren Schlüsse zu. Ansatzmöglichkeiten zum Dialog von kurdischer Seite gab es sehr vereinzelt schon um 1990 (Yaşar 1990), und Gülnur Savran selbst war der Verlauf in diesem Punkt eine nachträgliche Entschuldigung wert (dies. 2004:196). Die Entwicklungen in der Guerilla wie auch in zivilen Organisationen der kurdischen Bewegung, einerseits weitab von der feministischen und von sehr anderen gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen bestimmend, zeigen andererseits strukturelle Gemeinsamkeiten mit Konflikten zwischen feministischer und (türkisch-)sozialistischer Bewegung, wie z.B. das Streben der Frauen nach Unabhängigkeit von der vereinnahmenden Logik einer umfassenden Bewegung und die teilweise Abwendung von männlichen Normen. Ungeachtet notwendiger Kritik an Organisation und politischer Entwicklung der PKK ist grundsätzlich auch die Frage interessant, welche Wirkung die widersprüchlichen Äußerungen des seit 1999 inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalans hatten, in denen er einerseits Kritik an Männlichkeit und persönliche Veränderung von Männern auf die Tagesordnung setzte und andererseits die feministische Bewegung anfeindete (vgl. dazu exemplarisch die Darstellung von Bozan/Ekin 2005, Zihnioğlu 2006, 1136ff, weiterführend auf Deutsch: Flach 2007, auf Türkisch: Çağlayan 2007).

30 Diese unabhängige, Grünen-nahe feministische Stiftung hatte seit 1988 bestanden und fusionierte 1998 mit der Grünnahen Heinrich-Böll-Stiftung.

31 Andere Zeitschriftenprojekte bleiben hier aus Platzgründen unberücksichtigt, am bedeutendsten die ab 1994

Feministinnen verschiedener Strömungen beteiligten sich 1996 an der Gründung eines breiten linken Bündnisses, der *Özgürlük ve Dayanışma Partisi* (dt. Partei der Freiheit und Solidarität, ÖDP). Die ÖDP war unter dem Eindruck erfolgreicher Arbeitskämpfe v.a. im öffentlichen Dienst entstanden (Erkoca 2002:18; weiterführend Pauli 1990:131) und hatte um einiges mehr Beteiligung als die Vereinigungsversuche der späten 1980er. Personell v.a. geprägt von *Devrimci Yol* und *Kurtuluş*, stellte sie eine Partei Typs in der Geschichte der türkisch-nationalistisch dominierten sozialistischen Bewegung dar. Von Anfang an standen das Verhältnis zur kurdischen Bewegung und demokratische Organisationsformen auf der Tagesordnung (Yeğen 2007:1229). Die starke feministische Beteiligung reflektierte die veränderte Ausgangslage: nach Formen der Verbindung von Feminismus und Sozialismus zu suchen, war thematisch näher an den *okpıutgcı* " der linken Bewegung gerückt. Im Programm hieß es, die ÖDP wolle auf dem Weg zu einem „freiheitlichen, auf Selbstverwaltung und demokratischer Planung beruhenden, internationalistischen, das Verhältnis von Mensch und Natur neu definierenden, antimilitaristischen und nichtsexistischen Sozialismus die Macht des Kapitals und die Tyrannei des Imperialismus abschaffen und die politische Macht der arbeitenden Kräfte begründen.“ – darüber hinaus verpflichtete sich die ÖDP auf die Formulierung, eine revolutionäre Veränderung könne nicht auf die Regierungsübernahme von „Arbeiterparteien“ beschränkt bleiben, sondern müsse in der „Regierung durch die ArbeiterInnen und abhängig Beschäftigten selbst“ bestehen (zit.n. Erkoca 2002:16f).

Die ÖDP bot für viele der Beteiligten erstmals die Gelegenheit, sich ein Bild von der landesweiten linken Bewegung zu machen. Für die Frauen, die unorganisiert, ohne eigene Plattformen in das „Abenteuer“ gegangen waren, wurde die in den 80ern begonnene Auseinandersetzung um den Grad von notwendiger interner Autonomie wieder hochaktuell. Bereits während der Wahlen der Führungsgremien war die offiziell unumstrittene Frauenquote von 30% unterlaufen und so die Feministinnen düpiert worden. Dennoch gab es Einflußmöglichkeiten: Auf den separaten Treffen und Konferenzen der Frauen wurden Eingaben diskutiert und verabschiedet, die Anerkennung in den gemischten Parteigremien fanden.³² Andererseits führten uneinheitliche Herangehensweisen der beteiligten Frauen zu Zwist und Kräfteverschleiß. Einige gingen von Beginn an arbeitsteilig an die Sache heran: die sozialistische Politik in der Partei, die feministische außerhalb dieser. Eine weitere Gruppe sah ausschließlich die neue Partei als ihr künftiges feministisches Handlungsfeld. Die dritte Position fand sich zwischen diesen beiden: wohl solle die Partei als Ausgangspunkt für feministische Politik gesehen und genutzt werden, die Möglichkeiten dazu seien aber beschränkt – dies vertraten die sozialistischen Feministinnen.

von Studentinnen der Bosphorus-Universität produzierte linksfeministische Zeitschrift *Sol Feminist Martı*, die eine weitere Traditionslinie zum heutigen sozialistischen Feminismus bilden sollte.

32 Persönliche Mitteilung von Filiz Karakuş, Juli 2008, vgl. auch Savran 2006:1149ff.

Um 2002 verließen zahlreiche Gruppen die ÖDP. Gründe dafür waren – neben den generellen Schwierigkeiten einer pluralistischen und demokratischen Organisation – Streitigkeiten hinsichtlich des „Todesfastens“ gegen die als „F-Typ“ bekannten Hochsicherheitsgefängnisse, mit deren Einführung die Großzellen für politische Gefangene abgeschafft und diese verstärkter Kontrolle und Isolation und zudem Übergriffen durch Wärter ausgesetzt wurden (Schmidinger 2001). V.a. aber ging es um das Vorgehen in der kurdischen Frage; beispielsweise die Anhängerschaft von *Kurtuluş*, die für eine stärkere Orientierung an der Agenda der kurdischen Bewegung eingetreten war, verließ die ÖDP (Yeğen 2007:1229).³³ Damit verlor aus Sicht mancher Beteiligten „einer der mutigsten Versuche, den traditionellen Fehlern der sozialistischen Bewegung zu entkommen“ (Erkoca 2002:16f), seinen Elan.

Neben der erhöhten Relevanz, die den Geschlechterverhältnissen in der ÖDP in Form von Quoten u.a. als explizites Thema zukam, ergab sich auch programmatisch eine Nähe zu feministischen Politikgehalten: im Zuge der Distanzierung von offen autoritaristischen – „stalinistischen“ – Positionen und der Aufwertung von *Formen* und *Prozessen* der Politik, die damit selbst zum legitimen *Inhalt* wurden, wurde auch das feministische Dilemma von Autonomie und Teilhabe ein anerkannter Diskursgegenstand. Die Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Frauen scheint jedoch teils zu unversöhnlich, auf prinzipieller bzw. identitärer Ebene und widersprüchlich geführt worden zu sein (Savran 2007:1151).

Die Auffächerung der Handlungsräume sozialistisch-feministischer Politik und in der Folge deren Fragmentierung, sollten sich in den letzten Jahren fortsetzen und dazu führen, dass inzwischen im Plural von sozialistischen Feminismen gesprochen werden kann. Diese Entwicklung wird Thema des nächsten Abschnitts sein.

Sozialistische Feminismen: Alive and kicking

Die Frauen, die in den 1980ern der sozialistisch-feministischen Strömung angehörten, sind heute verstreut, teils aus politischen Auseinandersetzungen ausgeschieden und teils in neuen politischen Kontexten aktiv geworden. Dass heute Feminismus nicht mehr automatisch als „bourgeois“ oder „spaltend“ gilt und in vielen linken Organisationen Maßnahmen positiver Diskriminierung Zustimmung finden, ist ein gemeinsamer Erfolg dieser Strömung und zahlreicher anderer Frauen, die sich in linke Politik einmischten. Der sozialistische Feminismus der 1980er leistete historische und theoretische Aufarbeitungen der Position von

³³ Diese gründeten 2003 die Partei der Sozialistischen Demokratie (*Sosyalist Demokrasi Partisi*, SDP) und wählten mit der Journalistin Filiz Kocali eine sozialistische Feministin der 1980er Jahre zu ihrer Vorsitzenden. Aus Platzgründen bleibt deren weitere Entwicklung hier jedoch unberücksichtigt. Die ÖDP besteht, um viele Hoffnungen und Mitglieder ärmer, als Partei weiterhin. Ihr Vorsitzender Ufuk Uras schaffte bei den Parlamentswahlen im Juli 2007 als unabhängiger Kandidat auf der Liste der prokurdischen Partei der Demokratischen Gesellschaft (*Demokratik Toplum Partisi*, DTP) den Schritt ins Parlament.

Frauen in linken Bewegungen, lieferte der Auseinandersetzung Stichworte, legte quasi immer wieder „den Finger in die Wunde“. Dennoch kommt Gülnur Savran hinsichtlich des Versuchs, feministische Politik innerhalb linker Parteien und Organisationen zu verankern, zu einem eher negativen Fazit. Zwar sei „ein relativer Autonomiestatus für innerparteiliche Frauenorganisationen“ vielerorts gegeben, der Kampf gegen Geschlechterunterdrückung werde jedoch „an die Frauen und deren Organisationen delegiert“ (dies. 2007:1148). Die Kategorie *Gender* sei nach wie vor kein Teil ganzheitlicher Kapitalismusanalyse oder „organischer Bestandteil sozialistischer Vorstellungswelt“, sondern ein „zweitrangiger Zusatz“ dazu. In Parteiveröffentlichungen sei häufig ein Rückzug auf die analytische Ebene von Konzepten wie „Diskriminierung“, „sexistische Ideologie“ etc. zu beobachten, was zeige, wie wenig die Linke sich die Patriarchatsanalyse zu eigen gemacht habe (ebd.). Viel hänge hingegen von der Existenz starker unabhängiger feministischer Strukturen ab: „In Kontexten, wo es diese Strukturen nicht gibt, konnte feministische Kritik keine große Wirkung auf die Linke entfalten“ (ebd.).

Gleichwohl haben „sozialistische“, „linke“ Feminismen in der Bewegungslandschaft der Türkei Konjunktur.³⁴ Der sozialistische Feminismus der 1980er ist zum Bezugspunkt vielfältiger Deutungen geworden. Darüber tritt seine problematische identitätspolitische Festlegung in den Hintergrund. Da die Vokabel „sozialistisch“ generell die Linke jenseits der offiziellen Sozialdemokratie bezeichnet (vgl. Fn.15), gehen „linker“ und „sozialistischer“ Feminismus auch begrifflich ineinander über. Gerade Feministinnen außerhalb Istanbuls gebrauchen die Bezeichnung in diesem Sinne und wenig auf die internen feministischen Differenzen bezogen.

Die Pluralisierung des Labels „sozialistischer Feminismus“ in den letzten Jahren lässt sich anhand zwei neuerer Entwicklungen verfolgen. Eine direkte Anknüpfung an die Organisationsformen der 80er Jahre stellen die „Sozialistisch-feministischen Kollektive“ (im folgenden SFK) dar, die sich nach längerem Diskussionsvorlauf im Jahr 2007 zunächst in Istanbul und Adana gründeten. Seit Ende der 1990er hatte die feministische Bewegung weitgehend in Projekte zersplittert und ohne eigene Öffentlichkeit, quasi nur noch „kumulativ“ existiert (Molyneux 2001:144). Vor diesem Hintergrund setzten die SFK ihre Energie in erster Linie für eine Stärkung feministischer Bündnisse und Kommunikationsräume ein, anstatt für einen „sozialistischen Feminismus“ zu agitieren. Die Adäquatheit dieser anfangs nicht unumstrittenen Strategie hat sich zweifach erwiesen. Die Kollektive waren maßgebliche Initiatorinnen der im September 2007 in Istanbul begonnenen Solidaritätskampagne für die bei der Firma Novamed (Teil des deutschen Fresenius-

34 Dies deutet sich auch in der Politik von Verlagen an: außer der bereits erwähnten Neuauflage von *Die unsichtbare Arbeit der Frau* bringt auch der *Agora*-Verlag seit 2006 knapp gehaltene Einführungen in die Arbeiten von z.B. Heidi Hartmann, Nancy Fraser und Donna Haraway (vgl. Fn.5) auf den Markt; bei *İletişim* erschien kürzlich eine Übersetzung des Buches *Frauen – Die letzte Kolonie* von Mies, Werlhof und Bennholt-Thomsen (vgl. ebd.), die in feministischen Kreisen sogleich lebhaft diskutiert wurde.

Konzerns) in der Freihandelszone Antalya beschäftigten Frauen, deren Streik gegen schlechte Arbeitsbedingungen und sexistische Diskriminierung internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung fand. Die Bedeutung dieser Kampagne liegt u.a. darin, dass Frauen aus verschiedenen Handlungskontexten, wie bspw. Arbeiterinnen, autonome Feministinnen, Gewerkschafterinnen und Frauen aus Parteien, in ihr zusammen kamen und nach längerer Zeit wieder ein Arbeitskampf Gegenstand feministischer Politik wurde. Sozialistische Feministinnen nahmen die Kampagne überdies zum Anlass, die „unsichtbare Arbeit der Frau“ (s.o.) umfassend zu thematisieren und ein Ende der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung zu fordern. Dies traf auf ein zunehmendes Bewusstsein davon, dass v.a. Frauen zu Verliererinnen der Globalisierung geworden sind und es neue politische Bündnisse zu schmieden gilt.³⁵ Der Streik der Novamed-Arbeiterinnen, der schon längere Zeit bevor ihn Istanbuler Feministinnen aufgriffen, mit Unterstützung durch die Gewerkschaft Petrol-İş aufrecht erhalten worden war, endete schließlich erfolgreich mit der Aushandlung neuer Verträge. Zudem wurde die Kampagne zum Motor der Politisierung v.a. jüngerer Frauen. In ihrem Nachhall bekamen die SFK starken Zulauf – der zweite Erfolgsaspekt ihrer oben beschriebenen Strategie. Die Mitgliederzahl wuchs allein in Istanbul von fünfzehn auf um die sechzig an. Eine neue, stärker arbeitsteilige Organisation mit überregionalem Delegiertensystem sowie die Herausgabe einer eigenen Zeitung unter dem Namen *Feminist Politika* (dt. Feministische Politik) wurden just vor Fertigstellung dieses Textes beschlossen. Derzeit beteiligen sich die SFK im Bündnis mit anderen feministischen Gruppen am Widerstand gegen die von der Regierung geplante Neuregelung der Sozialversicherungssysteme, deren Durchsetzung Frauen verstärkt in Abhängigkeit von ihren männlichen Verwandten brächte.

Während die Kollektive stets ihre politische Bindung an die unabhängige feministische Bewegung herausstellen, integriert die *Emekçi Hareket Partisi* (dt. Partei der ArbeiterInnenbewegung, EHP) „sozialistischen Feminismus“ in eine geschlechtlich gemischte Formation. Die EHP, die 2003 als Abspaltung der größeren SBP (vgl. Fn. 33) gegründet wurde, hat nach eigenen Auskünften um die 400 Mitglieder in insgesamt zehn Städten, davon die meisten in Istanbul. Diese sind mehrheitlich in ihren Zwanzigern, die ältesten Ende dreißig; der Frauenanteil beträgt mehr als die Hälfte. In unregelmäßigen Abständen gibt die EHP die Zeitung *Feminist Hareket* (dt. Feministische Bewegung), die sie neben anderen Veröffentlichungen in heraus. Dort erschienen mehrfach Aufrufe zu pluralistischer feministischer Organisation, in deren Wortlaut erkennbar Lektionen aus den 1980er Jahren sowie dem ÖDP-Prozess verarbeitet sind. Wie auch etliche andere kleine linke Parteien, funktioniert die EHP eher als subkulturelles Netzwerk denn als türkeiweit einheitlich agierender Zusammenhang – persönliche Beziehungen

35 Diese Ausführungen beruhen auf teilnehmenden Beobachtungen und Gesprächen im Zeitraum von April bis Oktober 2007.

spielen eine große Rolle.³⁶ Mit dieser Charakteristik ähnelt sie nur wenig einem klassischen Parteiapparat, der einen strikten Gegensatz zur feministischen Szene bilden würde. Viele Frauen der EHP verfügen über politische Kontakte und Erfahrungen in der unabhängigen feministischen Bewegung. Auch sie beteiligten sich an der Novamed-Kampagne. Auf letztere verwies die EHP mit eigens gedruckten Postkarten und warb darauf für „organisierten sozialistischen Feminismus“ (Herv. C.T.).

Aus der Sicht der SFK ist die *xqp'O@ppgtp'wpcdj@pi ki g* Organisierung jedoch eine Essenz des sozialistischen Feminismus. So haben sie sich entschieden, die gleichzeitige Mitgliedschaft in gemischten Organisationen zwar zuzulassen, das Mitwirken in deren Frauenstrukturen hingegen nicht. Beteiligte erachten dies als Weiterentwicklung der mittleren Position in der ÖDP der 1990er (s.o.), m.A. stellt es jedoch in erster Linie eine pragmatische Handhabung zur Vermeidung *r@o gpf gt" Mqp@img" f ct0' HÄ" Hicwgp" dgkf gt" I twr r gp" i gj v' gu" wo " f kg" Hici g."* wie Allianzen mit linken Organisationen möglich sind und welches Gewicht *Ypdcj @pi ki g' hgo kpkvkuej g' Utwnwtgpö" Ucxtp. 'uq0'j cdgp' uqmp0F co k' dgt pf gv'* sich sozialistisch-feministische Politik wie gehabt an jenem Punkt, der einleitend herausgestellt wurde: zwischen dem Bestehen auf Teilhabe an linker Politik und auf der Möglichkeit, durch Aufbau einer von Frauen getragenen Gegenöffentlichkeit und -kultur, selbst Normen setzen zu können. Die Ausgangsbedingungen sind jedoch inzwischen wesentlich verändert.

Abschließende Überlegungen

Entlang der Politik des sozialistischen Feminismus lassen sich Eckpunkte des Verhältnisses zwischen sozialistischer und feministischer Bewegung in der Türkei nachzeichnen. Die originäre Stärke und den Anspruch dieser Strömung in den 1980er Jahren machte aus, sich der korporatistischen Logik der Linken, die sich erst teilweise von ihrem kemalistischen und stalinistischen Erbe emanzipierte, verweigert zu haben, und dabei dennoch ein „gesellschaftliches Projekt“ nicht aus den Augen zu verlieren. Ihre Interventionen auf dem Gebiet der Theoriebildung machte die marxistische Lehre zur Baustelle, auf der fortan auch Frauen vermehrt die Schaufel schwangen. Von vereinzelt Nischen ausgehend, bewegten sich feministische Argumentationen im Laufe von etwa 20 Jahren bis in den *mainstream* der Linken. Der politische Druck ist noch bis dahin spürbar, dass bspw. auch VertreterInnen der keineswegs feminismusverdächtigen, aber zahlenmäßig starken, 2001 neu gegründeten TKP die eigene Geschlechterpolitik inzwischen in Auseinandersetzung mit und als Alternative zum Feminismus präsentieren. Die Politisierung des Privaten ist kein Fremdkörper mehr im weiten Feld des Sozialismus.

Doch erst das konflikthafte Zusammenspiel von Radikal- und sozialistischem Feminismus sorgte für die notwendige Zuspitzung der Diskussion um Teilhabe und Autonomie, die es ohne diese identitätspolitischen Bindungen wohl nicht gegeben hätte. Die „Nachbarinnen“ der 1980er schufen mit den Netzwerken und politischen Räumen der feministischen Bewegung einen Gegenpol zu jenen, in denen Männlichkeit den Standard bildete. Ohne dies wären die bisherigen Entwicklungen schwer vorstellbar.

„Sozialistischer Feminismus“ ist in der Türkei zu einer „Denkschule“ geworden und besteht heute gleichzeitig wieder als vitale politische Praxis. Im Rahmen einer Diskussion um die Demokratisierung sozialistischer Politik, respektive ein anderes Sozialismusverständnis, wie sie verschiedentlich bereits geführt wird, könnte sich die linke Bewegung verstärkt feministischer Kritik öffnen. Es ist allerdings auch denkbar, dass die vordergründige Offenheit linker Organisationen für Feminismus sich demnächst so ausdrückt, dass der „Rückzug auf Konzepte wie Diskriminierung“ (Savran), welche kaum Ansatzmöglichkeiten zur Kritik männlicher Normen bieten, einher geht mit der Behauptung, „sozialistisch-feministische“ Politik zu betreiben. Die Pluralisierung dieser Bezeichnung ermöglicht auch das.

Die feministische Bewegung insgesamt, obwohl zahlenmäßig kleiner als die Linke, konnte in den Jahren seit ihrem Aufkommen als kleines, metropolitantes Netzwerk eine gesellschaftlich weit reichende Dynamik entwickeln. Sie erreichte ein Aufbrechen repressiver kultureller Normen, wie auch die partielle Fixierung eines neuen Verständnisses der Geschlechterbeziehungen in Form neuer Gesetzgebungen. Um diese enormen Erfolge zu erreichen, wurde aufbauend auf die innerfeministischen Differenzierungen auf die gesamte Aktionspalette, von militant bis Lobbyarbeit, zurückgegriffen. Es wundert nicht, dass bei vielen Beteiligten beider hier angesprochener Bewegungen der Eindruck vorherrscht, der Feminismus sei „im Gegensatz zur Linken“ erfolgreich gewesen. So aufschlussreich diese Sicht als Stimmungsbild ist, so wenig wird sie den höchst verschiedenen gesteckten Zielen beider Bewegungen gerecht: hier Ergreifung der politischen Macht im Staate (die radikale Linke der 1970er), dort Subversion patriarchaler Ordnungen in allen bestehenden Institutionen (die feministische Bewegung).

Was die Mobilisierung großer Teile der Bevölkerung betrifft, wurde die Linke der 1970er in den 1980ern und 1990ern von der islamistischen Bewegung abgelöst. Jenseits des hier diskutierten Binnenkonfliktes sind traditionelle Geschlechterrollen im Aufwind. Feministisch als „Differenz“ diskutiert, werden islamisch legitimierte Lebensentwürfe unter der derzeitigen Regierung Teil einer Neuordnung von Herrschaft, die sich abzeichnet. Deren Agenda wurde kulturell vom politischen Islam geprägt und schließt sowohl die Akzeptanz von zunehmender, vergeschlechtlichter sozialer Ungleichheit infolge von Privatisierungen und Sparmaßnahmen als auch einen Krieg in den kurdischen Regionen ein. Aus diesem hegemonialen Projekt ergeben sich die Themen politischer Opposition.

Es liegt einerseits nahe, dass in der polarisierten Gesellschaft der Türkei

die feministische Bewegung in Allianz mit der Linken agiert. Die Genese der feministischen als „Gegenpol“ gegenüber der sozialistischen Bewegung und der Umstand, dass mit jeder neuen Generation wieder Frauen von der Linken in die feministische Bewegung abwandern, schaffen jedoch Distanz. Die teils mit der von Institutionen der EU und anderen Geldgebern parallele Stoßrichtung feministischer Politik und die Allianzen, die so entstehen, bewirken andererseits, dass feministische Politik zunehmend in einem Kontext gemacht wird, in dem eine um Fragen der politischen Ökonomie abgespeckte Vorstellung von gesellschaftlicher Demokratisierung dominiert. Diese thematisiert weder die ökonomischen Aspekte geschlechtlicher Unterdrückung, noch erfasst sie soziale Ungleichheiten jenseits der Geschlechterdimension angemessen. „Sozialistisch-feministischer“ Politik könnte im Hinblick auf diese Konfliktfelder auch weiterhin eine Schlüsselrolle zukommen.

Literatur

- Akal, Emel, 2003: *Kızıl Feministler. Bir Sözlü Tarih Çalışması*, Istanbul
- Arat, Yesim, 1998: Feminist Institutions and Democratic Aspirations: the Case of the Purple Roof Women's Shelter Foundation, in Arat (Hg.): *Deconstructing Images of the Turkish Woman*, New York, 295-309
- Beccalli, Bianca, 1994: *The Modern Women's Movement in Italy*. *New Left Review* 1/204, 86-112
- Berktaş, Fatmağül, 1991: Eine zwanzigjährige Geschichte. Das Verhältnis der türkischen Linken zur Frauenfrage, in Neusel (Hg.): *Aufstand im Haus der Frauen*, Berlin, 214-226
- Bodur, Marella und Francheset, Susan, 2003: *Movements, States and Empowerment: Women's mobilizations in Chile and Turkey*, in Parpart, Jane (Hg.): *Rethinking Empowerment. Gender and development in a global/local world*, London, 112-132
- Bozan, Gülşen/Ekin, Ayfer, 2005: *Kürt Kadın Hareketi ve Örgütlenme Deneyimleri*, in Çakır: *Özgürlüğü Ararken. Kadın Hareketinde Mücadele Deneyimleri*. Istanbul, 203-220
- Bryson, Valerie, 2000: *Feminist Challenges to 'Common Sense'*, in Bull, Anna, Diamond, Hanna und Marsh, Rosalind: *Feminisms and women's movements in contemporary Europe*. Basingstoke, 35-49
- Çağlar, Gazi, 2000: *Staat und Zivilgesellschaft in der Türkei und im Osmanischen Reich*, Frankfurt a.M.
- Çağlayan, Handan, 2007: *Analar, Yoldaşlar, Tanrıçalar. Kürt Hareketinde Kadınlar ve Kadın Kimliğinin Oluşumu*. Istanbul
- Çakır, Devrim (Hg.) 2005: *Özgürlüğü Ararken. Kadın Hareketinde Mücadele Deneyimleri*, Istanbul
- Çulhaoğlu, Metin, 2002: *The History of the Socialist-Communist Movement in Turkey by four Major Indicators*, in: Savran, Sungur und Balkan, Neşecan (Hg.): *The Politics of Permanent Crisis. Class, Ideology and State in Turkey*, New York, 171-193
- Diederich, Ellen, 1981: *Sozialistische Feministin oder feministische Sozialistin?*, in Jelpke, Ursula (Hg.): *Das höchste Glück auf Erden. Frauen in linken Organisationen*. Hamburg, 99-112
- Doormann, Lottemi, 1979: *Die neue Frauenbewegung in der Bundesrepublik. Geschichte – Tendenzen – Perspektiven*, in dies.: *Keiner schiebt uns weg. Zwischenbilanz der Frauenbewegung in der Bundesrepublik*. Weinheim-Basel, 16-70
- Ecevit, Yıldız, 2007: *Women's Rights, Women's Organizations, and the State*, in Arat (Hg.): *Human Rights in Turkey*. Philadelphia, 187-201
- Erkoca, Yurdaer, 2002: *ÖDP deneyimini doğru kavramak sosyalist hareketinin yolunu aydınlatacaktır*, in: *Maçka İnişiyatı: Maçka İnişiyatı ÖDP'den ayrıldı*. Istanbul, 16-22
- Erzeren, Ömer, 1990: *Septemberspuren. Türkei: Von Menschen, die der Folter widerstanden*. Hamburg
- Ferguson, Ann, 1998: *Socialism*, in Jaggar/Young (Hg.): *A companion to Feminist Philosophy*, Massachusetts, 520-529
- Fischer, Cristina, 2008: *Frauenbefreiung mit Marx? Sozialistischer und marxistischer Feminismus – Versuch einer Bestandsaufnahme und Diskussion in Publikationen der letzten Jahre*. *Marxistische Blätter*, 46. Jg., 3, 87-94
- Flach, Anja, 2007: *Frauen in der kurdischen Guerilla. Motivation, Identität und Geschlechterverhältnis in der Frauenarmee der PKK*, Köln

- Gottlieb, Roger, 1989: An Anthology of Western Marxism: From Lukacs and Gramsci to Socialist-Feminism. Oxford
- Haug, Frigga, 2004: Sozialistischer Feminismus: Eine Verbindung im Streit, in Becker/Kortendiek (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung, Opladen, 49-55
- Hellmann, Michaela, 1995: „Ohne uns gibt es keine Demokratie“ Möglichkeiten und Grenzen für Frauenbewegungen in Chile und Mexiko, in: dies., Bultmann, Ingo, Klaus Meschkat, Jorge Rojas (Hg.): Demokratie ohne soziale Bewegung? Gewerkschaften, Stadtteil- und Frauenbewegungen in Chile und Mexiko. Unkel/Rhein, Bad Honnef
- Jackson, Stevi, 1996: Christine Delphy, London
- Kaktüs* 1, 1988: Biz Sosyalist Feministiz, 6-16
- Lettow, Susanne/Brensell, Ariane, 2003: Doppelte Militanz, Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus, Hamburg, 31-37
- Maynard, Mary, 1995: Beyond the 'Big Three': The Development of Feminist Theory into the 1990s, *Women's History Review*, 4:3 (1995), 259-281
- Meulenbelt, Anja, 1982: Die Insel der Separatistinnen oder der sichere Hafen der Linken, in dies.: Feminismus. Aufsätze zur Frauenbefreiung, München, 215-250
- Mohanty, Chandra Talpade, 2003: 'Under Western Eyes' revisited: Feminist Solidarity through Anticapitalist Struggles, *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, 28, Nr.2, 499-536
- Molyneux, Maxine, 2001[1998]: Analyzing Women's Movements, in dies.: Women's Movements in International Perspective: Latin America and Beyond. Basingstoke, 140-162
- Nagl-Docekal, Herta, 2000: Feministische Philosophie. Ergebnis, Problem, Perspektiven. Frankfurt a.M.
- Notz, Gisela, 2006: Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. Entstehungsgeschichte – Organisationsformen – politische Konzepte. AK Spak Bücher, Neu-Ulm
- Onur, Hilal, 1999: Intellektuelle der Türkei. Die historischen Gründe ihrer Marginalität und Entwicklungstendenzen. Baden-Baden
- Osmanagaoglu, Hülya, 2006: 1988-1990 Yıllarında Dünya Değişirken Türkiye'de Sosyalist Feminizme Kaktüs'ten Bakmak. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Istanbul-Universität. Istanbul
- Ovadia, Stella, 19 88: Kırmızı Çiçek açmış Kaktüs'lü komşular, *Kaktüs* 4, 37-38
- Ovadia, Stella, 2005: Feminist Hareketin İlk Günleri (Örgütlenme Zorlukları, Özgün Örgütlenme Deneyimleri), in Çakır (Hg.): a.a.O., 59-80
- Paker, Banu, 2005: 1989 Kadın Kurultayı, in Çakır (Hg.): Özgürlüğü Ararken. Kadın Hareketinde Mücadele Deneyimleri, Istanbul, 187-202
- Pauli, Charles, 1990: Türkei – Hinter den Kulissen eines Wirtschaftswunders, Frankfurt a.M.
- Rowbotham, Sheila, 1993 [1979]: Nach dem Scherbenegericht. Über das Verhältnis von Feminismus und Sozialismus, Hamburg
- Samim, Ahmet, 1984: Die Tragödie der türkischen Linken, in Ömer Seven (Hg.): Türkei zwischen Militärherrschaft und Demokratie, Hamburg, 147-183
- Sargent, Lydia, 1983 [1980]: Frauen und Männer der Neuen Linken: Die Flitterwochen sind vorbei – Eine unglückliche Ehe, in dies (Hg.): Frauen und Revolution, Berlin, 7-28
- Gülnur Savran, 2007: Feminist Eleştiri Karşısında Marksist Sol , in: *Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce, Bd. 8: Sol*, Istan, 1146-1152
- Savran, Gülnur, 2005: *Kaktüs* Dergisi Deneyimi, in Çakır (Hg.): a.a.O., 119-136
- Savran, Gülnur, 2004: Beden – Emek – Tarih. Diyalektik Bir Feminizm İçin. Istanbul
- Savran, Gülnur, 1989: Marksizm ve Feminizm: Yöntem ve Ideoloji. Sosyalizm ve sosyal mücadelelerin Ansklopedisi, Bd. 5, Istanbul, 1556 – 1567
- Savran, Gülnur/Tura, Nesrin/Karakaş, Filiz, 1990: Birlik Sürecinde Kadınlar Olarak Var Olmak, *Yeni Öncü* 22, Sondernummer zum 8. März, 78-80
- Schmidinger, Thomas, 2001: Hungern im Gefängnis, Sterben in Freiheit. *Volksstimme* 31 (2. August), 12
- Sirman, Nüket, 1989: Feminism in Turkey: A short history, *New Perspectives on Turkey* 3 (1), 1-34
- dies./Demirdirek, Aynur, 2005: Perşembe Grubu Deneyimi, in Ö, 173-186
- Şimşek, Sefa, 2004: New Social Movements in Turkey Since 1980s, *Turkish Studies* Vol. 5, Nr. 2, 111-139
- Stamiris, Eleni, 1989: The Women's Movement in Greece, in: Boneparth, Ellen/Stoper, Emily (Hg.): Women, Power and Policy. Toward the Year 2000, New York/Oxford/Frankfurt a.M., 247-262
- Tekeli, Şirin, 1986: The Rise and Change of the New Women's Movement. Emergence of the feminist movement in Turkey, in Dahlerup, Drude (Hg.): The New Women's Movement, Feminism and Political Power in Europe and the USA, 179-199
- dies./Öztürk, Sedef, 1989: Die neue Frauenbefreiungsbewegung, in Autonome Frauenredaktion des Argument-Verlags (Hg.): Frauenbewegungen in der Welt, Bd. 2: „Dritte Welt“, Hamburg, 215-227
- Timisi, Nilüfer, Agduk Gevrek, Meltem, 2002: 1980'ler Türkiye'si'nde Feminist Hareket: Ankara Çevresi, in: Aksu Bora und Asena Günal (Hg.): 90'larda Türkiye'de Feminizm. Istanbul
- Tura, Ali Rıza, 2007: Türkiye'de Trockizm, in: *Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce, 8. cilt: Sosyalizm*, Istanbul, 78-85
- Vogel, Lise, 2000: Domestic Labor Revisited. *Science & Society*, Vol. 64, Nr.2, 151-170
- Wedel, Heidi, 1995: Ansätze einer Zivilgesellschaft in der türkischen Republik – Träger der Demokratisierung oder neue Eliteorganisation?, in dies./Ibrahim (Hg.): Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. Opladen, 113-134

- Yaşar, Hatice, 1989: Kürt Meselesi Karşısında Türk Sosyalistlerinin Tutumu, in: Sosyalizm ve Sosyal Mücadelerin Anseklpedisi, Bd.5. İstanbul, 2114-2115
- Yaşar, Hatice, 1990: Türkiye'de Kürt, kadın ve sosyalist olmak, *Yeni Öncü* 22, Sondernummer zum 8. März, 44-53
- Yeğen, Mesut, 2007: Türkiye Solu ve Kürt Sorunu, in: *Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce, Bd. 8: Sol*, İstanbul, 1208-1236
- Zihnioğlu, Yaprak, 2007: Türkiye'de Solun Feminizme Yaklaşımı, in: *Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce, 8. cilt: Sol*, İstanbul, 1109-1145
- dies. 1996: „Üslûp sorunu vardı, ama konuşulmazdı“, *Dünya* 83, 31-35

Erhard Crome (Hrsg.)

Endstatus- verhandlungen im Nahen Osten?

Nur ein lebensfähiger palästinensischer Staat
kann zu einer dauerhaften Friedensregelung führen

Manuskripte

rls

82

109 Seiten, 9,90 Euro, ISBN 978-3-320-02168-3
Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008

Bestellungen über:

Buchhandel; Karl Dietz Verlag Berlin

oder E-Mail: info@dietzberlin.de Rosa-Luxemburg-Stiftung

Tel.: 030 44310-123; Fax: 030 44310-122

E-Mail: info@rosalux.de

Ideologie – eine dialektische Argumentationsfigur

T. W. Adornos

„Wahrheit ist doch nur was für Idioten“ (Rosenstolz)

„Noch alle Versuche, die Dialektik zum formalen Lehr- und Lernstoff zu machen, sie gar zu ‚operationalisieren‘, sie in ein handhabbares Verstandesinstrument zu transformieren, können ohne weiteres als gescheitert gelten“ (Hoffmann 2004:31), stellt Thomas Sören Hoffmann in seiner Einführung in Hegels Werk fest. Meint Hoffmann damit Versuche, Dialektik als Methode in einer Art und Weise zu formalisieren, in der gleichsam ‚von außen‘ an die Dinge methodisch herangegangen werden könnte, um sie ein für allemal ‚dialektisch‘ zu ermitteln, zu erfassen und zu klassifizieren, hat er zweifelsohne recht. Die Transformation der Dialektik in ein handhabbares Verstandesinstrument begreift weder die Stärke dialektischer Argumentationsfiguren, noch belässt sie die spezifische Eigenart des konstitutiv prozesshaft-vermittlungslogischen Charakters einer dialektischen Argumentationsfigur. Operationalisierbar im klassischen Sinne einer Methodologie, die standardisiert, formalisiert, allgemeingültig oder gar überhistorisch einen Sachverhalt erfasst und darstellt, ist ‚die Dialektik‘ sicherlich nicht. Dennoch, um zu einer konkreten und spezifischen Vorstellung zu gelangen, was Dialektik heute in den Sozialwissenschaften bedeuten und umfassen kann, bietet gerade ein genauerer Blick auf die Form dialektischer Argumentation die Möglichkeit, deren Größe und Grenzen zu erfassen. In der Beschäftigung mit den formallogischen Minimalbedingungen einer dialektischen Argumentation zeigen sich rasch die heutigen Problemkonstellationen jeder dialektisch verfahrenenden Herangehensweise. Formalisierungsversuche öffnen damit überhaupt erst den Blick auf die Problemkonstellation, die der Dialektik inhärent sind.

Bereits ein flüchtiger Blick in die Begriffsgeschichte¹ der Dialektik genügt, um festzustellen, dass es sich um höchst Ungleichnamiges handelt, das im Begriff ‚Dialektik‘ zusammengezogen ist. Wenn man der Überzeugung ist, Dialektik bedeute nicht, dass alles mit allem zusammenhänge, dass eine These über die Antithese zur Synthese führe, dass einfach ‚jedes Ding seine zwei Seiten habe‘ oder dass am Ende über allem eine Identität von Identität und Nicht-Identität stehe, wenn diese Vorstellungen selbst verkürzte Widergaben dessen darstellen, was Dialektik in den Sozialwissenschaften leisten könnte – was ist Dialektik dann? Im Folgenden soll also danach gefragt werden, was eine angemessen aktualisierte Dialektik in den Sozialwissenschaften heute auszeichnet. Diese (Minimal-)Bedin-

1 Vgl. zur Entstehung und Bedeutung: Ritter, Joachim (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie. Darmstadt 1971. Stichwort: Dialektik, S. 164 - 226

gungen explizit zu machen, darzustellen, zu entfalten, um diskutieren zu können, was eine dialektische von einer nicht-dialektischen Argumentation unterscheidet, möchte ich im Folgenden kursorisch versuchen. Anhand des Begriffs der Ideologie, wie er bei Theodor W. Adorno gefasst wird, können die oben aufgeworfenen Fragen einer genaueren Bestimmung zugeführt werden.

Ideologie und Wahrheit

Umgangssprachlich wird unter ‚Ideologie‘ zumeist ein geschlossenes System von Grundeinstellungen (religiöser, politischer, sozialer oder ethisch-moralischer) Art verstanden, die ‚falsches Bewusstsein‘ ausdrücken. Bereits alltagssprachlich werden verschiedene Probleme sichtbar, auf die Adorno im Begriff der Ideologie abzielt: Was macht ‚falsches Bewusstsein‘ zu einem solchen? Gibt es ‚richtiges Bewusstsein‘? Wie können diese voneinander getrennt werden? Wenn von ‚Ideologie‘ gesprochen wird, meinen wir damit die Gesamtheit eines Systems von Grundeinstellungen oder einzelne Momente? Wer entscheidet über das ‚falsche‘ und damit auch über das ‚richtige‘ Bewusstsein – und vor allem: wie? Zudem sind Ideologien zumeist mit Macht- und Rechtfertigungsstrategien verbunden. Notwendigerweise? Und was ist eigentlich Nicht-Ideologie? Im Begriff der Ideologie, wie ihn Adorno ausarbeitet und entwickelt, sind Fragen dieser Art auf den gemeinsamen Nenner ‚Ideologie‘ gebracht – und damit höchst erklärungsbedürftig.

Adorno zeichnet zunächst die historische Entwicklung des Ideologie-Begriffes nach und entwickelt begriffsgeschichtlich den Rahmen, der bis heute als ‚Ideologie‘ diskutiert wird. „Das Wort ‚Ideologie‘ stammt von (...) Destutt de Tracy. Er knüpft an die empiristische Philosophie an, welche den menschlichen Geist zergliederte, um den Mechanismus der Erkenntnis bloßzulegen und die Frage nach Wahrheit und Verbindlichkeit auf ihn zurückzuführen. (...) Ihm genügt nicht mehr die Widerlegung falschen Bewußtseins und die Anklage dessen, wozu es sich hergibt, sondern jegliches Bewußtsein, falsches und richtiges, soll auf die Gesetze gebracht werden, nach denen es sich richtet, und von da wäre allerdings nur noch ein Schritt zu der Auffassung von der sozialen Notwendigkeit aller Bewusstseinsinhalte überhaupt.“ (Adorno 1956:165) Damit ist bereits in der Verwendung des Begriffes der Ideologie bei Destutt de Tracy eine doppelte Widersprüchlichkeit angelegt: Erstens wird der Anspruch erhoben, Wahrheit und Unwahrheit zu trennen und dies darstellen zu können. Zweitens sollen die zugrunde liegenden Gesetze erforscht und offengelegt und eine Art allgemeingültiger Modus herausgearbeitet werden. Darin steckt die bis heute anzutreffende Forderung nach der verbindlichen Ausweisbarkeit und Darstellbarkeit der Methode, kurz: nach deren Formalisierung. Diese Vorstellung klingt auch für kritische SozialwissenschaftlerInnen verlockend: die ‚soziale Notwendigkeit aller Bewusstseinsinhalte überhaupt‘ könnte damit bewiesen, dargestellt und nachvollzogen werden.

Adorno betont im Begriff der Ideologie sowohl die eine Seite der bloßen Gedankengebilde, als auch – und dies bildet sicherlich die Stärke der Argumentation – die andere Seite, die die pure handfeste (und zumeist repressive) Realität von Ideologien beschreibt. Adorno geht noch darüber hinaus: „Von Ideologie läßt sich sinnvoll nur soweit reden, wie ein Geistiges selbständig, substantiell und mit eigenem Anspruch aus dem gesellschaftlichen Prozeß hervortritt. Ihre Unwahrheit ist stets der Preis eben dieser Ablösung, der Verleugnung des gesellschaftlichen Grundes. Aber auch ihr Wahrheitsmoment haftet an solcher Selbständigkeit, an einem Bewußtsein, das mehr ist als der bloße Abdruck des Seienden, und das danach trachtet, das Seiende zu durchdringen.“ (ebd. 176)

Damit stellt Adorno innerhalb der Ideologie Momente der Wahrheit fest – und damit zunächst die Ungetrenntheit von Wahrheit und ihrem Gegenteil. Wie Wahrheit mit ihrem Gegenteil (was ist das Gegenteil?) zusammengedacht werden kann, dieses aber vor dem Hintergrund eines bestimmten Wahrheitsbegriffes, der es erlaubt, eine ‚falsche Wahrheit‘ aufzuzeigen, macht die Komplexität des Ideologiebegriffes bei Adorno aus. Zudem verweist diese Problemkonstellation pars pro toto auf die Schwierigkeiten und Probleme einer dialektischen Theorie heute.

Schwierigkeiten und Probleme einer dialektischen Theorie heute

Das zentrale Problem einer (angemessen aktualisierten) dialektischen Theorie heute ist die Frage nach dem zugrunde liegenden Widerspruchsbegriff. Bereits 1949 verwies Karl R. Popper im berühmten Aufsatz ‚What is Dialectic?‘² auf dieses basale Problem. Im kritischen Rationalismus Poppers führte dies dazu, Dialektik als Versuch zu werten, permanent gegen das aristotelische Widerspruchsgesetz zu verstoßen: Aristoteles erfasste die Bedingungen vernünftiger, wahrer und richtiger Aussagen, und stellt in einer bis heute nachwirkenden und gültigen Weise fest: „(a) der Satz des Widerspruchs ist das sicherste Prinzip. (b) Es ist unmöglich, anzunehmen, daß dasselbe zugleich ist und nicht ist. (...) Dieses Prinzip ist zugleich Prinzip der anderen Axiome.“ (Aristoteles: 71) Dieser aristotelische Satz des Widerspruchs sei, so Popper, in einer dialektisch verfahrenen Argumentation nicht aufrechtzuerhalten. Zudem können sich aus der ‚unklaren und verschwommenen Ausdrucksweise‘ (Popper), in der Dialektiker mit Widersprüchen operieren, nur Verstöße gegen die elementaren formallogischen Regeln ergeben. Eine Verfahrensweise, die nicht einmal die grundlegenden formallogischen Bedingungen erfüllen kann, nütze daher weder als Theorie noch sei es möglich, Kritik innerhalb eines solch verschwommenen Systems zu formulieren.

Im Kern trifft Popper damit ein kaum zu überschätzendes Problem, das sich auch heute mit der Frage nach der Formalisierbarkeit dialektischer Argumentati-

2 Vgl: Popper, Karl R.: Was ist Dialektik?, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, Köln Berlin 1965 [1949]

onsfiguren stellt: Inwiefern kann das aristotelische Widerspruchsgesetz beachtet werden – und dennoch die ganze Stärke eines dialektischen ‚Denkens in Konstellationen‘ (Adorno) unter Beachtung des kategorischen Imperativs, die ‚Verhältnisse so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole‘ (Adorno) nachvollziehbar dargestellt werden? Was zeichnet den spezifisch dialektischen Charakter des Ideologie-Begriffes bei Adorno aus? Greift Adorno auf das aristotelische Widerspruchsverbot zurück und wenn ja, wie?

Etliche Hinweise zur Beantwortung all dieser Fragen finden sich wiederum in Adornos Darstellung des Ideologie-Begriffes: „Die Binsenweisheit, dass Ideologien ihrerseits auf die gesellschaftliche Realität zurückwirken, genügte nicht. Der Widerspruch zwischen der objektiven Wahrheit von Geistigem und dessen bloßem Für-anderes-Sein, mit dem das traditionelle Denken nicht fertig werden kann, wäre als einer der Sache, nicht als bloße Unzulänglichkeit der Methode zu bestimmen.“ (Adorno 1956:168) Dass ‚Ideologie‘ aus der Gesellschaft entsteht und wiederum auf diese zurückwirkt, setzt Adorno als bekannt voraus – eine ‚Binsenweisheit‘. Offenbar geht es ihm um etwas anderes: die Problematik eines Widerspruchs, mit dem das ‚traditionelle Denken nicht fertig werden kann‘, zeichnet sich hier ab. An dieser Stelle wird der Übergang vom aristotelischen zum dialektischen Widerspruchsbegriff greifbar. Adorno stellt im Begriff der Ideologie Momente der objektiven Wahrheit und ihres Gegenteils (Für-anderes-Sein) fest. Anders ausgedrückt: Ideologie schließt so etwas wie einen Anspruch auf objektive Wahrheit ein. Damit wird die Konfrontation des Begriffes mit seinem Gegenstand, d.h. die „Konfrontation von Geistigem mit seiner Verwirklichung“ (ebd.) möglich.³

Das Argumentationsmuster, das hier zugrunde liegt, weist innerhalb eines Begriffes Momente der Wahrheit als auch der Unwahrheit nach. Gleichzeitig sind diese (strikt) voneinander zu trennen, denn wie kann etwas wahr und unwahr sein? Wir wissen, dass Ideologie schlechterdings nicht mit ‚objektiver Wahrheit‘ zusammenfallen kann. Es existiert also ein Ausschlussverhältnis: Entweder Ideologie oder Wahrheit! Die Stärke dieser nicht mit einer bloßen Kausalrelation zu erklärenden Beziehung besteht in ihrer logisch strengeren Relationierung. Es handelt sich sowohl um ein Wechselverhältnis in dem Sinne, dass das eine mit dem anderen im Austausch steht und darauf einwirkt, als auch (und vor allem wesentlich) um die Feststellung, dass das jeweilig eine Extrem (Wahrheit bzw. Unwahrheit) konstitutiv mit dem anderen Extrem verbunden ist. Keine Ideologie ohne einen (wie auch immer geringen) Anspruch auf objektive Wahrheit und keine objektive Wahrheit ohne ideologische Momente (was immer diese sein mögen).

3 Hier schließt sich für die Ideologiekritik die schwierige Frage nach dem Verhältnis von ‚Zusehen‘ und ‚Zutat‘ an. Hegel stellt die Problematik in der Einleitung in die *Phänomenologie des Geistes* in aller Kürze dar und favorisiert das Modell des ‚Zusehens‘. Die Diskussion, ob eine an Marx und Adorno orientierte Ideologiekritik sich damit bescheiden kann, klammere ich hier aus.

Im Rückgriff auf neuere Diskussionen um die Formalisierbarkeit und um die logisch-syntaktische, formale Struktur einer dialektischen Argumentation kann eine solche logisch strengere Relationierung als strikte Antinomie bezeichnet werden. Eine strikte Antinomie zeichnet sich dadurch aus, dass im Ausgangsmoment A gleichzeitig Nicht-A impliziert ist und zwar in einer Form, in der es sich als A überhaupt erst in seiner spezifischen Qualität in der Vermittlung mit Nicht-A herstellt (Nicht-A konstituiert die spezifische Qualität von A). Dies bildet aber nur die eine Seite, das eine Extrem. Auf der anderen Seite verhält es sich mit Nicht-A analog: Nicht-A konstituiert sich gerade dadurch, dass das Ausgangsmoment A enthalten ist und aber zugleich im strikten Gegensatz zu diesem steht. „Man muss ständig von A auf Nicht-A und von Nicht-A auf A schließen. Das verwirrt die gewohnte Logik. Anders ausgedrückt: Zwei Aussagen stehen in einem strengen Gegensatzverhältnis zueinander, aber ihr Wahrheitswert bleibt vom gleichwohl gegensätzlichen (negierenden) Wahrheitswert der anderen logisch abhängig.“ (Knoll/Ritsert 2006:28) Die strikte Antinomie kann als syntaktische Struktur der Dialektik Adornos aufgefasst werden. Dies bildet zugleich die Stärke, aber auch die Schwierigkeit des adornitischen Ideologiebegriffes: Ideologie kann nicht trennscharf aufgeteilt werden in Ideologie und Nicht-Ideologie. Das Bewusstsein umfasst beides.

Adorno denkt an dieser Stelle streng vermittlungslogisch, so dass das eine Moment nicht mehr ohne das Andere analysiert werden kann. Ist es dann noch möglich, durch Analyse und Deduktion ‚das Ideologische‘ herauszufiltern und vom Nicht-Ideologischen zu trennen? Die zugrundegelegte Vermittlungsfigur geht so weit, dass weder real noch analytisch streng geschieden werden kann. Auch historisch kann sich ein und derselbe Inhalt einmal als repressives, einmal als emanzipatorisches Moment darstellen. Wenn Wahrheit und Ideologie strukturell in sich vermittelt sind, stellt sich die Frage:

Wer soll das entscheiden?

Adornos Antwort darauf ist ebenso banal wie eindeutig: Kraft der äußersten Anstrengung des Subjekts, der Reflexion sind selbstverständlich Aussagen über Wahrheit und deren Gegenteil möglich. Gleichwohl bietet dieses Reflexionsverständnis nicht geringe Schwierigkeiten: „Dialektisches Denken ist der Versuch, den Zwangscharakter der Logik mit deren eigenen Mitteln zu durchbrechen. Aber indem es dieser Mittel sich bedienen muß, steht es in jedem Augenblick in Gefahr, dem Zwangscharakter selber zu verfallen.“ (Adorno 1951:171)

Adorno analysiert hier das Verhältnis der Ideologie zur Wahrheit (mindestens) als gedoppeltes: Gemessen am Maßstab der Reflexionsmöglichkeiten des Subjekts kann der Widerspruch repressiv sein und die Möglichkeiten der Subjekte entscheidend einschränken, aber andererseits kann dieser Widerspruch auch ‚pro-

duktiv' sein. Reflexion kann so einerseits nachhaltig behindert werden, andererseits ist die Reflexion selbstverständlich die unverzichtbare und unhintergehbare Voraussetzung, um Ideologien zu durchschauen und zu durchbrechen. Die Reflexionsmöglichkeiten des Subjekts weisen selbst die vermittlungslogische Struktur der strikten Antinomie auf! Eine ‚Aufhebung‘ im Hegelschen Sinne wird möglich; das prozessierende Moment ist der Widerspruch, der durchs reflexive Subjekt erkannt und erfasst werden kann. Damit ist letztlich auch Veränderung möglich. Im Begriff der Ideologie lässt sich damit auf einer formalen, syntaktischen Ebene die Struktur der strikten Antinomie aufzeigen, die aber gleichwohl nur durchs reflexive, autonome Subjekt erkannt und begriffen werden kann. „Man mag daraus entnehmen, wie wenig Ideologiekritik mit jenem Relativismus zu schaffen hat, mit dem man sie so gern in einen Topf wirft. Sie ist im Hegelschen Sinn bestimmte Negation, Konfrontation von Geistigem mit seiner Verwirklichung, und hat zur Voraussetzung ebenso die Unterscheidung des Wahren und Unwahren im Urteil wie den Anspruch auf Wahrheit im Kritisierten.“ (Adorno 1956:169)

Ideologie ohne jeden Anspruch auf ‚objektive Wahrheit‘ bildet keine mehr und wird zur bloßen (Herrschafts-) Rechtfertigung, denn „...in solchem ‚Gedankengut‘ spiegelt kein objektiver Geist sich wider, sondern es ist manipulativ ausgedacht, bloßes Herrschaftsmittel, von dem im Grund kein Mensch, auch die Wortführer nicht erwartet haben, dass es geglaubt oder irgend ernst genommen werde.“ (ebd.) ‚Bloße Herrschaftsmittel‘ besitzen bis heute erstaunliche Anziehungskraft und werden von Adorno in seinen empirischen Untersuchungen und Projekten sehr ernstgenommen. Der ‚bloße Glaube‘ an Herrschaftsmittel, an Rechtfertigungsstrategien, reicht nicht selten bis in die Charakterstruktur hinein, wie Adorno beispielsweise im ‚Autoritären Charakter‘⁴ oder in den ‚Elementen des Antisemitismus‘⁵ aufzeigt. Allerdings verwendet Adorno für Idiosynkrasien, die in die Persönlichkeitsbildung hineinreichen und Möglichkeiten der Reflexion nachhaltig behindern oder sogar außer Kraft setzen, den Begriff der ‚pathischen Projektion‘. Diese begreift Adorno explizit nicht als Ideologie, sondern als Resentiment. Analog dazu auch der Begriff der ‚umgekehrten Psychoanalyse‘, die ‚die regressiven Tendenzen fördert, die der anwachsende gesellschaftliche Druck ohnehin entbindet‘ (ebd. 177). Nicht Reflexion, sondern der reflexhafte Bezug aufs Allgemeine findet sich in der pathischen Projektion, im Antisemitismus, im Rassismus. „Demgemäß ist auch Ideologiekritik, als Konfrontation der Ideologie mit ihrer eigenen Wahrheit, nur soweit möglich, wie jene ein rationales Element enthält, an dem Kritik sich abarbeiten kann.“ (ebd. 168). Deutlich wird der prozesshafte, vermittlungslogische Charakter der Dialektik Adornos, der den Begriff der Ideologie bis an seine Schranken führt: Ideologie geht über in bloße Affirmation.

4 Vgl. Adorno, Theodor W.: Studien zum Autoritären Charakter. Frankfurt am Main 1973 [1950]

5 Vgl. Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, darin: Elemente des Antisemitismus. Grenzen der Aufklärung. Frankfurt am Main 1987 [1944]

Adorno situiert den Ideologie-Begriff historisch und schreibt ihn (ökonomisch) dem bürgerlichen Zeitalter, der ‚entfalteten städtischen Marktwirtschaft‘ zu: Spezifisch bürgerlich sei „...das Wesen von Ideologie selbst. Als objektiv notwendiges und zugleich falsches Bewußtsein, als Verschränkung des Wahren und Unwahren, die sich von der vollen Wahrheit ebenso scheidet wie von der bloßen Lüge, gehört Ideologie, wenn nicht bloß der modernen, so jedenfalls einer entfaltenen städtischen Marktwirtschaft an. Denn Ideologie ist Rechtfertigung.“ (ebd. 168, Herv. im Orig.) Geht Adorno demnach vom Ende der Ideologie aus? Diese Annahme scheint sich aufzudrängen, wenn der Begriff der Ideologie stark nominalistisch verstanden wird und ökonomisch an eine bestimmte Phase gebunden wird. „Ideologie ist heute der Bewußtseins- und Unbewußtseinszustand der Massen als objektiver Geist, nicht die kümmerlichen Produkte, die ihn nachahmen und unterbieten, um ihn zu reproduzieren. Zur Ideologie im eigentlichen Sinn bedarf es sich selbst undurchsichtiger, vermittelter und insofern auch gemilderter Machtverhältnisse. Heute ist die zu Unrecht wegen ihrer Kompliziertheit gescholtene Gesellschaft dafür zu durchsichtig geworden.“ (ebd. 170) Gibt es in der vollends aufgeklärten Gesellschaft keine Ideologie mehr, weil die Machtverhältnisse offen zutage liegen und zudem die Reflexionsmöglichkeiten ergriffen werden könnten? ‚Wir‘ wissen doch längst, wann wir Versprechen vorgegaukelt bekommen, die sich für die meisten gar nicht erfüllen können. ‚Deutschland sucht den Superstar‘ – und alle wissen, dass die Chancen keineswegs für alle gleich sind. Zuweilen ist die Schadenfreude über unangenehme oder inkompatible BewerberInnen größer als (meinetwegen) die Freude am schönen Gesang. Das Scheitern der Anderen verspricht, obwohl das Phänomen reflexiv durchdrungen werden kann, im Zweifelsfall eben mehr Vergnügen. Selbst wenn Ergebnisse bereits im Vorfeld feststehen, kann mitgefiebert, gehofft, gebangt und gezittert werden. Wir wissen es, sind einverstanden und genießen die Unterhaltung – weil und obwohl es der Ideologie heute nicht mehr bedarf?

Adorno verweist mit seinen Hinweisen eher darauf, dass ‚Ideologie‘ nicht überhistorisch verstanden werden kann, sondern in den jeweilig entsprechenden Epochen bestimmte Momente des ‚falschen Bewusstseins‘ vorherrschend sind: War vormals das Moment der Rechtfertigung das dominante, so zeigt sich nun eine Verschiebung hin zur Kulturindustrie. „Das gesellschaftlich bedingte falsche Bewußtsein von heute ist nicht mehr objektiver Geist, auch in dem Sinne, daß es keineswegs blind, anonym aus dem gesellschaftlichen Prozeß sich kristallisiert, sondern wissenschaftlich auf die Gesellschaft zugeschnitten wird. Das geschieht mit den Erzeugnissen der Kulturindustrie“ (ebd. 176f). Anders ausgedrückt: „man könnte fast sagen, daß heute das Bewußtsein, das schon Hegel wesentlich als das Moment der Negativität bestimmte, überhaupt nur soweit überleben kann, wie es die Ideologiekritik in sich selbst aufnimmt.“ (ebd. 176) Adorno lässt damit keinen Zweifel daran, dass Kritik aller repressiven Momente und Verhältnisse, und damit die Einrichtung einer ‚versöhnten Gesellschaft‘ (Adorno) nach wie vor unweiger-

lich Ideologiekritik in sich aufnehmen muss – freilich unter sich stets historisch verändernden Bedingungen.

Probleme der Dialektik im Anschluss an Adorno

Im Begriff der Ideologie, wie ihn Adorno ausarbeitet und darstellt, findet sich zunächst ein Gegensatzpaar zweier Momente („falsches“ und „richtiges“ Bewusstsein). Adorno geht aber von einer konstitutiven Verselbständigung der Ideologie aus. Damit wäre ein weiteres Gegensatzpaar gegeben. Gerade in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften finden sich kaum zweiwertige schematische Verhältnisse. Den zentralen Referenzpunkt in den Sozialwissenschaften bildet die Mannigfaltigkeit und Prozesshaftigkeit der intrapsychischen, intersubjektiven und objektiven Verhältnisse. Gesellschaft tritt uns nicht nur als „Block“ gegenüber, sondern in ihren unendlichen Momenten von Einzelheiten. Nicht statisch, sondern dynamisch; invariant und historisch spezifisch in ihrem Zeitkern. Ob Ideologie abschlusshaft oder prozesshaft-vermittlungslogisch gedacht werden kann, zeigt sich nicht zuletzt an der Frage nach dem Ende der Dialektik. Adorno schreibt in der „Einleitung in die Erkenntnistheorie“: „... wir haben nicht die Dialektik so vollständig, dass in ihr in der Tat so etwas wie die Einheit oder Versöhnung ihrer Momente erreicht wäre, sie ist offen, sie ist gewissermaßen eine Fragefigur...“ (Adorno 1957: 282).

Desweiteren geht eine dialektische Argumentation im Sinne Adornos von einem unhintergehbaren Zusammenhang von Form und Inhalt aus. In der Zergliederung in eine syntaktisch-formale (Form) und eine semantisch-pragmatische (Inhalt) Ebene ergeben sich die entscheidenden Vorteile für eine Diskussion um die Dialektik in den Sozialwissenschaften heute – ohne die Form-Inhalt-Dialektik zu verkürzen. Im Gegenteil, diese stellt sich in ihren Spezifika nur umso deutlicher dar. Die Grundform der strikten Antinomie, charakterisiert durch eine semantisch negative Selbstbezüglichkeit, die mit ihren pragmatischen Präsuppositionen in Widerspruch gerät, analysiert Dieter Wandschneider genauer (vgl. ders. 1993, 1995, 1997). Die Untersuchungen von Wandschneider geben damit die entscheidenden Hinweise auf die schwierige Frage nach dem zugrunde liegenden Prinzip der Dialektik bei Hegel und bei Adorno. Die Struktur der strikten Antinomie, die eine Gleichzeitigkeit von Äquivalenz und Widerspruch zu denken erlaubt, bietet hier Möglichkeiten jenseits eines dualistischen, nomothetischen Denkens in den Sozialwissenschaften.

Unmittelbar daran schließt ein weiteres zentrales Problem an: Das Verhältnis der Dialektik zur formalen Logik. Dass DialektikerInnen nicht permanent gegen das aristotelische Gebot der Widerspruchsfreiheit argumentieren, lässt sich im Rückgriff auf die Diskussionen und die Möglichkeiten strikter Antinomien deutlich aufzeigen (vgl. Kesselring 1984, 1992; Ritsert 1997 und Knoll/Ritsert 2006). Es handelt sich demnach um keinen kontradiktorischen Widerspruchsbegriff, der

einer dialektischen Argumentation zugrunde liegt, sondern um einen, der sowohl Äquivalenz als auch Widerspruch abbilden kann. Da es sich bei einer dialektisch verfahrenen Argumentation um primär prozesshaftes Denken handelt, kann jeweils immer die andere Position, die strikt entgegengesetzte, nachgezeichnet werden. ‚Der Standpunkt der Dialektik ist ihr eigener Vollzug‘ (Alfred Schmidt).

Einer der Standardvorbehalte gegen hegelsche oder adornitische Dialektik besteht im sog. Subsumtionsvorwurf: Letztlich konstituiere die (innere und äußere) Welt sich nur als Geist oder Entäußerung dieses Geistes, der durch mancherlei Umwege und Verirrungen dann doch wieder zu sich selbst komme. Handelt es sich bei der Annahme einer dialektischen Totalität um eine gigantische, grandiose Konstruktion, in der aus einem Subjekt-Objekt-Verhältnis heraus gedacht wird und diese den je spezifischen Verhältnissen übergestülpt wird? Gerade die Beachtung des scheinbar Ephemeren zeichnet jedoch die ältere Kritische Theorie aus. So geht es in der Kritischen Theorie Adornos vielmehr um den Versuch, die Präponderanz des Objekts stets mitzudenken, ohne freilich die Besonderheiten des je Einzelnen aus dem Blick zu verlieren. ‚Philosophie, wie sie im Angesicht der Verzweiflung einzig noch zu verantworten ist, wäre der Versuch, alle Dinge so zu betrachten, wie sie vom Standpunkt der Erlösung aus sich darstellen.‘ (Adorno 1951:283)

Damit gibt es keinerlei Automatismus – weder auf Seiten des Subjekts, noch auf Seiten des Objekts. Allerdings Strukturbedingungen, die gleichwohl Verhaltensdispositionen und Reflexionsmöglichkeiten einschneidend verändern, sich sogar hinter dem Rücken der Subjekte reproduzieren und Gestalten annehmen, die wesenhaften Charakter besitzen. Eine sozialwissenschaftlich reflexive Dialektik besitzt in der Beachtung der produktiven Möglichkeiten, die in der Struktur der strikten Antinomien verborgen sind, vor dem Hintergrund einer ‚Anweisung auf Wahrheit‘, wie sie der ‚versöhnten Gesellschaft‘ entgegenkommt, kaum zu überschätzendes emanzipatorisches Potential – auf jeden Fall entschieden mehr als die gängigen Verweise auf die ‚Identitätsphilosophie‘ Hegels oder die ‚Subsumtionslogik‘ Adornos. Objektive und intersubjektive Verhältnisse, die ein reflexives Subjekt überhaupt erst hervorbringen und ermöglichen, bilden den unhintergehbaren Maßstab Adornos.

Letztlich aber bildet die dialektische Argumentationsfigur der Ideologie bei Adorno aber ‚nur‘ ein Moment innerhalb des ‚Denkens in Konstellationen‘. Die Zentralreferenz der kritischen Theorie Adornos ist der Tauschbegriff. Darin greifen Real- und Begriffsdialektik ineinander. Das Problem der Real-Abstraktion von reflexiven Vorgängen im Denken und in der Wirklichkeit beinhaltet eine Umkehrung des Bewusstseins und des Seins. Die verselbständigten Verhältnisse, die sich hinter dem Rücken der Beteiligten reproduzieren, werden erst von den realen Handlungsweisen der Subjekte erzeugt. Es bedürfte deshalb, ‚...nur einer geringen Anstrengung des Geistes, den zugleich allmächtigen und nichtigen Schein von sich zu werfen; sie aber scheint das Allerschwerste‘ (Adorno 1956:179) Das ist der Kern einer ernsthaften Beschäftigung mit Ideologie und mit Dialektik.

Literatur

- Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt am Main 1987 [1944]
- Adorno, Theodor W.: Studien zum Autoritären Charakter, Frankfurt am Main 1973 [1950]
- Adorno, Theodor W.: Minima Moralia, Frankfurt am Main 1997 [1951]
- Adorno, Theodor W.: Einleitung in die Erkenntnistheorie. Frankfurt (Raubdruck) 1957
- Adorno, Theodor W.: Zu Subjekt und Objekt, in: Kulturkritik und Gesellschaft II, Frankfurt am Main 1997 [1969]
- Adorno, Theodor W.: Ideologie, in: Soziologisches Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen. Frankfurter Beiträge zur Soziologie Band 4. Frankfurt am Main 1956
- Aristoteles: Metaphysik, München 1966
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Phänomenologie des Geistes, Leipzig 1937 [1807]
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Nürnberger und Heidelberger Schriften 1808 - 1817. Werke in zwanzig Bänden. Band 4, Frankfurt am Main 1970 [1808]
- Hoffmann, Thomas Sören: Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Eine Propädeutik. Wiesbaden 2004
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften, Hamburg 1956 [1830]
- Kesselring, Thomas: Die Produktivität der Antinomie, Frankfurt am Main 1984
- Kesselring, Thomas: Rationale Rekonstruktion der Dialektik im Sinne Hegels, in: Angehrn, Emil (Hrsg.): Dialektischer Negativismus, Frankfurt am Main 1992
- Knoll, Heiko/ Ritsert, Jürgen: Das Prinzip der Dialektik. Studien über strikte Antinomie und kritische Theorie, Münster 2006
- Popper, Karl R.: Was ist Dialektik?, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, Köln Berlin 1965 [1949]
- Ritsert, Jürgen: Kleines Lehrbuch der Dialektik, Darmstadt 1997
- Ritsert, Jürgen: Soziologie des Individuums. Eine Einführung. Darmstadt 2001
- Ritsert, Jürgen: Ideologie. Theoreme und Problem der Wissenssoziologie. Münster 2002
- Ritsert, Jürgen: Positionen und Probleme der Erkenntnistheorie, Frankfurt am Main 2004
- Ritter, Joachim (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie. Darmstadt 1971
- Wandschneider, Dieter: Das Antinomenproblem und seine pragmatische Dimension, in: Stachowiak, Herbert: Handbuch pragmatischen Denkens. Bd. 4. Sprachphilosophie, Sprachgrammatik und normative Pragmatik, Hamburg 1993
- Wandschneider, Dieter: Grundzüge einer Theorie der Dialektik, Stuttgart 1995
- Wandschneider, Dieter: Das Problem der Dialektik, Bonn 1997

Die Entwicklung meines Kommunikationsmodells als methodisches Instrument zur Analyse von Prozess und Wirkungen des Erstgespräches im Berliner Krisendienst

1 Einleitung

Die Entwicklung eines Kommunikationsmodells als methodisches Instrument zur Analyse von Prozess und Wirkungen des Erstgespräches im Berliner Krisendienst (BKD) ist eine wichtige Voraussetzung für den systematischen Vergleich konkreter Erstgespräche. Die Untersuchung des Prozesses und Wirkungen des Erstgespräches im Berliner *Krisendienst* versteht sich als Teil der sozialwissenschaftlichen, insbesondere psychologischen Krisen- und Kriseninterventionsforschung, die individuelle psychosoziale Krisen in den Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses stellt (Golan, 1983; Ciompi, 1993).

Um das Forschungsfeld abzustecken, sollen zunächst die grundlegenden Begrifflichkeiten *Krise* und Krisenintervention geklärt werden: Der Begriff der Krise behielt auch im Rahmen der Krisen- und Kriseninterventionsforschung seine im alltäglichen Gebrauch eher vage, deskriptive Funktion. Er wird allgemein mit einer intensiven emotionalen Bedeutung verbunden. Trotz vielfältiger Bemühungen setzte sich auch unter den ForscherInnen keine klare Krisendefinition durch (Sauvant/Schnyder, 1993). Immer wieder wird die Caplan'sche Definition rekurriert.

„Werden Personen mit Problemen konfrontiert, denen sie weder ausweichen können, noch zu deren Lösung ihre Kapazität ausreicht, entstehen Stadien temporären Ungleichgewichts im Verlauf einer relativ ruhigen Entwicklung. Diese emotional bedeutsamen Wendepunkte oder Krisen stellen kurze Perioden dar, die gewöhnlich von großer psychischer Unruhe gekennzeichnet sind. Krisen enthalten die Möglichkeit eines persönlichen Wachstums aber auch die Gefahr des Beginns psychischer Störungen“ (Caplan / Grundbaum, 1967, zit. nach Schürmann, 1991, S. 50).

Caplan (1967), in gewisser Weise der Vater der heutigen Krisentheorie, entwickelte das Krisenmodell Lindemanns, das sich auf die unmittelbare Wirkung zerstörender und stressbewirkender, plötzlicher unvorhersehbarer Ereignisse bezieht, weiter. Er ergänzt es um die entwicklungspsychologischen Erkenntnisse von Erikson bezüglich der psychodynamischen Konzeptualisierung kritischer Lebensphasen (1964, Häfner/Rössler, 1987; Ciompi, 1993). Neuere Ansätze schließen systemtheoretische Elemente (Ciompi, 1993) sowie moderne Stress-theorien (Heim, 1993; Sonneck, 1997) mit ein.

Alle Krisen- und *Kriseninterventionsansätze*, resp. -modelle entstanden in Auseinandersetzung und als Ergebnis der praktischen Arbeit im psychosozialen Kontext. Sie fassen die gewonnenen Erfahrungen in der Krisenintervention in Modellen mit unterschiedlichen Abstraktionsgraden zusammen. Diese reichen von detaillierten Vorstellungen in Form von Manualen bis zum Versuch, trotz sehr unterschiedlicher Kriseninterventionsauffassungen bzgl. Klientel, Situation, Methodik und Dauer eine *allgemeine Definition* zu bestimmen (Kunz, Scheuermann/Schürmann, 2004, Sonneck, 1997, Slaikeu, 1990). Dagegen wird in diesen Publikationen, bis auf einige Ausnahmen (Tschacher/Jacobshagen, 2002; Reisch, Schlatter/Tschacher, 1999), nicht auf die Wirksamkeit der dargestellten Kriseninterventionsansätze eingegangen. Die Forschergruppe um Tschacher untersucht die Wirksamkeit von Krisenintervention im spezifischen Forschungskontext stationärer Krisenintervention. Noch weniger Publikationen lassen sich auf dem Gebiet der *Prozessforschung* bzw. der *Verbindung Prozess- und Wirksamkeitsforschung* (Simmich/Reimer, 1998; Slaikeu, 1990) im Rahmen der Krisenintervention finden. Allein *Tschacher/Jacobshagen* (2002) wagen einen Vorstoß auf dieses Forschungsgebiet im Kontext stationärer Krisenintervention.

An dieser Stelle setzt mein Forschungsinteresse ein. Ich möchte „einen Blick hinter den Vorhang“ der ambulanten Krisenintervention, speziell des Erstgesprächs, werfen. Mein Fokus ist darauf gerichtet, herauszufinden, was und mit welchen Wirkungen in der Interaktion zwischen BeraterInnen und KlientInnen im Erstgespräch verhandelt wird. Es geht um die Frage, ob in der bisherigen Forschung ermittelte Bestandteile der Krisenintervention sich auch im Erstgespräch im Berliner Krisendienst (BKD) finden bzw. nicht finden lassen. Des Weiteren wird untersucht, ob diese Bestandteile geeignet sind, den Prozess des Erstgesprächs reichhaltig zu beschreiben. Darauf aufbauend analysiere ich konkrete Erstgespräche, um zu sehen, wie die Bestandteile im Gespräch umgesetzt werden.

Die Schwierigkeiten der Prozessforschung für Krisenintervention wie auch Therapie liegen im Gegenstand selbst. Der Zugang zum direkten Gespräch gestaltet sich für die ForscherInnen oft schwierig. Die Daten sind umfangreich und ein ausgefeiltes Instrumentarium zu ihrer Analyse steht nicht zur Verfügung.

Da mir der direkte Zugang zum Erstgespräch im BKD aus datenrechtlichen Gründen verwehrt wurde, ging ich den Umweg über drei Erhebungsschritte. Zunächst wurden in einem ersten Schritt im Rahmen einer Sekundäranalyse 23 Interviews mit KrisendienstmitarbeiterInnen, die im Rahmen der Begleitforschung des Berliner Krisendienstes entstanden sind, reanalysiert. Die Reanalyse konzentrierte sich auf die Abschnitte in den Interviews, die Aussagen zum Prozess des Erstgesprächs und zu seinen Wirkungen machen. Daraus wurde ein vorläufiges Konzept für das Erstgespräch entwickelt, welches auch die Grundlage für einen Interviewleitfaden Problemzentrierter Interviews in der zweiten Phase der Erhebung bildete. Die Problemzentrierten Interviews enthalten lange narrative Passagen über konkrete Erstgespräche und Reflexionen über das allgemeine Vor-

gehen im Erstgespräch. Nach der Auswertung der Problemzentrierten Interviews werde ich noch einmal ins Feld zurückkehren und meine Ergebnisse gemeinsam mit den MitarbeiterInnen kommunikativ validieren.

Zur Auswertung werden unterschiedliche Verfahren genutzt, um der den verschiedenen Quellen gerecht zu werden.

1. Die *Globalauswertung* (Böhm et al., 1992) dient der thematischen Erschließung des Gegenstandes, d. h. des Schaffens eines Überblicks und des Erkennens der Eignung der Dokumente für die spätere, intensivere Auswertung (Auswahl der relevanten Interviewabschnitte in der Sekundäranalyse; Identifizierung narrativer Passagen zu konkreten Erstgesprächen und allgemeinen Reflexionen in den Problemzentrierten Interviews). Die Auswertung erfolgt in mehreren Arbeitsschritten, wobei die ersten einen vorbereitenden Charakter haben und die späteren die Ergebnisse der Auswertungen systematisch aufbereiten.

2. Das *Theoretische Kodieren* (T.K.) (z. B. Strauss, 1991) wird im Rahmen der Dissertation als wesentlichster methodischer Bestandteil der Auswertung verstanden. Es ist Grundlage der Primär und Sekundäranalyse der Daten.

3. Über die Entwicklung eines vierdimensionalen Modells der Kommunikation im Erstgespräch wird es möglich, Prozessmuster konkreter Erstgespräche zu operationalisieren. Über den Prozess des Gespräches bildet sich so ein bestimmtes Muster heraus. Wird die Dummy-Codierung für die Darstellung des Prozesses genutzt, könnten konkrete Prozesse von Erstgesprächen auch mit Hilfe geeigneter *mathematischer Methoden* verglichen werden (Lautsch/Lienert, 1993).

Im vorliegenden Artikel werden zunächst die Bestandteile des Erstgespräches vorgestellt, die im Rahmen einer Sekundäranalyse von Interviews im Rahmen der Krisenbegleitforschung (Bergold/Zimmermann, 2003 und Zimmermann/Bergold, 2003) entstanden. Die empirisch ermittelten Bestandteile des Erstgespräches flossen in die Gestaltung der Fragen im Rahmen der Problemzentrierten Interviews ein und bildeten den Ausgangspunkt für die Analyse der allgemeinen Erwartungen der BeraterInnen an das Erstgespräch. Allgemeine Erwartungen der BeraterInnen beziehen sich dabei auf ihr Vorgehen im Erstgespräch unabhängig von Klientengruppen und Kontaktarten (persönlich vs. telefonisch).

Über Sekundäranalyse und Primäranalyse konnten einerseits, aufbauend auf Aussagen der BeraterInnen, Schemata zu ihrem Vorgehen bei der Umsetzung der einzelnen Bestandteile des Erstgespräches entworfen werden. Andererseits gelang es unter Rückgriff auf die Watzlawicksche Kommunikationstheorie (Watzlawick, Beavin/Jackson, 1985) grundlegende Kommunikationsbausteine des Erstgespräches zu identifizieren. Die Bausteine der Kommunikation im Erstgespräch bilden die Voraussetzung für die Entwicklung eines vierdimensionalen Kommunikationsmodells des Prozesses des Erstgespräches im BKD. Damit steht mir als Forscherin ein weiteres Mittel zur Verfügung, konkrete Erstgespräche vergleichbar zu machen. Das Modell gestattet eine klarere Sicht auf Gemeinsamkeiten von Prozessen, die auf den ersten Blick der deskriptiven Beschreibung noch sehr dif-

ferent von einander erscheinen. Mit seiner Hilfe können Erstgesprächsprozesse visualisiert und im Ideal auch statistisch verglichen werden.

Aber dieses Modell hat auch Grenzen, die bereits an dieser Stelle eindeutig definiert werden. Es kann nicht die reichhaltige qualitative Beschreibung konkreter Erstgespräche ersetzen, denn nur qualitative Beschreibungen ermöglichen das „Wie“ der Umsetzung der Bestandteile so zu erfassen, dass konkrete Umsetzungen und Handlungsalternativen diskutiert werden können.

2. Sekundäranalyse: Bestandteile des Erstgesprächs

Um den Prozess des Erstgesprächs im BKD analysieren zu können, wurde als Ausgangspunkt der Untersuchung die Sekundäranalyse von Interviews gewählt, die im Rahmen der Begleitforschung des BKD entstanden (Bergold/Zimmermann, 2003 und Zimmermann/Bergold, 2003). Ihre Analyse diente dazu, sich einen ersten Überblick über die Bestandteile des Erstgesprächs zu verschaffen und diesen den Interviews der Primäranalyse zugrunde zu legen.

In der Arbeit an der Reanalyse der Interviews wurde deutlich, dass sich im Kriseninterventionsprozess des Erstgesprächs¹ komplexe wechselseitig abhängige Wirkmechanismen abbilden lassen. Zur Konstituierung des Prozesses wurden vorläufig vier Faktoren - KrisenberaterInnen, KlientInnen, Organisation des BKD und Ort der Intervention – identifiziert. Im Erstgespräch treffen KrisenberaterIn und KlientIn in einem bestimmten Setting – per Telefon oder im persönlichen Gespräch – aufeinander. In der Analyse der Interviews mit KrisenberaterInnen im Rahmen der Begleitforschung ließen sich sieben Bestandteile der Kriseninterventionsprozesses ausmachen, die wie nicht anders erwartet, mit den allgemeinen Bestandteilen der Krisenintervention in Übereinstimmung stehen (vgl. Sonneck, 1997, Heim, 1993; Slatkeu, 1990 u. a.).² Dabei lassen sich zwei unterschiedliche Gruppen von Bestandteilen identifizieren. Während die Bestandteile der Krisenintervention: *Kontaktherstellung, Situationsklärung, Fokussierung, Erarbeitung des weiteren Vorgehens* und *Beenden des Kontaktes* sequentiell aufeinander folgen und aufeinander aufbauen, beeinflussen die Bestandteile der Krisenintervention: *Beziehungsaufbau und -erhalt* und *emotionale Unterstützung und Entlastung* alle Bestandteile der Krisenintervention prozessübergreifend und werden von ihnen beeinflusst.

- 1 Meine Untersuchungen der Krisenintervention erster Ordnung im Berliner Krisendienst werden sich auf ambulante Kriseninterventionen beschränken und auf die Betrachtung von psychiatrischen Notfällen verzichten, da hier die eigentliche Krisenintervention im Hintergrund steht (Zimmermann, 2001). Hier beschränkt sich die Krisenintervention auf die sofortige medizinische und psychiatrische Behandlung.
- 2 Neben den allgemeinen Bestandteilen der Krisenintervention finden sich in der Literatur zahlreiche Therapieschulen spezifische wie auch situationsspezifische Beschreibungen von Kriseninterventionen (Freikamp, 2002). Aufgrund des Konzeptes des Berliner Krisendienstes war eine empirische Übereinstimmung mit den allgemeinen Kriseninterventionskonzepten zu erwarten.

1. Herstellen des Kontaktes

Mit der Kontaktherstellung beginnt das Krisengespräch. Ihr Gelingen wird von den KrisenberaterInnen als grundlegend für das gesamte Gespräch beschrieben. Die Kontaktaufnahme beginne mit der Begrüßung, im persönlichen Kontakt mit dem ersten Blick. Hier stünden der BeraterIn Mimik und Gestik zur Verfügung, um die KlientIn zum Gespräch einzuladen. So könne ein Glas Wasser, eine freundliches Lächeln oder eine einladende Geste für den weiteren Verlauf des Gesprächs entscheidend sein. Am Telefon dagegen beschränke sich dies auf die Stimme, was als schwieriger beschrieben wird. Die KrisenberaterInnen trennen in den Interviews die Kontaktherstellung nicht einhellig von Beziehungsaufbau und -erhalt, da dies auch als erster Schritt dieses aufgefasst werden könne.

2. Beziehungsaufbau und -erhalt

Beziehungsaufbau und -erhalt hat für die KrisenberaterInnen eine herausragende, für alle Bestandteile und Phasen des Gespräches determinierende Stellung im Prozess des Erstgespräches. Die Beziehung wird als „Humus“ bzw. „Basis“ des Gespräches beschrieben, ohne welche sich alle übrigen Bestandteile der Krisenintervention nicht entfalten könnten. In den Interviews wurde deutlich, dass der Aufbau und Erhalt einer guten Beziehung in der Krisenintervention sowohl Voraussetzung für das Gelingen aller Bestandteile des Kriseninterventionsprozesses ist, wie auch das Gelingen bzw. Misslingen einzelner Prozessbestandteile auf die Beziehung zurückwirke. Dabei bleibt die Beziehung in der Beschreibung der BeraterInnen, bis auf den Hinweis der emphatischen Grundhaltung und emotionalen Anteilnahme, seltsam diffus. Alle betonen die Wichtigkeit der Beziehung, aber nirgends wird festgemacht, wie sie entsteht, welche Interventionen ihre Aufrechterhaltung bedingen.

3. Emotionale Unterstützung und Entlastung

Die KrisenberaterInnen betonen die große Rolle der emotionalen Unterstützung und Entlastung für den Aufbau und Erhalt der Beziehung, aber auch in allen anderen Bestandteilen des Kriseninterventionsprozesses. Die emotionale Entlastung und damit verbundenen Möglichkeit der emotionalen Stabilisierung empfinden die BeraterInnen als wesentlichen Indikator für einen beginnenden erfolgreichen Coping-Prozess der KlientInnen. Erst die im Prozess des Erstgespräches gegebene emotionale Unterstützung und Entlastung ermögliche vielen KlientInnen eine Situationsklärung, Erarbeitung des Fokus und für sie gangbare Wege aus der Krise. Wie schon der Aufbau und -erhalt der Beziehung sei auch die emotionalen Unterstützung und Entlastung in allen übrigen Bestandteilen allgegenwärtig.

4. Situationsklärung

Die Situationsklärung findet sich nach Aussage der BeraterInnen immer in der ersten Phase des Krisengespräches statt. Ist der Beziehungsaufbau die emotionale

Grundlage für das Gelingen des Erstgespräches, so erfolgt in der Phase der Situationsklärung, die Auseinandersetzung mit dem akuten Anlass für die Krise, der emotionalen Situation und allfälliger Suizidalität. Die Situationsklärung könne nach Aussagen der BeraterInnen einen sehr unterschiedlich großen Raum beanspruchen. So kämen KlientInnen mit klar formulierten begrenzten Anliegen (z. B. Weitervermittlung an Institutionen, Wunsch nach ausschließlicher emotionaler Entlastung etc.), aber auch solche, die wenig reden würden oder in ihrer tiefen Verzweiflung einer umfangreichen Hilfe der BeraterInnen bedürften, um ihre augenblickliche Situation darzustellen. Besonders am Telefon ergebe sich oft die Notwendigkeit umfangreicher Nachfragen, um sich ein vollständiges Bild vom Menschen in der Krise, seiner emotionaler Situation und sozialem Netzwerk der Situation zu machen. Hier sehen sich die BeraterInnen in einer aktiven Rolle, zu erkunden, aber auch einzugrenzen. Je besser die Situationsklärung gelänge, in der eine gemeinsame Sicht auf die Krise entwickelt würde, desto besser gelänge auch die Fokussierung in der Krisenintervention. So nähmen sich die BeraterInnen viel Zeit, um eine umfassendes Bild vom Menschen in der Krise zu bekommen. Einige KrisenberaterInnen betonen, dass sie in der Situationsklärung bereits einen wesentlichen Teil Ihrer Intervention sähen, weil gerade diese den KlientInnen ohne Hilfe nicht mehr gelänge.

5. Einigung auf den Fokus der Beratung (zu bearbeitendes Problem, Problemkreis und Ziel)

Allgemein wird unter Fokussierung die gemeinsame Definition des zu bearbeitenden Problems bzw. Problemkreises wie das Ziel der Intervention durch BeraterInnen und KlientInnen verstanden. Streeck (1989) verweist auf die entscheidende Bedeutung der Fokussierung für das Gelingen von stationären Kurzzeittherapien. Explizit betonen die BeraterInnen, dass eine misslungene Fokussierung das weitere Vorgehen erschwere. Einige BeraterInnen verweisen auch auf die negative Wirkung für die weiteren Bestandteile der Krisenintervention, wie Erarbeitung des weiteren Vorgehens, besonders für Hilfsangebote im sozialen Netz von Seiten der BeraterIn, und der Beendigung des Kontaktes. So würden Gespräche mit KlientInnen, die keine Eingrenzung des zu bearbeitenden Problems zuließen und so von Problem zu Problem sprängen, „sich förmlich im Kreise drehen“. BeraterInnen und KlientInnen empfänden dies als unbefriedigend. Auch ein Zusammenhang zwischen gelungenem bzw. misslungenem Beziehungsaufbau und –erhaltung und Fokussierung wurde mehrfach erwähnt.

6. Erarbeitung des weiteren Vorgehens unter Einbeziehung der sozialen Situation und des psychosozialen Netzes

Die Begrenztheit der Krisenintervention im BKD (max. 10 Folgekontakte) wie auch der im Konzept verankerten Screeningfunktion im psychosozialen Netz der Stadt Berlin berücksichtigend, sprechen die BeraterInnen einerseits von ihren In-

terventionsmöglichkeiten im BKD und betonen andererseits das Ziel, KlientInnen bei Bedarf weitergehende Hilfemöglichkeiten im psychosozialen Netz aufzuzeigen, wie sie zu ermutigen aktiv Hilfe in ihrem sozialen Netz (Familie, Freunde etc.) zu suchen. Dabei richte sich die Erarbeitung des weiteren Vorgehens auf den gemeinsam erarbeiteten Fokus. Sei es nicht gelungen sich auf einen gemeinsamen Fokus für das Gespräch zu einigen, würden Vorschläge der KrisenberaterInnen oft nicht angenommen werden können. So würden einige KlientInnen in der Krise passiv verharren ohne Handlungsalternativen zu erkennen und annehmen zu können und andere viele unterschiedliche Sachen gleichzeitig wollen, die ihre Ressourcen überforderten, was die Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns erhöhe. Sichtbar würde für die KrisenberaterInnen, dass die erfolgreiche Erarbeitung des weiteren Vorgehens der Situationsklärung und Fokussierung zeitlich nach gelagert sind und direkt von dieser abhängig sei.

7. Beenden des Kontaktes

Das Beenden des Kontaktes warf eine reichliche Anzahl von Fragen auf, die mit Hilfe der Analyse nur unzureichend beantwortet werden können:

- Wann wird ein Kontakt beendet?
- Welche Hinweise gibt es für die BeraterInnen, dass das Erstgespräch in seine letzte Phase tritt?
- Zeigen Wiederholungen von Gesprächsinhalten an, dass das Gespräch „gesättigt“ ist?
- Könnte „genervt sein“ ein Indikator für den Wunsch nach Beendigung sein?
- Zeigen das Schweigen der KlientInnen und keine Annahme von Lösungsvorschlägen das erfolglose Ende des Gespräches an?
- Ist die erfolgreiche Bearbeitung aller Bestandteile der Krisenintervention erster Ordnung ein Zeichen für das Einleiten der letzten Phase des Gesprächs?

3. Primäranalyse: Bestandteile des Erstgesprächs und ihre Umsetzung im Gesprächsverlauf aus Sicht der BeraterInnen

Die BeraterInnen beschreiben in den Interviews der Primäranalyse ihr grundsätzliches Vorgehen im Erstgespräch, also unabhängig von Klientengruppen und Kontaktart. Aufbauend auf den Ergebnissen der Sekundäranalyse nahmen die Fragen Bezug auf die Bestandteile des Erstgesprächs. Im Unterschied zur Sekundäranalyse standen jedoch nicht die Bestandteile des Erstgesprächs an sich im Mittelpunkt des Interesses, sondern die Frage ihrer Umsetzung im Prozess des Erstgesprächs. Die BeraterInnen beschreiben ihr Vorgehen situationsspezifisch auf einem niedrigen Level der zeitlichen Fragmentierung.³ Die kleinteiligere Fragmentierung der Analyse des Erstgesprächs im BKD ermöglicht eine neue Sicht auf Wirken und Zusammenwirken der Bestandteile des Erstgesprächs. Dem Vor-

gehen der BeraterInnen folgend, wurde das Wirken und Zusammenwirken der Bestandteile des Erstgespräches zunächst bestandteilspezifisch untersucht (Mikroebene der Analyse), um dann in einer Synthese Wirken und Zusammenwirken aller Bestandteile des Erstgespräches darzustellen (Markoebene der Analyse).

Die Analyse des Wirkens und Zusammenwirkens der Bestandteile des Erstgespräches in diesem Kapitel basiert auf methodischen Vorüberlegungen und den Ergebnissen der Sekundäranalyse von Interviews, die im Rahmen der Begleitforschung des BKD erhoben wurden.

Der Ausgangspunkt für *methodische Erwägungen* bezüglich des Wirkens und Zusammenwirkens der Bestandteile des Erstgespräches zielt auf die von Watzlawick, Beavin/Jackson (1985) postulierte Einheit von Inhalts- und Beziehungsapekt in jeglicher menschlicher Kommunikation ab. In jedem Erstgespräch streben die BeraterInnen mit der Bearbeitung inhaltlicher Bestandteile gleichzeitig den Aufbau und Erhalt der Beziehung an. Darüber können die BeraterInnen textliche Sequenzen nicht eindeutig bestimmten inhaltlichen Bestandteilen zuordnen. Um dies zu verdeutlichen, sei hier eine typische Situation vorgestellt und analysiert:

„Was hat sie hingeführt?“ (FMA1, Zeile 1193)

Diese häufig gestellte Eingangsfrage, scheint auf den ersten Blick auf die Fokussierung, speziell auf das Anliegen des Klienten gerichtet zu sein, aber kann, wie FMA1 ausführt, viel mehr sein.

„Aber so, dieses, das, das gesamte Feld darunter gehört, dazu gehört die Situation desjenigen dazu als auch die aktuelle Situation wie, wie sich derjenige in der Begrüßung, ob nen schlaffer Handschlag is oder ob weiss ich, also ne, welche Mimik, Gestik, bla derjenige dann da hat, dass das alles mit einfließt. So, das das alles eine Summe ist, was natürlich im Telefonat nur beschränkt geht, geht aber auch. Was ist der erst Satz? Wie ist die Mimik, ist die Haltung, äh? Wie ist der Augenkontakt, äh?“ *Welches Thema spricht er an? Was sind meine Gefühle? Nu, was erzählt er inhaltlich und so das das ein sehr breites Feld is ...“* (FMA1, Zeile 1272 – 1282)

Das inhaltlich *breite* Feld, was so eine kleine Frage aufruft, reicht von Fokussierung, über das Wahrnehmen der emotionalen Situation bis hin zum Beziehungsaufbau. Natürlich ist die Komplexität von Gesprächsabschnitten unterschiedlich, doch bleibt die analytische Trennung von Bestandteilen im Prozess des Erstgespräches eine theoretische. Wohl aber war es möglich, die Intention von

3 Orlinsky, Grawe/Parks, (1994) unterscheiden neun Levels zur Beschreibung eines therapeutischen Prozesses. Level 1 beschreibt *micromomentary processes* (*gave shifts, facial expressions*, Level 2 *moment-by-moment processes* (*tactical moves, interactive turn*). Hier können die im Rahmen der Forschungsarbeit geführten Interviews verortet werden. Während die Sekundäranalyse eher auf Level 3 bleibt, welchem *Session processes* (*strategic change events, dynamics of whole therapy*) zugrunde liegt.

BeraterInnen im Gespräch zu erfragen, womit in den Prozessphasen ein Bestandteil in den Vordergrund der Beratung treten kann. FMA3 berichtet fast identisch über den Gesprächsanfang. Hier aber wird unter Berücksichtigung der Frage der Interviewerin deutlich, dass die Intention dieser Gesprächssequenz auf den Bestandteil der Fokussierung gerichtet ist.

I.: Wie kommt Ihr dann von der Situation, die er beschreibt, dann zum gemeinsamen Thema in der Beratung, worum es gehen soll? Es ist ja erst mal ... Er bietet Dir was an. Und Ihr beide müsst ja irgendwie Euch finden. Hast Du da so bestimmte Strategien, Gesprächsstrategien?

*B.: Ja, schon so: Dass ich also aus meiner Wahrnehmung der Person, wenn ich da was merke wie: Aha, da klackert gerade etwas, was ** – sozusagen über die erste Schilderung hinausgeht, dann – je nach dem, entweder geht er das gleich an. Oder (UNV.) – natürlich nicht, dann merke ich mir das immer vor und lasse ihn erst mal ein bisschen warm werden mit seiner Schilderung. Ich will auch immer einen Eindruck bekommen: Okay, also, wie äußert der sich? Also, wie präsentiert der sich? Wie formuliert er? Wie ist die Stimmlage? Wie ist die Gestik, die Mimik? Alles das, das ist ja immer da. Wo ich denke: Okay, also, so – also, das – das ist der Mensch also jetzt gerade, wie er sich mir präsentiert. Also, auch so – so eine kleine Gesamtheit in dem Augenblick so schon zu erfassen. Weil dann einfach – finde ich – es leichter ist, dann auch das Miteinander zu finden. Denn er muss ja erst mal hier ankommen...“ (FMA3, Zeile 2642 – 2663)*

Im Vordergrund dieser Beratungssequenz steht für den Berater die Fokussierung, aber gleichzeitig ist seine Wahrnehmung, darauf gerichtet: *Wie präsentiert er sich? Wie formuliert er?* usw. Dahinter steht eine kleine Gesamtheit in dem Augenblick. Eine deutliche Beziehung des Bestandteils der Fokussierung zum Beziehungsaspekt (*wie formuliert er?*) wie auch zur emotionalen Unterstützung (*Wie ist seine Stimmlage?*) wird deutlich. Deshalb wird für jeden Bestandteil, unabhängig, ob er für die BeraterIn im Augenblick im Mittelpunkt des Erstgespräches steht, sein Zusammenwirken mit den übrigen zu betrachten sein.

In der Darstellung des Erstgespräches durch die BeraterInnen der Primäranalyse wurde der Gesprächsprozess sequentiell beschrieben, beginnend mit der Kontaktherstellung über Begrüßung und Gesprächsbeginn bis zum Beenden des Kontaktes. Die in der Sekundäranalyse gefundene sequentielle Verortung von Situationsklärung, Fokussierung und Vereinbarung des weiteren Vorgehens konnte nicht repliziert werden. Die Bestandteile: Aufbau und Erhalt der Beziehung und emotionale Unterstützung und Entlastung wurden einerseits phasenübergreifend beschreiben, können aber unter bestimmten Umständen auch in den Vordergrund der Beratung treten. So wird von den BeraterInnen das Erstgespräch letztlich als ganzheitlicher Kommunikationsprozess dargestellt (Abb. 1).

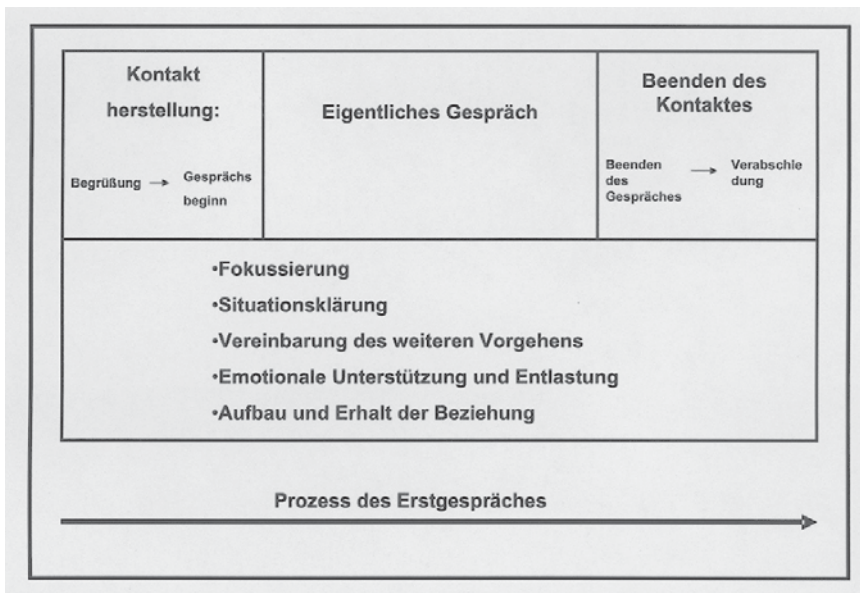


Abbildung 1: Erste Vorstellungen über die Bestandteile des Erstgesprächs im Prozessverlauf

Der allgemeinen Darstellung der Bestandteile des Erstgesprächs durch die BeraterInnen folgend, wird zunächst beispielhaft ein Bestandteil, der den zeitlichen Phasen im Prozess des Erstgesprächs zugeordnet wird, die *Kontakt herstellung*, in seinem Wirken und Zusammenwirken mit anderen Bestandteilen des Erstgesprächs beschrieben. Dem folgt die Beschreibung des Bestandteils *Beziehungsaufbau und -erhalt*, dem keine zeitlichen Phase zugewiesen wurde.

Beispielhafte Darstellung der Kontakt herstellung als Bestandteil des Erstgesprächs, dem eine zeitliche Phase zugeordnet werden kann:

Die aktive Kontakt herstellung durch die BeraterInnen kennzeichnen zwei Prozesse. Zum einen das Gesprächsangebot an die KlientInnen und zum anderen die erste Wahrnehmung dieser und damit die Möglichkeit eines differenzierten Gesprächseinstiegs. Bereits mit der Kontakt herstellung können Bestandteile des Erstgesprächs gemeinsam in einem multimodalen Ansatz aufgerufen werden oder einzelne in den Vordergrund der Beratung treten. Die BeraterInnen beschreiben also das komplexe Zusammenspiel der Bestandteile des Erstgesprächs in der Phase der Kontakt herstellung (s. Abb. 2).

Die Kontakt herstellung, ebenso wie das Beenden des Kontaktes, zeigen sich aus der Sicht der BeraterInnen als sequentielle Phasen, nicht als eigentliche (elementare) Bausteine (Bestandteile) des Erstgesprächs, sondern als Träger solcher.

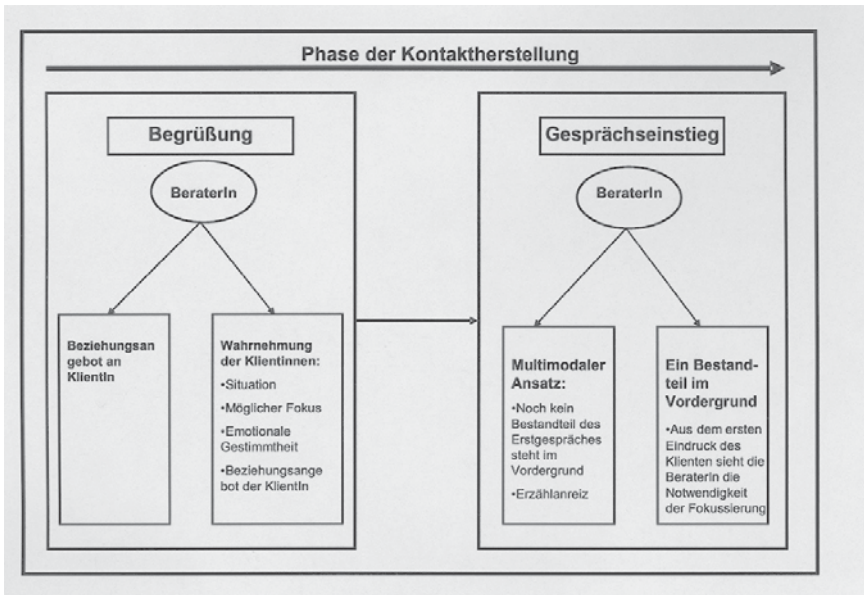


Abbildung 2: Phase der Kontaktherstellung aus Sicht der BeraterIn

Beispielhafte Darstellung des Bestandteils Beziehungsaufbau und -erhalt, dem keine zeitliche Phase zugeordnet werden kann:

Der Bestandteil *Beziehungsaufbau und -erhalt* ist von grundlegender Bedeutung für die Bearbeitung aller anderen Bestandteile und eigentlicher Ausdruck des Beziehungsaspektes der Kommunikation. Der folgende Abschnitt konzentriert sich auf zum einen auf die Einordnung des Beziehungsaufbaus und -erhalts in den Verlauf des Erstgesprächs. Zum anderen wird das allgemeine Vorgehen bei Beziehungsstörungen aus Sicht der BeraterInnen beschrieben.

Die Beziehung beginnt mit der Begrüßung und endet mit der Verabschiedung, ist also Teil jeder sequentiellen Phase des Erstgesprächs. Von der Kontaktherstellung bis zum Beenden des Erstgesprächs tritt uns der Beziehungsaufbau und -erhalt als Beziehungsaspekt der Kommunikation im Erstgespräch entgegen. Gelingt es über die Bearbeitung inhaltlicher Aspekte der Kommunikation eine tragfähige Beziehung im Gespräch aufzubauen und wird diese nicht durch inhaltliche Probleme gefährdet, wird der Beziehungsaspekt durch die BeraterInnen nicht aktiv ins Gespräch eingebracht. Die Metakommunikation über den Beziehungsaspekt ist für die BeraterInnen eine Option bei inhaltlichen Problemen, die als Folge von Beziehungsstörungen entstehen können, aber auch bei Beziehungsstörungen, die zu inhaltlichen Differenzen zwischen BeraterInnen und KlientInnen führen können. Ziel der Kommunikation über die Beziehung im Gespräch ist es, die Störung zu beheben bzw. wenn dies nicht gelingt, das Gespräch zu beenden (Abb. 3).

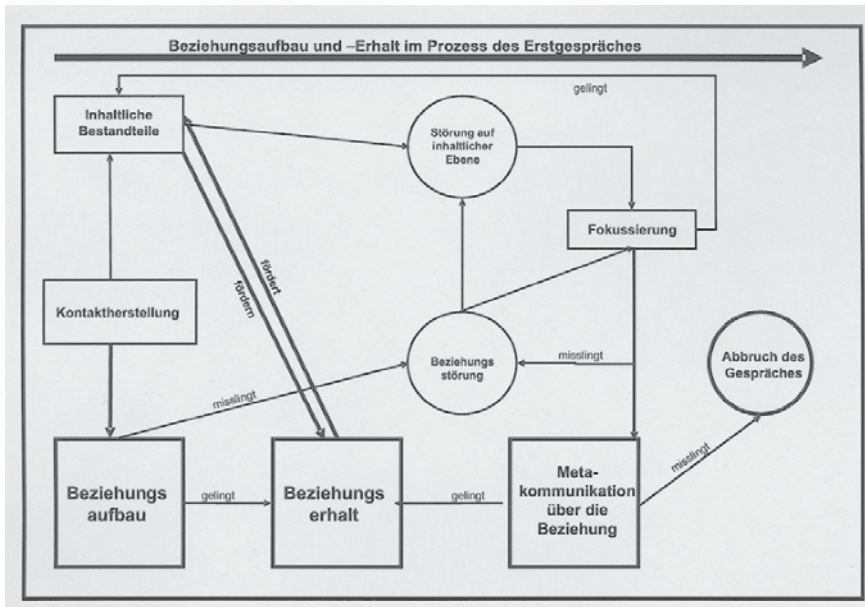


Abbildung 3: Beziehungsaufbau und -erhalt im Prozess des Erstgesprächs

Ebenso wie für den Bestandteil des Erstgesprächs *Beziehungsaufbau und -erhalt* konnten für die Bestandteile *Fokussierung*, *Situationsklärung*, *Emotionale Unterstützung und Entlastung* und *Vereinbarung des weiteren Vorgehens* Schemata für die Umsetzung im Prozess des Erstgesprächs entwickelt werden. Die Umsetzung aller eigentlichen (elementaren) Bestandteile (nicht sequentiellen Phasen) im Prozess des Erstgesprächs wird in einer Synthese zusammengeführt, in deren Ergebnis ein Kommunikationsmodell für den Prozess des Erstgesprächs entstehen wird.

Synthese des Wirkens und Zusammenwirkens der Bestandteile im Prozess des Erstgesprächs

1. Ebene – Identifizierung von Kommunikations-Bausteinen im Prozess des Erstgesprächs

Die Analyse der Bestandteile des Erstgesprächs ging von der allgemeinen fallübergreifenden Sicht der BeraterInnen aus. Die Bestandteile *Kontakttherstellung* und das *Beenden des Kontaktes* konnten als sequentielle Phasen im Prozess des Gesprächs identifiziert werden. In sequentiellen Phasen können alle übrigen Bestandteile des Erstgesprächs (*Fokussierung*, *Situationsklärung*, *Vereinbarung des weiteren Vorgehens*, *emotionale Unterstützung und Entlastung* und *Beziehungsaufbaus und -erhalts*) aufgerufen werden. Deshalb eignen sich sequentielle Phasen im Prozess des Erstgesprächs nicht als Kommunikations-Bausteine im Prozess des Erstgesprächs.

In der Analyse des Wirkens aller Bestandteile wurde die Untrennbarkeit von inhaltlichen und Beziehungsaspekten im Prozess des Erstgespräches deutlich. Die vordergründig inhaltlichen Bestandteile des Erstgespräches (Fokussierung, Situationsklärung, Vereinbarung des weiteren Vorgehens und emotionale Unterstützung und Entlastung) bedienen einerseits unvermeidlich an jedem Zeitpunkt des Gespräches den Beziehungsaspekt der Kommunikation, repräsentiert durch den basalen Anteil des Bestandteil Beziehungsaufbau und -erhalt. Andererseits fördert eine gute Beziehung im Erstgespräch die inhaltliche Arbeit. Des Weiteren wurde auch gezeigt, dass der Aufbau und Erhalt der Beziehung unter bestimmten Bedingungen zum inhaltlichen Schwerpunkt des Erstgespräches werden kann (s. o.).

Jeder Bestandteil des Erstgespräches, ausgenommen die sequentiellen Phasen, Herstellen des Kontaktes und Beenden des Kontaktes, kann als eigenständiger Baustein des Prozesses des Erstgespräches definiert werden:

BST... eigenständiger Bestandteil des Erstgespräches.

Jeder eigenständige Bestandteil (BST) kann darüber hinaus als Funktion des Inhalts- und Beziehungsaspektes der Kommunikation dargestellt werden:

BST:= f (I, B)

I... Inhaltsaspekt der Kommunikation

B... Beziehungsaspekt der Kommunikation

Im Verlauf der Analyse der allgemeinen Aussagen der BeraterInnen zeigte sich, dass den Bausteinen unterschiedliche Qualitäten zugewiesen werden können. So wird für den Inhaltsaspekt der Kommunikation davon ausgegangen, dass ein inhaltlicher Aspekt zunächst erfolgreich bearbeitet werden kann, es aber auch zu Differenzen in der inhaltlichen Arbeit und damit zur Gefährdung dieser kommen kann. Letztlich können diese auch zu Konflikten in der inhaltlichen Bearbeitung der Bestandteile führen. Diese (vorläufig) ermittelten Qualitäten lassen sich wie folgt darstellen:

I1... Erfolgreiches Bearbeiten des inhaltlichen Aspektes eines Bestandteils

I2... Gefährdung der inhaltlichen Kommunikation während der Bearbeitung eines Bestandteils

I3... Störung der der inhaltlichen Kommunikation

Auch aus der Darstellung der Beziehung im Verlauf des Erstgespräches lassen sich unterschiedliche Qualitäten identifizieren, zum Ersten kann der Beziehungsaufbau und -erhalt gelingen, zum Zweiten kann er durch unterschiedliche Gründe gefährdet werden (Ambivalenz zwischen Beziehungserhalt und Beziehungsstörung) und drittens besteht die Möglichkeit einer Beziehungsstörung im Verlauf des Gespräches:

B1... Erfolgreicher Beziehungsaufbau und -erhalt

B2... Gefährdung der Beziehung während der Bearbeitung eines Bestandteils

B3... Störung des Beziehungsaspektes der Kommunikation

Unter der Voraussetzung, das Inhaltsaspekt und Beziehungsaspekt im Kommunikationsprozess des Erstgespräches untrennbar miteinander verbunden sind, können den Bausteinen (Bestandteilen) des Erstgespräches spezifische Ausprägungen

Inhaltsaspekt (I)	Erfolgreiche Bearbeitung des inhaltlichen Aspektes im Prozess des Erstgesprächs	Gefährdung der inhaltlichen Kommunikation	Störung der des Inhaltsaspektes der Kommunikation
Beziehungsaspekt (B)	I_1	I_2	I_3
Erfolgreicher Beziehungsaufbau und – erhalt B_1	BST₁₁	BST₁₂	BST₁₃
Gefährdung der Beziehung B_2	BST₂₁	BST₂₂	BST₂₃
Störung der Beziehungsaspektes der Kommunikation B_3	BST₃₁	BST₃₂	BST₃₃

Abbildung 4: (Vorläufige) Zweidimensionale Kommunikationsmatrix des Erstgesprächs im BKD

von Inhaltsaspekt und Beziehungsaspekt in einer (vorläufigen) Kommunikationsmatrix zugewiesen werden (Abb. 4):

Um den inhaltlichen Gehalt der Felder zu verdeutlichen, werden exemplarisch Bausteine der Kommunikation im Erstgespräch vorgestellt, die BeraterInnen im Zusammenhang mit allen Bestandteilen nennen:

BST₁₁: Die Variable kennzeichnet die erfolgreiche inhaltliche Bearbeitung bei gleichzeitigem Beziehungsaufbau. Wie bereits bei der Analyse des Bestandteils des Erstgesprächs Beziehungsaufbau und –erhalt (s.o.) gezeigt wurde, trägt eine erfolgreiche inhaltliche Bearbeitung zum Beziehungsaufbau und –erhalt bei. Genauso wie eine als tragfähig erlebte Beziehung zwischen BeraterIn und KlientIn die inhaltliche Bearbeitung fördert. Damit kennzeichnet diese Variable den „Idealtyp der Kommunikation“ für ein Erstgespräch.

BST₂₂: Diese Variable beschreibt die gleichzeitige Gefährdung des Inhalts- sowie Beziehungsaspektes der Kommunikation im Erstgespräch. Sie kennzeichnet den von BeraterInnen beschriebenen Fakt, dass die Gefährdung eines Aspektes oft verbunden ist mit der Gefährdung des anderen, wie bereits in der Analyse des Bestandteils Beziehungsaufbau und –erhalt diskutiert wurde.

BST₃₃: Die Störung der Kommunikation betrifft hier sowohl den inhaltlichen wie auch den Beziehungsaspekt. Hier besteht bereits nach Ansicht der BeraterInnen die konkrete Gefahr, dass das Gespräch abgebrochen wird. In der Beschrei-

bung des Bestandteils Beziehungsaufbau und –erhalt (s.o.) verweisen die BeraterInnen auf die letzte Möglichkeit die Beziehung selbst zum Gegenstand zu machen und damit die Gefahr des Abbruchs zu bannen.

In der Analyse konkreter Erstgespräche wird das aus den allgemeinen Aussagen der BeraterInnen entwickelte Kommunikationsmodell mit den dargestellten Qualitäten von Inhalts- und Beziehungsaspekt überprüft und gegebenenfalls erweitert und verändert werden. Um dies jedoch möglich zu machen, macht sich die Einführung einer weiteren Dimension notwendig, nämlich die Differenzierung der Bestandteile der Kommunikation.

2. Ebene: Entwicklung eines dreidimensionalen Modells der Kommunikation im Erstgespräch

Die eigentlichen Bestandteile des Erstgesprächs (Bausteine – BST) müssen differenziert dargestellt werden, um den Prozess des Erstgesprächs gerecht zu werden:

- BSTI ... Fokussierung
- BSTII ... Situationsklärung
- BSTIII ... Vereinbarung des weiteren Vorgehens
- BSTIV ... Emotionale Unterstützung und Entlastung
- BSTV ... Beziehungsaufbau und -erhalt

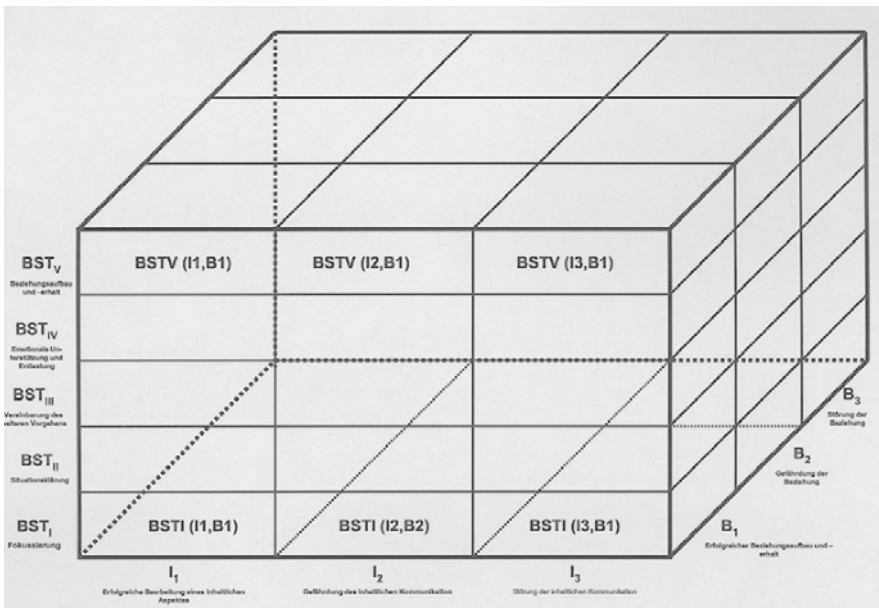


Abbildung 5: Dreidimensionales Kommunikationsmodell des Erstgesprächs im BKD

Mit der Einbeziehung der Dimension der Bestandteile des Erstgesprächs wird das zweidimensionale Kommunikationsmodell um eine dritte Dimension erweitert (Abb. 5)

Die KrisenberaterInnen beschrieben in den Interviews der Primäranalyse das Erstgespräch in Kommunikationseinheiten, denen jeweils ein oder mehrere Bestandteile des Erstgesprächs im Vordergrund stehen, die durch unterschiedliche Qualitäten hinsichtlich des Inhalts- und Beziehungsaspektes aufweisen können. Dabei gehen die BeraterInnen davon aus, dass bestimmte Verläufe für die Bearbeitung eines Gesprächsabschnittes typisch sind. Um dies zu verdeutlichen, werden für den Bestandteil Beziehungsaufbau und -erhalt die allgemeinen Erwartungen der BeraterInnen an deren Bearbeitung mit Hilfe des dreidimensionalen Kommunikationsmodells des Erstgesprächs dargestellt (Tabelle 2).

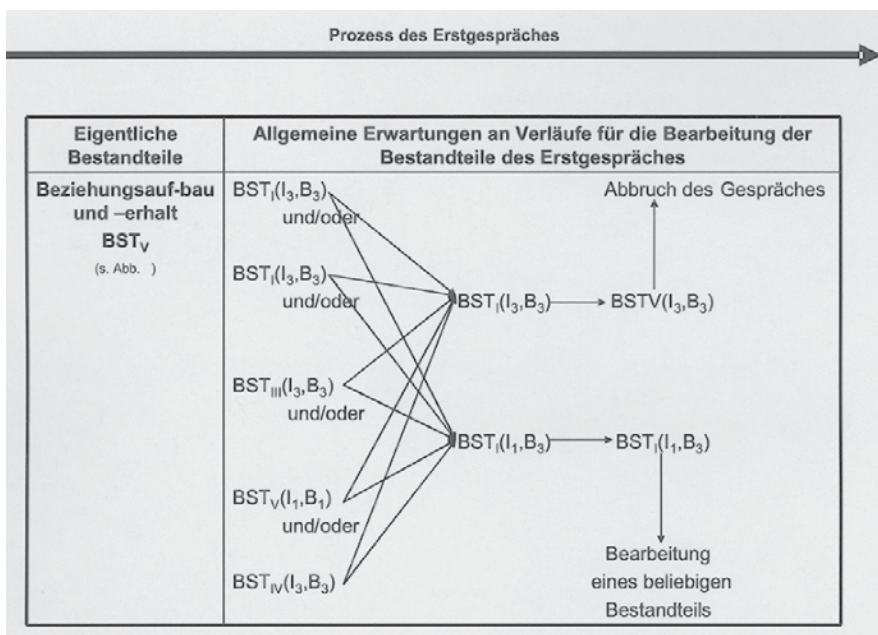


Tabelle 1: Allgemeine Erwartungen der BeraterInnen an mögliche Verläufe bei der Bearbeitung der eigentlichen Bestandteile (Kommunikations-Einheiten) des Erstgesprächs

Mit Verwendung des vorläufigen Kommunikationsmodells kristallisiert sich die zentrale Stellung der Bestandteile Fokussierung und Beziehungsaufbau und -erhalt heraus. Immer wenn inhaltliche Differenzen auftreten, wird erneut fokussiert, misslingt die Bearbeitung der Fokussierung, ist eine Beziehungsstörung wahrscheinlich. Beziehungsstörungen können als solche thematisiert und im Rahmen einer Metakommunikation über die Beziehung im Erstgespräch bearbeitet werden.

Die aus den Aussagen der BeraterInnen rekonstruierten Verläufe bei der Bearbeitung der Bestandteile sind sicherlich noch nicht erschöpfend rekonstruiert. Der Vorteil dieses Modells liegt jedoch in den zahlreich denkbaren weiteren Kombinationen. Es wird in der Analyse konkreter Erstgespräche zu analysieren sein, ob andere Konstellationen berichtet werden bzw. inwieweit sich die allgemeinen Erwartungen in den konkreten Erstgesprächen wieder finden lassen.

Um das Wirken und Zusammenwirken der eigentlichen Bestandteile (Kommunikations-Einheiten) im Prozess des Erstgespräches darstellen zu können, muss als vierte Dimension im Kommunikationsmodell des Erstgespräches der Faktor Zeit eingeführt werden.

4. Ebene: Entwicklung eines vierdimensionalen Modells der Kommunikation im Erstgespräch

Für die Rekonstruktion des Erstgespräches wird angenommen, dass für jede erkennbaren Gesprächsabschnitt ($T_1 \dots T_k \dots T_n$) eine oder mehrere (eigentliche) Bestandteile des Erstgespräches (BSTI ... BSTV) mit bestimmten inhaltlichen Qualitäten (I1 ... I3) und Beziehungsqualitäten (B1 ... B3) identifizierbar sind. So stehen 45 Bausteine zur Beschreibung jedes Gesprächsabschnittes (T_k) zur Verfügung (s. Tabelle 3). Über den Prozess des Gespräches bildet sich so ein bestimmtes Muster eines Erstgespräches heraus. Wird die Dummy-Codierung (1 ... Baustein im Zeitabschnitt T_k genutzt, 0 ... Baustein im Zeitabschnitt T_k nicht genutzt) für die Darstellung der Bausteine im Prozess genutzt, könnten konkrete Prozesse von Erstgesprächen auch mit Hilfe geeigneter mathematischer Methoden verglichen werden (Lautsch / Lienert, 1993).

Die Vorteile des Modells liegen zum einen darin, für den Vergleich konkreter Abläufe von Gesprächen über eine zusätzliche Darstellungsmöglichkeit zu verfügen, die einen mathematischen wie graphischen Vergleich erleichtert. Zum anderen gestattet das entwickelte Kommunikationsmodell des Erstgespräches die Herausarbeitung möglicher Verläufe einzelner Bestandteile über den gesamten Gesprächsverlauf wie auch den Vergleich der Verläufe verschiedener Bestandteile in einem Gespräch.

Zeitabschnitte	Zeitabschnitte T_k
BSTI(I1, B1) . . BSTI(I3,B3)	
BSTII(I1, B1) . .. BSTII(I3,B3)	
BSTIII(I1, B1) . . BSTIII(I3,B3)	
BSTIV(I1, B1) . . BSTIV(I3,B3)	
BSTV(I1, B1) . . BSTV(I3,B3)	

Tabelle 2: Vierdimensionales Modell der Kommunikation im Erstgespräch

7. Zusammenfassung

In der Sekundäranalyse von Interviews, die im Rahmen der Begleitforschung des BKD entstanden sind (Bergold/Zimmermann, 2003 und Zimmermann/Bergold, 2003), konnten in einem ersten Arbeitsschritt Bestandteile des Erstgespräches im BKD identifiziert werden. Sie dienen als Grundlage für die Primärdatenerhebung. In der Analyse der Interviews der Primäranalyse wurden die Aussagen über die Bestandteile des Erstgespräches erweitert und korrigiert. Die empirisch basierten Erkenntnisse über Wirken und Zusammenwirken der Bestandteile im Prozess des Erstgespräches ermöglichte die Herausarbeitung der Bausteine der Kommunikation im Erstgespräch und Entwicklung eines komplexen Modells der Kommunikation im Erstgespräch. Das Modell der Kommunikation im Erstgespräch erleichtert den Vergleich von Prozessverläufen konkreter Erstgespräche und deren Bestandteile. Das Modell der Kommunikation im Erstgespräch kann je-

doch die qualitative Analyse der Umsetzung der Bausteine der Kommunikation im Erstgespräch nicht ersetzen. Erst über die Rekonstruktion konkreter Erstgespräche kann das „Wie“ der Umsetzung der Bausteine der Kommunikation dargestellt werden. Im Erstgespräch treffen die Erwartungen der BeraterInnen und KlientInnen aufeinander und gestalten die Interaktion. Letztlich entsteht über den Vergleich von Prozessverläufen und ihre reichhaltige Beschreibung ein komplexes Bild der Prozesse von Erstgesprächen im BKD.

Literatur

- Bergold, J. / Zimmermann, R.-B.: Wissenschaftliche Begleitforschung des Berliner Krisendienstes, Berlin: Blaue Reihe Berliner Zentrum Public Health, 2003, Band 2.
- Böhm, A., Legewie, A. / Muhr, T.: Textinterpretation und Theoriebildung in den Sozialwissenschaften – Lehr- und Arbeitsmaterialien zur Grounded Theory, Berlin: IFP Atlas, TU Berlin, 1992.
- Caplan, G.: Prevention of preventive psychiatry, New York: Basic books, 1964.
- Ciampi, L.: Krisentheorie heute – Ein Überblick, in: U. Schnyder / J.-D. Sauvant (Hrsg.), Krisenintervention in der Psychiatrie, Bern: Huber, 1993, (13 – 26).
- Freikamp, U.: Klassifikation der Klientel des Berliner Krisendienstes hinsichtlich durchlebter Krise, erfolgter Krisenintervention und soziodemografischer Herkunft (Diplomarbeit). Berlin: FU, 2002.
- Golan, N.: Krisenintervention. Strategien psychosozialer Hilfe, Freiburg: Lambertus, 1983.
- Heim, E.: Der Bewältigungsprozess in Krise und Krisenintervention, in: U. Schnyder / J.-D. Sauvant (Hrsg.), Krisenintervention in der Psychiatrie, Bern: Huber, 1992; (27 – 44).
- Häfner, H. / Rössler, W.: Die Begriffe des psychiatrischen Notfalls und der Krise, in: Katsching, H., Kulenkampf / AKTION PSYCHISCH KRANKE (Hrsg.). Notfallpsychiatrie und Krisenintervention, Köln: Rheinland, 1987, (31 – 48).
- Kunz, S., Scheuermann, U. / Schürmann, I.: Krisenintervention. Ein fallorientiertes Arbeitsbuch für Praxis und Weiterbildung, Edition Sozial. Weinheim: Juventa, 2004.
- Lautsch, E. / Lienert, G.A.: Binäranalyse für Psychologen, Mediziner und Sozialwissenschaftler, Weinheim: PVU, 1993.
- Orlinsky, D. E., Grawe, K. / Parks, B. K. (1994) Process and Outcome in Psychotherapy – noch einmal, in: Bergin, A. Garfield, S. L. (eds.): Handbook of Psychotherapy and Behaviour Change (4th Ed.), New York: John Wiley / Sons, Inc, 1994, (270 – 378).
- Reisch, T., Schlatter, P. / Tschacher, W.: Efficacy of crisis intervention, Crisis: the journal of crisis intervention and suicide prevention, 20(2), 1999, (78 – 85).
- Sauvant, J.-D. / Schnyder, U.: Zur Unterscheidung von „Notfall“ und „Krise“ in der Psychiatrie“, in: U. Schnyder / J.-D. Sauvant (Hrsg.): Krisenintervention in der Psychiatrie, Bern: Huber, 1993, (45 – 54).
- Schürmann, I.: Psychosoziale Hilfe in Notfällen und Alltagssorgen. Handlungskonzepte in der ambulanten Krisenintervention, Wiesbaden: DUV, 1991.
- Simmich, T. / Reimer, C.: Psychotherapeutische Aspekte von Krisenintervention - Literaturüberblick unter besonderer Berücksichtigung der letzten 10 Jahre, Psychotherapeut, 43 (3), 1998, (143 – 156).
- Slaikeu, K.: Crisis intervention. A handbook for Practice and Research (2nd. Ed.), Boston: Allyn and Bacon, 1990
- Sonneck, G.: Krisenintervention und Suizidverhütung, Wien: Facultas, 1997.
- Strauss, A. L.: Grundlagen qualitativer Sozialforschung, München: Fink Verlag, 1991.
- Streck, S.: Die Fokussierung in Kurzzeittherapien. Eine konversationsanalytische Studie, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1989.
- Tschacher, W. / Jacobshagen, N.: Analysis of crisis intervention processes. Crisis: the journal of crisis intervention and suicide prevention, 23(2), 2002, (59 – 67).
- Zimmermann, R.-B. / Bergold J.: Wissenschaftliche Begleitforschung des Berliner Krisendienstes, Band 1. Berlin: Blaue Reihe Berliner Zentrum Public Health, 2003.
- Zimmermann, R.-B.: Was ist eine psychiatrische Krise und was ein psychiatrischer Notfall? Verhaltenstherapie / psychosoziale Praxis, 33.Jg. (1), 2001, (17-19).

Sterne über Ostdeutschland.

Theater als Konstruktionsmedium ost-deutscher Kultur

Theater ist Gesellschaft

Der Zusammenbruch des lange Jahre paradigmatisch wirkenden bipolaren Systemgegensatzes hat die Welt verändert. Die Folgen des Systemumbruchs, insbesondere in Ostdeutschland, haben auf die soziale Lebenspraxis der Menschen derartig einschneidende Folgen, dass kaum ein Lebensbereich davon ausgenommen bleibt. Derartige Umbrüche verlangen nach kollektiver Aufarbeitung und Reflexion. Neben der Auseinandersetzung im Alltag, für die nicht zuletzt die Massenmedien wie Zeitungen und Fernsehen Inhalte verfügbar machen, stellt sich die Frage, in welcher Weise der Bereich der Kunst an der kulturellen Verarbeitung des Systemumbruchs in einem weitgreifenden Bildungs-, Aufklärungs- und Identifikationsprozess beteiligt ist. Für die Literatur und die Bildende Kunst ist dieser Anspruch durchgesetzt und wissenschaftlich hinreichend untersucht, prägt er sogar spezifische Schulen, wie etwa die Neue Leipziger Schule oder Autorengenerationen, wie etwa Jana Hensel, Jakob Hein, Clemens Meyer, aber auch Christoph Hein. Das Theater spielt bislang in dieser Debatte keine Rolle. Es ist aber zu zeigen, dass gerade Theater, als ein genuin gemeinschaftliches Medium, in der Lage ist, die kulturellen und sozialen Umbrüche als kollektive und gesellschaftliche künstlerisch zu reflektieren. In dem hier vorgestellten Ausschnitt aus dem Dissertationsprojekt ‚Theater als Konstruktionsmedium ostdeutscher Kultur‘, soll Theater als funktionelles Medium betrachtet werden, das der Gesellschaft anschlussfähige Kommunikation zur Verfügung stellt. Theater ist Teil eines gesellschaftlichen Zusammenhangs und zugleich stellt es Gesellschaft innerhalb seines Wirkungskreises im Akt der Kommunikation erst her. Dieser systemtheoretische Ansatz erlaubt es, theatrale Fiktion im kommunikativen Wechselverhältnis zu nichtfiktionaler Kommunikation zu betrachten und damit Theater in einen gesellschaftlichen Kontext einzubetten. Unter der Perspektive des Systemumbruchs in Ostdeutschland tritt diese soziale Funktion von Theater besonders deutlich hervor. Indem Theater diese Umbruchsprozesse zum kommunikativen Gegenstand erhebt, ohne sie selbstverständlich ausschließlich nur abzubilden, leistet es einen Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs über Ostdeutschland in all seinen Facetten: personale und kollektive Identität, Umgang mit biografischer und kollektiver Vergangenheit, ideengeschichtliche Positionen, soziale Verhaltensmuster, psychologische Bewusstseinsprozesse und vieles mehr.

Die Theaterwissenschaft richtet ihr gegenwärtiges Augenmerk auf ästhetische Phänomene und Prozesse. Sie untersucht Wahrnehmungsmodalitäten und betrachtet Theater als ‚Ereignis‘ in seinen performativen Eigenschaften. Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlich-sozialen Entwicklungen und Theaterpraxis tritt hinter der Orientierung auf das Kommunikationsverhältnis von Bühne und Zuschauer als ästhetische Erfahrung zurück. Für die Auswirkungen des historischen Umbruchsprozesses in Ostdeutschland sowohl auf die Theater als Institutionen als auf die Bühne als Ort eines gesellschaftlich relevanten Diskurses hat dieser theoretische Ansatz keinen Blick. In der angespannten kulturpolitischen Situation, in der Theater zunehmend um ihre Legitimation kämpfen müssen, läuft diese einseitige Orientierung Gefahr, den politischen Anspruch von Theater als notwendiger Bestandteil einer demokratischen Kultur in den Hintergrund zu drängen. Dem gegenüber steht eine Theaterpraxis insbesondere in Ostdeutschland, in der Theater, vorwiegend in ländlichen Räumen, wie etwa Rudolstadt, Senftenberg, Greifswald/Stralsund aber auch Magdeburg, Cottbus und partiell Leipzig, die Auseinandersetzung mit dem Systemumbruch und seinen Folgen zu einer künstlerischen Leitlinie erhoben haben und mit diesem Profil nicht nur einen gewaltigen Zuschauerzuspruch verzeichnen, sondern darüber hinaus an gesellschaftlicher Relevanz signifikant gewinnen.

Die folgenden drei Beispiele sollen zeigen, dass die ästhetische Produktion fiktionaler Realität auf verschiedene Weise mit realen sozialen Prozessen in Beziehung steht. Es handelt sich um Teilergebnisse der Analyse von zweiundzwanzig Theatertexten, die den Systemumbruch in Ostdeutschland reflektieren. Sie sind aus der Gesamtschau von insgesamt über sechzig Theatertexten nach folgenden Kriterien ausgewählt worden: Entstehungszeitraum 1989-2006, Relevanz in den Spielplänen ostdeutscher Theater im zeitlichen Verlauf seit 1990, Konzeption als Theatertext (das schließt Adaptionen anderer Gattungen wie Film und Prosa dezidiert aus), biografische Breite im Autorensample. Im Dissertationsprojekt werden diese Theatertexte hinsichtlich ihrer Motive, Figurentypen und poetologischen Strategien untersucht und mit einer umfassenden Spielplananalyse aller ostdeutscher Theater (in der die hier ausgeschlossenen Adaptionen sowie Inszenierungen von DDR-Dramatik als auch Schlagerabende/Revueen berücksichtigt werden) sowie mit der Auswertung von dreizehn qualitativen Interviews mit Ostdeutschen Theaterpraktikern (Regisseure, Intendanten, Autoren) in einen kompakten Zusammenhang gebracht.

Die Konzeption der Arbeit erweist sich angesichts des aktuellen Arbeitsstandes als außerordentlich produktiv, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen vermag die strukturelle Analyse der Theatertexte über den Verlauf von insgesamt siebzehn Jahren Tendenzen und Entwicklungen aufzuzeigen, die bei der sonst üblichen Forschungspraxis von Einzeltextanalysen oder der Werksanalyse einzelner Autoren nicht erfasst werden können. Zwar wird die Arbeit den Theatertexten als singuläre und ästhetisch geschlossene Werke nur bedingt gerecht, im Gegenzug tritt

jedoch die unmittelbare Wechselwirkung zwischen einem gesellschaftlichen Diskurs und der Entwicklung seiner ästhetischen Reflexion und Produktion unmittelbar hervor. Zum anderen ermöglichen die Interviews mit den Theatermachern eine Rückbindung der Analyseergebnisse an die Theaterpraxis und eröffnen mit der Innensicht der Akteure den in der Theaterwissenschaft latent vernachlässigten Zusammenhang zwischen Theatertextproduktion der Autoren und ihre Aufnahme in die Spielpläne (oder ihre mögliche Nichtrepräsentanz in ihnen) durch die Entscheidungsträger, namentlich der Intendanten und Regisseure.

Die drei folgenden Beispiele untersuchen die Darstellung von ‚Familie‘ im Vergleich zu westdeutscher Gegenwartsdramatik im Untersuchungszeitraum, fokussieren die in den Theatertexten entworfene Landschaft als einem fiktionalen Bedeutungsträger für gesellschaftliche Zustände und nehmen abschließend den Figurentypus des arbeiterlichen Menschen in den Blick.

Familie in west- und ostdeutschen Theatertexten seit 1990

Familie in der westdeutschen Gegenwartsdramatik

In westdeutschen Theatertexten der Neunziger Jahre erscheint Familie als ein mikrokosmisches Abbild von Gesellschaft: „Die Familie ist ein fast rechtsfreier Raum und sehr stark von gesellschaftlichen Eingriffen geschützt. Verwandtschaftsbeziehungen sind Bindungen, die über den Gesetzen stehen.“¹ Die Familie gilt westdeutschen Dramatikern als ein „Mikrokosmos der Gesellschaft im Allgemeinen“ und als „Keimzelle für die Gesellschaft der repräsentativste wie gleichzeitig für die einzelne Figur bedrohlichste Ort“ (Frei, 2006, S. 192).

Auf die Unübersichtlichkeit der Verhältnisse nach dem Ende der bipolaren Weltordnung reagieren die Dramatiker mit einer Renaissance der Familie. Die ist in ihrer personalen Grundstruktur übersichtlich und gleichzeitig lassen sich an ihr gesellschaftliche Prozesse en miniature verhandeln. In keinem der Familienstücke etwa von Franz Xaver Kroetz, Werner Schwab, Dea Loher, Thomas Jonigk und Wilfried Happel ist die Familie ein Ort des ausschließlich Privaten. Das Private wird, gemäß einer alten Forderung der 68er-Bewegung, politisch. In ihrer Untersuchung arbeitet Franziska Schößler (2004) heraus, dass in all diesen Familienstücken das Gesellschaftliche als diskursives Element präsent ist und sich innerhalb der Familienstrukturen spielerisch ausagiert. Auffällig ist, dass das – und dafür eignet sich die Familienstruktur in besonderer Weise – in der Regel über körperlich-sexuelle Konstellationen geschieht. Gesellschaftliche Konfliktlinien treten über die Körper der Figuren und mithin über ihre sexuellen Handlungen zu tage. Die Figurenbeziehungen spiegeln in erster Linie eine Auseinandersetzung gesellschaftlicher Diskurse, für deren Macht und Deutungsanspruch die Figuren

1 Marius von Mayenburg in einem Interview mit Nikolaus Frei. In: Frei, 2006 S. 191.

mit ihrer Körperlichkeit stehen. Kroetz ironisiert beispielsweise in ‚Der Drang‘ den Diskurs über die Natürlichkeit von Sexualität und männlicher Potenz. Die Figuren agieren diesen Diskurs körperlich aus und konstruieren so die Grenzen zwischen dem eingeschlossenen ‚Normalen‘ und dem ausgeschlossenen (kriminalisierten) Ungewöhnlichen (Schöblier, 2004, S. 246). Bei Werner Schwab ist es die Sprache als eine körperliche Entäußerung, die die Figuren erst konstituiert:² „Die Sprache ist der jeweilige Körper der agierenden Personen. Die Sprache zerrt die Personen hinter sich her: wie Blechbüchsen, die man einen Hundeschwanz angebunden hat. Man kann eben nichts als Sprache.“³ Das Sexuelle als das gesellschaftlich Ausgegrenzte wird hier durch die Sprache als das die mühevoll aufrecht erhaltene Ordnung Zerstörende im Vollzug seiner Ausgrenzung zugleich latent mitaktualisiert: Familiäre Strukturen bei Werner Schwab sind der Kampf um die Deutungsmacht der Diskurse, die unmittelbar physisch konkret, das heißt sexuell, oder zumindest sexuell konnotiert, ausgetragen werden.

Für Thomas Jonigk ist die Sexualpolitik der Familie ein Sinnbild gesellschaftlicher Ordnung. Als „archaische Konstante“ determiniert sie über die „Selbstwahrnehmung des Einzelnen [...] Mikrostrukturen jeder Gesellschaftsformation“.⁴ Sie dient dazu, „gesellschaftliche Hierarchien und Normalisierungsprozesse“ (Schöblier, 2004, S. 258f.) sichtbar zu machen. Jonigk zeigt die Dominanz heterosexueller Ordnungen, die Abweichungen als Bedrohung ausschließt.⁵ Diese Ausschlusslogik wird in Jonigks Texten als signifikant für die Gegenwart von Gesellschaft entlarvt. Ähnlich gelagert ist die Sicht auf Familie bei Wilfried Happel, der sie als Ort zeigt, in der das gesellschaftlich Ausgegrenzte sich in Form sexueller Gewalt seinen notwendigen Raum zurückerobert. In allen diesen Theatertexten, ergänzt durch jene von Dea Loher, ist der Inzest der „Kulminationspunkt familiärer Abhängigkeits- und Unterwerfungsverhältnisse“ (Schöblier, 2004, S. 270). Diese Abhängigkeitsverhältnisse lassen sich in ihrer Grundstruktur als gesellschaftlich verbindliches Interaktionsmuster betrachten und in diesem Sinne weisen die Familienstücke stets über das Private hinaus. Sexuelle Gewalt innerhalb der Familie ist immer zugleich strukturelle Gewalt, anhand derer die Dominanz kultureller Ordnungen und damit gesellschaftlicher Diskurse in ihrem Ausgrenzungscharakter durchgespielt werden.

In den meisten dieser Theatertexte agiert die Familie im geschlossenen Raum, es gibt keine Außenwelt und schon gar nicht wird diese der Familie als soziales Gebilde gegenüber gestellt. Gesellschaft ereignet sich als körperliche Präsenz innerhalb einer geschlossenen Struktur. Die Welt erscheint als ein babylonisches Stimmengewirr, das über die Isolation einzelner Diskurse partiell greifbar ist. Erklärungsmuster für soziale Veränderungsprozesse werden nicht geliefert, aber

2 Vgl. auch Poschmann, 1997 S. 184-194.

3 Schwab, Werner: Mein Hundemund. Das Schauspiel. Vier Szenen. Zitiert nach: Schöblier, 2004, S. 248.

4 Nioduschewski, Anja: Das Unbehagen der Geschlechter. Zitiert nach: Schöblier, 2004, S. 258.

5 Ähnliche Kritik an gängigen Diskursmustern finden sich in den Theatertexten René Polleschs.

auch nicht gesucht. Das ist, und das sei an dieser Stelle ausdrücklich betont, kein Mangel, vielmehr verweist dieser Umstand auf die Wahrnehmungsmuster der Autorinnen und Autoren, die ihre Funktion in einer partiellen Komplexitätsreduktion sehen, um zumindest Bruchteile von gesellschaftlicher Realität in ihrer strukturellen Verfassung sichtbar zu machen.

Familie in der ostdeutschen Gegenwartsdramatik

Die Theatertexte ostdeutscher Herkunft liefern in ihren immanenten Familiendarstellungen ein gänzlich anderes Bild. Zunächst fällt auf, dass es reine Familienstücke, wie sie für die westdeutschen Theatertexte auszumachen sind, kaum gibt. Die Kleinfamilie als Normalfall, wie in den westdeutschen Theatertexten perspektiviert, ist in den ostdeutschen die Ausnahme. Es dominieren kinderlose Paarbeziehungen beziehungsweise alleinerziehende Mütter.⁶ Während in den westdeutschen Familienstücken das Handeln der Figuren immer bereits Produkt eines gesellschaftlich verursachten Deformationsprozesses ist, sind die Figuren in den ostdeutschen Theatertexten im weitesten Sinne frei von solch psychischen Deformationen. Es sind in der Regel starke Charaktere mit festem Willen und klarem Handlungsvorsatz. Wenn sich psychische Schädigungen zeigen, so werden diese, im Unterschied zu den westdeutschen Theatertexten in ihrem prozesshaften Verlauf gezeigt und nicht zuständig vorausgesetzt. Familie erscheint keineswegs als ‚Keimzelle für Gesellschaft‘, sondern wird dem gesellschaftlichen Kontext gegenüber gestellt. Dieser ist konkret präsent und wird von den Figuren als Begründung ihres Handelns und Reagierens reflektiert. Während in den westdeutschen Familienstücken gesellschaftliche Realität über das Innenleben der Figuren in die Familie quasi unbemerkt eindringt, erleben sich die Figuren in den ostdeutschen Theatertexten in dezidiertem Distanz, wenn nicht gar Opposition zu dieser. Die Familie, wie etwa in ‚Sterne über Mansfeld‘ oder auch die Mutter-Kind-Beziehung in ‚Unsterblich und reich‘, wird als Hort anderer, alternativer Werte gelebt, die in der äußeren Realität nur noch bedingt anschlussfähig sind. Charlotte in ‚Vineta oder wassersucht‘ widmet sich ihrer zukünftigen Schwiegertochter Rosi als solidarische und emotional verbindliche mütterliche Freundin, obwohl sie selbst erlebt, wie die Solidarität der Frauen in der Umschulungsklasse bröckelt. Die Mutter in ‚Unsterblich und reich‘ versucht mühevoll ihren Kindern die Werte von produktiver Arbeit und solidarischem Miteinander zu vermitteln, obwohl sie erfahren muss, dass körperlich anstrengende Erwerbsarbeit kein Garant ist für sozial verträgliches Auskommen. Betty in ‚Sterne über Mansfeld‘ liebt ihren Mann trotz seines unternehmerischen Versagens und erzieht ihre Tochter zu einer selbstbewussten und auf Gleichberechtigung zielenden jungen Frau, obwohl sie zusehen muss, wie die Region dem sozialen Verfall ausgesetzt ist und ihrer Tochter keiner-

6 Insgesamt lässt das Fehlen der Väter die These zu: Mit der DDR verschwinden die Väter, wird ihr letztlich patriarchaler Charakter überwunden. Vgl.: die Dissertationsarbeit der Autorin.

lei Perspektive bietet. Und auch Anna in ‚Radow‘ honoriert letztlich den Anspruch der Tochter, als gleichberechtigter Partner akzeptiert zu werden und einen selbstbestimmten Lebensentwurf zu formulieren, obwohl sie erlebt, wie ihre beiden Lebensentwürfe als Mitglied der Bürgerbewegung und als zurückgezogen lebende Künstlerin gesellschaftlich ausgebremst und zerstört werden. Familie als soziale Einheit wird also in der Differenz zu außerfamiliärer Realität dargestellt. In der Folge des Systemumbruchs, in der die äußere soziale Wirklichkeit als eine extrem veränderliche erlebt wird, dient die Familie den einzelnen Figuren als Rückzug und zum Teil auch als Schutzraum vor der häufig als fremd und feindlich wahrgenommenen Umwelt. Die Familie bietet in der Binnenkommunikation die Möglichkeit, diese extremen Veränderungen zu reflektieren und als Differenz zu kommunizieren. Gesellschaft und Familie werden als gegensätzliche Sphären wahrgenommen, in denen unterschiedliche Gesetze gelten.

Mit der Jahrtausendwende gewinnt die Familiensphäre in den ostdeutschen Theatertexten zunehmend als emotional stabilisierender Faktor an Bedeutung. Sie erscheinen als einzige nicht austauschbare Beziehungen und identitätsstiftende Parameter. Das zeigt sich nicht nur in den Theatertexten Katers, in denen Familie als liberaler und zugleich verbindlicher Freiraum evoziert wird, sondern beispielsweise auch in ‚alter ford escort dunkelblau‘ von Dirk Laucke, wo das Zerbrechen der Kleinfamilie dem Vater Schorse den letzten sozialen Halt zu rauben droht. Alle anderen Sicherungen außerhalb der Familie haben sich ohnehin bereits aufgelöst und die Figur in prekäre Lebensverhältnisse gezwungen. Je manifeste die Differenz zwischen individuellen Ansprüchen, Wertvorstellungen, Erwartungen und der äußeren Realität wird, desto wichtiger werden die emotionalen Bindungen innerhalb der Familienstrukturen. Sie erscheinen als einzige nicht austauschbare Beziehungen und identitätsstiftende Parameter.

Fazit

Sowohl west- als auch ostdeutsche Theatertexte reagieren auf die veränderte Realität nach 1989/90. Doch sie tun es auf unterschiedliche Weise. Westdeutsche Familienstücke evozieren gesellschaftliche Realität mit erkenntnistheoretischem Interesse als diffuse, undurchdringliche Welt, aus der sich mit Hilfe der Fokussierung familiärer Zusammenhänge einzelne Diskursstrukturen herauslösen und aufzeigen lassen. Dahinter steckt ein Gesellschaftsbild, das die Gegenüberstellung von Gesellschaft und Individuum nicht mehr gelten lässt. Die Frage nach den Möglichkeiten gesellschaftlichen Eingreifens und der Veränderbarkeit gesellschaftlicher Strukturen durch das Individuum jenseits des Privaten wird obsolet. Jeder ist Teil des Ganzen und in den Diskursmustern unweigerlich und irreversibel gefangen.

In den ostdeutschen Theatertexten wird gesellschaftliche Realität als den Interessen der Figuren zuwider laufende Umwelt dargestellt. Sie verändert sich schneller als diese ihre psychosoziale Struktur anpassen können. Sie wird als fremd und

zum Teil sogar als entfremdet wahrgenommen. In den ostdeutschen Theatertexten werden die Veränderungen als Prozess perspektiviert und bildet die Dichotomie von Gesellschaft und Individuum eine zentrale Kategorie.

Während dort die Auflösung von Strukturen und Ordnungsparametern paraphrasiert wird, wird Gesellschaft hier als begrenzende Beschränkung individueller Lebensvorstellungen, mithin als sozial restriktiv erfahren.

Landschaft im Umbruch

Bewegte Landschaft bei Fritz Kater

Im Unterschied zu realen Landschaften, besitzen fiktive Räume insbesondere in Theatertexten, die in ihrer szenischen Realisation auf eine räumliche Komponente zwingend angewiesen sind, die Möglichkeit, als gestaltete Räume ästhetische Bedeutung zu erzeugen. In den Theatertexten Fritz Katers, aber auch in Dirk Laukes ‚alter ford escort dunkelblau‘ wird die Landschaft zu einem Bedeutungsfeld für gesellschaftliche Zustände. In den drei Theatertexten ist Landschaft kein statischer Raum, sondern befindet sich auf unterschiedliche Weise in Bewegung. In ‚Vineta oderwassersucht‘ bildet der Fluss das zentrale Motiv. In einer, wie ein Prolog der Handlung vorangestellten, Chorpassage werden kindliche Phantasien evoziert, die unmittelbar mit dem Fluss verbunden sind. Der Sage nach existierte an der Odermündung einst die Stadt Vineta. Sie wird in diesem Prolog zu einem utopischen Ort, zu einem imaginären Paradies, wo der Fluss des Lebens Sinn und Erfüllung findet. Doch der Zugang ist der Figur verwehrt: „da stand er da aber auch dieser eingang zeigte sich verschlossen stand stand da und der eingang zur hölle war verschlossen“ (‚Vineta oderwassersucht‘, S. 2) Paradies und Hölle werden im letzten Satz in eins gesetzt, der Eingang in beides bleibt verschlossen, die Hoffnung auf Erlösung vom diesseitigen Leben besteht nicht. Bevor also die Handlung beginnt, wird die Möglichkeit einer Utopie, für die ‚Vineta‘ steht, verweigert und die Figur Steve, die im unmittelbaren Anschluss auftritt und die Fantasie über den Fluss fortsetzt, in einen Raum gesetzt, der ohne Einschränkungen auf das Hier und Jetzt verweist. Gleichwohl ruft der Titel des Theatertextes ‚oderwassersucht‘, in dem phonetisch ‚Sehnsucht‘ mitklingt, die Suche nach einem Ort für ein besseres Leben auf. Die sozial missliche Lage der Figuren in der sich im Folgenden entwickelnden Handlung, wird sowohl durch diesen Prolog als auch durch den Titel des Textes, als unbefriedigend, aber in ihrer materiellen Konkretheit zunächst unabänderlich, kenntlich gemacht. Das Leben ist, wie es ist. Und doch schwebt über der Handlung latent und punktuell aktualisiert über das Thema des Flusses, eine Hoffnung auf eine andere, jenseitige Welt mit.

In ‚Sterne über Mansfeld‘ bildet der Bergbau ein durchgängiges Motiv. Mit ihm ist das Leben der Figuren unmittelbar verbunden. Der Berg wird, ähnlich wie der Fluss, zur Lebensmetapher: „der berg führt gar nicht von uns weg er führt zu

uns hin je weiter wir ihn betreten je mehr wir in ihn eindringen um so näher kommen wir uns selbst unserer angst unserer trägheit unserer kraft aber wir sind einfach nicht weiter gegangen wir haben einfach schlapp gemacht bei der ersten anstrengung bei dem ersten anzeichen von gefahr und jetzt stehen wir hier wie vor zwanzig jahren und drehen uns im kreis und werden einfach nur älter“ (,Sterne über Mansfeld'; S. 36). Es sind nicht von ungefähr jene drei Figuren, deren Leben als ‚Weg durch den Berg‘ beschrieben wird, die am Ende gezwungen sind, ihr Dasein in der Region zu fristen. Für einen Neubeginn ist es für sie zu spät. Sie sind verhaftet mit der Region und damit mit ihrer eigenen und der gesellschaftlichen Vergangenheit. Dabei ist der Berg beziehungsweise der ‚tote Schacht‘ nicht nur ein Bild für das individuelle Scheitern der drei Figuren, sondern für das Schicksal ihrer Generation. Er ist ihre Vergangenheit, von der sie sich nicht lösen können oder wollen. Dieses Identitätsgefüge, in seiner Statik aber auch in seiner Traditionalität sinnfällig gemacht über den toten, stillgelegten Bergbaustollen, bricht am Ende mit einer gewaltigen Implosion zusammen. Die innerlich ausgehöhlte Landschaft der Bergbauregion wird in ‚Sterne über Mansfeld‘ zu einem Sinnbild für die ostdeutsche Gesellschaftssituation. Der Einsturz des toten Stollen vollzieht die gewaltigen biografischen Umbrüche nach, denen sich die Figuren ausgesetzt sehen. Der Systemumbruch bildet sich in der Landschaft ab.

Sterbende Landschaft bei Dirk Laucke

Für die Figuren in ‚alter ford escort dunkelblau‘ erübrigen sich Fragen nach biografischer Entwicklung und sozialer Identität angesichts der gewaltigen Anstrengung, die notwendig ist, den Augenblick materiell zu überstehen und sozial zu überleben. Hier gibt es keinen Verweis auf DDR-Erfahrungen, die Figuren sind in einer prekären Situation angekommen. Die entvölkerten Wohnsiedlungen sind in diesem Theatertext keine urbanen Räume mehr, sondern haben sich zu einer trostlosen Landschaft verändert, die in ihrem Zustand des schleichenden Zerfalls den Figuren vor Augen halten, wie nah der Tod ist: „wohnhaussiedlungen mit bisschen wiese davor und ner plastikrutsche knallrot für die kinder. und plastikschaufeln und plastikharken in kleinen sandkästen mit zaun drum. Und noch n zaun um den zaun. nur die ex-häuser die ohne scheiben in den zu kleinen fenstern wern nicht mehr eingesperrt. Zwei stockwerke höchstens. Der putz is grau und die dächer. Kann mich noch erinnern, als kind ma ne fahrt richtung bitterfeld. Grün bis schwarz sahn die aus. Aber gardinen gabs noch. Und jetzt. zu nichts zu gebrauchen. Außer ins schwarze da rein kucken. Sperrangelweit auf. Wie wenn einer zu schreien versucht hat, stirbt und bleibt so. es reicht wenn ich einen tag hinter mir hab und stolz bin am leben zu sein“ (,alter ford escort dunkelblau'; S. 38). Die Fahrt der Figuren mit dem Ziel ‚Legoland‘ führt durch das Mansfelder Land. In ‚Sterne über Mansfeld‘ steht die zerklüftete Bergbaulandschaft für eine vergangene Zeit. In Dirk Lauckes Stück werden die Überreste des Anhaltinischen Bergbaus – „felder schutt- und kaliberge“ (,alter ford escort dunkelblau'; S. 10) zur

fiktiven Kulisse eines Zukunftstraumes. Schorse träumt davon, einmal die amerikanische Route 66 zu bereisen. Aber die Tatsache, dass der alte Ford auf dem Weg nach Legoland schon hinter der nächsten Tankstelle streikt, rückt diesen Traum in unerreichbare Ferne. Nicht irgendeine Identität, eine Erinnerung an die Kindheit oder die Einbettung in einen gewachsenen sozialen Kontext verhindern den Auf- und Ausbruch der Figuren, sondern ihre blanke materielle Not. Sie verdammt sie zu einem statischen Dasein. Freiheit ist nur als Traum möglich: „ich konnte amerika sehen. Route 66. kali- und schuttberge wurden die rockies, windräder ölpumpen, das mansfelder land die prairie“ (,alter ford escort dunkelblau‘; S. 60). Die vom Bergbau künstlich modellierte Landschaft wird in diesem Theatertext von ihrer Belastung durch die Vergangenheit befreit, sie ist unumstößlich, ihr Gewordensein wird ausgeblendet und im gleichen Atemzug ist es möglich, sie imaginär zu etwas anderem, zur Realisation einer unmöglichen Zukunft zu machen. Sie wird zur statischen Kulisse einer bewegenden Utopie.

Fazit

Die Landschaft in den hier besprochenen drei Theatertexten verhält sich zu der in ihnen entworfenen Perspektive auf den Systemumbruch in unterschiedlicher Weise. In ‚vineta oderwassersucht‘ steht die titelgebende Imagination von ‚Vineta‘ für einen nicht näher definierten Gegenentwurf zu der im Text entworfenen sozialen Realität der Figuren. Sie macht damit diese als unbefriedigend und unzulänglich deutlich, formuliert eine Differenz, von der aus die Konflikte in ihrer sozialen Schärfe und Unausweichlichkeit deutlich werden. In ‚Sterne über Mansfeld‘ versinnlicht die Bergbaulandschaft die sich aushöhlenden Identifikationsmuster eines Teils der Figuren. Sie steht für die individuelle und kollektive Geschichte, die ihre Funktion als Boden und Fundament der Lebensentwürfe verliert. Und schließlich wird die gleiche Bergbaulandschaft in ‚alter ford escort dunkelblau‘ enthistorisiert und damit freigegeben für eine neue Bedeutungszuschreibung. Befreit von der Last der Vergangenheit, die für die Figuren keine identitätsstiftende Rolle spielt, ermöglicht sie den Traum von einem anderen Leben. Wo das Leben in Statik verharrt, wird die Bewegung zur Utopie.

Die Erosion des arbeiterlichen Menschen

Arbeit in west- und ostdeutschen Theatertexten. Allmacht versus Verlust

In nahezu jedem hier untersuchten Theatertext treten Verlierer als Protagonisten auf. Verlierer meint Figuren, die sozialen Abstieg, emotionale Niederlage, ökonomischen Verlust und biografische Entwertung verkraften müssen. Figuren, die als Gewinner des Systemumbruchs dargestellt werden, kommen nur vereinzelt vor und übernehmen in der Regel die Funktion, im Kontrast zu den Verlierern, deren individuellen Verliererstatus zu verdeutlichen und die dramatische Fallhöhe zu

steigern. In der Regel wird das subjektive Verlustgefühl der Figuren ausgelöst durch den Verlust des Arbeitsplatzes. Dieser wird mit dem Systemumbruch in kausalen Zusammenhang gebracht. Er bedeutet mehr als die Reduzierung materieller Ressourcen, sondern stellt in Verbindung mit dem Systemumbruch das gesamte Weltbild der betroffenen Figuren in Frage. Sofern diese individuellen Verlusterfahrungen der Figuren mit privaten Beziehungsproblemen verknüpft werden (Ehe, Liebesbeziehungen, Elter-Kind-Verbindungen), sind diese eindeutig nachgeordnet und erweitern lediglich die Komplexität des Verlustes für die betreffenden Figuren. Die Ursachen für den facettenreichen Abstieg werden in keinem Theatertext in den charakterlichen Eigenschaften oder in einem etwaigen Fehlverhalten der Figuren gesucht, sondern stets im gesellschaftlichen Umfeld verankert.

In der westdeutschen Dramatik wird das Thema ‚Arbeit‘ aus einer völlig anderen Perspektive in den Blick genommen. „Die Arbeitswelt [wird, S.J.] in ihrem alteinherrschaftlichen Anspruch als erbarmungslose gezeigt. Wie die global vernetzt politische, so zermahlt auch die Arbeitswelt die Personen, die sie umgibt, ohne Rücksicht auf deren Persönlichkeit, Würde, Sehnsüchte oder Ängste und speit aus, wen sie nicht (mehr) brauchen kann“ (Frei, 2006, S. 190). Autoren wie Albert Ostermaier oder Moritz Rinke zeigen in ihren Theatertexten das Ausgeliefertsein des Individuums an den jeweiligen Arbeitsplatz. Das sind in der Regel Orte der gehobenen Mittelschicht, bei Rinke sind es wohl situierte Stadtplaner (‚Republik Vineta‘; 2000), bei Ostermaier ist es ein Börsenmakler (‚Erreger‘; 2000), dessen Körper sich in der Sprache der Börsenwelt, die in ihrer biologistischen Ausrichtung eine eigene Realität konstruiert, auflöst. Auch in nicht-dramatischen⁷ Theatertexten geht es primär um die Degradierung des Arbeitnehmers zum ‚Humankapital‘, wie etwa in René Polleschs ‚Heidi-Hoh‘-Trilogie (1999-2001). Die Ausbeutung der Arbeitskraft folgt hier nicht mehr der Unterscheidung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sondern findet in einem brutalen und zerstörerischen Akt der Selbstaussbeutung statt. Die Autoren beschreiben auf vielfältige Weise den Wandel in der Arbeitswelt und zeigen dessen unmenschliche Entwicklung, die letztlich auf die Zerstörung des Individuums hinausläuft. Arbeit und respektive die kapitalistische Logik des Marktes erfasst das Private, was schließlich zur Ökonomisierung aller Lebensbereiche führt. Die Figuren vermögen es nicht, sich aus dieser Zwangslogik zu befreien. Aus dieser Ohnmacht gegenüber den Verhältnissen speist sich das theatralische Potential dieser Theatertexte. Die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung kommt in dieser Perspektive nicht vor, sie löst sich in der affirmativen Beschreibung eines zugespitzten Ist-Zustandes auf.

In den ostdeutschen Theatertexten bis zum Ende der Neunziger Jahre spielt der latente Vergleich eines systemischen ‚Vorher-Nachher‘ eine bedeutende Rolle.

⁷ Zum Vergleich zwischen ‚dramatischen‘ und ‚nicht dramatischen‘ Theatertexten siehe: Poschmann, Gerda, 1997.

Die Denkweise, Handlungsstruktur und charakterliche Verfasstheit der meisten Figuren, und das gilt in besonderer Weise für die Gruppe der Verlierer, verweist in ihrem Kern auf eine DDR- Sozialisation. Ihr Erwartungshorizont, ihre individuellen Erklärungsmuster kollidieren mit der gesellschaftlichen Realität. Es lässt sich ein Figurentypus ausmachen, der einerseits auf reale Sozialisationsmuster in der ostdeutschen Gesellschaft verweist andererseits möglicherweise in der Tradition spezifischer DDR-Dramatik steht. Dort ist es die Figur des selbstbewussten Arbeiters, der materielle Ansprüche formuliert im Austausch zu der geleisteten körperlichen Arbeit, zugleich sich aber durch einen ausgeprägten solidarischen Sinn für das ‚Ganze‘ (das Kollektiv, die Brigade) auszeichnet. In den Theatertexten, die hier untersucht werden, findet sich die Arbeiterfigur in dieser reinen Form selbstverständlich nicht mehr, gleichwohl sind Rudimente und Spuren nicht zu übersehen. Aus diesem Grund soll hier von ‚arbeiterlichen Menschen‘ gesprochen werden. Der Vergleich zur DDR-Dramatik kann hier nicht geleistet werden, vielmehr soll der Frage nachgegangen werden, in welche Konfliktkonstellation die arbeiterlichen Figuren in den Theatertexten geraten und welche Perspektiven aus ihnen entstehen.

Die arbeiterliche Gesellschaft in Ostdeutschland

Die ostdeutsche Gesellschaft ist mehrfach als ‚arbeiterliche Gesellschaft‘ beschrieben worden. Wolfgang Engler hat diesen Begriff geprägt (Engler, 1999) und nach wie vor beschreiben sich die Ostdeutschen in weit stärkerem Maße als die Westdeutschen als Zugehörige zur Unter- beziehungsweise Arbeiterschicht.⁸

Engler arbeitet das soziale Charakteristikum der ‚arbeiterlichen Gesellschaft‘, wie sie in Ostdeutschland (und damit meint Engler im Unterschied zur hier verwendeten Bedeutung des Begriffes die DDR) zu finden ist, heraus. Die Mitglieder dieser Gesellschaft stellen ihre Arbeitskraft nicht entfremdet zur Verfügung, sondern leben in dem Bewusstsein, dass sie ihnen selbst gehört. Nicht zu arbeiten gilt als gesellschaftliches Ausgrenzungsmerkmal, durch die Arbeit wird der Einzelne zu einem vollwertigen Mitglied der Gesellschaft. In der DDR musste man um gesellschaftliche Anerkennung nur in geringem Maße kämpfen, denn sie erfüllte sich durch die Arbeit selbst. Zudem war der arbeiterliche Mensch „...ökonomisch unabhängig, existentiell von vornherein gesichert und wusste vom Kampf um soziale Anerkennung nur vom Hörensagen“ (Engler, S. 206). Dieses Selbstbewusstsein prägt, wenn auch in abgeschwächter Form, die ostdeutschen Menschen bis heute. Die unmittelbare Verknüpfung der Arbeit mit dem individuellen Selbstbewusstsein macht den sozialen Abstieg, ausgelöst durch Arbeitslosigkeit, für viele Menschen in Ostdeutschland nach dem Systemumbruch neben den hinlänglich

8 Weit mehr als die Hälfte der Ostdeutschen ordnen sich der Unter-/Arbeiterschicht zu, während sich die Mehrzahl der Westdeutschen aller Altersgruppen der Mittelschicht angehörig fühlen. Vgl.: Studie ‚Leben in den neuen Bundesländern‘. 16. Untersuchungswelle 2005, hg. v. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. 2005, Tabelle 8.

bekannten Folgen zur sozialpsychologischen Katastrophe. Die Theatertexte zeigen, wie das arbeiterliche Bewusstsein dem schleichenden Prozess der Erosion unterworfen ist. Der Begriff des ‚arbeiterlichen Menschen‘, wie ihn Engler perspektiviert, dient hier als Ausgangspunkt, um zu beschreiben, wie die Theatertexte eine Realität entwerfen, in der sich dieser Entwurf als nicht mehr anschlussfähig erweist. Der Fokus der Untersuchung liegt demnach nicht darauf, dass die Theatertexte arbeiterliche Figuren entwerfen, sondern wie sich diese entwickeln.

Der arbeiterliche Mensch in ostdeutschen Theatertexten der Neunziger Jahre

In den Neunziger Jahren steht die veränderte Anschlussfähigkeit des arbeiterlichen Bewusstseins der Figuren im Zentrum der Theatertexte. Christian Martins Figuren äußern ihre arbeiterlichen Wertvorstellungen kontinuierlich über den Systemumbruch hinweg. Sie glauben nach wie vor an das Leistungsprinzip, der Verlust der eigenen Erwerbsfähigkeit wird, wenn er vorkommt, als Ausnahme deklariert und ändert nichts an der Erwartung, dass materielle Ressourcen das Tor zu Welt sind. In die Kriminalität und in die Abhängigkeit alter Seilschaften getrieben, sind sie nach wie vor ihrem arbeiterlichen Ethos verpflichtet, wollen sie die ihre Sache gut machen, gewissenhaft arbeiten und koordiniert planen. Sie identifizieren sich mit der eigenen Hände Arbeit, die Potenz der eigenen Leistungsfähigkeit gilt ihnen als Garant für ein erfülltes und gerechtes Leben. In Martins ‚Vogtländischer Trilogie‘, die zum Teil bereits in der DDR geschrieben ist, überlebt dieses Prinzip ungebrochen. In allen anderen Texten Martins scheitern die arbeiterlichen Figuren existentiell und kommen am Ende der Handlung zu Tode. Die Figuren reflektieren explizit die Differenz zwischen individuellen Wertvorstellungen und der sozialen Realität. Franz in ‚Formel Einzz‘ resigniert: ‚mit ehrlicher arbeit wird nix‘ (‚Formel Einzz‘; S. 11). Nachdem er mit einem Autogeschäft gescheitert ist, handelt er nun illegal mit Fahrzeugen. Arbeit als Lebensgrundlage sieht er gesellschaftlich nicht mehr anerkannt: ‚arbeit is / zeitverlust und / betrug‘ (ebd.). Martin zeigt eine Figur, die sich aus Erfahrung und Enttäuschung von den arbeiterlichen Prinzipien löst. Auf der Suche nach alternativen Wertorientierungen weisen ihr ihre Erfahrungen mit windigen Geschäftsleuten den Weg in kriminelle Geschäfte. Dieser Welt, die hier nicht moralisch bewertet wird, sondern als Zuspitzung einer kapitalorientierten Wirtschaftslogik erscheint, ist Franz nicht gewachsen. Franz verarbeitet den rational vollzogen Wertewandel emotional nicht. Er zerbricht an einer Umwelt, die ihn dazu zwingt, sich zu verändern, ohne ihm Raum zu geben, sich wirklich individuell zu entfalten. Tischlermeister Kantl, der Protagonist in Martins ‚Schneemond‘, muss Insolvenz anmelden. Die Ursachen sind vielfältig und obwohl Kantl als Unternehmer, soziologisch gesehen, einer bürgerlichen Tätigkeit nachgeht, ist auch er von einem arbeiterlichen Bewusstsein geprägt. Mit den Angestellten sitzt er nach getaner Arbeit beim Bier, die Atmosphäre ist fröhlich und unhierarchisch ausgelassen. Arbeiterliche Solidarität rangiert in Kantls individueller Ordnung deutlich vor unternehmerischem Profitstre-

ben und bürgerlicher Repräsentation von Wohlstand. Aus der Zeit vor dem Systembruch hat sich Kantl einen Leitspruch bewahrt, den er noch heute befolgt: „Ahnung geht vor Planung“ (,Schneemond‘; S. 14) Kurz vor seinem Selbstmord, resümiert Kantl : „kantl hätt er [Gott] gesagt / wähle das sein / net das haben“ (,Schneemond‘; S. 31). Ordnet man das ‚Sein‘ der arbeiterlichen Existenz und das ‚Haben‘ der bürgerlichen⁹ zu, so zweifelt die Figur hier zutiefst an dem Übergang von einem zu anderen, den sie mit der unternehmerischen Selbständigkeit in Folge des Systembruchs vollzogen hat. Seinem Wesen nach ist sie ein arbeiterlicher Mensch geblieben, der seine Prinzipien in der neuen Gesellschaftsordnung entwertet sieht.

Auch in den Theatertexten von Oliver Bukowski dominiert der arbeiterliche Mensch. Gretsckhe in ‚Londn-Lä-Lübbenau‘ ist ein einfaches, aber ehrliches Gemüt. Der häusliche Umgangston ist rau, aber herzlich. Mit deftigen Worten wird über die Nachbarn hergezogen, über deren Sexualpraktiken, vor allem aber über deren materiellen Wohlstand. Der ganze Stolz der Familie Gretsckhe basiert auf der arbeiterlichen Existenz des Vaters und seinem sozialen Netzwerk. Die arbeiterliche Solidarität unter Gleichgesinnten im Dorf der Gretsckhes funktioniert ungebrochen und garantiert gemeinschaftlichen Zusammenhalt. Seinem Chef tritt Gretsckhe gleichberechtigt gegenüber und fordert eine Gehalterhöhung: „Wirscht sehn! Heut noch frag ich nach, ob die fällig ist, die Gehalterhöhung. Frag ich ihm einfach mitten ins Gesicht, dem Chefchen, dem flaumbärtjen. Kriegter eenen Protest verpasst, dass die Schwarte knackt“ (,Londn-L.ä.-Lübbenau‘; S. 9).

Er erhält die Kündigung. Seine arbeiterlichen Verhaltensnormen sind mit den Realitäten auf dem Arbeitsmarkt kollidiert. Gretsckhe wertet die Niederlage um in einen Erfolg und gründet kurzerhand ein eigenes Geschäft: ‚Gretsckhes Getränk Buttike‘. Es verirrt sich kein einziger Kunde dorthin. Für Gretsckhe bliebe nur der Gang zum Arbeitsamt, den er jedoch kategorisch ablehnt. Das Eingeständnis der Arbeitslosigkeit würde seine Identität als arbeiterlicher Mensch im Kern in Frage stellen. Stattdessen überlässt er sein Geschick dem Zufall, der ihm näher ist, als die amtlich verbriefte Untätigkeit. Bukowski vollführt mit dem Schluss des ‚Hardoreshwankes in Lausitzer Mundart‘ einen grotesken Bogen mit komischer Pointe: Die Gretsckhes gewinnen im Lotto. Der Zufall ist tatsächlich wahrscheinlicher als die Möglichkeit für Gretsckhe, seine arbeiterliche Existenz durch alternative Lebensentwürfe zu ersetzen. In ‚Londn-Lä-Lübbenau‘ zieht sich das arbeiterliche Bewusstsein der Protagonisten noch einmal als Kontinuität durch den gesamten Text. Die Veränderung des sozialen Umfelds vermag es nicht, Gretsckhe als einen arbeiterlichen Menschen in seinem Selbstbewusstsein zu zer-

9 Engler beschreibt die ‚arbeiterliche Gesellschaft‘ in Abgrenzung zur höfischen und bürgerlichen in Anlehnung an: Elias, Norbert: Die höfische Gesellschaft. Untersuchungen zur Soziologie des Königtums und der höfischen Aristokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 2007 [deutsche EA 1969] sowie ders.: Über den Prozess der Zivilisation Sozialgenetische und psychogenetische Untersuchungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1997.

stören, wengleich dieses Selbstbewusstseins mit der sozialen Realität nach dem Systemumbruch existentiell kollidiert. Gretschkes persönlicher Stolz bleibt davon unberührt.

Jurek in ‚Abendgruß‘ von Dominik Finkelde soll den volkseigenen Betrieb in ein marktwirtschaftliches Unternehmen zu überführen. Seine Schwester und ein anonymer Manager bieten ein Sanierungskonzept an, das auf Entlassungen beruht. Jurek lehnt ab, er will die Belegschaft in Arbeit halten. Er hält gegenüber den Kollegen am Prinzip der arbeiterlichen Solidarität fest: „Denkst du, ich bekomme nicht mit, wie du die Leute kirre machst. Dein Gerede treibt Sargnägel in die Solidarität“ (‚Abendgruß‘; S. 12). Jurek ist davon überzeugt, dass der Betrieb durch die Leistung seiner Arbeiter bestehen kann im noch ungewohnten Wettbewerb. Er selbst arbeitet Tag und Nacht, besucht einen Managerkurs an der Volkshochschule, erledigt Behördengänge, „schüttelt Vertretern demütig die Hand und stottert um Entschuldigung beim Anblick der Maschinen“ (‚Abendgruß‘; S. 24), leidet an Magenkrämpfen. Jureks arbeiterlicher Stolz verbietet es ihm, den Betrieb zu veräußern. Doch er scheitert, letztendlich unterschreibt er den Vertrag, mit dem der Betrieb an eine anonyme Managementgesellschaft (die Treuhand?) geht.

In Volker Brauns ‚Der Staub von Brandenburg‘ wird die Auflösung der gesellschaftlichen Verbindlichkeit arbeiterlicher Werte als historischer Paradigmenwechsel beschrieben und in zahlreichen szenischen Episoden variiert. Braun löst die Figur des Arbeiters im Paradox auf. Stellvertretend sei hier auf eine Szene verwiesen, in der ein Arbeiter sich selbst als Ausländer beschreibt, der aufgrund der Tatsache, dass er Arbeit hat, gesellschaftlich ausgegrenzt wird. In der ‚arbeiterlichen Gesellschaft‘ wie sie Wolfgang Engler beschreibt, gilt für den arbeiterlichen Menschen: „Er musste nichts sein, um etwas zu werden, nichts werden, um etwas zu sein, denn alles, was er sein und werden konnte, war er bereits: ein anerkanntes Mitglied des Gemeinwesens“ (Engler, S. 206). Diese Logik verkehrt sich bei Braun ins Gegenteil. Die Ausübung einer arbeiterlichen Tätigkeit macht die Figur zum Ausgegrenzten. Arbeit ist nicht mehr das konstituierende Element der Gesellschaft, sie garantiert nicht mehr zwangsläufig die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft, sondern sie grenzt aus, dort, wo Arbeitslosigkeit zur Normalität geworden ist. Engler nimmt für den ‚arbeiterlichen Menschen‘ in Anspruch: „Solange er arbeitete, diente er nicht, sondern herrschte“ (Engler, ebd.). Bei Braun ist die Arbeit jedoch kein Vorgang mehr, sie entbehrt jeglichen Prozesscharakters. Im Text heißt es nicht: ‚Ich arbeite.‘, sondern: ‚Ich habe Arbeit.‘ Arbeit wird in einer Welt der Besitzgüter, selbst zur Ware: „Die Arbeit mach sich rar / Die halte ich fest mit deinen beiden Händen“ (‚Der Staub von Brandenburg‘; S. 6). Sie ist der Figur sogar teurer als das eigene Leben. Es herrscht die Logik des Marktes – das Angebot bestimmt den Preis. Arbeit als rare Ware bei großer Nachfrage wird teuer, ja unbezahlbar.

Die Erosion des arbeiterlichen Bewusstseins der Figuren läuft in den meisten Theatertexten auf den Tod der Protagonisten (die im Übrigen mehrheitlich Män-

ner sind) zu. Die sich auflösende Anschlussfähigkeit arbeiterlicher Wertvorstellungen erhält als gesellschaftlicher Befund innerhalb der Bühnenfiktion eine finale Zuspitzung für die Figuren.

Vom arbeiterlichen Menschen zum abgehängten Prekariat

Bis zur Jahrtausendwende bilden die arbeiterlichen Menschen im Sinne Englers die Gruppe der Protagonisten der Theatertexte. Das ändert sich mit den Theatertexten von Fritz Kater. In ihnen wird das Abstreifen der arbeiterlichen Identität nur mehr am Rande verhandelt, gleichwohl wird ein Zusammenhang zum Hauptthema, der Suche nach ostdeutscher ‚Heimat‘, hergestellt.

Zentrales Motiv in ‚Vineta oderwassersucht‘ ist der Boxsport. Im Boxen bildet sich der arbeiterliche Überlebenskampf, wie er insbesondere in der proletarischen Arbeiterbewegung propagiert wird, sinnfällig ab.¹⁰ Der Existenzkampf, in dem die Gegner, bar jeglicher Hilfsmittel, auf ihre physische Präsenz und Stärke zurückgeworfen sind, erscheint als wirksames Mittel, das Bild des männlichen Aufsteigers aus dem sozialen Niemandsland in die Mitte der Gesellschaft zu verdeutlichen. Kater ruft diesen Mythos in ‚vinetaoderwassersucht‘ auf. Es ist das erklärte Ziel der männlichen Protagonisten, über die sportliche Karriere als Boxer die Trostlosigkeit der Heimatstadt gegen eine materiell unbeschwertere Existenz einzutauschen. Die Hoffnungen beider Figuren erfüllen sich, der Logik des Systemumbruchs folgend, der auch hier als Abstieg kenntlich wird, selbstredend nicht.

Die Figuren in ‚Sterne über Mansfeld‘ sind gleichfalls von einem arbeiterlichen Bewusstsein geprägt, wenngleich das im Theatertext selbst nur am Rand verhandelt wird. Tomas, der Rockmusiker, dessen Aufstieg vom Systemumbruch verhindert wurde, arbeitet jetzt als Versicherungsvertreter. Es ist keine Arbeit, die ihn erfüllt. Dennoch zeichnet ihn ein unverbrüchlicher Aufstiegswillen aus: „tomas ist rocker er hat früher etwas gewacht jetzt ist er verschuldet bis über beide ohren gibt es nicht zu gibt es nicht zu nur der mann von der dresdner bank weiß es aber ich glaube dass er es noch schafft er hat es noch immer geschafft“ (‚Sterne über Mansfeld‘; S. 11). Unabhängig von der Qualität der Arbeit und der damit verbundenen Entfaltungsmöglichkeiten, geht es Tomas und Betty darum, ‚es zu schaffen‘, womit nicht nur das materielle, sondern vor allem das soziale Überleben gemeint ist. Solange die Figuren arbeiten, haben sie das Gefühl, Teil der Gemeinschaft zu sein und sind sich ihrer sozialen Verwurzelung sicher. Aus diesem Grund ist die Art der Tätigkeit nachrangig. Auch hier, wo der Fokus eher auf der Frage nach ostdeutscher Heimat liegt, ist das arbeiterliche Bewusstsein der Figuren ein integraler Bestandteil sozialer Identifikationsprozesse, sind sie arbeiterliche Menschen im Sinne Englers. Dieses Lebenskonzept, sinnfällig gemacht durch den stillgelegten Bergbaustollen, wird als unterhöhlt und demnach sinnentleert

10 Vgl.: Der Literaturwissenschaftler Manfred Luckas stellt die Revitalisierung der Boxmetapher in der Literatur der Neunziger Jahre in einen unmittelbaren Zusammenhang zur Wiedervereinigung in Deutschland. Luckas, 2002, S. 147.

dargestellt. Es bricht, wie oben dargestellt, in der Implosion des Stollens, in sich zusammen.

Die Dominanz der arbeiterlichen Menschen in den Theatertexten verringert sich signifikant im Verlauf des Untersuchungszeitraums. Die Darstellung der Erosion des arbeiterlichen Bewusstseins als Prozess, den die Figuren der Theatertexte schmerzhaft durchlaufen und erfahren, kommt mit den Theatertexten von Fritz Kater zu einem vorläufigen Ende.

Mit dem Theatertext ‚alter ford escort dunkelblau‘ von Dirk Laucke tritt eine neue Figurengruppe auf: das ‚abgehängte Prekariat‘.¹¹ Diese soziale Gruppe ist von großen Teilen gesellschaftlicher Aktivität ausgeschlossen und lebt von unsicheren und kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen. Gesellschaftlicher Aufstieg bleibt ihr, nicht zuletzt aufgrund mangelnder Bildungsmöglichkeiten, verwehrt. Lauckes Figuren gehören zu dieser sozialen Gruppe, die sich in Ostdeutschland zu einer prägenden sozialen Schicht entwickelt hat. Schorse und Boxer sind über eine Zeitarbeitsfirma bei dem Getränkeshändler Hinrichs angestellt. Ihre Aufgabe ist es, Getränkekisten zu stapeln, eine sinnentleerte und keinen Mehrwert produzierende Tätigkeit. Im Unterschied zu den arbeiterlichen Menschen, die bislang die Theatertexte dominieren, sind Schorse und Boxer keineswegs von dem Willen zum Aufstieg geprägt. Sie erachten ihn als eine unerreichbare Möglichkeit, die sie in ihre Lebensplanung gar nicht erst einbeziehen. Ihre gesamte Energie verwenden sie darauf, in der Bewegung des sozialen Abstiegs und der gesellschaftlichen Ausgrenzung ihre Würde und ihren Stolz zu bewahren. Die Figuren sind weit davon entfernt, arbeiterliche Menschen zu sein. Zwar gehen sie einer bezahlten Tätigkeit nach, doch sie eröffnet ihnen nicht den Weg zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu einer wie auch immer gearteten Gemeinschaft. Und ‚Arbeit‘ heißt hier nicht ‚Ausübung von sozialer Herrschaft‘, wie das für den ‚arbeiterlichen Menschen‘ (Engler) typisch ist, sondern schlichtweg materielle Überlebenseicherung. Trotz Arbeit finden diese Figuren sich am äußersten Rand der Gesellschaft wieder. Das heißt auch, dass sie im diametralen Gegensatz zu den Figuren aus den Texten von Martin, Braun, Bukowski und Kater nichts zu verlieren haben. Ihr Leben besteht nur aus äußerlichen Zwängen und Boxer (!) formuliert: „wann hastn das letzte mal gemacht was du willst“ (‚alter ford escort dunkelblau‘; S. 34).

Fazit

Zusammenfassend lässt sich folgende Entwicklung beschreiben: Bis zur Jahrtausendwende werden zentrale Figuren der Theatertexte, die den Systemumbruch reflektieren, als arbeiterliche Menschen dargestellt. Das arbeiterliche Selbstbewus-

11 In Deutschland wird dieser Begriff vor allem im Zusammenhang mit der Studie ‚Gesellschaft im Reformprozess‘, die 2006 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung entstand, diskutiert. Ergebnisse der Studie ‚Gesellschaft im Reformprozess‘ sind veröffentlicht unter: http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf

stsein der Figuren scheitert jedoch stets an der sozialen Umwelt nach dem Systembruch, der arbeiterliche Lebensentwurf scheint nicht mehr anschlussfähig in der neuen Gesellschaftsordnung. Die arbeiterliche Identität erodiert. Diesen Prozess zeichnen die Theatertexte in ihrer Abfolge über die Jahre nach. Damit ist kein absichtsvolles Vorgehen seitens der Autoren unterstellt, vielmehr lässt sich hier erkennen, wie Theatertexte Gesellschaft kommunikativ konstruieren und dass sie ein Rezeptionsangebot unterbreiten, das auf seine Anschlussfähigkeit in der ‚Realität‘ überprüft werden kann. Ob und wie stark nämlich in dieser das Bild des arbeiterlichen Mensch weiter Gültigkeit besitzt und ob es tatsächlich durch die Vorstellung vom ‚sozialen Prekariat‘ abgelöst wird, kann hier nicht untersucht werden. Festzuhalten bleibt jedoch, dass die Theatertexte gesellschaftlich relevante Bezugssysteme fiktionalen Handlungskonstellationen aussetzen, die ihren eigenen Mechanismen folgen. Sie kommunizieren und erzeugen, systemtheoretisch betrachtet, Realität. Sie tun dies nicht nur auf einer explizit verbalisierten Ebene, sondern auf einer impliziten Ebene, eben der Identitätsentwürfe der Figuren. Erst in der Überblicksdarstellung tritt die Frage nach der sozialen Selbstwahrnehmung der Figuren als ‚arbeiterliche Menschen‘ oder als ‚soziales Prekariat‘ in den Vordergrund und kann in ihrem prozessualen Wandel beschrieben werden. Der Selbstentwurf eines arbeiterlichen Menschen wird in verschiedensten Formen aktualisiert: als Kontinuität, als Kollision und letztlich in der Auflösung. In ‚Sterne über Mansfeld‘ treten in dem hier untersuchten Sample das letzte Mal arbeiterliche Menschen als Figuren auf. Die Perspektive der Theatertexte verändert sich. Obwohl ‚alter ford escort dunkelblau‘ auffällige Bezüge zu ‚Sterne über Mansfeld‘ von Fritz Kater aufweist, etwa die lokale Verortung im Mansfelder Land, der Einsatz epischer Erzählstrecken in der Figurenrede, die literarische Modellage von Landschaft als stimmungsbildendes Moment im fiktionalen Erzählkosmos, unterscheidet sich die Figurencharakteristik Lauckes fundamental von der Katers. Tomas (‚Sterne über Mansfeld‘) hofft noch, ‚es zu schaffen‘, er hat etwas zu verlieren und er ist stolz auf bisher Erreichtes und Erlebtes, seine Identität als Rocker bewahrt er trotzig gegen Widerstände. Sein rebellischer Charakter widerspricht der typischen Verfassung eines Versicherungsvertreters. Schorse und Boxer (‚alter ford escort dunkelblau‘) hoffen nicht mehr, ‚es zu schaffen‘. Sie haben sich mit dem Status des sozialen Außenseiters abgefunden und sich am Rand der Gesellschaft notdürftig eingerichtet. Boxer beschreibt sein Leben nicht als eine wechselvolle Bewegung, sondern als totalen Stillstand: „weißte wie viele leute noch in meim block wohnen, schorse. seit ich vierzehn bin komm ich nich vom fleck“ (‚alter ford escort dunkelblau‘; S. 12). Der ‚arbeiterliche Mensch‘ wie ihn Engler beschreibt scheint also auf dem Theater überwunden. Seinen Platz hat das ‚abgehängte Prekariat‘ eingenommen.

Theater als Konstruktionsmedium ostdeutscher Kultur

Die drei Beispiele zeigen auf evidente Weise, dass die sozialen Veränderungen in Folge des ostdeutschen Systemumbruchs im fiktionalen Kosmos der Theatertexte in verschiedener Form ihren Niederschlag finden. Sie werden zur ästhetischen Konstante und bieten so Kommunikationsinhalte an, die den Diskurs über ‚Ostdeutschland‘ sowohl reflektieren als auch mitgestalten. In den Theatertexten zeigt sich ein spezifischer Zugriff auf Gesellschaft aus der Perspektive des Umbruchs, wie der Vergleich hinsichtlich der Darstellung von Familie deutlich macht. Die Überwindung des Staatssozialismus wird hier nicht als eine Zäsur wahrgenommen, sondern rückt als Prozess in seinen konkreten Auswirkungen auf den Einzelnen in den Fokus der Aufmerksamkeit. Ähnlich verhält es sich mit den Landschaften, die als bildnerisches Moment den Umbruch in seiner gestalterischen Kraft sinnfällig machen. Auf der Ebene der Figuren vollziehen die ostdeutschen Theatertexte im Verlauf des Untersuchungszeitraums einen kulturellen Wandlungsprozess. Die kulturellen Prägungen einer arbeiterlichen Gesellschaft, wie sie Engler für die DDR ausmacht, lösen sich in ihrer Bedeutung innerhalb der Umwelt der Figuren auf. Dieser Umbruch kultureller Deutungsmuster und sozialer Identifikationsmuster erweitert die Dimension der Theatertexte über den Abgleich individueller Erfahrungen hinaus. Darin offenbart sich eine vielschichtige dramatische Fallhöhe, die diese Figuren als besonders geeignet für die Darstellung in Theatertexten erscheinen lassen.

Diese Auseinandersetzung mit kulturellen Wandlungsprozessen, wie sie sich für die ausgewählten Theatertexte zeigen lassen, sind mit Kategorien wie ‚Wahrnehmung‘, ‚Ereignis‘ und ‚Performativität‘ nicht zu fassen. Man könnte gleichwohl untersuchen, in welche Situationen die Aufführung eines solchen Textes den Zuschauer bringt und wie diese seine Wahrnehmungsmuster verunsichert und zur Neuordnung zwingt. Dem sinnstiftenden Potential dieser Texte würde man so jedoch nur eingeschränkt gerecht. Die hier herausgearbeiteten Phänomene zeigen vielmehr, dass Theater am kollektiven Aufarbeitungsprozess des Systemumbruchs auf vielfältige Weise beteiligt ist und kulturelle Wandlungsprozesse fiktional nachvollzieht. Damit geht keineswegs ein Rückschritt zur Annahme einher, Theater würde Realität einfach nur abbilden. Die Theatertexte beanspruchen in ihrer ästhetischen Form sehr wohl Eigengesetzlichkeit und hinterfragen das ihnen immanente Verhältnis von Theater und Wirklichkeit kritisch, etwa in Form von Episierungen, Chorpässagen, Spiel-im-Spiel-Konstellationen u.a. Und dennoch stellen sie hinsichtlich des Systemumbruchs in Ostdeutschland Realitätskonstruktionen zur Verfügung, die vom Zuschauer auf ihre Anschlussfähigkeit überprüft werden können.

Die besondere Situation des Systemumbruchs öffnet den Blick auf die soziale Funktion des Mediums Theater. Es kann nicht länger einseitig als ästhetisches

‚Ereignis‘ betrachtet werden, sondern muss in seiner Funktion als kommunikatives Medium in den Blick rücken, das an der Konstruktion von Gesellschaft relevant beteiligt ist.

Literatur

Im Text erwähnte Primärtexte des Untersuchungssamples:

Oliver Bukowski: Londn-Lä-Lübbenau, 1993.

Christoph Hein: Randow, 1994.

Dominik Finkelde: Abendgruß, 1998.

Volker Braun: Staub von Brandenburg, 1999.

Christian Martin: Trilogie der verlorenen Sehnsucht (Formel Einzz, Schneemond, N.N.) 2000-2007.

Fritz Kater: Vineta oderwassersucht, 2001.

Anna Langhoff: Unsterblich und reich, 2001.

Fritz Kater: Sterne über Mansfeld, 2003.

Dirk Laucke: Alter Ford Escort Dunkelblau, 2007.

Schößler, Franziska: Augen-Blicke. Erinnerung, Zeit und Geschichte in Dramen der neunziger Jahre, Tübingen, Gunter Narr, 2004.

Frei, Nikolaus: Die Rückkehr der Helden. Deutsches Drama der Jahrhundertwende (1994-2001), Tübingen, Gunter Narr, 2006.

Poschmann, Gerda: Der nicht mehr dramatische Theater text. Akutelle Bühnenstücke und ihre dramaturgische Analyse, Tübingen, Niermeyer, 1997.

Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin, Aufbau Verlag, 1999 (4. Auflage 2005).

Luckas, Manfred: „So lange du stehen kannst, wirst du kämpfen.“: Die Mythen des Boxens und ihre literarische Inszenierung, Berlin, dissertation.de, 2002.

Facetten von Biologie, Geschlecht und deren gesellschaftlicher Herstellung – drei Aufsätze

„Geschlecht“ und das Wissen darüber wird gesellschaftlich erstellt. Dass dies auch für biologische und medizinische Betrachtungen über Geschlecht gilt, wurde bei dem Doktorandinnenseminar deutlich – und ist in einigen Zeitschriftenbeiträgen zur Dissertation bereits nachlesbar (Voß 2008a; Voß 2008b). Die hier angeführten Aufsätze knüpfen an diese Darstellungen und sich beim Seminar anschließende Diskussionen an (ohne diese für die Lektüre vorauszusetzen). Sie zeigen auf, wie Menschen, die sich außerhalb eindeutiger gesellschaftlicher „typischer Weiblichkeit“ oder „typischer Männlichkeit“ verorten, in der Bundesrepublik Deutschland mit sehr unterschiedlichen rechtlichen Anforderungen konfrontiert werden. Während für Transsexualität rechtlich hohe Hürden bestehen, um von weiblichem Geschlecht in männliches Geschlecht „überzugehen“ oder umgekehrt, wird bei Intersexualität hormonell und operativ rasch auf Geschlechtsangleichung hingewirkt. Ziel ist hier wie dort gesellschaftlich *ein eindeutiges Geschlecht, das zeitlebens Bestand haben soll*. In ihrer Aktualität werden diese Fragen in den Aufsätzen 1 und 2 erörtert.

Der dritte Aufsatz hebt sich deutlich von diesem Herangehen ab. Er setzt an derzeit häufig vorgenommene und verkürzte Betrachtungen zu antiken Geschlechtermodellen an. Am Beispiel der Antike wird angeregt, Differenziertheit – Diskussionen, Brüche, sowohl Einwürfe von Geschlechter*differenz*, als auch von Geschlechter*gleichheit* – auch in biologisch-medizinischen Wissenschaften in den Blick zu nehmen. Damit wird auch in Aufsatz 3, allerdings auf andere Weise, Aktualität deutlich: es kann mit einem differenzierten Blick, der Diskussionen und Brüche wahrnimmt, besser als bisher herausgearbeitet werden, wie individuelle Ansichten und gesellschaftliche Anforderungen sich in „Wissen über Geschlecht“ biologisch-medizinischer Wissenschaften spiegeln und wie Biologie und Medizin an gesellschaftlichen Ordnungen teilnehmen. Damit kann Handwerkszeug erarbeitet werden, um aktuelles binär-geschlechtliches Denken zu überwinden.

Gemeinsam ist den Aufsätzen, dass sie Fragen aufwerfen wollen, anstatt Antworten zu geben.¹ Sie regen zu einer Lektüre weiterer Arbeiten an und fordern auf, den eigenen Anteil an der Herstellung diskriminierender hierarchischer binärer Geschlechtlichkeit zu reflektieren.

1 Für Anmerkungen, Einwürfe, Kritiken ist die Autorin sehr dankbar, E-Mail: loxxel@web.de .

I. „Transgender oder drittes Geschlecht – ein Leben zwischen den Geschlechtern“ – zur Debatte um die Neufassung des Transsexuellengesetzes²

Viele von uns sind es gewohnt, ganz selbstverständlich und banal binär zu denken. Wir unterscheiden gut und böse, schwarz und weiß, Natur und Kultur, Mann und Frau. Erst im nächsten Atemzug und auf Ansprache sind wir in der Lage unsere Unterteilungen an Hand ausgewählter Merkmale zu begründen und ggf. auch Schattierungen und Abweichungen aufzuzeigen. Wenden wir uns hier der Dichotomie „Männer“ und „Frauen“ etwas genauer zu.

Die erste Frage nach der Geburt, die wir uns stellen und die immer wieder gestellt wird, ist: „Ist es ein Junge oder ein Mädchen?“ Können die Eltern darauf keine Antwort geben, herrscht betretenes Schweigen, wird das Thema gewechselt, nehmen wir „Abnormalität“ war. Das Kind beginnt erst so richtig in unserer Gesellschaft zu existieren, wenn es mit einem von zwei Geschlechtern aufwarten kann – ein Zustand nach dem Justiz, Medizin und „gesellschaftliche Moral“ einem jeden Menschen trachten.

Selbstverständlich nehmen wir für uns in Anspruch, Menschen sicher nach dem Geschlecht einzustufen zu können. Dies machen wir an Hand der Kleidung, auf Grund beruflicher Qualifikationen (*der Chef* ist niemals eine Frau), seltener durch einen Blick auf die kulturell so aufgeladenen Genitalien. Bart, übrige Körperbehaarung, Hüfte, Brustumfang sind da schon legitimer als deutlich zugewiesene Merkmale, nach denen wir gelernt haben, einen Menschen nach „Mann“ und „Frau“ sicher einzuordnen. Vieles wird geschlechtlich aufgeladen: wir sind in einer Zeit „des sprechenden Geschlechts“ (Foucault 2003 [1976]: 138).

Aber sind wir dabei tatsächlich so sicher oder ist dies nur eine Annahme? Ein Beispiel mag diese Ambivalenz verdeutlichen. Da ist Ines-Paul Baumann⁴. Einen Vornamen, den Ines-Paul sich selbst gewählt hat. Noch bis vor etwa zehn Jahren hätten wir ihn deutlich als junge Frau auf der Straße ausmachen können. Heute käme nie der Gedanke auf, dass er vielleicht eine Frau sein könnte. Wir betrachten ihn sicher als jungen Mann und kommen erst durch seine Ausführungen dazu,

- 2 Die Erstellung des Aufsatzes wurde angeregt durch die Veranstaltung „Transgender oder 3. Geschlecht – ein Leben zwischen den Geschlechtern“ (23.02.2007, Hannover, veranstaltet von der „Stiftung Leben und Umwelt“). In ähnlicher Fassung wurde der Aufsatz erstveröffentlicht in der Zeitschrift: „Rosige Zeiten – Magazin aus Oldenburg für Lesben und Schwule“ (auch online: <http://www.rosige-zeiten.net/> [letzter Zugriff: 24.09.2008]), Oldenburg, 2007, 109: 15-17. Ich danke der Redaktion der „Rosigen Zeiten“ für die freundliche Genehmigung.
- 3 Die Bezeichnung „*der Chef*“ wird an dieser Stelle explizit, zur Verdeutlichung androzentrischer und hierarchischer gesellschaftlicher Prägung, in der männlichen Form verwendet (daher auch kursiv). Bis auf diese Ausnahme werden in diesem Beitrag allgemeine – weibliche – Bezeichnungen für Menschen aller Geschlechter genutzt. So ist bspw. von „Gutachterinnen“ die Rede, anstatt mit der Bezeichnung „Gutachter“ patriarchale sprachliche Ausschlüsse fortzuschreiben. Vgl. für eine solche Sprachverwendung: Pusch 1984.
- 4 Ines-Paul ist bekannt aus dem Dokumentarfilm „Ines und Paul – ein Leben zwischen den Geschlechtern“ (Regie: Monika Schulz; Produktion: JPP MEDIEN GmbH im Auftrag des WDR; Erstausstrahlung am 03.07.2002).

dass er sich eigentlich gar nicht so klar in eines dieser Geschlechter einordnen möchte, sondern dass Ines-Paul lieber mit *Mehrdeutigkeiten* und *Verwirrung* spielt und auch selbst mit *Mehrdeutigkeiten* lebt.

Ines-Paul berichtet von Erfahrungen in schwulen Räumen. Und das ganz ohne Schwanz, dafür mit Bartansatz, viel Testosteron und einer mitreißenden Offenheit und Ansprache. Natürlichkeit und Künstlichkeit geben den Anstoß zu einer Debatte über Vielgestaltigkeiten von Geschlecht. So war es einer Biologie über viele Jahrzehnte (bis heute) nicht möglich, eindeutige geschlechtliche Merkmale, in einer eindeutigen Kaskade aneinanderzureihen. Stattdessen spricht die Biologie vom chromosomalen Geschlecht (XX-/XY-Chromosomen), dem genetischen Geschlecht, dem Geschlecht der Keimdrüsen, dem hormonellen Geschlecht, dem Geschlecht der inneren und äußeren Genitalien und schließlich dem Erziehungs- und Erfahrungsgeschlecht und verweist explizit darauf, dass auch ein als typisch männlich betrachteter Chromosomensatz als weiblich betrachtete innere und äußere Genitalien zur Folge haben kann. Menschliches biologisches Geschlecht ist *individuell, vielgestaltig* (vgl. Voß 2008a; Voß 2008b). „Künstlich“ ist es ohnehin möglich, viele körperliche Merkmale den eigenen Wünschen nach zu verändern und sich im Sinne einer *Technoscience* dem vielgeschlechtlichen Zukunftsmenschen zuzuwenden.

Ganz so einfach ist es aber doch noch nicht, da das viel beachtete Recht im Wege steht. So müssen in der Bundesrepublik Deutschland derzeit Transsexuelle für eine „kleine Lösung“ (Änderung des Vornamens) zwei Gutachterinnen aufsuchen und eine gefestigte, ihrer bisherigen Einordnung „gegengeschlechtliche“, Identität belegen. Dann darf der Vorname geändert werden. Für eine „große Lösung“ (Personenstandsänderung; dafür erforderlich ist eine Angleichung von Geschlechtsmerkmalen und Sterilisierung) sind weitere Gutachten und Jahre Wartezeit notwendig. Immerhin, die gesetzgebende Gewalt zeichnet einen klaren Weg von der Geschlechterkategorie Mann zur Geschlechterkategorie Frau und umgekehrt ab. Was sie bei dem Beschluss dieses Transsexuellengesetzes⁵ aus dem Jahr 1980 offenbar nicht bedachte, ist, dass Menschen die „kleine Lösung“ ausreichen könnte und sie gar keine operativen Eingriffe wünschen. So haben wir den *verwirrenden, wunderschönen* Zustand, dass es da Katharinas mit auch äußeren als männlich klassifizierten Genitalien und Martins mit auch äußeren als weiblich klassifizierten Genitalien gibt.

Das war nicht im Sinne der Gesetzgebenden, die doch geschlechtseindeutige Vornamen vorsahen – und so steht eine Änderung ins Haus. Ok, das ist eine böse Zunge die in Jura Konservativismus verortet.⁶ Da wären auch die geforderten Operationen und die vorgeschriebene Sterilisation für die „große Lösung“ des Transsexuellengesetzes, die gegen die Menschenwürde im § 1 und das „Recht auf

5 „Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz - TSG)“.

6 Die mit dieser „lachsigen“ Formulierung vermiedene Vertiefung dieses Punktes erfolgt bei: Foucault 1977 (1975).

körperliche Unversehrtheit“ im §2 des Grundgesetzes und gegen das grundsätzliche Sterilisationsverbot im Bürgerlichen Gesetzbuch und im Strafgesetzbuch verstoßen.⁷ Die Judikative und Legislative erkennen nun auch, dass derzeitige Gesetze zu „Geschlechtswechseln“ nicht den Lebenswirklichkeiten von Menschen gerecht werden. So erklärte der Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof in einer Stellungnahme, in der es darum ging, ob die Gleichbehandlungsrichtlinie 76/207 auch auf Transsexuelle anwendbar ist: „Es ist erforderlich, die traditionellen Klassifizierungen zu verlassen und wahrzunehmen, dass es zusätzlich zur Dichotomie Mann / Frau eine so erhebliche Bandbreite an Eigenschaften, Verhaltensweisen und Rollen gibt, die von Männern oder Frauen gelebt werden, so dass Geschlecht selbst zutreffender als eine Art Kontinuum verstanden werden sollte“ (vgl. Tolmein 2005: 132). Im Bundestag fand im März 2007 eine Anhörung zur Neufassung eines Transsexuellengesetzes statt; CDU/CSU/SPD scheinen derzeit an einer entsprechenden Initiative im Bundestag nicht interessiert zu sein.

Es bleibt zu hoffen und auch durch die Partei DIE LINKE darauf hinzuwirken, dass neue gesetzliche Regelungen Mehrdeutigkeiten gerecht werden, die keine starre Trennung zweier binärer Geschlechter mehr festschreiben und die Wege für einen rechtlich selbstbestimmten⁸ Kategoriewechsel erleichtern. Die weitere Befestigung der rechtlichen Kategorien „Mann“ und „Frau“ sollte dringend aufgehoben werden. Gleichwohl ist gesetzlichen Regelungen nach wie vor vorzuwerfen, dass sie normalisierend wirken, starre Geschlechterkategorien ‘zementieren’ und (positive und negative) Diskriminierungen für lange Zeit festschreiben (vgl. Voß 2005). In unserem alltäglichen Leben können wir aber darauf hinwirken, dass *Individualität, Vielfalt, Mehrdeutigkeit* mehr Raum erhält, bspw. indem wir binäre Scheren in unseren Köpfen, auf die wir immer wieder stoßen werden, wahrnehmen und befragen: „ach, da ist ja noch mehr!“⁹

II. Medizin vor Gericht – Gibt es nach einem Gerichtsurteil (02/2008) eine neue Situation Intersexueller in der BRD?¹⁰

Christiane Völling war mit einer Klage vor dem Kölner Landgericht erfolgreich. Sie hatte eine (männlich sozialisierte) Chirurgin auf Schmerzensgeld verklagt, die

7 Ausnahmen sind in engen Grenzen zugelassen („Gesetz über die freiwillige Kastration und andere Behandlungsmethoden“ [vgl. Rothärmel 2006: 280f]; fürbei Minderjährigen vgl. den nachfolgenden Aufsatz II und vertiefend: Rothärmel 2006; Plett 2007), eine gesetzliche Voraussetzung einer Sterilisation ist aber diesbezüglich höchst problematisch.

8 „Selbstbestimmt“ sei daher hervorgehoben, weil bei festgestellter „Uneindeutigkeit“ / „Mehrdeutigkeit“ von „Geschlechtsmerkmalen“ (Intersexualität) rechtlich merkwürdigerweise nicht die hohen Hürden für operative Maßnahmen gesetzt sind, sondern nach relativ kurzer, oft unvollständiger Aufklärung der Eltern, durch Medizinerinnen operative und hormonelle Maßnahmen zur Geschlechtszuweisung meist im frühen Kindesalter durchgeführt werden (vgl. den nachfolgenden Aufsatz II). Zur internationalen Debatte dieser, in vielen westlichen Ländern, verbreiteten Praxis vgl.: Kessler 1998; Dreger 1999.

9 Zur weiteren Lektüre seien empfohlen: polymorph 2002; Berger 2000; Hirschauer 1999 (1993).

ihr vor 30 Jahren innere, als geschlechtlich betrachtete Merkmale entfernt hatte. Das Gericht sprach ihr am 6. Februar 2008 ein Anrecht auf Schmerzensgeld zu, dessen Höhe in einem weiteren Prozess zu verhandeln sei. Als Begründung für die Entscheidung führte das Gericht an, dass Völling durch die Medizinerinnen nicht ausreichend aufgeklärt worden sei.

Dieser Prozess ist ein Präzedenzfall. Er unterstreicht eine Entwicklung, die seit einigen Jahrzehnten vermehrt das Selbstbestimmungsrecht der Patientinnen in den Blickpunkt rückt. Von Medizinerinnen wird verlangt, Patientinnen ausreichend über medizinische Eingriffe zu informieren. Die Informationen sollen die Patientinnen in die Lage versetzen, selbstbestimmt über medizinische Eingriffe zu entscheiden. Erfolgt eine solche Aufklärung nicht oder nicht in ausreichendem Maß, machen sich Medizinerinnen rechtlich belangbar.

In Bezug auf Geschlecht galt es bislang als notwendig (und gilt es noch immer), Kindern innerhalb der ersten Lebensstage eines von zwei Geschlechtern eindeutig zuzuweisen. In Zweifelsfällen war hierzu die Medizin gefragt. Meist ohne hinreichende Aufklärung willigten die Eltern in vielen Fällen in chirurgische und hormonelle medizinische Behandlungen ein, die das Leben der mit uneindeutigem Geschlecht Geborenen in der Folge bestimmten.

Bei Völling war dies anders. Aufgrund einer vergrößerten Klitoris wurde sie bei Geburt als Junge eingeordnet. Die Eltern zogen sie als Jungen auf. Im Alter von 14 Jahren zeigte sich Bartwuchs, das Geschlecht – männlich – stand zu keinem Zeitpunkt in Frage. Bei einer Blinddarmoperation wurden Gebärmutter und Eierstöcke (als typisch weiblich betrachtete innere Genitalien) festgestellt. Ein Jahr später, im Alter von 17 Jahren, erfolgte die Operation, bei der Gebärmutter und Eierstöcke entfernt wurden.

Im Operationsprotokoll wurde vermerkt, dass Gebärmutter und Eierstöcke voll entwickelt gewesen seien. Dennoch entschied sich das Operationsteam für die Durchführung der Operation. Die das Skalpell führende Chirurgin wurde im Jahr 2007 verklagt, gegenüber den anderen Beteiligten war ein Anspruch auf Entschädigung verjährt. Völling führte im Prozess an, dass ihr nie jemand etwas über den tatsächlichen Grund des Eingriffs gesagt habe. Sie wisse erst darüber Bescheid, seitdem sie die Krankenakten angefordert habe. Die sich selbst als Frau fühlende Christiane Völling warf der Chirurgin vor, sie „zwangsvermännlicht“ zu haben.

Insofern ist der Prozess sehr speziell gelagert, da der nun den Gerichtsprozess bedingende Eingriff im Alter von 17 Jahren durchgeführt wurde, und damit in einem zustimmungsfähigen Alter stattgefunden hat. Inwieweit operative und hormonelle medizinische Eingriffe direkt nach der Geburt ebenfalls gerichtliche Schadenersatzforderungen nach sich ziehen können, ist derzeit nicht absehbar. Es scheinen zwar immer weniger entsprechende Behandlungen durchgeführt zu wer-

10 Der Aufsatz wurde erstveröffentlicht in der Zeitschrift: „Rosige Zeiten – Magazin aus Oldenburg für Lesben und Schwule“ (auch online: <http://www.rosige-zeiten.net/> [letzter Zugriff: 24.09.2008]), Oldenburg, 2008, 115: 16/17. Ich danke der Redaktion der „Rosigen Zeiten“ für die freundliche Genehmigung.

den (vgl. Bundestags-Drucksache 16/4786, 2007: 4), was auch auf die Verunsicherung von Medizin durch gerichtliche Entscheidungen zu Gunsten der Selbstbestimmung von Patientinnen zurückzuführen sein wird. Allerdings ist ein grundsätzliches Abrücken von medizinischen geschlechtszuweisenden Eingriffen nach der Geburt in der Medizin noch nicht zu ersehen. So wurde bei der Chicago Konsensus Konferenz im Jahr 2005 (mit Beteiligung auch von Medizinerinnen aus der BRD) die Notwendigkeit frühzeitiger Behandlung für zahlreiche Diagnosen uneindeutigen Geschlechts weiter fortgeschrieben, und lediglich ein „informed consent“ (eine informierte Zustimmung) eingefordert (vgl. u.a. Hiort 2007; für eine erste neuerliche Kritik vgl. Silva 2007).

„Informierte Zustimmung“ der Patientin bzw. der Eltern klingt zunächst gut, allerdings wird schon bei der Begrifflichkeit deutlich, dass eine Entscheidung nur in einer Richtung nahegelegt wird. Eine „informierte Ablehnung“ der Behandlung wird nicht thematisiert. Zudem ist fraglich, ob von einer informierten Zustimmung überhaupt die Rede sein kann: während die Medizinerin in der Regel Jahre Zeit hatte, sich mit der Thematik uneindeutigen Geschlechts zu beschäftigen, wird von den Eltern in wenigen Tagen, Wochen oder wenigen Monaten eine Entscheidung erwartet. Eine informierte Zustimmung wird in kurzer Frist erzwungen. Zudem ist sie abhängig von der Beratung der Medizinerin, von den zur Verfügung stehenden und vorgeschlagenen Behandlungs-Techniken, und erfolgt nicht zuletzt vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und medizinischer Problematisierung uneindeutiger Genitalien. Eine Entscheidung der Eltern (aber auch einer Patientin) kann vor diesem Hintergrund kaum „selbstbestimmt“ genannt werden, da „eine eigensinnige Wahrnehmung, ein unabhängiges Urteil und selbständiges Handeln unmöglich“ gemacht wird (Samerski 2003: 217). In jedem Fall ist es fraglich, ob sich Eltern vor dem Hintergrund einer solchen gesellschaftlichen Zwangssituation, die von jedem Menschen eine Einordnung als weiblich oder männlich fordert, in ihrer Entscheidung tatsächlich an dem Wohl des Kindes orientieren – wie es rechtlich gefordert wird –, oder sich nach ihrem eigenen Interesse richten, ein nicht auffälliges, geschlechtlich eindeutiges Kind vorweisen zu können.

Insofern gilt es den gesellschaftlichen Konsens hin zu Offenheit gegenüber vielfältigen Geschlechtern zu ändern. Interessant ist hierfür eine Passage aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Situation Intersexueller in Deutschland“ der Bundestagsfraktion DIE LINKE: „Die Bundesregierung weist zudem darauf hin, dass auch im rechtlichen Rahmen die Existenz intersexueller Menschen vorgesehen ist. So gilt der Diskriminierungsschutz des am 18. August 2006 in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes auch für zwischengeschlechtliche Menschen.“ (Bundestags-Drucksache 16/4786, 2007: 3) Hieran wird gesellschaftlich anzuknüpfen sein und werden die rechtlichen Regelungen, die medizinische Maßnahmen früher Geschlechtszuweisung ohnehin stark beschränken sollten (GG §1 [Menschenwürde], GG §2 [körperliche Unversehrtheit], BGB §1631c, §1904-1906 [enge Grenzen zur Einwilligung in Sterilisa-

tion] und StGB §90 Abs. 3 [Nicht-Einwilligungsfähigkeit in die Verletzung der Genitalien] [vgl. Rothärmel 2006: 277ff; Plett 2007]), neu zu interpretieren sein, so dass Menschen in einem *zustimmungsfähigen Alter*, und *nur falls sie selbst es wollen*, operative und hormonelle Maßnahmen *selbst einleiten* können.

III. Anders als „moderne“ Theorien, aber nicht einfach: naturphilosophische Geschlechtertheorien der Antike – eine Kritik am Laqueur’schen vormodernen „Ein-Geschlechter-Modell“¹¹

Seit den 1990er Jahren wird in Ausführungen zu modernen Geschlechtertheorien, die sich seit dem 17. und 18. Jahrhundert herausbildeten, oft ein knapper Abschnitt auf „davorliegende“ Zeiten verwandt. Kurz wird ein vermeintlich uniformes Geschlechtermodell „der Antike“ abgehandelt, das bis zur Renaissance und Aufklärung gewirkt habe. Solche simplen Betrachtungen sollten stutzig machen, da der Begriff „Antike“ Gesellschaften weiter geographischer und zeitlicher Räume bezeichnet. Unterschieden werden u.a. griechische antike Stadtstaaten, von denen es ca. 700 gab, die römische Republik und das römische Kaiserreich. Neben der Differenziertheit „antiker Welt“ ist ein weiteres in solchen Abhandlungen zur „Moderne“ unterschätztes „Problem“, dass nur wenig Material (und dieses meist aus wenigen Regionen, beispielsweise Athen) überliefert ist. Auch das überlieferte Material zum gesellschaftlichen Umgang mit „Geschlecht“ stellt lediglich Stückwerk dar; es kann nur eine Ahnung davon geben, welche Rolle „Geschlecht“ gesellschaftlich eingenommen haben könnte. Hinzu kommt, dass aller Wahrscheinlichkeit nach lediglich mehrheitlich anerkannte Auffassungen Verbreitung und Überlieferung gefunden haben.

Kritisch zu betrachten sind daher Arbeiten, die sich, selbst vor einem solch problematischen Hintergrund, auf nur wenige Gelehrte stützen und damit heute noch nachvollziehbare Differenziertheit von Betrachtungen weiter eibebnen. Besonders deutlich wird dies in der Arbeit von Thomas Laqueur, die seit ihrem Erscheinen im Jahr 1990 (in deutscher Sprache 1992) mehrfach aufgelegt und viel rezipiert wurde. In *„Auf den Leib geschrieben. Die Inszenierung der Geschlechter von der Antike bis Freud“* erarbeitete Laqueur, aufbauend im wesentlichen auf naturphilosophischen Geschlechterbetrachtungen von Galenos von Pergamon (129-199 u.Z., also in der Antike zeitlich spät), ein Geschlechtermodell der Antike. Dieses Geschlechtermodell umschrieb Laqueur als „Ein-Geschlechter-Modell“, das Wirkung bis zur Renaissance und Aufklärung gehabt habe und das im 18. Jh. durch ein „Zwei-Geschlechter-Modell“ abgelöst worden sei, welches zwischen Frau und Mann dezidiert unterschied.¹² Laqueur bezog sich vor allem darauf, dass Galenos

11 Der Aufsatz wurde in ähnlicher Fassung erstveröffentlicht in: „Rosa – Die Zeitschrift für Geschlechterforschung“ (online: <http://www.rosa.uzh.ch> [letzter Zugriff: 24.09.2008]), Zürich, 2008, Nr. 37 (in Druckvorbereitung). Ich danke der Redaktion der „Rosa“ für die freundliche Genehmigung.

die weiblichen und männlichen Genitalien als äquivalent ansah. Vagina, Gebärmutterhals, (weibliche) Hoden und Gebärmutter beschrieb Galenos in *De usu partium* (lat. Titel, Über den Gebrauch der Körperteile; vgl. Galenos a) als die nach innen gewandten Entsprechungen von Vorhaut, Penis, (männlichen) Hoden und Hodensack.¹³ Für diesen Unterschied führte Galenos das physiologische Element „Hitze“ als ursächlich an: eine „heißere“ und „trockenere“ Konstitution ermögliche es dem Mann, Genitalien nach außen zu kehren, wogegen dies der Frau auf Grund einer „kälteren“ und „feuchteren“ Konstitution versagt bleibe (vgl. Galenos a: XIV 5/6).

Abgesehen davon, dass sich Laqueur weitgehend auf die Geschlechtertheorien von Galenos für die Antike beschränkte und andere Naturphilosophinnen außer Acht ließ,¹⁴ sind auch zu den galenischen Theorien Ergänzungen zu treffen: So schrieb Galenos den (männlichen) Hoden wichtige Eigenschaften für die Ausprägung männlicher körperlicher Merkmale zu. Ohne (männliche) Hoden würde ein Mann entmannt, wodurch etwas Drittes, neben Frau und Mann, entstünde. An anderer Stelle verwies Galenos hingegen auf die Ähnlichkeit von Eunuchen und Frauen (vgl. Lesky 1950: 182f; Flemming 2000: 323f, 350-356). Weitere Geschlechtsunterschiede beschrieb Galenos geschlechtlich binär für Brust, Blutgefäße und Fleisch. Der Puls sei bei Männern vehementer als bei Frauen. Während Galenos für Männer die Möglichkeit ausführte, durch ungesunde Lebensweise in den Zustand „weiblicher Schwäche“ verfallen zu können, führte er die Umkehrung – die Möglichkeit von Frauen, „männliche Stärke“ zu erlangen – nicht aus. Stattdessen riet Galenos Frauen ausdrücklich davon ab, Männern nachzueifern, da ihre (im Vergleich zu Männern „kältere“ und „feuchtere“) Konstitution für sie den Zustand der Gesundheit darstelle (vgl. Flemming 2000: 314-317).

Bedeutsam sind in diesem Zusammenhang auch Überlegungen zu Zeugung und Vererbung. Diese stellten für antike (männliche) Naturphilosophinnen, von denen uns Schriften überliefert sind, einen prominenten Zugang zu Geschlechterbetrachtungen dar. Galenos wählte diesbezüglich, in Anlehnung an hippokratische Schriften (Schriften vom 4. Jh. v.u.Z. bis zum 1. Jh. u.Z., die Hippokrates Namen tragen), einen eher egalitären Ausgangspunkt für die Zeugungsbeiträge von Frau und Mann. Sowohl Frau als auch Mann hätten Samen (beide auch mit stofflichem und bewegendem Prinzip), die sich in der Gebärmutter mischen würden („Zweisamenlehre“). Dabei wies er allerdings, Aristoteles (384-322 v.u.Z.) folgend, den weiblichen Samen als „kälter“, „feuchter“ und „dünner“ im Vergleich zum männlichen Samen aus. Für die Vererbung von Merkmalen führte Galenos aus, dass beide, Frau und Mann, beim Ausstoßen des Samens zunächst Samen besserer

12 Für eine erste Kritik siehe: Park 1991; vgl. auch Grundmann 2006.

13 Eine begriffliche Unterscheidung, wie heute üblich, wurde zwischen weiblichen und männlichen Hoden nicht vorgenommen.

14 Vgl. für einen Einstieg in antike Betrachtungen von Geschlecht verschiedener (ausschließlich männlicher) Naturphilosophinnen etwa: Lesky 1950; Horowitz 1976; King 1998; Flemming 2000.

Qualität ausstießen, dem dann Samen schlechterer Qualität folge. Die weiblichen und männlichen Samenbeiträge für ein Merkmal würden miteinander konkurrieren, schließlich setze sich der Beitrag der besseren Qualität durch. Galenos nahm weitere Einschränkungen und Bewertungen zu Ungunsten weiblichen Geschlechts vor, mit Auswirkung ab der frühen Embryonalentwicklung. Wie Aristoteles betrachtete Galenos das Blut als Ursprung des Samens („hämatogene Samenlehre“). Das Blut würde „verköcht“ und, mit „Pneuma“ (Luft) versehen, zu Samen umgewandelt. Aus dem Ursprung der Blutgefäße ergaben sich bei Galenos für die Ausprägung von Geschlecht bedeutsame Unterschiede: Die Blutgefäße, die (weibliche und männliche) Hoden und Uterus versorgten, hätten auf der linken und rechten Seite unterschiedliche Ursprünge. Rechtsseitig würden die Samen bildenden Blutgefäße direkt aus der Vena cava und der Aorta entspringen und daher „gereinigtes“ Blut zu den rechten Hoden und zur rechten Uteruskammer führen. Die linken Hoden und die linke Uteruskammer würden hingegen von aus der Nierenarterie entspringenden Blutgefäßen gespeist und würden „ungereinigtes“, „wässriges“ Blut befördern. Als Folge führte Galenos aus, dass auf Grund höherer „Feuchte“ und „Unreinheit“ linksseitig der Samen schlechter sei und daraus ein weiblicher Embryo resultiere, rechtsseitig würde auf Grund besserer „Reinigung“ und „Trocknung“ des Blutes/Samens ein männlicher Embryo entstehen (Galenos a: XIV 6/7; vgl. u.a. Lesky 1950: 178-186).

Also: auch Galenos Geschlechtertheorie lässt sich nicht auf das einfache Modell einer auf „Hitze“ basierenden Un-/Vollkommenheit von Menschen reduzieren. Vielmehr betrachtete Galenos weibliches und männliches Geschlecht schon auf Grund der Links- oder Rechtsseitigkeit von (weiblichen und männlichen) Hoden und Uterus in ihrer embryonalen Anlage als verschieden, was sich auf ihre physiologischen und anatomischen Eigenschaften auswirke. Schließlich würden erst die männlichen Hoden einen Mann zu einer männlichen Konstitution verhelfen. Dies als „Ein-Geschlechter-Modell“ zu fassen, würde der Differenziertheit in den Auffassung des Galenos nicht gerecht. Auch impliziert dieser Begriff, dass es der Frau durch einen bloßen „Hitzezuwachs“ möglich würde, die „vollkommene“ männliche Konstitution zu erlangen. Dies schloss Galenos selbst aus. Bei anderen antiken (männlichen) Naturphilosophinnen werden geschlechtliche physiologische und anatomische Unterscheidungen deutlicher. So erfuhr die Frau in zahlreichen hippokratischen Schriften¹⁵ besondere Betrachtung. Entsprechende „Sonderbetrachtungen“ für den Mann finden sich hingegen nicht. Soranos von Ephesos (um 100 u.Z.) veröffentlichte eine kleine Schrift, die er „*Gynaikeia*“ (lat. Titel, Gynäkologie) nannte. Die deutlichsten Ausführungen finden sich bei Aristoteles, der der Frau einen Samenbeitrag absprach („Einsamenlehre“; die Frau habe nur eine Vorstufe des Samens, die nicht aktiv zur Vererbung beitrage; sie ernähre den

15 In: De Natura Muliebri (lat. Titel, Über die Natur der Frauen), De Morbis Mulierum (lat. Titel, Über die Krankheiten der Frauen), De Sterilibus (lat. Titel, Über sterile Frauen), De his quae ad uirgines spectant (lat. Titel, Über die (Krankheiten von) jungen Mädchen/Jungfrauen).

Embryo) und ihr eine lange Liste von Mängeln im Vergleich zum Mann zuschrieb: Die Frau unterscheide sich durch Gebärmutter, äußere anatomische Geschlechts- und andere körperliche Merkmale, durch eine geringere Gliederung und Sehnigkeit, durch „feuchteres Fleisch“, ein kleineres Gehirn und schwächeren Körperbau vom Mann. Die Beschreibung von Merkmalen der Frau als „weniger“, „kleiner“, „schwächer“, „kälter“, „feuchter“ deklinierte Aristoteles bis hin zu geistigen Fähigkeiten durch und rechtfertigte damit die Einengung des gesellschaftlichen Wirkungsraums von Frauen.¹⁶

Fazit: Antike naturphilosophische Geschlechtertheorien waren differenziert. Es ist hilfreich, diese Differenziertheit wahrzunehmen und keine Vereinfachungen zu treffen, um sich auch bei aktuell in der gesellschaftlichen Diskussion befindlichen „modernen“ biologischen und medizinischen Geschlechtertheorien möglicher alternativer Theorien – die sich gegen heteronormative Zweigeschlechtlichkeit aussprechen – bewusst werden zu können. Ein Blick in die alte, in die jüngere und jüngste Geschichte verdeutlicht, dass naturphilosophische Geschlechtertheorien in ihrer Zeit umstritten waren und sind, da sie immer auch die gesellschaftliche Stellung ihrer Schöpferinnen und Vertreterinnen widerspiegeln. Denn: Geschlechtertheorien fügen sich in das jeweilige gesellschaftliche System; eine restriktiv geschlechtlich differenzierte Gesellschaft (wie es für antike Gesellschaften angenommen wird)¹⁷ wird auch geschlechtlich differenzierende Naturphilosophien hervorbringen, bzw. als mehrheitlich präferierte wählen. Mit diesem Hintergrund gilt es auch aktuelle binäre biologische und medizinische Geschlechtertheorien in den Blick zu nehmen, als gesellschaftlich gemacht auszuweisen und geschlechtlich plurale – oder ganz ohne Geschlecht auskommende – Alternativen zu wählen bzw. zu entwickeln.

Literatur

- Berger, N., Hark, S., Engel, A., Genschel, C., Schäfer, E. (Hrsg.): Queering Demokratie. Sexuelle Politiken, Querverlag, Berlin, 2000.
- Bundestags-Drucksache 16/4786: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Karin Binder, Katja Kipping, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 16/4287: Situation Intersexueller in Deutschland, 2007.
- Dreger, A. D. (Hrsg.): Intersex in the Age of Ethics, University Publishing Group, Hagerstown, 1999.
- Duby, G., Perrot, M., Pantel, P. S. (Hrsg.): Geschichte der Frauen – Band I Antike, Campus Verlag, Frankfurt/Main, New York, 1993 (frz. 1990).
- Flemming, R.: Medicine and the making of Roman women: gender, nature and authority from Celsus to Galen, University Press, Oxford, 2000.
- Foucault, M.: Überwachen und Strafen – Die Geburt des Gefängnisses. Suhrkamp, Frankfurt/Main, 1977 (frz. 1975).
- Foucault, M.: Das Abendland und die Wahrheit des Sexes, in: Foucault, M.: Schriften in vier Bänden – Dits et Ecrits, Band III, 1976-1979, Suhrkamp, Frankfurt/Main, 2003 (1976), (135-140).

16 In: *Historia Animalium* (lat. Titel, Geschichte der Tiere), *De Generatione Animalium* (lat. Titel, Über die Entstehung der Tiere), *Politica* (lat. Titel, Politik).

17 Vgl. einführend zur gesellschaftlichen Rolle von Geschlecht, insbesondere mit Bezug auf Frauen etwa: Duby 1993 (1990); Pomeroy 1995 (1975); Hartmann 2007.

- Galenos: *De usu partium* (On the Usefulness of the Parts of the Body). Translation by Margaret Tallmadge, Cornell University Press, Ithaca, a 1968.
- Grundmann, S.: Geschlecht und Sexualität in den medizinischen Schriften Galens, *Bulletin - Texte* 31, 2006 (78-95).
- Hartmann, E.: *Frauen in der Antike. Weibliche Lebenswelten von Sappho bis Theodora*. C.H. Beck, München, 2007.
- Hiort, O.: Störungen der Geschlechtsentwicklung: Konsequenzen der neuen Nomenklatur und Klassifikation. *Ergebnisse der Chicago Konsensus Konferenz 2005*, *Zeitschrift für Sexuallforschung*, 20 (2), 2007 (99-106).
- Hirschauer, S.: *Die soziale Konstruktion der Transsexualität*. Suhrkamp, Frankfurt/Main, 1999 (Erstaufflage 1993).
- Horowitz, M. C.: Aristotle and Woman, *Journal of the History of Biology* 9 (2), 1976, (193-213).
- Kessler, S. J.: *Lessons from the Intersexed*, Rutgers University Press, New Brunswick, New Jersey, London, 1998.
- King, H.: *Hippocrates' woman: reading the female body in ancient Greece*, Routledge, London, New York, 1998.
- Laqueur, T.: *Making Sex – body and gender from the Greeks to Freud*, Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts, London, 2003 (Erstaufflage 1990).
- Lesky, E.: Die Zeugungs- und Vererbungslehre der Antike und ihr Nachwirken, in: *Abhandlungen der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse*, 19 (1950), (1225-1425), (eigene Nummerierung: S. 1-201).
- Park, K., Nye, R. A.: *Destiny is Anatomy*, Review of Laqueurs *Making Sex. Body and Gender from the Greeks to Freud*, *The New Republic* 18, 1991, (53-57).
- Plett, K.: Rechtliche Aspekte der Intersexualität. *Zeitschrift für Sexuallforschung* 20 (2). 2007, (162-175).
- polymorph (Hrsg.): *(K)ein Geschlecht oder viele? Transgender in politischer Perspektive*, Querverlag, Berlin, 2002.
- Pomeroy, S. B.: *Goddesses, Whores, Wives, and Slaves – Women in Classical Antiquity*, Schocken Books, New York, 1995 (Erstaufflage 1975).
- Pusch, L.: *Das Deutsche als Männersprache*, Suhrkamp, Frankfurt/Main, 1984.
- Rothärmel, S.: Rechtsfragen der medizinischen Intervention bei Intersexualität. *Medizinrecht* 24 (5), 2006, (274-284).
- Samerski, S.: Entmündigende Selbstbestimmung. Wie die genetische Beratung schwangere Frauen zu einer unmöglichen Entscheidung befähigt, in: Graumann, S., Schneider, I. (Hrsg.): *Verkörperte Techniken – Entkörperte Frau. Biopolitik und Geschlecht*. Campus, Frankfurt/Main, New York, 2003, (213-229).
- Silva, A. de: Physische Integrität und Selbstbestimmung: Kritik medizinischer Leitlinien zur Intersexualität. *Zeitschrift für Sexuallforschung*, 20 (2), 2007, (176-185).
- Tolmeine, O.: *Recht und Geschlecht – ein Plädoyer für die Anerkennung von Hermaphroditen*, in: 1-0-1 [one 'o one] intersex – Das Zwei-Geschlechter-System als Menschenrechtsverletzung, Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Berlin, 2005, (128-135).
- Voß, H.-J.: *Queer politics – zwischen kritischer Theorie und praktischer (Un)möglichkeit*. UTOPIEkreativ, 182, 2005, (1108-1114).
- Voß, H.-J.: aKonstituierung von „Geschlecht“ in westlichen modernen biologisch-medizinischen Wissenschaften – Ausgangspunkt Hermaphroditismus, in: *Invertito 10 – Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten (in Druckvorbereitung)*, 2008.
- Voß, H.-J.: *Wie für Dich gemacht: die gesellschaftliche Herstellung biologischen Geschlechts*, in: Coffey, J., Köpfer, K., mAnN*, L., Emerson, J., Klarfeld, R., Müller, D., Huber, J., Emde, V. D. (Hrsg.): *Queer leben – queer labeln? (Wissenschafts-)kritische Kopfmassagen*, fwpf Verlag, Freiburg, 2008b, (153-167).
- Berger, N., Hark, S., Engel, A., Genschel, C., Schäfer, E. (Hrsg., 2000): *Queering Demokratie. Sexuelle Politiken*. Querverlag, Berlin.
- Bundestags-Drucksache 16/4786 (2007): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Karin Binder, Katja Kipping, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 16/4287: Situation Intersexueller in Deutschland.
- Dreger, A. D. (Hrsg., 1999): *Intersex in the Age of Ethics*. University Publishing Group, Hagerstown.
- Duby, G., Perrot, M., Pantel, P. S. (Hrsg., 1993 [frz. 1990]): *Geschichte der Frauen – Band I Antike*. Campus Verlag, Frankfurt/Main, New York.
- Flemming, R. (2000): *Medicine and the making of Roman women: gender, nature and authority from Celsus to Galen*. University Press, Oxford.
- Foucault, M. (1977 [frz. 1975]): *Überwachen und Strafen – Die Geburt des Gefängnisses*. Suhrkamp, Frankfurt/Main.
- Foucault, M. (2003 [1976]): *Das Abendland und die Wahrheit des Sexes*. In: Foucault, M. (2003): *Schriften in vier Bänden – Dits et Ecrits*. Band III, 1976-1979. Suhrkamp, Frankfurt/Main, S.135-140.
- Galenos (a, 1968): *De usu partium* (On the Usefulness of the Parts of the Body). Translation by Margaret Tallmadge. Cornell University Press, Ithaca.
- Grundmann, S. (2006): *Geschlecht und Sexualität in den medizinischen Schriften Galens*. *Bulletin - Texte* 31: S.78-95.
- Hartmann, E. (2007): *Frauen in der Antike. Weibliche Lebenswelten von Sappho bis Theodora*. C.H. Beck, München.
- Hiort, O. (2007): *Störungen der Geschlechtsentwicklung: Konsequenzen der neuen Nomenklatur und Klassifikation*. *Ergebnisse der Chicago Konsensus Konferenz 2005*. *Zeitschrift für Sexuallforschung*, 20 (2): S.99-106.

- irschauer, S. (1999 [Erstauflage 1993]): Die soziale Konstruktion der Transsexualität. Suhrkamp, Frankfurt/Main.
- Horowitz, M. C. (1976): Aristotle and Woman. *Journal of the History of Biology* 9 (2): S.193-213.
- Kessler, S. J. (1998): *Lessons from the Intersexed*. Rutgers University Press, New Brunswick, New Jersey, London.
- King, H. (1998): *Hippocrates' woman: reading the female body in ancient Greece*. Routledge, London, New York.
- Laqueur, T. (2003 [Erstauflage 1990]): *Making Sex – body and gender from the Greeks to Freud*. Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts, London.
- Lesky, E. (1950): Die Zeugungs- und Vererbungslehre der Antike und ihr Nachwirken. In: *Abhandlungen der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse*, 19 (1950), S. 1225-1425 (eigene Nummerierung: S. 1-201).
- Park, K., Nye, R. A. (1991): *Destiny is Anatomy, Review of Laqueurs Making Sex: Body and Gender from the Greeks to Freud*. *The New Republic* 18: S.53-57.
- Plett, K. (2007): Rechtliche Aspekte der Intersexualität. *Zeitschrift für Sexualforschung* 20 (2): S.162-175.
- polymorph (Hrsg., 2002): *(K)ein Geschlecht oder viele? Transgender in politischer Perspektive*. Querverlag, Berlin.
- Pomeroy, S. B. (1995 [Erstauflage 1975]): *Goddesses, Whores, Wives, and Slaves – Women in Classical Antiquity*. Schocken Books, New York.
- Pusch, L. (1984): *Das Deutsche als Männersprache*. Suhrkamp, Frankfurt/Main.
- Rothärmel, S. (2006): Rechtsfragen der medizinischen Intervention bei Intersexualität. *Medizinrecht* 24 (5): S.274-284.
- Samerski, S. (2003): Entmündigende Selbstbestimmung. Wie die genetische Beratung schwangere Frauen zu einer unmöglichen Entscheidung befähigt. In: Graumann, S., Schneider, I. (Hrsg.): *Verkörpernde Technik – Entkörpernde Frau. Biopolitik und Geschlecht*. Campus, Frankfurt/Main, New York, S.213-229.
- Silva, A. de (2007): Physische Integrität und Selbstbestimmung: Kritik medizinischer Leitlinien zur Intersexualität. *Zeitschrift für Sexualforschung*, 20 (2): S.176-185.
- Tolmein, O. (2005): Recht und Geschlecht – ein Plädoyer für die Anerkennung von Hermaphroditen. In: 1-0-1 [one 'o one] intersex – Das Zwei-Geschlechter-System als Menschenrechtsverletzung. *Neue Gesellschaft für Bildende Kunst*, Berlin, S.128-135.
- Voß, H.-J. (2005): *Queer politics – zwischen kritischer Theorie und praktischer (Un)möglichkeit*. UTOPIEKreativ, 182: S.1108-1114.
- Voß, H.-J. (2008a): Konstituierung von „Geschlecht“ in westlichen modernen biologisch-medizinischen Wissenschaften – Ausgangspunkt Hermaphroditismus. In: *Invertito 10 – Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten* (in Druckvorbereitung).
- Voß, H.-J. (2008b): Wie für Dich gemacht: die gesellschaftliche Herstellung biologischen Geschlechts. In: Coffey, J., Köppert, K., mAnN*, L., Emerson, J., Klarfeld, R., Müller, D., Huber, J., Emde, V. D. (Hrsg.): *Queer leben – queer labeln? (Wissenschafts-)kritische Kopfmassagen*. fwpf Verlag, Freiburg, S.153-167.

Diskussionen um das Strafmündigkeitsalter in Deutschland

Zwar hat die steigende Delinquenz unter strafenmündigen Kindern und Jugendlichen in Deutschland nicht zu einer Reform im Jugendstrafrecht wie z.B. in England oder in den Niederlanden geführt, doch hat sie Diskussionen über die Strafmündigkeitsgrenze ausgelöst. Das Interesse der Öffentlichkeit wurde und wird dabei immer wieder von den Medien geweckt, die gern über schwerwiegende Taten berichten, was verständlicherweise Besorgnis in der Bevölkerung erregt. Als Beispiel dafür wird des Öfteren der türkische Junge Mehmet genannt, der mit noch nicht 14 Jahren über 60 zum Teil schwere Delikte begangen hatte¹. Allerdings muss betont werden, dass solche Taten nur in Ausnahmefällen vorkommen.

Auch nach einer langjährigen Beschäftigung mit dem Thema in Deutschland bleibt die Frage offen, ob die Lösung des Problems in der Absenkung des Strafmündigkeitsalters von 14 Jahren auf 12 Jahre liegt, für die von einigen Politikern, aber auch manchmal in der juristischen Praxis und auch in der Fachliteratur plädiert wird, oder ob eine solche Senkung der Strafmündigkeitsgrenze der falsche Weg ist, eine Ansicht, die ebenfalls in der Literatur stark vertreten ist.

In diesem Text werden die verschiedenen Positionen im Einzelnen dargestellt.

Strafmündigkeit ab vollendetem 12. Lebensjahr

Argumente für eine Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze

Die steigende Delinquenz unter Kindern und Jugendlichen in Deutschland hat eine Diskussion über die Strafmündigkeitsgrenze ausgelöst. Dabei stehen vor allem kindliche Intensivtäter und schwerwiegende Taten² von Kindern im Mittelpunkt der Kontroverse. In der Fachliteratur wird auf folgende Tendenzen aufmerksam gemacht: Unter den Delinquenten gibt es Kinder, die angesichts der zu erwartenden Straflosigkeit gezielt delinquente Handlungen begehen³. Außerdem werden die Taten von 12- bis 13-jährigen Kindern zunehmend schwerer⁴. Der Schadensumfang aufgrund der steigenden Anzahl geringfügiger Taten wie Sachbeschädigungen wird immer größer und selbst Raufereien sind kein harmloses Kräffemessen mehr⁵, sondern haben Körperverletzungen zur Folge.

1 Diederischen, NJW 1998, S.3471.

2 Man gibt als Beispiel für schwere Taten von Kindern Fälle wie diese: In Hamburg tötet ein 13-Jähriger seine Großmutter. Wassermann, NJW 1998 S.2097f. oder im schwäbischen Ichenhausen vergewaltigen drei Jungen zwischen zehn und zwölf Jahren im Jahr 1999 ein achtjähriges Mädchen. Hefendehl, JZ 2000, S.600.

3 Heinke, ZRP 2004, S.24; Diederischen, NJW 1998, S.3471; Brunner, JR 1997, S.492 (495).

4 Wassermann, NJW 1998, S. 2097; Brunner, JR 1997, S.492 (495); Hinz, ZRP 2000, S.107 (113).

5 Brunner, JR 1997, S.492 (495).

Der Erwartung der Gesellschaft, dass der straffällig gewordene Mensch für seine Handlungen zur Verantwortung gezogen wird, versuchen die Politiker zu entsprechen, indem sie eben das auch für kindliche Delinquenten fordern⁶. Schließlich richtet sich das Strafurteil nicht nur an den Täter, sondern auch an die Gesellschaft⁷.

Mit der Absenkung des Strafmündigkeitsalters auf 12 Jahre bezweckt man zuerst die Verhinderung eines weiteren Anstiegs der Kinderdelinquenz. Da man annimmt, dass die Anwendung des Jugendhilferechts auf die Intensivtäter oder auf die Kinder, die schwere delinquente Handlungen begehen, im Wesentlichen nicht sachgerecht ist, werden eher strafrechtliche Reaktionen als angemessene Mittel angesehen⁸. Man glaubt, dass den jungen Menschen mit Hilfe des Jugendstrafrechts noch frühzeitig erzieherisch geholfen werden kann⁹, während späteres Eingreifen zur Verstärkung des Fehlverhaltens von Kindern führen könne. Ferner geht man davon aus, dass nicht die stigmatisierenden Maßnahmen bei der Anwendung des Jugendstrafrechts negative Folgen auf die Entwicklung des Kindes haben, sondern dass die negativen Auswirkungen vielmehr darin zu sehen sind, dass dem Kind bewusst wird, dass es nach einem delinquenten Verhalten ohne Strafe davon kommen kann¹⁰.

Auf einen anderen Punkt wurde von dem CDU-Politiker Teiser in einer Presseerklärung vom 12.9.1996 aufmerksam gemacht. Er behauptet, dass die Polizei und Gerichte 12- und 13-jährigen Straftätern hilflos gegenüber stünden; selbst bei Serientätern müsse man mit einer Reaktion warten, bis die Strafmündigen endlich 14 Jahre alt würden¹¹. Eine Herabsetzung der Strafmündigkeitsgrenze könne ein schnelleres Handeln ermöglichen und dazu dienen, die im Moment furchtlos delinquente Handlungen begehenden Kinder dadurch von weiterem Fehlverhalten abzuhalten, dass man ihnen deutlich mache, dass ihr abweichendes Verhalten nicht geduldet wird.

Eine ähnliche Argumentation findet sich auch in der Fachliteratur, u.a. bei Hinz und Brunner. So soll nach Hinz die mögliche Einbeziehung von Kindern zwischen 12 und 13 Jahren in den Anwendungsbereich des Jugendstrafrechts geprüft werden. Dabei ist darauf zu achten, inwieweit im JGG enthaltene Sanktionen als Reaktion notwendig und den Kindern zumutbar sind.¹²

Die Weisungen nach §10 JGG sollen laut Brunner geeignet sein, auf Kinder schonend einzuwirken.¹³ Sie sollen bei Kindern, die mehrfach auffällig geworden

6 Der Politiker der CDU-CSU Fraktion Teiser forderte im Jahr 1996 eine kriminalpolitische Änderung in Bezug auf die Strafmündigkeitsalter.

7 Frehsee in: FS für Schüler-Springorum, 1993, S.379 (387); Schaffstein in: FS für Schüler-Springorum, 1993, S.371(373).

8 Paul, ZRP 2003, S.204 (205).

9 Brunner, JR 1997, S.492 (495); Hinz, ZRP 2000, S.107 (113).

10 Heinke, ZRP 2004, S.24.

11 Zitiert nach Wolfslast in: FS für Bemann, 1997, S.275; ähnlich Heinke, ZRP 2004, S.24.

12 Hinz, ZRP 2000, S.107 (113).

13 Brunner, JR 1997, S.492 (496).

sind oder gewalttätige Handlungen begangen haben, konsequent zum Einsatz kommen. Auch sind statt Jugendarrest ambulante Maßnahmen vorzuziehen und die Jugendstrafe soll nur in Ausnahmefällen wie z.B. bei Kapitalverbrechen oder bei Tötungsdelikten in Betracht kommen.¹⁴ Weiterhin ist bei jüngeren Tätern intensiv und für jede einzelne Tat zu prüfen, ob § 3 JGG greift.¹⁵

Anstatt der Anwendung des Jugendstrafrechts auf alle 12- bis 14- Jährigen wird als Alternative auch vorgeschlagen, dass Kinder nur in manchen Fällen (z.B. bei Tötungsdelikten, schweren und wiederholten Körperverletzungen, schwerem Raub usw.) als strafmündig zu betrachten sind, nämlich wenn es sich um Mehrfach- und Intensivtäter handelt¹⁶. Es wird damit beabsichtigt, die generelle Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze zu vermeiden, sich aber gleichzeitig die Möglichkeit vorzubehalten, auf die schweren Straftaten von Intensivtätern zu reagieren.

Die steigende Delinquenz unter Kindern und Jugendlichen hat neben der Diskussion über die Strafmündigkeitsgrenze auch zu Überlegungen zur Verschärfung des Jugendstrafrechts geführt. Die wichtigsten Vorschläge dazu sind folgende:¹⁷

a) Die Zurückdrängung des Grundsatzes der Erziehung durch Strafbegründungskriterien des allgemeinen Strafrechts wie Schuldausgleich, Sühne und Vergeltung.

b) Die Einführung eines neuen Kriteriums, des Schutzes der Allgemeinheit vor Gewaltdelikten bei der Verhängung von Jugendstrafe.

c) Die Anhebung der Höchstfreiheitsstrafe bei Verurteilung nach dem Jugendgerichtsgesetz auf 15 Jahre.

Diese Vorschläge spiegeln eine Tendenz wieder, nach der der Erziehungsgedanke im Jugendstrafrecht gegenüber generalpräventiven Absichten in den Hintergrund tritt.

Zunahme der Kinderdelinquenz

Aufgrund der Tatsache, dass die Überlegungen zu einer Senkung der Strafmündigkeitsgrenze auf 12 Jahre vor dem Hintergrund steigender Kinderdelinquenz erfolgen, muss ein Blick auf die Kinderdelinquenz in der Polizeilichen Kriminalstatistik¹⁸ (PKS) geworfen werden. Die PKS-Daten beziehen sich auf alle Straftaten, die der Polizei bekannt geworden sind. Um ein vollständiges Bild der erfassbaren Sicherheitslage zu ermöglichen, sind die Taten von strafunmündigen

14 Hinz, ZRP 2000, S.107 (113); Brunner, JR 1997, S.492 (496).

15 Bohnert, NSZ 1998, S.249.

16 Paul, ZRP 2003, S.204 (205).

17 Nach Ostendorf, ZRP 2000, S.103; Viehmann, Das deutsche Jugendkriminalrecht im Zugriff populistischer Politik, 2002, S.3 (13).

18 Da gegen Strafunmündige kein Strafverfahren betrieben werden darf, wurden sie nicht in der Strafverfolgungsstatistik aufgenommen.

Kindern ebenfalls miteinbezogen¹⁹. Zur Verdeutlichung der Entwicklung der Kinderdelinquenz kann folgende Tabelle herangezogen werden:

Die Anzahl tatverdächtiger Kinder von 1991 bis 2004 (Quelle PKS 2006)

Jahr	Insgesamt	Veränderung in %	Anteil an alle TV in %
1993	88 276	-	4,3
1994	100 077	13,4	4,9
1995	116 619	16,5	5,5
1996	131 010	12,3	5,9
1997	144 260	10,1	6,3
1998	152 774	5,9	6,6
1999	150 626	-1,4	6,7
2000	145 834	-3,2	6,4
2001	143 045	-1,9	6,3
2002	134 545	-5,9	5,8
2003	126 358	-6,1	5,4
2004	115 770	-8,4	4,9
2005	103 124	-10,9	4,5
2006	100 487	-2,6	4,4

Die Tabelle zeigt uns, dass die Kinderdelinquenz ab 1990 deutlich zugenommen hat, jedoch seit 1999 einen Rückgang zu verzeichnen ist.

Die Anzahl tatverdächtiger Kinder in bestimmten Deliktsbereichen²⁰

Straftaten(gruppe)	2004	2003	2002
Straftaten insgesamt	115 770	126 358	134 545
Ladendiebstahl	50 304	58 700	64 682
Sachbeschädigung	20 428	22 063	23 299
„schwerer „ Diebstahl	8 260	8 953	9 772
Körperverletzung	26 920	17 324	17 277
Raubdelikte	2 502	2 704	2 760

19 PKS 2002, S.8.

Der Anstieg der Delinquenz unter Kindern ist in Zusammenhang mit den Deliktsarten zu sehen, damit der Umfang der Kinderdelinquenz genau verstanden werden kann.

Bei tatverdächtigen Kindern ist der Ladendiebstahl eindeutig das häufigste Delikt. Auch Sachbeschädigungen liegen oft vor sowie einfache und gefährliche Körperverletzungen. Raubdelikte kommen bei den Kindern selten vor. Ferner begehen sie im Vergleich zu erwachsenen Tätern weit überdurchschnittlich oft Brandstiftungen.²¹

Frühere Mündigkeit bei 12- und 13-Jährigen

In Bezug auf die Diskussion über das Strafmündigkeitsalter ist es von besonderer Bedeutung, herauszustellen, ob der Reifungsprozess bei Jugendlichen, wie behauptet wird, eher als früher erfolgt. Eine entsprechende Feststellung könnte ein Anhaltspunkt dafür sein, dass die Absenkung des Strafmündigkeitsalters unterstützt werden sollte. Manche Autoren stellen fest, dass es schwer zu verkennen ist, dass die physische und psychische Entwicklung heute früher einsetzt als bei den vorherigen Generationen.²² Zudem sind die Kinder heutzutage durch die Möglichkeiten der Kommunikationstechnologie wie des Fernsehens oder des Internets besser informiert als in früheren Zeiten.²³ Daher wissen sie mehr über die Welt und sollten also eher in der Lage sein, Handlungen und ihre Folgen richtig einzuschätzen. Auch sollen die Kinder zwischen 12 und 14 Jahren in der Regel imstande sein, Grundwertungen der Rechtsordnung zu erfassen, so dass sie z.B. wissen, dass etwas, was sie stehlen, nicht ihnen gehört, oder dass sie jemand anderen nicht verprügeln dürfen.²⁴ Als Belege für frühere Mündigkeit werden Fälle genannt, in denen 12- und 13-jährige Kinder die Polizeibeamten grinsend an ihre Straflosigkeit erinnern oder in denen sie Anführer von Jugendgangs sind, die den Menschen Angst machen.²⁵

Allerdings wird auch darauf aufmerksam gemacht, dass die frühere biologische Reifung und das bloße Unrechtsbewusstsein für die Bestimmung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit im Sinne des § 3 JGG allein nicht genügen. Mit einer Absenkung des Strafmündigkeitsalters müsste auch wie im Gesetz festgelegt eine Prüfung der Einsichtsfähigkeit und der Steuerungsfähigkeit erfolgen. Da § 3 JGG aber eine wichtige Möglichkeit bietet, in jedem Fall die erforderliche Reife des Kindes ausreichend zu prüfen, könnten auch Kinder ab 12 Jahren unter Erweiterung des Anwendungsbereichs des Jugendstrafrechts einbezogen werden²⁶ ohne

20 PKS 2004-2003, S.77.

21 Laut der polizeilichen Statistik 2004 sind die Kinder für 15,1 % von allen Brandstiftungen und allen Herbeiführungen einer Brandgefahr verantwortlich.

22 Brunner, JR 1997, S.492 (496); Hinz, ZRP 2000, S.107 (113).

23 Hinz, ZRP 2000, S.107 (113) ; Paul, ZRP 2003, S.204 (205).

24 Heinke, ZRP 2004, S.24.

25 Hinz, ZRP 2000, S.107 (113).

26 Brunner, JR 1997, S.492 (496).

Fehlentscheidungen bezüglich der Strafmündigkeit zu riskieren. Schließlich wird bei den 12- und 13-jährigen Kindern angenommen, dass sie in der Lage sind, das Unrecht ihrer Tat einzusehen und danach zu handeln, wenn sie wegen mehrerer Straftaten schon öfter zur Rede gestellt wurden.²⁷ Dabei geht man davon aus, dass Kinder durch die mehrfache Konfrontation mit den Folgen der Tat die entsprechenden Vorschriften verinnerlicht haben.

In Bezug auf das Reifestadium von 12- und 13-Jährigen erscheint eine Studie, die von Piaget durchgeführt wurde, interessant. Piaget hat Kinder zunächst beim Murmelspielen beobachtet, um deren Fähigkeit Regeln zu erkennen, einzuschätzen. Als nächstes hat er den Kindern kurze Geschichten vorgelegt und er hat sie danach gefragt, was sie vom Verhalten der Personen in den Geschichten halten, um ihre Fähigkeit zur moralischen Wertung zu untersuchen.²⁸ Piaget kam nach seinen Untersuchungen zum Schluss, dass die Autonomie im Alter von 8 bis 12 Jahren einsetzt. Das Kind folgt den Regeln eines Spiels nicht zwingend, sondern es fängt an, die Regeln des Spiels gemeinsam mit anderen zu bestimmen, wobei es Sinn und Zweck der Regeln entdeckt.

Nach der Ansicht von Piaget vollziehen sich die wichtigsten Veränderungen im moralischen Bewusstsein des Kindes im Alter zwischen 8 und 12 Jahren. Daher könnte man also davon ausgehen, dass die Entwicklung des moralischen Bewusstseins vor dem 14. Lebensjahr abgeschlossen ist. Auch dieses Ergebnis könnte als Argument für die Herabsetzung der Strafmündigkeitsgrenze herangezogen werden.

Intention einer Absenkung des Strafmündigkeitsalters

Wie oben dargestellt wurde, hat man mit der Absenkung des Strafmündigkeitsalters als erstes die Erziehung von Kindern zum Ziel, bei denen die Gefahr besteht, dass ihre Entwicklung eine falsche Richtung nimmt, wenn mit Hilfe des Jugendstrafrechts nicht frühzeitig eingegriffen wird. Zur Erziehung gehört auch, dass dem Kind klar gemacht wird, dass nicht immer alle seiner Handlungen geduldet werden, wenn es eine bestimmte Grenze überschreitet. Man erkennt also die Notwendigkeit eines frühen Eingreifens zum Zweck einer besseren Erziehung.²⁹ Vor allem bei Intensivtätern kommt der früheren Intervention eine große Bedeutung zu. Sie würden möglicherweise in eine kriminelle Karriere einsteigen, wenn die Reaktion auf ihre Handlungen erst später erfolgen würde. Nach Hinz soll es viele Intensivtäter geben, die als Ersttäter vor Gericht stehen, die aber als Strafunmündige bereits für viele Taten verantwortlich waren.³⁰ Wenn das Kind Straftaten begeht und dabei sieht, dass auf seine Handlungen nicht reagiert wird, fühlt es sich in seinem Fehlverhalten bestärkt,³¹ weshalb es zum weiteren Begehen von Straftaten kommt.

27 Hinz, ZRP 2000, S.107 (113).

28 Piaget, Das moralische Urteil beim Kinde, 1954, S.119 f.

29 Brunner, JR 1997, S.492 (496); Schlüchter, Plädoyer für den Erziehungsgedanken, 1994, S.103.

30 Hinz, ZRP 2000, S.107 (113).

Außerdem wird von Schlüchter auch darauf hingewiesen, dass die nach dem Eintritt in die Strafmündigkeit plötzlich erfolgenden Reaktionen von der Seite des Staates nicht immer dazu führen, dass das Kind seine Handlungsmuster, die es jahrelang eingeübt hat, mit einem Mal aufgibt.

Neben dem Erziehungsgedanken ist ein weiteres Kriterium für die Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze die Prävention der steigenden Kinderdelinquenz. Die Kinder könnten durch die Einbeziehung in den Anwendungsbereich des Jugendstrafrechts abgeschreckt werden.³² Auch die Opferperspektive muss berücksichtigt werden: Eine Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze würde der Forderung nach Sühne und Schuldausgleich entgegenkommen.³³

Schließlich wird auf die Frage, ob auf die fehlentwickelten Kinder allein durch die Angebote von SGB VIII erzieherisch eingewirkt werden kann, mit Skepsis geantwortet. Man ist davon überzeugt, dass die Maßnahmen von SGB VIII beim Ausgleich der Erziehungsdefizite wirksam sein könnten,³⁴ wenn sie nicht mit der Bedingung verbunden wären, dass die Erziehungsberechtigten ihre Zustimmung dazu geben müssen. Diese sind nämlich oft wenig kooperativ.

Beibehaltung der Strafmündigkeitsgrenze von 14 Jahren

Argumente gegen eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters

Deutschland steht heute im europäischen Vergleich mit seiner Strafmündigkeitsgrenze gut da. Doch hat die Diskussion darüber eine lange Geschichte.³⁵ Sie war schon immer mit kriminalpolitischen Argumenten verknüpft. Nachdem beispielsweise das RStGB von 1871 die Strafmündigkeitsgrenze auf 12 Jahre festgelegt hatte, wurde bereits die Kritik vorgebracht, dass dem Staat die Möglichkeit fehle, auf die Taten von Kindern unter 12 Jahren zu reagieren, was zur Steigerung der Delinquenz unter diesen führe.³⁶

Um die Forderung nach einer Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze zu unterstützen, werden immer wieder PKS-Daten (siehe dazu Teil IV Punkt 2b), als Beweis für steigende Kinderdelinquenz angeführt. Allerdings geht aus den PKS-Daten hervor, dass ab 1999 ein Rückgang bei der Kinderdelinquenz zu verzeichnen ist.³⁷ So wurden im Jahr 1998 152.774 Kinder unter 14 Jahren von der Polizei einer Tat verdächtigt, während die Zahl z.B. im Jahr 2006 nur noch bei 100.487

31 Schlüchter, Plädoyer für den Erziehungsgedanken, 1994, S.103.

32 Heitlinger, Die Altersgrenze der Strafmündigkeit, 2004, S.295.

33 Hinz, ZRP 2000, S.107 (113).

34 Brunner, JR 1997, S.492 (496); Hinz, ZRP 2000, S.107 (113).

35 Ostendorf, Jugendgerichtsgesetz, 2003, § 1-2 Grdl. S.20.

36 Wolfslast in: FS für Bemmman, 1997, S.274 (287) : Von der Reichsregierung wurde diese Kritik durch eine Regelung berücksichtigt, wonach gegen 12-Jährige bestimmte Maßregeln getroffen werden konnten, wie z.B. die Unterbringung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt.

37 PKS 2004, S.76.

liegt. Man kann sich sogar die Frage stellen, ob die Kinderdelinquenz in Deutschland überhaupt ein so ernst zu nehmendes Problem ist, wie behauptet wird: Der PKS von 2006 ist zu entnehmen, dass 4,4 Prozent aller Strafmündigen in Deutschland als Tatverdächtige registriert wurden. In anderen Worten heißt das, dass im Jahr 2004 95,6 Prozent aller Kinder unter 14 Jahren nicht als Tatverdächtige erfasst waren.³⁸ Ein weiterer Hinweis auf den begrenzten Umfang des Problems ergibt sich aus dem Vergleich der PKS-Daten mit der Bevölkerungszahl. 2003 wurden laut PKS 126.358 Kinder unter 14 Jahren als Tatverdächtige registriert. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung ist das nur eine kleine Minderheit von weniger als 2 Prozent.³⁹ Auch liegen den PKS-Daten zufolge bei Mord oder Totschlag bzw. bei versuchtem Mord oder Totschlag die Zahlen von tatverdächtigten Kindern im gesamten Bundesgebiet bei nur fünf im Jahr 2004.⁴⁰ Die genannten Beispiele können ein Beleg dafür sein, dass es keinen Anlass zur Dramatisierung der Kinderdelinquenz gibt.

Nun stellt sich aber die Frage, warum die Gesellschaft die Kinderdelinquenz so ernst nimmt, dass von der Politik die Angemessenheit der aktuellen Strafmündigkeitsgrenze in Frage gestellt wird. Da die Medien die Hauptquelle für Informationen über Kriminalität bilden, sind sie als Hauptverantwortliche dafür anzusehen, dass in der Gesellschaft Fehlvorstellungen über Kinderdelinquenz entstehen. Obwohl es sich bei den Taten von Kindern und Jugendlichen in der Regel um kleinere, wenig spektakuläre Ereignisse handelt,⁴¹ prägen die vereinzelt vorkommenden Tötungs- Sexual- oder Raubdelikte von Kindern die Vorstellung der Bevölkerung über Kinderdelinquenz. Die Kriminologen sprechen auch davon, dass die Informationen über Kinder- und Jugenddelinquenz in den Medien verzerrt sind und das Wissen der Gesellschaft darüber recht dürftig⁴² und lückenhaft ist.⁴³

Für die Dramatisierung der Kinderdelinquenz durch die Medien gibt es Erklärungen. Den Medien geht es in erster Linie darum, ihre Einschaltquoten zu erhöhen, was ihnen durch die Präsentation extremer Fälle von Kinderdelinquenz gelingt.⁴⁴ Sie machen ihr Geschäft mit der Angst. Dramatisierende Darstellungen in den Medien führen im Allgemeinen in der Bevölkerung nicht nur zur Verstärkung der Kriminalitätsangst, sondern auch speziell zur Steigerung der Ängste vor jugendlichen Delinquenten.⁴⁵ Die falschen Vorstellungen der Bevölkerung die auf diese Weise entstehen, lassen den Ruf nach einer Absenkung des Straf-

38 Nach Albrecht, Jugendstrafrecht, 2000, § 2 S.4.

39 Nach DVJJ e.V. 2002, S.2.

40 PKS 2004, Tab. 20.

41 Schwind, Kriminologie, 2003, § 14 Rn.2 ff.; Walter, Jugendkriminalität, 2005, S.346, Rn. 351a.

42 Nach Ostendorf glaubt man, obwohl der Zuwachs der Ausländerkriminalität bei den Jugendlichen beträchtlich hinter dem Zuwachs der Deutschen bleibt, in der Gesellschaft das Gegenteil. ZRP 2000, S.105 f.

43 Pongratz/Jürgensen u.a., Kinderdelinquenz, 1990, S.63; Schwind, Kriminologie, 2003, § 14 Rn. 2-4; Walter, Jugendkriminalität, 2005, S.346, Rn. 351a f.

44 Heitlinger, Die Altersgrenze der Strafmündigkeit, 2004, S.320 f.

45 H.Ludwig, 64. Deutscher Juristentag, Berlin 2002, S.10.

mündigkeitsalters laut werden. An anderer Stelle weist man zudem darauf hin, dass kindliche Taten keinesfalls als so bedrohlich oder erschreckend einzustufen sind, wie oft dargestellt wird, und sie eher Spielcharakter haben. Die Gewaltdelikte von Kindern werden eher unter Gleichaltrigen, bei denen eine Täter-Opfer-Beziehung besteht, begangen.⁴⁶ Des Weiteren entsteht bei ihren Gewaltdelikten keine schwere Schädigung des Opfers. Das gilt vor allem auch für Raubdelikte, bei denen die Schäden meist unter 25 DM lagen.⁴⁷

Trotz der Erkenntnis, dass Handlungen im Kindesalter episodenhafte Erscheinungen darstellen und kein Schrittmacher für zukünftige Kriminalität sind, ist man sich aber dessen bewusst, dass bei Kindern, die über einen längeren Zeitraum wiederholt delinquentes Verhalten zeigen, die Gefahr besteht, dass sie später auch auffällig werden. Nach von Pongratz/Jürgensen u.a. durchgeführten Untersuchungen ist allerdings nur bei rund 20 Prozent aller Kinder, die bei der Polizei registriert sind, mit weiterem Auffälligwerden zu rechnen.⁴⁸ Die Existenz von diesen wenigen Intensivdelinquenten rechtfertigt aber nach Ansicht verschiedener Autoren nicht die Senkung der Strafmündigkeitsgrenze.⁴⁹ Wie beim Jugendstrafrecht muss auch bei den Überlegungen zum Strafmündigkeitsalter der Erziehungsgedanke im Vordergrund stehen. Damit dürfen generalpräventive Absichten keine Rolle spielen.

Ferner wird auf die Wirksamkeit der Leistungen von SGB VIII hingewiesen. Das SGB VIII, das genug Reaktionsmöglichkeiten auf die Handlungen von Kindern unter 14 Jahren bietet, soll dieser Altersgruppe angemessener sein als die Anwendung des Jugendstrafrechts.⁵⁰

Weitere Einwände bestehen darin, dass mit der Einbeziehung der Kinder in den Anwendungsbereich des Jugendstrafrechts die bezweckte Prävention von Kinderdelinquenz nicht erreicht werden kann, da strafrechtliche Sanktionen für den Abbruch einer kriminellen Karriere keine bedeutsame Rolle spielen.⁵¹ Es gilt im Gegenteil als sicher, dass mit einer Senkung der Altersgrenze die Kinderdelinquenz zunehmen würde.⁵² Die Unwirksamkeit der strafrechtlichen Reaktionen lässt sich zum einen damit begründen, dass die abschreckende Wirkung von Strafe bei Kindern geringer als bei Erwachsenen ist⁵³ und zum anderen damit, dass sich Härte im Vorgehen sogar kontraproduktiv auswirken kann. Das folgende Beispiel zeigt, dass strafrechtliche Reaktionen nicht immer den erwünschten Erfolg versprechen. Obwohl in allen Bundesstaaten der USA, wo generell hart durchgegriffen wird,

46 Nach Ostendorf ist der Glaube, dass die Gewaltdelikte eher gegen Frauen oder alte Menschen gerichtet sind, daher falsch. Ostendorf, ZRP 1998, S.446.

47 Hefendehl, JZ 2000, S.601 f. auch Thomas, ZRP 1999, S.194 f.

48 Pongratz/Jürgensen u.a., Kinderdelinquenz, 1990, S.47 f.

49 Vgl. Wassermann, NJW 1998, S.2097 (2098); Laubenthal, JZ 2002, S.811; Thomas, ZRP 1999, S.194.

50 Ostendorf, StV8/2002, S.439; Neubacher, ZRP 1998, S.122 (123); Wolfslast in: FS für Bemann, 1997, S.284.

51 J.Albrecht, 64. Deutscher Juristentag, Berlin 2002; ähnlich Lühr, ZRP 1997, S.282.

52 Heitlinger, Die Altersgrenze der Strafmündigkeit, 2004, S.322.

53 Ostendorf, ZRP 2000, S.106; Lühr, ZRP 1997, S.282.

die Strafmündigkeit mit 11 Jahren beginnt⁵⁴ und selbst die Verhängung der Todesstrafe gegenüber Jugendlichen zulässig ist, gilt Gewaltkriminalität gerade dort unter Jugendlichen als ein großes Problem.⁵⁵ Man spricht in diesem Zusammenhang sogar von einer nationalen Krise.

Im Rahmen der deutschen Diskussion lehnt man nicht nur die generelle Senkung der Strafmündigkeitsgrenze, sondern auch die deliktspezifische Bestimmung des Strafmündigkeitsalters ab. Denn die Feststellung der Strafmündigkeit des Kindes darf nicht nach Deliktarten, sondern nur nach dem Entwicklungsstand des Kindes erfolgen. Auch der Vorschlag, dass durch eine entsprechende Änderung der § 19 StGB und § 3 JGG 12- bis 14-Jährige dann als strafmündig anzusehen sind, wenn es sich um Mehrfach- und Intensivtäter handelt, ist abzulehnen, da der Maßstab der Strafmündigkeit nicht darin liegen darf, ob das Kind öfter straffällig geworden ist, sondern nur in Erkenntnissen über die Entwicklung des Kindes.⁵⁶

Zuletzt wird gegen eine Senkung des Strafmündigkeitsalters damit argumentiert, dass die Einbeziehung der 12- und 13-Jährigen in den Anwendungsbereich des Jugendstrafrechts zu einem gigantischen Aufwand führen würde.⁵⁷ Um die Verantwortlichkeit des Kindes im Sinne des § 3 JGG zu bestimmen, müsste ein Gutachter bestellt werden, womit der finanzielle und zeitliche Umfang eines Verfahrens zunehmen würde. So würde es zu einer überwiegend aktenmäßigen Bearbeitung der Fälle kommen, da die Jugendrichter mit dem Arbeitsaufwand überfordert wären.⁵⁸

Die Aussagekraft der PKS-Daten

Die Zuverlässigkeit und die Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik sind für die Diskussion um die Strafmündigkeit von besonderer Bedeutung, da die PKS-Daten die einzige Informationsquelle über die Entwicklung und den Umfang der Kinderdelinquenz sind. Die PKS bietet kein getreues Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern je nach Deliktart mehr oder weniger eine Annäherung an die Realität.⁵⁹ Es besteht daher darüber Einigkeit, dass die Aussagekraft der PKS eingeschränkt ist.

Nun stellt sich die Frage, woran die Verzerrtheit der PKS-Zahlen liegt. Zunächst kommt das Anzeigeverhalten der Bevölkerung in Betracht. Aufgrund der Abhängigkeit der Fälle in der PKS vom Anzeigeverhalten der Gesellschaft können je nach veränderten Umständen Schwankungen bei den PKS-Daten zustande kommen: Beispielsweise wird trotz der Erkenntnis, dass die Strafunmündi-

54 In Florida können sogar Täter in jedem Alter angeklagt werden. Brunner, JR 1997, S.492.

55 Kaiser, ZRP 1997, S.451; ähnlich Wassermann, NJW 1998, S.2097(2099); Krisber, Die Debatte um Jugendgewalt in den USA in Kinder und Jugendkriminalität in Deutschland, 1999, S.47.

56 Rose, ZRP 2003, S.472

57 Wolfslast in: FS für Bemann, 1997, S.283; Thomas, ZRP 1989, S.193f.

58 Wassermann, NJW 1998, S.2097 (2099).

59 DVJJ. e.V. 2002, S.3f.

gen strafrechtlich nicht für ihre Taten verantwortlich gemacht werden sollen, gegen sie Anzeige erstattet, um einen Schadensersatz zu bekommen, da die Versicherungsgesellschaften einen solchen von einer Anzeigenerstattung abhängig machen.⁶⁰ Die Erhöhung der Anzeigebereitschaft innerhalb der Gesellschaft kann auch daran liegen, dass die private Konflikterledigung zwischen Menschen abnimmt, was dazu führt, dass die Lösung von Problemen der Polizei überlassen wird. Im Gegensatz zu heute haben etwa Nachbarn oder Lehrer sich früher in Problemfällen direkt an die Eltern gewendet, was dazu geführt hat, dass viele der Taten von Kindern nicht polizeilich bekannt wurden.⁶¹ Ostendorf weist darauf hin, dass im Jahr 1997 1599 Kinder unter 6 Jahren in der PKS mit Taten registriert wurden, die früher von der Polizei gar nicht wahrgenommen wurden.⁶²

Ferner können die Schwankungen der PKS mit dem Dunkelfeld, in dem der größte Teil der kindlichen Handlungen bleibt, zu tun haben. So kann ein Anstieg der Kinderdelinquenz auf Aufhellung in diesem Bereich beruhen und umgekehrt.

Außerdem kann die falsche Einordnung der Taten von Kindern durch die Polizei zu einer Überbewertung des strafbaren Verhaltens führen.⁶³ Beispielsweise würde die Einstufung einer gefährlichen Körperverletzung als versuchter Totschlag für die Bewertung der Kinderdelinquenz einen großen Unterschied ausmachen. Ein Grund für eine falsche Bewertung durch die Polizei kann darin liegen, dass die Polizei sich für die Bearbeitung der kindlichen Taten nicht genug Zeit nimmt, da bei Strafunmündigen ein Strafverfahren nicht zu erwarten ist.⁶⁴

Ferner wird die Zuverlässigkeit der PKS-Daten dadurch beeinträchtigt, dass es keine Vergleichsmöglichkeit zwischen PKS und Verurteilungsstatistik gibt, weil gegen Strafunmündige kein Strafverfahren eingeleitet werden kann. Erst nach dem Verfahren wird gerichtlich festgestellt, ob der Tatverdächtige die Straftat begangen hat oder nicht. Daher hat das tatverdächtige Kind keine Möglichkeit, seine Unschuld zu beweisen.

Albrecht macht auf die Prozentwerte der PKS-Zahlen aufmerksam, die möglicherweise eine Rolle dabei spielen, dass ein falscher Eindruck von der Entwicklung der Kinderdelinquenz entsteht. Er gibt ein Beispiel, das zeigt, wie unterschiedlich die Bewertung der Steigerungsrate aussehen kann: „Zwischen 1992 und 1998 wurden wegen einfacher Körperverletzung 40.000 Erwachsene mehr registriert. Die Steigerungsrate beträgt damit 33%. Im selben Zeitraum wurden lediglich 5000 Kinder mehr registriert. Wegen der geringen Basiszahlen liegt hier eine Steigerungsrate von 222%.“⁶⁵

60 Pongratz/Jürgensen u.a., Kinderdelinquenz, 1990, S.54; Albrecht, Jugendstrafrecht, 2000, S.5; Thomas, ZRP 1999, S.193 (196).

61 Neubacher, ZRP 1998, S.121 (123).

62 Ostendorf, ZRP 2000, S.106 (107).

63 Schwind, Kriminologie, 2003, § 2 Rn. 8; Viehmann, ZRP 2003, S.377

64 Neubacher, ZRP 1998, S.121 (123).

65 Albrecht, Jugendstrafrecht, 2000, S.7 f.

Aus den oben genannten Gründen lässt sich abschließend feststellen, dass die PKS-Daten kein verlässliches Bild von der Entwicklung der Kinderdelinquenz zeichnen.

Körperliche Reife und Schuldfähigkeit

Bei der Festlegung der Strafmündigkeitsgrenze auf 14 Jahre hatte sich der Gesetzgeber daran orientiert, dass die Schulpflicht erst mit 8 Jahren beginnt und höchstens bis zum 14. Lebensjahr dauert. Erst dann tut man den ersten Schritt in die Selbständigkeit, etwa mit einer Lehre.⁶⁶ Das deutsche Strafrecht ist Schuldstrafrecht. Der BGH beschreibt in seiner Entscheidung aus dem Jahr 1952 die strafrechtliche Verantwortlichkeit:

„Strafe setzt Schuld voraus. Schuld ist Vorwerfbarkeit. Mit dem Unwerturteil der Schuld wird dem Täter vorgeworfen, dass er sich für das Unrecht entschieden hat, obwohl er sich rechtmäßig verhalten, sich für das Recht hätte entscheiden können. Der innere Grund des Schuldvorwurfs liegt darin, dass der Mensch auf freie, verantwortliche und sittliche Selbstbestimmung angelegt und deshalb befähigt ist, sein Verhalten nach den Normen des rechtlichen Sollens einzurichten und das rechtlich Verbotene zu meiden, sobald er die sittliche Reife erlangt hat.“⁶⁷

Beschränkt auf das Thema dieses Textes ist die Frage zu stellen, ob heutige Kinder im Alter zwischen 12 und 14 Jahren in der Lage sind, wie behauptet wird⁶⁸, sich durch Verbote lenken zu lassen, so dass es angebracht wäre, sie für schuldfähig zu erklären. Ferner ist die Ansicht kritisch zu beurteilen, dass bei den heutigen Kindern im Prinzip die Reifeentwicklung eher als früher eintritt. Eine frühere Reife würde es rechtfertigen, sie im Sinne von § 19 StGB schon ab dem 12. Lebensjahr zur Verantwortung zu ziehen. Von den Befürwortern der Senkung des Strafmündigkeitsalters wird auch als Argument vorgebracht, dass die mögliche Absenkung zu keinen falschen Ergebnissen führen würde, da der § 3 des JGG die Möglichkeit beinhalte, die Verantwortlichkeit des Kindes zu prüfen. Um das Kind für sein Handeln im Sinne des § 3 JGG zur Verantwortung ziehen zu können, muss es über zwei Fähigkeiten verfügen: Über Einsichts- und Steuerungsfähigkeit. Das Kind muss zuerst die Fähigkeit zur Einsicht haben. Das heißt, das Kind muss imstande sein, zu unterscheiden, ob das, was es tut, recht oder unrecht ist. Nach Wolfslast haben die Kinder im Alter zwischen 12 und 14 Jahren in Bezug auf Eigentumsdelikte oder Gewalttaten häufig durchaus ein abstraktes Normbewusstsein⁶⁹, während nach Wassermann es nicht sicher ist, dass Kinder, vor allem verahrloste Kinder, das erforderliche Unrechtsbewusstsein haben.⁷⁰ Er gibt ein

66 Reichling, Die Absenkung des Strafmündigkeitsalters in Kinder und Jugendkriminalität, 1997, S.77 (81).

67 BGHSt 2, S.194 (200).

68 Roxin, Strafrecht AT, 2003, § 20 Rn.49.

69 Obwohl es nach Wolfslast immer Einzelfälle gibt, in denen bei Kindern zwischen 12 und 13 Jahren die Schuldfähigkeit anzunehmen ist, sind aber weder die Senkung der Strafmündigkeitsgrenze noch strafrechtliche Reaktionen darauf angebracht. Wolfslast in: FS für Bemann, 1997, S.280 (284).

70 Wassermann, NJW 1998, S.2098.

Beispiel dafür: Selbst Kinder, die getötet haben, sagen, sie hätten nur einmal sehen wollen, wie das ist, wenn ihre Oma tot ist. Freilich verlangt die strafrechtliche Verantwortlichkeit neben der Einsichtsfähigkeit auch die Fähigkeit zur Steuerung. Die Steuerungsfähigkeit ist bei einem Kind gegeben, wenn es in der Lage ist, nach seiner Einsichtsfähigkeit zu handeln. Inwieweit Kinder unter 14 Jahren Einsichtsfähigkeit besitzen, ist umstritten. So äußert sich Frehsee skeptisch und weist auf die Schwierigkeit, in einer konkreten Situation tatsächlich nach den Normkenntnissen zu handeln. In diesem Zusammenhang weist Frehsee darauf hin, dass die Festsetzung einer Strafmündigkeitsgrenze eher von der Reife der Gesellschaft abhängt, als von der Reife des einzelnen Kindes. Generell ist der richtige Zeitpunkt der strafrechtlichen Verantwortlichkeit nicht empirisch zu ermitteln.⁷¹

In Bezug auf die Behauptungen, dass die Reifeentwicklung beim Kind heutzutage früher erfolgt, sind folgende Aspekte einzuwenden.

Es gibt keine Hinweise dafür, dass heutzutage 12- oder 13-Jährige reifer wären als ihre Gleichaltrigen vor 20 Jahren.⁷² Obwohl die körperliche Reife heute deutlich eher als früher eintritt, erfolgt aber die intellektuelle moralische und soziale Reife später. Früher war man mit 14 Jahren oft selbständig, während man heutzutage erst nach dem Abschluss der Berufsausbildung selbständig wird. Auch wird die Mehrheit der Kinder heute regelmäßig mit 16 und kaum noch bereits mit 14 Jahren aus der Schule entlassen.⁷³ Generell entwickelt sich die Unabhängigkeit der Individuen in der Gesellschaft immer später. Die komplexer gewordenen Lebensbedingungen sind auch ein Punkt, der daran zweifeln lässt, dass die soziale Reife heute früher einsetzt, weil es länger dauert, sich in ihnen zu Recht zu finden. Auch lässt die von der Mediengewalt geprägte Gesellschaft Jugendliche und Kinder nach Ansicht von Neubacher⁷⁴ nicht schneller moralisch und intellektuell reifen. Nach Hefendehl ist das Kind von heute hilfsbedürftiger als früher,⁷⁵ da die Funktion der Familie, die Grundwerte der Gesellschaft weiterzugeben, zunehmend an Bedeutung verliert. Außerdem kann der Reifeprozess durch die fehlerhafte Erziehung und einen problematischen Sozialwandel der Familie bzw. des Kindes beeinträchtigt werden. Die früher einsetzende körperliche Reife rechtfertigt in diesem Sinne nicht die Annahme einer früheren Schuldfähigkeit des Kindes. Zur Verdeutlichung werden zwei Untersuchungen als Beispiel genommen.

Die erste Untersuchung wurde von Kohlberg durchgeführt. Piagets Ansätze wurden von Kohlberg in den USA fortgeführt und weiterentwickelt, da er der Meinung war, dass Kinder, um wirklich moralische Reife zu erlangen, nach Piagets autonomer Stufe noch einen weiten Weg zu gehen haben.⁷⁶ Kohlbergs Forschungen befassten sich mit der Entwicklung von Moralvorstellungen und

71 Frehsee in: FS für Schüler-Springorum, 1993, S.379 (388); zustimmend Laubenthal, JZ 2002, S.8111 (813).

72 Reichling, Die Absenkung des Strafmündigkeitsalters in Kinder- und Jugendkriminalität, 1997, S.77 (81).

73 Hefendehl, JZ 2000, S.600 (608).

74 Neubacher, ZRP 1998, S.122.

75 Hefendehl, JZ 2000, S.600 (608).

76 Kramer in Kohlberg, Die Psychologie der Moralentwicklung, 1995, S.40f.

Rechtsbewusstsein bei Kindern, um herauszustellen, ab wann Kinder über die Fähigkeit zur Unrechtseinsicht verfügen.⁷⁷ Kohlberg befragte die männlichen Probanden danach, wie soziale Angelegenheiten zu bewerten und zu lösen sind.⁷⁸ Aus den Untersuchungsergebnissen ist in Bezug auf die Arbeit die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die Kinder erst zwischen dem 13. und 16. Lebensjahr die für strafrechtliche Verantwortlichkeit erforderliche Fähigkeit zur Unrechtseinsicht erwerben.⁷⁹

Die von Pongratz/Jürgensen u.a.⁸⁰ durchgeführte Untersuchung zeigt, dass Kinder, die polizeilich registriert sind, häufig gar nicht unterscheiden, was strafbar ist und was nicht. Es fehlt ihnen dabei das Bewusstsein, etwas Unrechtes zu tun. Aus der Untersuchung ging hervor, dass bei 35 Prozent der Polizeimeldungen den beteiligten Kindern die Normverletzung gar nicht bewusst und bei 40 Prozent sie ihnen nur eingeschränkt bewusst war. Weiterhin zeigte es sich, dass nur 20 Prozent der registrierten Kinder voll erkannt haben, dass ihr Verhalten nicht erlaubt und von Strafe bedroht war.

Bestrafungsmündigkeit ab dem 14. bis zum vollendeten 16.Lebensjahr

Unter Bestrafungsmündigkeit versteht man in Deutschland, dass die Verurteilung zu einer Jugendstrafe für strafmündige 14- und 15-jährige Täter ausscheidet. Das Jugendstrafrecht findet im Übrigen Anwendung. Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte gab es vereinzelt Forderungen nach einer Anhebung der Bestrafungsmündigkeit auf 16 Jahre. Die Bestrafungsmündigkeit war als Alternative zur Heraufsetzung der Strafmündigkeitsgrenze auf 16 Jahre gedacht, wo eine solche abgelehnt wurde. Schon im Jahr 1920 wurde die Anhebung der Bestrafungsmündigkeit gefordert. Von Hertz wurde damals vorgeschlagen, dass die Strafmündigkeitsgrenze auf das 14. Lebensjahr festgelegt wird, wobei aber die Freiheitsstrafen bis zum 16. Lebensjahr ausgeschlossen bleiben sollten.⁸¹ Ein ähnlicher Vorschlag, den im Jahr 1980 die Konferenz der Jugendminister der Bundesrepublik Deutschland machte, wurde ebenfalls abgelehnt.⁸² In Fortsetzung älterer Forderungen befürwortete die DVJJ- Kommission von 1992 erneut die Heraufset-

77 Heitlinger, Die Altersgrenze der Strafmündigkeit, 2004, S.144.

78 Kohlberg, Die Psychologie der Moralentwicklung, S.54ff. :Er fragte Kinder danach, ob der Arzt einer todkranken Frau Sterbehilfe gewähren soll? Darauf antwortete der 13-jährige Jim, dass man sie von ihren Schmerzen erlösen soll, wie man Tiere von ihren Schmerzen erlösen würde, während der 13-jährige Tommy die Frage anders beantwortete. Tommy sagte, dass es gut wäre, sie von ihren Schmerzen zu erlösen. Aber der Ehemann würde das nicht wollen; das sei nicht wie bei Tieren. Nachdem Jim mit 16 Jahren dieselbe Frage noch einmal gestellt bekommen hatte, berücksichtigte er in seiner Antwort soziale Werte. Nämlich: Auf eine Weise sei es Mord. Es sei nicht das Recht oder Privileg des Menschen, zu entscheiden, wer leben und wer sterben solle.

79 Nach Heitlinger, Die Altersgrenze der Strafmündigkeit, 2004,S.145.

80 Pongratz/Jürgensen u.a., Kinderdelinquenz, 1990, S.46f.

81 Wolflast in: FS für Bemann, 1997, S.275 f.

82 Berckhauer/Steinhilper, ZRP 1981, S.265 (267).

zung der Bestrafungsmündigkeit auf 16 Jahre. Der Formulierungsvorschlag der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ) Kommission lautete:

„Gegen Jugendliche, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können keine freiheitsentziehenden Sanktionen verhängt werden, soweit in diesem Gesetz etwas anderes geregelt ist.“⁸³

Die für Bestrafungsmündigkeit ab 16 Jahren sprechenden Argumente sind folgende: a) Mit der Bestrafungsmündigkeit bezweckt man zuerst, dem Trend, dass der Anteil der 14- bis 16-Jährigen im Jugendstrafvollzug steigt, entgegenzuwirken und daher die Bedeutung ambulanter Maßnahmen in diesem Alter zu verdeutlichen.⁸⁴ Der Grund, warum man die Jugendstrafe für Kinder zwischen 14 und 15 Jahren ausschließen will, liegt darin, dass Freiheitsentzug für diese Gruppe mehr Schaden anrichtet als Nutzen bringt.⁸⁵ Eine Jugendstrafe als Antwort wirkt sich auf die Entwicklung des 14- oder 15-Jährigen negativ aus. So liegt die Rückfallquote bei Jugendlichen, die bereits mit 14 oder 15 zu einer Jugendstrafe verurteilt wurden, höher als bei nicht Verurteilten oder bei Jugendlichen, deren Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde. Dies wird von Lamnek bestätigt.⁸⁶ Die Entfernung des Jugendlichen aus seinen sozialen Bindungen und seine Stigmatisierung stellen weitere negative Folgen der Jugendstrafe dar. Sie ist daher aus erzieherischen Gründen verfehlt und schädlich.

b) Man weist darauf hin, dass straffällig gewordene Jugendliche in diesem Alter eher der unterstützenden und integrierenden Hilfsangebote des Jugendhilferechts bedürfen als strafrechtlicher Maßnahmen.⁸⁷ Das Jugendhilferecht bietet ausreichende Hilfsmaßnahmen, durch die auf entsprechende Probleme Jugendlicher angemessen reagiert werden kann.

Eine Ausnahme ist bei jugendlichen Straftätern vorgesehen, die Tötungsdelikte bzw. schwerste Gewaltdelikte begangen haben.⁸⁸ Gegen sie besteht immer noch die Möglichkeit, eine Jugendstrafe zu verhängen. Außerdem kommt auch die Unterbringung des Jugendlichen in einem psychiatrischen Krankenhaus bzw. einer Entziehungsanstalt in Betracht, wenn der Jugendliche sich wegen einer schweren vorsätzlichen Straftat gegen Leib und Leben oder gegen die sexuelle Selbstbestimmung strafbar gemacht hat.⁸⁹

83 DVJJ, Jugendstrafrechtsreform-Kommission-Abschlussbericht, S.66.

84 DVJJ, Jugendstrafrechtsreform-Kommission-Abschlussbericht, S.65 f.; zustimmend: Ostendorf, JGG, 2003, Grdl. zu §§ 1-2, Rn. 9.

85 Trenczek, ZRP 1993, S.186f.; Ostendorf, JGG, 2003, Grdl.zu §§ 1-2, Rn. 9.

86 DVJJ, Jugendstrafrechtsreform-Kommission-Abschlussbericht, S.65 f, Fuß.152.

87 DVJJ, Jugendstrafrechtsreform-Kommission-Abschlussbericht, S.65 f.

88 Ostendorf, StV8/2002, S.439f.

89 DVJJ, Jugendstrafrechtsreform-Kommission-Abschlussbericht, S.66.

Abschließende Betrachtung der Diskussionen

Wie oben gezeigt wurde, spielen bei der Forderung nach einer Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze auf 12 Jahre die kriminalpolitischen Argumente eine erhebliche Rolle. Als Beweis für die steigende Delinquenz werden stets die PKS-

Daten angeführt. Die Argumentation der Befürworter vermittelt den Eindruck, dass das Problem der steigenden Kinderdelinquenz nur durch eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters zu lösen ist. Man bezweckt aber dabei nicht nur die Prävention der Kinderdelinquenz, sondern auch ein erzieherisches Einwirken durch das Jugendstrafrecht, wobei vor allem an Intensivtäter gedacht wird.

Aber sowohl verschiedene Untersuchungen als auch die PKS-Daten haben gezeigt, dass die Kinder eher leichtere Delikte begehen und in der Regel im Laufe des Erwachsenwerdens mit der Begehung der Straftaten aufhören. Daher ist die Anwendung des Jugendstrafrechts auf sie nicht angemessen. Zudem sind die delinquenten Handlungen der Kinder in diesem Alter episodenhaft und entwicklungsbedingt, sodass sie nicht so ernst zu nehmen sind wie in der Bevölkerung angenommen wird. In diesem Sinne gibt es keinen Grund, das Ausmaß der Delinquenz unter den Kindern zu übertreiben. Die episodenhafte Erscheinung im Kindesalter bedeutet zwar nicht immer, dass es nicht auch Kinder gibt, bei denen die Gefahr besteht, dass sie immer wieder straffällig werden, wenn auf ihr Handeln nicht reagiert wird. Es ist aber zweifelhaft, ob die Erweiterung des Jugendstrafrechts auf sie der richtige Weg ist. Statt sie der Anwendung des Jugendstrafrechts zu unterstellen, scheint es vielmehr die richtige Reaktion zu sein, die Hilfsmaßnahmen des SGB VIII in Anspruch zu nehmen. Kriminologisch und psychologisch gesehen, ist es nicht geboten, die delinquenten Kinder durch strafrechtliche Mittel zu erziehen. Insbesondere auf Intensivtäter, die durch verschiedene Faktoren belastet sind, würden sich strafrechtliche Mittel in diesem Alter kontraproduktiv auswirken.

Zudem hat sich auch gezeigt, dass die PKS-Daten nicht zuverlässig sind, so dass daraus nicht die Schlussfolgerung zu ziehen ist, dass die Kinderdelinquenz extrem gestiegen ist.

Ferner kann auch nicht von einer früheren Reife des Kindes ausgegangen werden. Die früher eintretende körperliche Reife reicht allein nicht aus, um die 12- und 13-jährigen Kinder für schulfähig zu erklären.

Wenn man all diese Argumente zusammennimmt, lässt sich also feststellen, dass nur wenig für eine Absenkung der jetzigen Strafmündigkeitsgrenze spricht. Außerdem ist es sogar aus den oben genannten Gründen überlegenswert, die Bestrafungsmündigkeit auf 16 Jahre anzuheben.

Literatur

- Albrecht, Peter-Alexis: Jugendstrafrecht, 3.Auflage, München, 2000.
- Bohnert, Joachim: Strafmündigkeit und Normkenntnis, NstZ, 1988, (249-255).
- Brunner, Rudolf: Überlegungen zur Strafmündigkeit, JR, 1997 (492-496).
- Carola Heitlinger: Die Altersgrenze der Strafmündigkeit, 2004.
- Diederischen, Uwe: Das Mehmet-Menetekel NJW 1998 (3471-3473).
- Frehsee, Detlev: Strafreife- Reife des Jugendlichen oder Reife der Gesellschaft, in: FS für Schüler-Springorum, (379-395).
- Hefendehl, Roland: Täter und Opfer bei kindlicher Gewalkriminalität, JZ 2000, (600-608).
- Heinke, Daniel: Senkung des Strafmündigkeitsalters, ZRP, 2004, (24).
- Hinz, Werner: Strafmündigkeit ab vollendetem 12.Lebensjahr, ZRP 2000, (107-114).
- Kohlberg, Lawrence Die Psychologie der Moralentwicklung, Frankfurt am Main, 1995.
- Laubenthal, Klaus: Ist das deutsche Jugendstrafrecht noch zeitgemäß? JZ 2002, (807-815).
- Neubacher, Frank: Kinderdelinquenz, ZRP 1998, (121-123).
- Ostendorf, Heribert: Weiterführung der Reform des Jugendstrafrechts, StV 2002, (436-445).
- Ostendorf, Heribert: Jugendstrafrecht in der Diskussion, ZRP 2000, (103-107).
- Ostendorf, Heribert: Jugendgerichtsgesetz, Kommentar, 6.Auflage, Köln, Berlin, Bonn, München, 2003.
- Paul, Andreas: Reform der Altersstufen im Jugendstrafrecht, ZRP 2003, (204-206).
- Piaget, Jean: Das Moralische Urteil beim Kinde, Zürich, 1954.
- Pongratz, Lieselotte/ Jürgensen, Peter: Kinderdelinquenz und kriminelle Karriere, Pfaffenweiler 1990.
- Thomas, Karl Der Kinderdelinquenz Einhalt gebieten- aber wie? ZRP 1999, (193-196).
- Reichling, Ursula: Die Absenkung des Strafmündigkeitsalters, in: Kinder- und Jugendkriminalität in Deutschland, (77-81).
- Rose, Frank: Das geltende Jugendstrafrecht ist besser als sein Ruf, ZRP 2003, (472-474).
- Roxin, Claus: Strafrecht allgemeiner Teil I: Grundlagen, der Aufbau Verbrechenslehre, 4.Auflage, München, 2006.
- Schaffstein, Friedrich: Strafmündigkeit ab 16 Jahren? in: Festschrift für Schüler-Springorum, (371-378).
- Schlüchter, Ellen: Plädoyer für den Erziehungsgedanken, Berlin, New York: de Gruyter, 1994.
- Schwind, Hans-Dieter: Kriminologie: Eine Praxisorientierte Einführung mit Beispielen, 13.Auflage, Heidelberg, 2003.
- Walter, Michael: Jugendkriminalität, 3.Auflage, 2005.
- Wassermann, Rudolf: Der Kinderdelinquenz Einhalt gebieten- aber wie? NJW 1998, (2097-2099).
- Wolflast, Gabrielle: Strafrecht für Kinder? Zur Frage einer Herabsetzung der Strafmündigkeitsgrenze, in: Festschrift Bemann, 1997, (274-287).

AutorInnen

Die AutorInnen sind an einer Fortsetzung der angestoßenen Diskussionen mit den LeserInnen interessiert.

Zeljko Crncic, Jg. 1979, Studium der Politikwissenschaften, der Slawischen und Romanischen Philologie, Dissertationsprojekt zur indigenen Bewegung Ecuadors. Ehrenamtliches Engagement bei Amnesty International und im 'Weltladen', Forschungsaufenthalte in Mexiko und Ecuador. Jüngste Veröffentlichung: Kino der Freiheit, in: ILA 320/2008

Kontakt: zmail@gmx.de

Ulrike Freikamp, Jg. 1965, Dipl.-Psychologin, Studium an der Technischen Universität Dresden und der Freien Universität Berlin, Arbeiten im Gemeindepsychologischen und Klinischen Bereich an der FU Berlin wie bei freien Wohlfahrtsträgern im Gemeindopsychiatrischen Bereich, seit 2005 Promotion zu "Prozess und Wirkungen des Erstgespräches im Berlin – Krisendienst aus Sicht der MitarbeiterInnen", seit 2006 Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitarbeit im Arbeitskreis Qualitative Methoden der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitherausgeberin und -autorin des Buches "Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik"; Bürgerdeputierte der Linkspartei in der Bezirksversammlung des Bezirkes Berlin-Mitte.

Kontakt: freikamp@zedat.fu-berlin.de

Skadi Jennicke, Dramaturgin, geboren 1977 in Leipzig, 1996-2000 Dramaturgie-Studium an der Hochschule für Musik und Theater Leipzig, nach Engagements in ost- und westdeutschen Theatern seit 2005 Arbeit an der Promotion zum Theater in Ostdeutschland nach 1990 unter der Perspektive des Systemumbruchs.

Kontakt: skadi.jennicke@gmx.de

Albert Manke, M.A., Jg. 1976, Studium Iberoamerikanischer Geschichte, Romanistik und Philosophie in Köln und Paris, Mitarbeiter der Abteilung für Iberische und Lateinamerikanische Geschichte des Historischen Seminars der Universität zu Köln. Forschungsschwerpunkte: Militär-, Sozial- und Revolutionsgeschichte Lateinamerikas, insbesondere Kubas. Unter der Leitung von Prof. Dr. Michael Zeuske Dissertation zum Thema „Die Bildung und Organisation der kubanischen Revolutionären Nationalmilizen, 1959-1961“; Forschungsaufenthalte in Spanien, den USA und auf Kuba in diesem Rahmen. Mitarbeit im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und beim Aufbau des Museo de las Memorias in Asunción (Paraguay).

Kontakt: Albert.Manke@web.de

Stefan Müller (Jg. 1975), Studium der Soziologie, Philosophie, Psychoanalyse und Sozialpsychologie in Frankfurt am Main, derzeit Promotion über 'Die Dialektik in den Sozialwissenschaften.' Jüngste Veröffentlichung: Ulrike Freikamp/Matthias Leanza/Janne Mende/Stefan Müller/Peter Ullrich/Heinz-Jürgen Voß (Hrsg.): Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik. Berlin 2008.

Kontakt: muellers@stud.uni-frankfurt.de

Daniel Stosiek, geboren 1970 in Schwerin geboren und in Görlitz aufgewachsen. Studium der Theologie (Diplom) in Münster und der Entwicklungspolitik (Master) in Bremen; im Zusammenhang mit dem zweiten Studium mehrfach Praktika und andere Aktivitäten zu den Rechten indigener Bevölkerung in Lateinamerika. Das Thema der Dissertation ist "Entwicklungs- und Menschenrechtsvorstellungen von unten. Eine vergleichende Untersuchung anhand ausgewählter Beispiele indigener Bevölkerung". Zu diesem Thema Interviews mit Indigenen in mehreren Ländern von Chile bis Mexiko im Jahre 2007.

Kontakt: danielstosiek@yahoo.com

Ufuk Toprak, geboren 1979 in Elazig in der Türkei, Magisterstudium für ausländische JuristInnen an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. Nach Abschluss ihres Magisterstudiums im Jahr 2006 Beginn der Promotion zum Thema „Brauchen wir eine erzieherische Mission im Jugendstrafrecht?“, womit sie die Frage nach der Haltbarkeit des Erziehungsgedankens in einem Strafrecht für Jugendliche aufwirft. Engagiert bei Demokratik Isci Dernekleri Federasyonu (DIDF), der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine in Düsseldorf sowie aktiv im Volkshaus der Einwanderer aus der Türkei.

Kontakt: ulastoprak@yahoo.de

Corinna Trogisch, Jg. 1974, Studium der Sozialwissenschaften (Diplom) in Hannover. Engagiert in feministischen und internationalistischen Initiativen; Erwerbstätigkeiten im handwerklichen und pädagogischen Bereich; Dissertationsprojekt zum „sozialistischen Feminismus“ in der Türkei. Forschungsschwerpunkte: soziale Bewegungen, insbes. Frauenbewegungen in Nord und Süd, feministische und postkoloniale Theorie; Mitglied des AK Gender der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient (DAVO). Veröffentlichung: Bekenntnishaft. Von neuen Zudringlichkeiten und feministischem Selbstverständnis in der Kopftuchdebatte. Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 66-67/2005.

Kontakt: CTR@gmx.net

Heinz-Jürgen Voss, Jg. 1979, Studium der Biologie (Diplom) an der Technischen Universität Dresden und der Universität Leipzig und Abschluss 2004. Aufbauende Studien in Philosophie, Sozialpolitik und Geschlechterforschung an der Universität Göttingen (2004/2005), aktuell Promotion an der Universität Bremen zu

"Geschlechterdekonstruktion aus biologisch-medizinischer Perspektive"; BetreuerInnen: Prof. Dr. Rüdiger Lautmann, Universität Bremen; HD Dr. Dr. Sigrid Schmitz, Universität Freiburg.

Kontakt: voss_heinz@yahoo.de